

PROLETARIAT ALLER LÄNDER,  
VEREINIGT SICH!

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER  
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER, RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE

---

Die Zeitschrift wird redigiert von G. Sinowjew und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenev, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rakowski, Rjasanow, Trotzki (Russland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Kilbom, Nerman, Siron (Schweden), Friis, Grepp, Tranmael (Norwegen), Ravesteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Steinhardt, Strasser, Tomann (Oesterreich), M. Albert, Levi, Radek, Thalheimer, K. Zeitkin (Deutschland), Macloine, Pankhurst, Quelch, Rotstein (England), Delinières, Guilbeaux, Lorient, Monatte, Péricat, Sadoul (Frankreich), Balabanoff, Bombacci, Daragoni, Serrati (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Alpari, Bela Kun, Rudas, Rudnyanzsky (Ungarn), Marchlewski-Karski (Polen), John Reed, Jim Larkin (Amerika), Blagojew, □ □ □ □ Kabaktschijew, Kolarow (Bulgarien) u. a. □ □ □ □

---

№ 11

ZWEITER JAHRGANG

---

VERLAG:  
PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62.  
Tel. 1-19.

---

REDAKTION:  
PETROGRAD, SMOLNY.  
KABINETT G. SINOWJEW.

512317

---

*Verlag der  
Kommunistischen Internationale.*

---

*In Kommission:  
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf.  
Louis Capnbley, Hamburg 11*

---

*Hergestellt bei Konrad Hanf, Hamburg 8*

*1920*

---

## **Inhaltsverzeichnis.**

	Seite
<b>Ueber die Einberufung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale . . . . .</b>	1
<b>Leitsätze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale . . . . .</b>	5
A. Über die Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution . . . . .	5
B. Die kommunistischen Parteien und die Frage des Parlamentarismus . . . . .	14
<b>N. Lenin. Vorläufiger Entwurf der Thesen über die Nationalitätenfrage und die Kolonialfrage . . . . .</b>	21
<b>G. Sinowjew. Brennende Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale und seine Aufgaben . . . . .</b>	28
<b>L. Trotzki. Der Terrorismus . . . . .</b>	57
<b>J. Sadoul. Die Dritte Internationale . . . . .</b>	76
<b>H. Guilbeaux. Der Klassenkampf im modernen imperialistischen Frankreich . . . . .</b>	81
<b>Ein englischer Kommunist. Die Aussichten der Revolution in England . . . . .</b>	88
<b>A. Inkpin. Der Kongreß der britischen Kommunisten . . . .</b>	113
<b>A. Swiderski. Der Kampf mit dem Hunger in Rußland . . .</b>	120

Seite]

**Korrespondenzen  
der „Kommunistischen Internationale“.**

B. Die kommunistische Bewegung in Bulgarien . . . . .	126
Fr. und T. F. Briefe aus Deutschland . . . . .	146
A. Die weiße Justiz an der Arbeit (Brief aus München) . . . . .	152
Vap. Briefe aus Finnland . . . . .	154
J. G. Die Entwicklung und der gegenwärtige Stand der Kommunistischen Partei der Schweiz . . . . .	160
R. Der Bund russischer Arbeiter in Australien . . . . .	167

**Dokumente der Internationalen  
Kommunistischen Bewegung.**

An das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Lettlands . . . . .	172
Prinzipiendeklaration der Internationalen Sozialistischen Liga Süd-Afrikas . . . . .	178
Der „Bund“ für die Sowjetmacht und für die III. Inter- nationale . . . . .	181
Austritt der Menschewiki aus der II. Internationale. . . . .	184

**Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees  
der Kommunistischen Internationale.**

An die Proletarier aller Länder . . . . .	186
An die Werktätigen aller Länder . . . . .	191
Offenes Schreiben an die Mitglieder der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands . . . . .	192
An den Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands . . . . .	213
Die Kommunistische Internationale an die amerikanischen Genossen . . . . .	215
An den Kongreß der Norwegischen Sozialistischen Partei . . . . .	221

**Die Internationale  
der kommunistischen Jugend.**

Seite

L. Schatzkin. Der Berliner Kongreß der Jugendinternationale 224

**Helden und Märtyrer der proletarischen  
Revolution.**

L. Bäumer. Eugen Leviné . . . . . 243

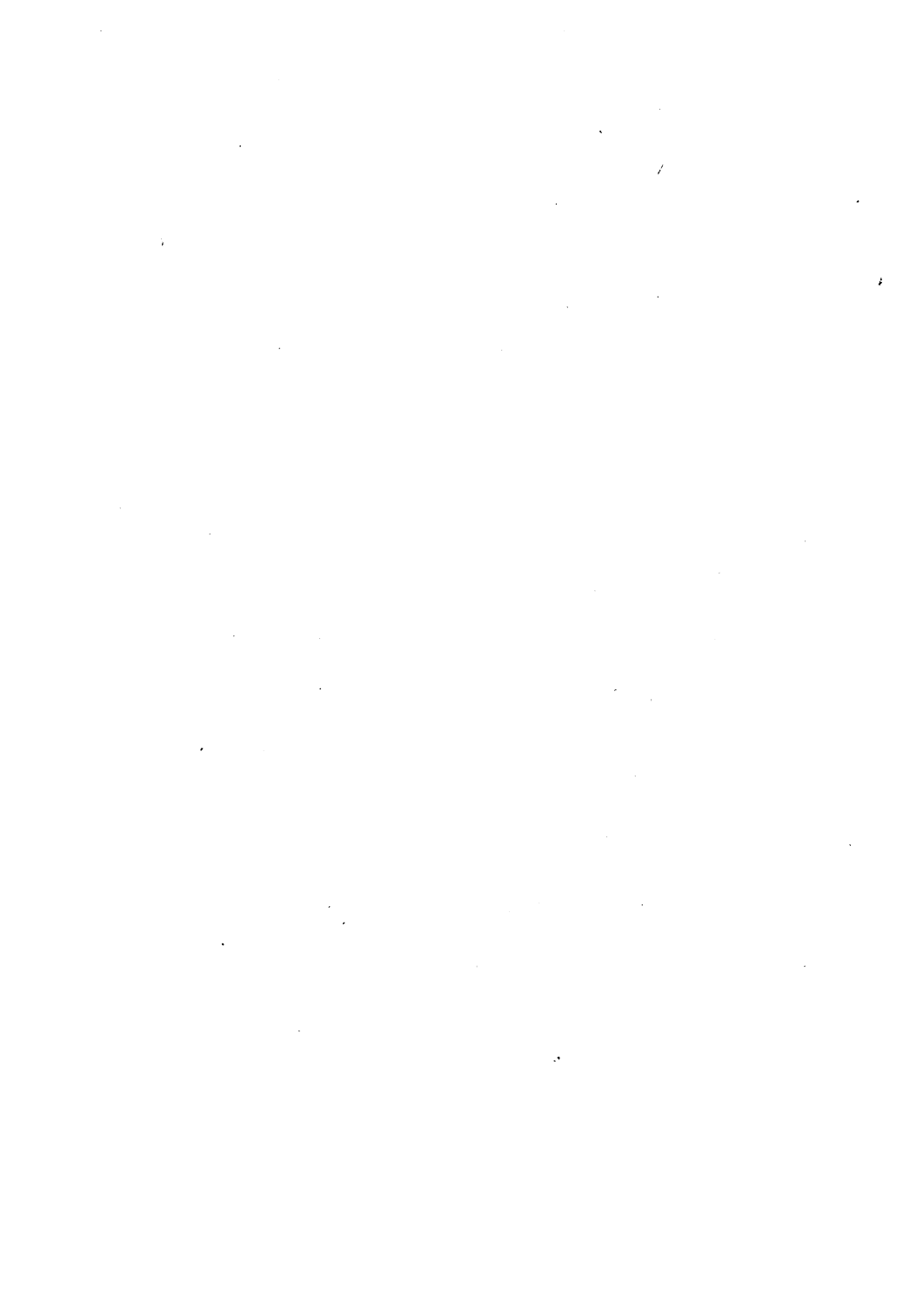
**Bibliographie.**

N. Lenin. „Kommunismus“ . . . . . 246

Neue Bücher . . . . . 248

**Illustration:**

Eugen Leviné-Nissen.





## Ueber die Einberufung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

*An alle kommunistischen Parteien und Gruppen, an alle Roten Gewerkschaften, an alle kommunistischen Frauenorganisationen, an alle kommunistischen Jugendverbände, an alle auf dem Boden des Kommunismus stehenden Arbeiterorganisationen, an alle ehrlichen Werktätigen.*

**Genossen!**

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat beschlossen:

**Zum 15. Juli 1920 in Moskau den zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale einzuberufen.**

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat folgenden **vorläufigen** Entwurf der Tagesordnung des zweiten Kongresses zusammengestellt:

1. Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.
2. Bericht der Vertreter der verschiedenen Länder. Die Berichte sollen schriftlich vorgelegt werden.
3. Die gegenwärtige Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

4. Die Frage des Parlamentarismus.
5. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte.
6. Die Rolle und die Struktur der kommunistischen Partei vor und nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat.
7. Die Nationalitätenfrage und die Kolonialfrage.
8. Die Agrarfrage.
9. Stellungnahme zu den neuen Strömungen des „Zentrums“, die das Kommunistische Programm nur durch Lippenbekenntnis annehmen, und die Bedingungen des Beitritts zur III. Internationale.
10. Das Statut der Kommunistischen Internationale.
11. Organisationsfragen (legale und illegale Organisationen, Frauenorganisationen usw.).
12. Jugendbewegung.
13. Wahlen.
14. Verschiedenes.

Zur Teilnahme am Kongreß mit beschließendem Stimmrecht werden alle kommunistischen Parteien, Gruppen und Gewerkschaften eingeladen, die offiziell der Kommunistischen Internationale beigetreten und von deren Exekutivkomitee anerkannt sind.

Jene Gruppen und Organisationen, die auf dem Boden der Kommunistischen Internationale stehen, sich aber in Opposition zu den offiziell angegliederten kommunistischen Parteien befinden, werden ebenfalls aufgefordert, am Kongreß teilzunehmen, der selbst entscheiden wird, was für eine Stimme diesen Gruppen einzuräumen ist.

Ferner werden zur Teilnahme am Kongreß alle Gruppen der revolutionären Syndikalisten, der Verbände der Industriearbeiter der Welt und anderer Organisationen aufgefordert, zu denen das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Beziehung treten wird.

Die Jugendverbände müssen nicht nur durch das Exekutivkomitee der Jugendinternationale, sondern außerdem durch die kommunistischen Organisationen aller einzelnen Länder vertreten sein.

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Kongreß wird die Einberufung einer internationalen Konferenz der kommunistischen Frauen und eine internationale Konferenz der kommunistischen Jugendverbände geplant.

Falls die geringste Möglichkeit besteht, soll im Zusammenhang mit dem Kongreß auch die erste internationale Konferenz der roten Gewerkschaften veranstaltet werden.

Alle Parteien und Organisationen werden aufgefordert, eine möglichst große Zahl von Delegierten zum Kongreß zu entsenden. (Die Frage der Zahl der beschlußfähigen Stimmen auf dem Kongreß



wird selbstverständlich unabhängig von der Zahl der Delegierten entschieden.)

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale besteht entschieden darauf, daß alle kommunistischen Parteien, die den Kongreß beschicken, **unbedingt** einen der Delegierten zum ständigen Vertreter der betreffenden Partei im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ernennen. Dieser Genosse soll längere Zeit in Rußland bleiben können.

Aus dem Entwurf der Tagesordnung ist zu ersehen, daß der Kongreß die wichtigsten Fragen erörtern wird, die die Kommunisten der ganzen Welt beschäftigen. Das schnelle Wachsen der Ideen des Kommunismus in der ganzen Welt zwingt uns, die Einberufung des Kongresses zu beschleunigen. Der Kongreß wird den Proletariern aller Länder eine genaue und klare Antwort auf die Fragen geben, die auf der Tagesordnung stehen und ihrer Lösung harren.

Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale hat das Banner des Kommunismus aufgepflanzt. Heute stehen unter diesem Banner in der ganzen Welt schon Millionen klassenbewußter Arbeiter. Jetzt handelt es sich nicht nur um die Propaganda der kommunistischen Idee. Jetzt bricht der Zeitabschnitt der **Organisation** des kommunistischen Proletariats und **des unmittelbaren Kampfes** um die kommunistische Revolution an.

Die II. Internationale ist wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Die Versuche einiger „sozialistischer“ Diplomaten, eine neue Bastardinternationale zu gründen, die zwischen der zweiten und der dritten internationale stehen soll, sind direkt lächerlich und finden seitens der Arbeiter keinerlei Unterstützung. Durch die Militärensensur, den Belagerungszustand, den Verleumdungsfeldzug der gelben Sozialdemokraten und der bürgerlichen Presse von einander getrennt, reichen die Arbeiter aller Länder doch einander die Bruderhand. Während des einen Jahres ihres Bestehens hat die Kommunistische Internationale in den Arbeitermassen der ganzen Welt einen entscheidenden moralischen Sieg davongetragen. Millionen und Millionen Arbeiter drängt es zu uns, zu der ehrlichen internationalen Arbeitergenossenschaft, welche sich die III. Internationale nennt.

Mögen diese Durchschnittsarbeiter ihre Parteien und Organisationen veranlassen, ein für allemal die Wahl zu treffen; mögen sie dem unwürdigen Spiel ein Ende machen, das einige der alten Diplomaten, der „Führer“, treiben, die ihre Parteien vom Beitritt zur kommunistischen Internationale zurückzuhalten suchen.

Mögen besonders die Mitglieder der Gewerkschaften, die formell noch zu der in Amsterdam von den Agenten des Kapitals

Legien, Albert Thomas und anderen organisierten weißgardistischen Internationalen gehören, darnach streben, daß ihre Arbeiterorganisationen mit den Verrätern der Arbeitersache brechen und ihre Delegierten auf den Kongreß der Kommunistischen Internationale schicken.

Der am 15. Juli tagende II. Kongreß der Kommunistischen Internationale soll in Wirklichkeit zu einem Weltkongreß der Arbeiterklasse werden, und gleichzeitig zu einem Kongreß wirklicher **Gesinnungsgenossen**, wahrer Anhänger des wirklich kommunistischen Programms und der revolutionären kommunistischen Taktik.

Möge jede Arbeiterorganisation, jeder Arbeiterzirkel die von dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vorgeschlagene Tagesordnung erörtern. Mögen die Arbeiter selbst Resolutionsentwürfe zu den aufgeworfenen Fragen einbringen, und die ganze kommunistische Presse in den nächsten Wochen ihre Spalten der Erörterung der vor uns stehenden wichtigen Probleme widmen. Die vorbereitende Arbeit muß mit Energie und Eifer durchgeführt werden. Nur in diesem Fall wird unser Kongreß aus der Erfahrung der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt die Bilanz ziehen und den wirklichen Willen der kommunistischen Arbeiter aller Länder zum Ausdruck bringen können.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sendet den klassenbewußten Proletariern der ganzen Welt brüderliche Grüße und ruft sie in die gemeinsamen brüderlichen Reihen.

Es lebe die internationale kommunistische Arbeitergenossenschaft!

Es lebe die III. Internationale!

*Mit kommunistischem Gruß*  
*Vorsitzender des Exekutivkomitees*  
*der Kommunistischen Internationale.*

*G. Sinowjew.*

*Sekretär des Exekutivkomitees der*  
*Kommunistischen Internationale.*

*K. Radek.*

# *Leitsätze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Inter- nationale zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale.*

## *A. Ueber die Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution.*

Im ersten Jahre ihres Bestehens erschöpfte sich die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale in der Agitation und Propaganda für die kommunistischen Ideen. Gegenwärtig aber, vor dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale, tritt die internationale Organisation des Proletariats in eine neue Phase ein: für die Kommunistische Internationale beginnt die Epoche des organisatorischen Aufbaus. Bisher gab es in den verschiedenen Ländern nur kommunistische Strömungen innerhalb des Proletariats. Zur Zeit haben wir bereits in allen Ländern, wo eine ernste Arbeiterbewegung besteht, nicht nur Strömungen, sondern auch kommunistische Organisationen und Parteien. Dieser Umstand muß den zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale veranlassen, eine vollkommen klare und präzise Stellung in der Frage der Rolle der kommunistischen Partei vor und nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse einzunehmen. Unter einigen Anhängern des Kommunismus (der „linken“ Strömung in Deutschland, den Anhängern der Industriearbeiter der Welt — I. W. W. — in Amerika und einigen Gruppen revolutionärer Syndikalisten und Anarchisten) ist eine Unterschätzung der Bedeutung der kommunistischen Partei als solche und sogar eine direkte Negierung der Notwendigkeit einer kommunistischen Partei zu beobachten. Umsomehr wird sich der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale veranlaßt sehen, präzise und entschieden die oben gestellten Fragen zu beantworten.

\*                          \*

1. Die kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar ihr fortgeschrittenster, klassenbewußtester und daher

revolutionärster Teil. Die kommunistische Partei wird auf dem Wege der natürlichen Zuchtwahl aus den besten, klassenbewußtesten, selbstaufopferndsten, weitsichtigsten Arbeitern geschaffen. Die kommunistische Partei hat keine von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse abweichenden Interessen. Die kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Arbeitermasse darin, daß sie einen Ueberblick über den ganzen geschichtlichen Weg der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit hat und bestrebt ist, auf allen Biegungen dieses Weges nicht die Interessen einzelner Gruppen oder einzelner Berufe zu verteidigen, sondern die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Die kommunistische Partei ist der organisatorisch-politische Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg lenkt.

2. Bis zu dem Zeitpunkt, wo das Proletariat die Staatsmacht erobert, seine Herrschaft ein für allemal gefestigt und vor der bürgerlichen Restauration garantiert haben wird, bis zu diesem Zeitpunkt wird die kommunistische Partei nur die Minderheit der Arbeiter in ihren organisierten Reihen haben. Bis zur Ergreifung der Macht und in der Uebergangszeit vermag die kommunistische Partei unter günstigen Umständen zwar einen ungeteilten geistigen und politischen Einfluß auf alle proletarischen und halbproletarischen Schichten der Bevölkerung auszuüben, nicht aber, sie in ihren Reihen organisatorisch zu vereinigen. Erst nachdem die proletarische Diktatur so wichtige Einflußmittel wie die Presse, die Schule, das Parlament, die Kirche, den Verwaltungsapparat usw. der Bourgeoisie aus den Händen gewunden haben wird, erst nachdem die endgültige Niederlage der bürgerlichen Ordnung für alle klar geworden ist, — erst dann werden alle oder fast alle Arbeiter beginnen, in die Reihen der kommunistischen Partei einzutreten.

3. Die Begriffe Partei und Klasse müssen ganz streng auseinander gehalten werden. Die Mitglieder der „christlichen“ und liberalen Gewerkschaften Deutschlands, Englands und anderer Länder sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Die noch hinter den Scheidemann, Gompers und Konsorten stehenden mehr oder minder bedeutenden Arbeiterkreise sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Unter gewissen historischen Verhältnissen ist es sehr wohl möglich, daß die Arbeiterklasse von zahlreichen reaktionären Schichten durchsetzt ist. Die Aufgabe des Kommunismus besteht nicht darin, sich an diese zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse anzupassen, sondern darin, die gesamte Arbeiterklasse auf das Niveau des kommunistischen Vortrupps zu heben. Die Verwechslung dieser beiden Begriffe — Partei und Klasse —

kann zu den größten Fehlern und Verwirrungen führen. So ist es z. B. klar, daß trotz der Stimmungen und Vorurteile eines gewissen Teiles der Arbeitermassen während des imperialistischen Krieges die Arbeiterpartei um jeden Preis diesen Stimmungen und Vorurteilen entgegenzutreten hatte, indem sie die historischen Interessen des Proletariats vertrat, die von ihr forderten, daß sie dem Kriege den Krieg erklärte.

So beriefen sich z. B. bei Beginn des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 die Parteien der Sozialverräter aller Länder, als sie die Bourgeoisie ihres „eigenen“ Landes unterstützten, stets auf den gleichartigen Willen der Arbeiterklasse. Sie vergaßen dabei, daß selbst wenn es so gewesen wäre, es die Aufgabe der proletarischen Partei bei solcher Lage der Dinge hätte sein müssen, den Stimmungen der Mehrheit der Arbeiter entgegenzutreten und trotz alledem die historischen Interessen des Proletariats zu vertreten. So verwarfen zu Beginn des XX. Jahrhunderts die russischen Menschewiki jener Zeit (die sog. „Oekonomisten“) den offenen politischen Kampf gegen den Zarismus mit der Begründung, die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sei zum Verständnis des politischen Kampfes noch nicht reif.

4. Die Kommunistische Internationale hält beharrlich an der Ueberzeugung fest, daß der Zusammenbruch der alten „sozialdemokratischen“ Parteien der II. Internationale unter keinen Umständen als Zusammenbruch des proletarischen Parteiwesens überhaupt dargestellt werden darf. Die Epoche des direkten Kampfes um die Diktatur des Proletariats bringt eine neue Partei des Proletariats zur Welt — die kommunistische Partei.

5. Die Kommunistische Internationale verwirft auf das entschiedenste die Ansicht, als könne das Proletariat seine Revolution vollziehen, ohne eine selbständige politische Partei zu haben. Ein jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Ziel dieses Kampfes, der sich unvermeidlich in einen Bürgerkrieg verwandelt, ist die Eroberung der politischen Macht. Die politische Macht kann aber nicht anders ergriffen, organisiert und geleitet werden, als durch irgend eine politische Partei. Nur dann, wenn das Proletariat als Führer eine organisierte und erprobte Partei mit streng ausgeprägten Zielen und mit handgreiflich ausgearbeitetem Programm der nächsten Maßnahmen sowohl auf dem Gebiet der inneren, wie auch der äußeren Politik hat, nur dann wird die Eroberung der politischen Macht nicht als zufällige Episode erscheinen, sondern als Ausgangspunkt zu einem dauernden kommunistischen Aufbau des Proletariats dienen.

Eben dieser Klassenkampf erfordert auch die zentrale Zusam-

menfassung und die gemeinsame Leitung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung (Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsräte, Bildungsarbeit, Wahlen und dergl.). Ein derartiges zusammenfassendes und leitendes Zentrum vermag nur eine politische Partei zu sein. Wer darauf verzichtet, eine solche Partei zu schaffen und zu stärken, sich einer solchen Partei unterzuordnen, der verzichtet auf die Einheitlichkeit in der Führung der einzelnen Kampftrupps des Proletariats, die auf den verschiedenen Kampfplätzen vorgehen. Der Klassenkampf des Proletariats erfordert eine konzentrierte Agitation, welche die verschiedenen Etappen des Kampfes von einem einheitlichen Standpunkt beleuchtet und die Aufmerksamkeit des Proletariats in jedem betreffenden Augenblick auf bestimmte, der gesamten Klasse gemeinsame Aufgaben lenkt. Das kann ohne einen zentralisierten politischen Apparat, d. h. außerhalb einer politischen Partei, nicht durchgeführt werden. Die von den revolutionären Syndikalisten und den Anhängern der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) betriebene Propaganda gegen die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei trug und trägt daher sachlich nur zur Unterstützung der Bourgeoisie und der gegenrevolutionären „Sozialdemokraten“ bei. In ihrer Propaganda gegen eine kommunistische Partei, die sie ausschließlich durch Gewerkschaften oder irgendwelche formlose „allgemeine“ Arbeiterunions ersetzen wollen, berühren sich die Syndikalisten und Industrialisten mit den unverhüllten Opportunisten; die russischen Menschewiki haben nach der Niederlage der Revolution 1905 einige Jahre lang die Idee des sogenannten Arbeiterkongresses gepredigt, der die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ersetzen sollte; die „Labouristen“ jeglicher Art in England und in Amerika predigen den Arbeitern die Schaffung von formlosen Arbeiterverbänden an Stelle der politischen Partei und setzen gleichzeitig eine durchaus bürgerliche Politik in die Tat um. Die revolutionären Syndikalisten und Industrialisten wollen gegen die Diktatur der Bourgeoisie kämpfen, wissen aber nicht, wie. Sie merken nicht, daß die Arbeiterklasse ohne selbständige politische Partei ein Rumpf ohne Kopf ist.

Der revolutionäre Syndikalismus und Industrialismus bedeuten einen Schritt vorwärts nur im Vergleich mit der alten, dumpfen, gegenrevolutionären Ideologie der II. Internationale. Im Vergleich aber mit dem revolutionären Marxismus, d. h. mit dem Kommunismus, bedeuten der Syndikalismus und Industrialismus einen Schritt rückwärts. Die Erklärung der „linken“ K. A. P. D. auf ihrem Gründungsparteitag im April, daß sie eine Partei gründe, aber „keine Partei im überlieferten Sinne“, bedeutet eine geistige

**Kapitulation vor denjenigen Anschauungen des Syndikalismus und Industrialismus, die reaktionär sind.**

6. Die Kommunisten unterstützen in jeder Weise die Bildung von weiten parteilosen Arbeiterorganisationen neben der kommunistischen Partei. Die Kommunisten halten für ihre wichtigste Aufgabe die systematische organisatorisch-erzieherische Arbeit innerhalb dieser weiten Arbeiterorganisationen. Aber um eben diese Arbeit erfolgreich zu gestalten, um die Gegner des revolutionären Proletariats daran zu hindern, sich dieser weiten Arbeiterorganisation zu bemächtigen, müssen die fortgeschrittenen kommunistischen Arbeiter stets ihre eigene selbständige, geschlossene kommunistische Partei bilden, die stets organisiert vorgeht und die imstande ist, bei jeder Wendung der Ereignisse und bei allen Formen der Bewegung die allgemeinen Interessen des Kommunismus wahrzunehmen.

7. Die Kommunisten meiden keineswegs parteilose Massenorganisationen der Arbeiter, selbst dann nicht, wenn sie einen ausgeprägt reaktionären Charakter tragen (gelbe Verbände, christliche Verbände usw.). Die kommunistische Partei leistet innerhalb dieser Organisationen beständig ihre eigene Arbeit und überzeugt die Arbeiter unermüdlich, daß die Idee der Parteilosigkeit als Prinzip von der Bourgeoisie und ihren Handlangern zielbewußt unter den Arbeitern gefördert wird, um die Proletarier vom organisierten Kampf für den Sozialismus abzulenken.

8. Die alte „klassische“ Einteilung der Arbeiterbewegung in drei Formen (Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften) ist offenbar überholt. Die proletarische Revolution in Rußland hat die Grundform der proletarischen Diktatur — die Sowjets — geschaffen. Aber auch die Arbeit in den Sowjets, wie in den revolutionierten Produktionsverbänden muß beständig und systematisch von der Partei des Proletariats, d. h. von der kommunistischen Partei, geleitet werden. Der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse — die kommunistische Partei — dient den Kämpfen der gesamten Arbeiterklasse sowohl auf wirtschaftlichem, wie auf politischem Gebiet, wie auch auf dem Gebiete des Bildungswesens. Die kommunistische Partei muß den lebendigen Geist bilden, sowohl in den Produktionsverbänden und Arbeiterräten, wie auch in allen anderen Formen der proletarischen Organisation.

Die Entstehung der Sowjets als historische Grundform der Diktatur des Proletariats schmälert keineswegs die führende Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Wenn von den „linken“ Kommunisten Deutschlands (siehe ihren Aufruf an das deutsche Proletariat vom 14. April 1920, gezeichnet

„Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands“) erklärt wird, „daß auch die Partei sich immer mehr dem Rätegedanken anpaßt und proletarischen Charakter annimmt“ (K. A. Z. Nr. 54), so ist das ein verworrener Ausdruck für die Idee, daß sich die kommunistische Partei in den Räten auflösen müsse, daß die Räte, die Sowjets, d. e. kommunistische Partei ersetzen könnten.

Diese Idee ist grundfalsch und reaktionär.

In der Geschichte der russischen Revolution erlebten wir einen ganzen Abschnitt, wo die Sowjets gegen die proletarische Partei marschierten und die Politik der Agenten der Bourgeoisie unterstützten. Dasselbe war in Deutschland zu beobachten. Das gleiche ist auch in anderen Ländern möglich.

Damit die Sowjets ihrer geschichtlichen Aufgabe gerecht zu werden vermögen, ist im Gegenteil das Bestehen einer derart kräftigen kommunistischen Partei notwendig, daß sie sich nicht einfach den Sowjets „anpaßt“, sondern in der Lage ist, in entscheidender Weise auf ihre Politik einzuwirken, daß sie imstande ist, die Sowjets zu veranlassen, ihrer „Anpassung“ an die Bourgeoisie und die weißgardistische Sozialdemokratie zu entsagen, daß sie durch die kommunistischen Fraktionen der Sowjets imstande ist, die Sowjets auf die Seite der kommunistischen Partei zu bringen.

Wer der kommunistischen Partei den Vorschlag macht, sich den Sowjets „anzupassen“, wer in einer solchen Anpassung die Stärkung des „proletarischen Charakters“ der Partei sieht, der erweist sowohl der Partei wie den Sowjets einen höchst fraglichen Dienst, der begreift weder die Bedeutung der Partei noch die der Sowjets. Die „Sowjetidee“ wird um so eher siegen, je stärker die von uns in einem jeden Lande geschaffene Partei sein wird. Für die „Sowjetidee“ legen jetzt auch viele „Unabhängige“ und sogar Rechtssozialisten ein Lippenbekenntnis ab. Wir werden nur dann diesen Elementen verwehren können, die Sowjetidee zu verdrehen, wenn wir eine starke kommunistische Partei haben, die imstande ist, in der Politik der Sowjets a u s s c h l a g g e b e n d zu sein, die Sowjets hinter sich zu bringen.

9. Die Arbeiterklasse benötigt die kommunistische Partei nicht nur bis zur Eroberung der Macht, nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nach Uebergang der Macht in die Hände der Arbeiterklasse. Die Geschichte der seit bald drei Jahren an der Macht stehenden Kommunistischen Partei Rußlands zeigt, daß die Bedeutung der kommunistischen Partei nach Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse sich nicht verringert, sondern im Gegenteil außerordentlich zunimmt.

10. Auch am Tage nach der Eroberung der Macht durch das



Proletariat, bleibt seine Partei nach wie vor nur ein Teil der Arbeiterklasse. Aber sie ist derjenige Teil der Arbeiterklasse, der den Sieg organisiert hat. Seit zwei Jahrzehnten, wie in Rußland, seit 13 Jahren, wie in Deutschland, führt die kommunistische Partei den Kampf nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen diejenigen „Sozialisten“, welche die Träger des bürgerlichen Einflusses im Proletariat sind; sie hat in ihre Reihen die standhaftesten, weitsichtigsten und fortgeschrittensten Kämpfer der Arbeiterklasse aufgenommen. Nur bei Vorhandensein einer derartigen geschlossenen Organisation der Elite der Arbeiterklasse ist es möglich, alle diejenigen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich der Arbeiterdiktatur am Tage nach dem Siege in den Weg stellen. In der Organisierung einer neuen, proletarischen roten Armee, in der tatsächlichen Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparats und in dessen Ersetzung durch Keime eines neuen proletarischen Staatsapparats, im Kampf gegen zünftige Tendenzen einzelner Arbeitergruppen, im Kampf gegen den Lokal- und Bezirks-„Patriotismus“, in der Anbahnung von Wegen auf dem Gebiet der Schaffung einer neuen Arbeitsdisziplin — auf allen diesen Gebieten gehört das entscheidende Wort der kommunistischen Partei, deren Mitglieder durch das eigene Beispiel die Mehrheit der Arbeiterklasse anfeuern und führen.

11. Die Notwendigkeit einer politischen Partei des Proletariats fällt erst mit der völligen Vernichtung der Klassen weg. Auf dem Wege zu diesem endgültigen Siege des Kommunismus ist es möglich, daß das spezifische Gewicht der drei Grundformen der proletarischen Organisation der Jetztzeit (Partei, Sowjets, Produktionsverbände) sich verändern wird und daß sich allmählich der einheitliche Typus der Arbeiterorganisation herauskrystallisiert. Die kommunistische Partei wird sich aber erst dann vollständig in der Arbeiterklasse auflösen, wenn der Kommunismus aufgehört wird ein Kampfobjekt zu sein und die gesamte Arbeiterklasse kommunistisch geworden ist.

12. Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale wird nicht nur die geschichtlichen Aufgaben der kommunistischen Partei überhaupt bestätigen, sondern dem internationalen Proletariat, wenn auch in allgemeinen Umrissen, sagen müssen, was für eine kommunistische Partei wir benötigen.

13. Die Kommunistische Internationale ist der Ansicht, daß besonders in der Zeit der Diktatur des Proletariats die kommunistische Partei auf der Grundlage eines eisernen proletarischen Zentralismus aufgebaut werden muß. Um mit Erfolg die Arbeiterklasse in dem ausgebrochenen langwierigen und harten Bürger-

kriege zu führen, muß die kommunistische Partei in ihren eigenen Reihen eine eiserne, militärische Ordnung schaffen. Die Erfahrungen der kommunistischen Partei, die im Verlauf von drei Jahren Bürgerkrieg in der Arbeiterklasse die Führung hatte, haben gezeigt, daß ohne die strengste Disziplin, ohne einen vollendeten Zentralismus und ohne volles, genossenschaftliches Vertrauen aller Parteiorganisationen zu dem leitenden Parteizentrum der Sieg der Arbeiter unmöglich ist.

14. Die kommunistische Partei muß auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. Das Hauptprinzip des demokratischen Zentralismus bildet die Wählbarkeit der untersten Parteizelle, die unbedingte und unerläßliche Verbindlichkeit aller Vorschriften der übergeordneten Instanz für die untergeordnete und das Vorhandensein eines starken Parteizentrums, dessen Autorität unbedingt ist für alle führenden Parteigenossen in der Zeit von dem einen Parteitag bis zum anderen.

15. Eine Reihe kommunistischer Parteien Europas und Amerikas ist infolge des von der Bourgeoisie gegen die Kommunisten verhängten Belagerungszustandes gezwungen, eine illegale Existenz zu führen. Man muß dessen eingedenk sein, daß man bei einer derartigen Lage der Dinge mitunter gezwungen ist, von der strikten Durchführung des Prinzips der Wählbarkeit abzusehen und den leitenden Parteiinstanzen das Recht der Kooptierung (Vervollständigung) zu überlassen, wie das seinerzeit in Rußland der Fall gewesen ist. Bei bestehendem Belagerungszustand kann sich die kommunistische Partei nicht bei jeder ersten Frage des demokratischen Referendums bedienen (Antrag eines Teils der amerikanischen Kommunisten), sondern ist vielmehr gezwungen, ihrem leitenden Zentrum das Recht einzuräumen, im nötigen Augenblick wichtige Beschlüsse für alle Parteimitglieder zu fassen.

16. Die Propagierung einer weitgehenden „Autonomie“ für die einzelnen lokalen Parteiorganisationen schwächt gegenwärtig nur die Reihen der kommunistischen Partei, untergräbt ihre Aktionsfähigkeit und begünstigt die kleinbürgerlichen, anarchistischen, auflösenden Tendenzen.

17. In den Ländern, wo die Bourgeoisie oder die gegenrevolutionäre Sozialdemokratie noch an der Macht ist, müssen die kommunistischen Parteien lernen, die legale Tätigkeit planmäßig mit der illegalen zu verbinden; dabei muß sich die legale Arbeit stets unter der tatsächlichen Kontrolle der illegalen Partei vollziehen. Die kommunistischen Parlamentsfraktionen, sowohl in den zentralen (Reichs-), wie in den lokalen (Landes- bzw. Gemeinde-) Staatseinstitutionen müssen voll und ganz der Kontrolle der Gesamtpartei

unterstellt werden — ganz abgesehen davon, ob die Gesamtpartei im gegebenen Augenblick legal oder illegal ist. Diejenigen Abgeordneten, die sich in irgend einer Form weigern, sich der Partei unterzuordnen, müssen aus den Reihen der Kommunisten ausgestoßen werden.

Die legale Presse (Zeitungen, Verlag) muß unbedingt und voll der Gesamtpartei und ihrem Zentralkomitee unterstellt werden. Irgend ein Nachgeben in dieser Hinsicht ist unzulässig.

18. Die Grundlage der gesamten Organisationstätigkeit der kommunistischen Partei bildet überall und allenthalben die Schaffung einer kommunistischen Zelle, mag auch die Anzahl von Proletariern und Halbproletariern mitunter noch so gering sein. In jedem Sowjet, in jeder Gewerkschaft, in jedem Konsumverein, in jedem Betriebe, in jedem Einwohnerausschuß („Mieterat“), überall, wo sich auch nur drei Mann finden, die für den Kommunismus eintreten, muß sofort eine kommunistische Zelle gegründet werden. Nur die Geschlossenheit der Kommunisten ist es, die dem Vortrupp der Arbeiterklasse die Möglichkeit gibt, die gesamte Arbeiterklasse mit sich zu führen. Alle kommunistischen Parteizellen, die in den parteilosen Organisationen tätig sind, sind der Gesamtparteiorganisation unbedingt untergeordnet, ganz unabhängig davon, ob die Partei in dem betreffenden Moment legal oder illegal arbeitet. Die kommunistischen Zellen aller Art müssen einander untergeordnet sein auf der Grundlage der strengsten Rangordnung nach einem möglichst genauen System.

19. Die kommunistische Partei entsteht fast überall als städtische Partei, als Partei der Industriearbeiter, die hauptsächlich in den Städten wohnen. Zwecks eines möglichst leichten und schnellen Sieges der Arbeiterklasse ist es notwendig, daß die kommunistische Partei nicht nur die Partei der Städte, sondern auch die der Dörfer werde. Die kommunistische Partei muß ihre Propaganda und ihre organisatorische Tätigkeit unter den Landarbeitern und den Klein- und Mittelbauern entfalten. Die kommunistische Partei muß mit besonderer Sorgfalt auf die Organisation kommunistischer Zellen auf dem flachen Lande hinarbeiten.

\* \* \*

Die internationale Organisation des Proletariats kann nur dann stark sein, wenn in allen Ländern, wo Kommunisten leben und kämpfen, sich die oben formulierten Anschauungen über die Rolle der kommunistischen Partei festigen. Die Kommunistische Internationale ladet zu ihrem Kongreß eine jede Gewerkschaft ein, die die Prinzipien der III. Internationale anerkennt und bereit ist, mit

der gelben Internationale zu brechen. Die Kommunistische Internationale wird eine internationale Sektion der roten Gewerkschaften organisieren, die auf dem Boden des Kommunismus stehen. Die Kommunistische Internationale wird sich nicht weigern, mit jeder parteilosen Arbeiterorganisation zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt, daß sie einen ernstesten revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie führen will. Dabei wird aber die Kommunistische Internationale die Proletarier der ganzen Welt auf folgendes hinweisen:

1. Die kommunistische Partei ist die Haupt- und Grundwaffe zur Befreiung der Arbeiterklasse. In einem jeden Lande müssen wir nun nicht mehr Gruppen oder Strömungen haben, sondern eine kommunistische Partei.

2. In einem jeden Lande soll nur eine einzige einheitliche kommunistische Partei bestehen.

3. Die kommunistische Partei soll auf dem Prinzip des strengsten Zentralismus aufgebaut sein und in der Epoche des Bürgerkrieges militärische Disziplin in ihren Reihen walten lassen.

4. Ueberall, wo es auch nur ein Dutzend von Proletariern oder Halbproletariern gibt, muß die kommunistische Partei eine organisierte Zelle haben.

5. In einer jeden parteilosen Institution muß eine kommunistische Parteizelle bestehen, die der Gesamtpartei strengstens unterstellt ist.

6. Das Programm und die revolutionäre Taktik des Kommunismus fest und beharrlich beschützend, muß die kommunistische Partei stets auf das engste mit den breiten Arbeiterorganisationen verbunden sein und das Sektierertum ebenso meiden, wie die Prinzipienlosigkeit.

---

### *B. Die kommunistischen Parteien und die Frage des Parlamentarismus.*

1. In einer Reihe westeuropäischer und amerikanischer Länder ist eine der brennendsten Fragen der kommunistischen Taktik die Frage des parlamentarischen Kampfes. Die Spaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Bildung einer antiparlamentarischen Fraktion in der italienischen Partei, die Stellung der belgischen kommunistischen Gruppe, die Meinungsverschiedenheiten unter den englischen Kommunisten, schließlich das Verhalten der revolutionär-syndikalistischen Kreise und der I. W. W., alles das fordert genaue und bestimmte Richtlinien von der Kommunistischen Internationale.

I.

2. Der Parlamentarismus als Staatssystem ist eine „demokratische“ Herrschaftsform der Bourgeoisie. Auf einer bestimmten Entwicklungsstufe braucht die Bourgeoisie die Fiktion einer Volksvertretung, welche äußerlich eine über den Klassen stehende Organisation des Volkswillens darstellt, in Wirklichkeit aber eine Maschine der Unterdrückung und Unterjochung in den Händen des herrschenden Kapitals bildet.

3. Der Parlamentarismus ist eine bestimmte Form der Staatsordnung, daher kann er durchaus nicht die Form der kommunistischen Gesellschaft sein, die weder Klassen noch Klassenkampf, noch irgendeine Staatsmacht kennt.

4. Der Parlamentarismus kann ebensowenig eine Form der proletarischen Staatsverwaltung in der Übergangsperiode von der Diktatur der Bourgeoisie zur Diktatur des Proletariats sein. Im Augenblick des zugespitzten Klassenkampfes, der in den Bürgerkrieg übergeht, muß das Proletariat seine staatliche Organisation unvermeidlich als Kampforganisation aufbauen, in welche die Vertreter der früher herrschenden Klassen nicht zugelassen werden können. Dem Proletariat ist in diesem Stadium jede Fiktion des „Volkswillens“ direkt schädlich. Das Proletariat bedarf keiner parlamentarischen Teilung der Macht, sie ist ihm schädlich. Die Form der proletarischen Diktatur ist die Sowjetrepublik.

5. Die bürgerlichen Parlamente, die einen der wichtigsten Apparate der bürgerlichen Staatsmaschine bilden, können nicht erobert werden, genau so, wie das Proletariat auch den gesamten bürgerlichen Staat nicht erobern kann. Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die Staatsmaschine der Bourgeoisie in die Luft zu sprengen, sie zu zerstören und zugleich mit ihr die Parlamentsinstitutionen, mögen es republikanische oder konstitutionell-monarchistische sein.

6. Dasselbe bezieht sich auch auf die Kommunalinstitutionen der Bourgeoisie. Es ist theoretisch falsch, sie den Staatsorganen entgegenzustellen. Auch sie sind Apparate des Staatsmechanismus der Bourgeoisie, die von dem revolutionären Proletariat vernichtet und durch örtliche Sowjets der Arbeiterdeputierten ersetzt werden müssen.

7. Folglich verneint der Kommunismus den Parlamentarismus als Zukunftsform, er verneint ihn als Form der Klassendiktatur des Proletariats. Er verneint die Möglichkeit, die Parlamente zu erobern, er setzt sich die Zerstörung des Parlaments zum Ziel. Daher kann nur von der Ausnutzung der bürgerlichen Staatsinstitutionen zum Zweck ihrer

Zerstörung die Rede sein. In diesem und nur in diesem Sinn kann die Frage gestellt werden.

## II.

8. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, denn er ist letzten Endes ein Kampf um die Macht. Jeder beliebige Aufstand, der sich über das ganze Land verbreitet, wird dem bürgerlichen Staat bedrohlich und nimmt dadurch einen politischen Charakter an. Die Bourgeoisie stürzen und ihren Staat auf jede Art zu zerstören suchen, das heißt einen politischen Kampf führen. Einen eigenen Klassenapparat der Verwaltung und Unterdrückung der sich widersetzenen Bourgeoisie schaffen, welcher Art dieser Apparat auch wäre, das heißt die politische Macht erobern.

9. Folglich ist die Frage des politischen Kampfes durchaus nicht auf die Frage des Verhaltens zum Parlamentarismus beschränkt. Es ist eine Frage des allgemeinen proletarischen Klassenkampfes, inwiefern dieser Kampf in den Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung übergeht.

10. Die wichtigste Kampfmethodede des Proletariats gegen die Bourgeoisie, d. h. gegen ihre Staatsmacht, ist vor allen Dingen die Methode der Massenaktion. Diese Massenaktionen werden von den Massenorganisationen des Proletariats unter der allgemeinen Führung einer zusammengeschlossenen, disziplinierten, zentralisierten, kommunistischen Partei organisiert und geleitet. Der Bürgerkrieg ist ein Krieg; in diesem Krieg muß das Proletariat sein tapferes politisches Offizierskorps, seinen starken politischen Generalstab haben, der alle Operationen auf allen Gebieten des Kampfes leitet.

11. Der Massenkampf ist ein ganzes System sich entwickelnder Aktionen, die sich in ihrer Form verschärfen und logisch zum Aufstand gegen den kapitalistischen Staat führen. In diesem Massenkampf, der sich zum Bürgerkrieg entfaltet, muß die führende Partei des Proletariats alle legalen Stellungen festigen, indem sie sie zu Hilfsstützpunkten in ihrer revolutionären Tätigkeit macht und diese Stellungen dem Plan der Hauptkampagne, der Kampagne des Massenkampfes, unterordnet.

12. Ein solcher Hilfsstützpunkt ist die Tribüne des bürgerlichen Parlaments. Gegen die Teilnahme an dem parlamentarischen Kampf kann durchaus nicht die Begründung angeführt werden, daß das Parlament eine bürgerliche Staatsinstitution ist. Die kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort eine organische Arbeit zu leisten, sondern um die Staatsmaschine

der Bourgeoisie und das Parlament selbst von innen zu sprengen (z. B. die Tätigkeit Liebknechts in Deutschland, der Bolschewiki in der zaristischen Duma, in der „demokratischen Beratung“, in dem „Vorpalamment Kerenskis“, schließlich in der „konstituierenden Versammlung“ sowie in den Städtumen.)

13. Diese Tätigkeit in den Parlamenten, die hauptsächlich in revolutionärer Agitation von der Parlamentstribüne, in der Entlarvung der Gegner, in ideellem Zusammenschluß der Massen usw. besteht, soll ganz und gar den Zielen und Aufgaben des Massenkampfes außerhalb des Parlaments untergeordnet sein.

14. Dazu sind folgende Vorbedingungen notwendig: 1. Unzulässigkeit jeglicher „Autonomie“ für die kommunistischen Parlamentsfraktionen und ihre widerspruchslose Unterordnung unter das Gebot der Parteizentrale. 2. Beständige Kontrolle und Richtlinien des Zentralkomitees. 3. Anpassung der Parlamentsaktionen an die Aktion außerhalb des Parlaments. 4. Revolutionäre Stellung im Parlament, d. h. Unzulässigkeit „prinzipieller Furcht“, den Rahmen der Parlamentsstatuten zu überschreiten. 5. Leistung außerparlamentarischer Arbeit seitens der kommunistischen Parlamentsmitglieder, insbesondere im Zusammenhang mit Massenaktionen. 6. Beständiger Kontakt mit der illegalen Arbeit und Ausnutzung der parlamentarischen Immunität, sofern sie besteht, zu diesem Zweck. 7. Unverzügliche Abberufung oder Ausschluß jedes Mitglieds der Parlamentsfraktion aus der Partei, das in seiner Parlamentstätigkeit den Richtlinien der Partei zuwiderhandelt.

15. Die Wahlkampagne selbst soll nicht im Geiste der Jagd auf ein Maximum von Parlamentsmandaten geführt werden, sondern im Geiste einer revolutionären Mobilisierung der Massen um die Losungen der proletarischen Revolution. Die Wahlkampagne soll von der gesamten Masse der Parteimitglieder geführt werden und nicht nur von der Elite der Partei. Es ist notwendig, auch alle Massenaktionen (Ausstände, Demonstrationen, Gärungen unter den Soldaten und Matrosen usw.), die zu der Zeit stattfinden, auszunutzen und mit ihnen in engen Kontakt zu kommen. Das Hineinziehen aller proletarischen Massenaktionen in die aktive Tätigkeit ist notwendig.

16. Bei Wahrnehmung aller dieser Vorbedingungen ist die parlamentarische Tätigkeit das direkte Gegenteil jenes gemeinen Politikasterns, das die sozialdemokratischen Parteien aller Länder anwenden, die ins Parlament gehen, um diese „demokratische“ Institution zu unterstützen oder sie bestenfalls zu „erobern“. Die kommunistische Partei kann nur für die revolutionäre Aus-

nutzung des Parlamentarismus im Sinne Karl Liebknechts,, Höglunds und der Bolschewiki sein.

### III.

17. Der prinzipielle „Antiparlamentarismus“ in dem Sinne absoluter und kategorischer Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der revolutionären Tätigkeit steht also als eine naive kindische Doktrin unter jeder Kritik, eine Doktrin, die bisweilen einen gesunden Ekel vor den politikasternden Parlamentariern zur Grundlage hat, die aber zugleich nicht die Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus sieht. Außerdem ist diese Doktrin oft mit einer ganz unrichtigen Vorstellung von der Rolle der Partei verbunden, die in einem solchen Fall nicht für die zentralisierte Stoßtruppe der Arbeiter gehalten wird, sondern für ein dezentralisiertes System lose mit einander verbundener Gruppen.

18. Andererseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit durchaus nicht unter allen Umständen die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Wahlen und konkreter Teilnahme an den Parlamentssitzungen. Das ist von einer ganzen Reihe spezifischer Bedingungen abhängig. Bei einer bestimmten Kombination dieser Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament notwendig sein. Das taten die Bolschewiki, als sie aus dem Vorparlament gingen, um es zu sprengen, um es auf einmal zu entkräften und dem unmittelbar vor der Leitung des Aufstandes stehenden Petersburger Sowjet schroff gegenüberzustellen. So taten sie in der Konstituierenden Versammlung am Tage ihrer Auflösung, indem sie alle Macht auf den II. Kongreß der Sowjets übertrugen. Unter anderen Umständen kann Boykott der Wahlen und unmittelbare gewaltsame Erstürmung der bürgerlichen Parlamente oder aber Teilnahme an den Wahlen, während das Parlament selbst boykottiert wird usw., notwendig sein.

19. Auf diese Weise soll die kommunistische Partei, die Notwendigkeit der Teilnahme an den Wahlen, sowohl zu den zentralen Parlamenten, als auch in die Organe der lokalen Selbstverwaltung, sowie die Arbeit in diesen Institutionen als allgemeine Regel anerkennend, von der Wertung der spezifischen Besonderheiten des gegenwärtigen Augenblicks ausgehend, die Frage konkret lösen. Boykott der Wahlen oder des Parlaments, sowie Austritt aus dem Parlament ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die Vorbedingungen eines unmittelbaren Übergangs zum bewaffneten Kampf um die Macht vorhanden sind.

20. Dabei soll man beständig die relative Unwichtigkeit dieser Frage im Auge behalten. Wenn der Schwerpunkt im a u ß e r -



halb des Parlaments geführten Kampf um die Staatsmacht liegt, dann versteht es sich von selbst, daß die Frage der proletarischen Diktatur und des Massenkampfes mit der besonderen Frage des Parlamentarismus nicht gleichzustellen ist.

21. Daher betont die Kommunistische Internationale mit aller Entschiedenheit, daß sie jede Spaltung oder jeden Spaltungsversuch innerhalb der kommunistischen Parteien in dieser Richtung für ein Verbrechen gegen die Arbeiterbewegung hält. Der Kongreß ruft alle Elemente, die auf dem Boden der Anerkennung des Massenkampfes um die proletarische Diktatur unter der Führung der zentralisierten Partei des revolutionären Proletariats stehen, welche ihren Einfluß auf alle Massenorganisationen der Arbeiter verwirklicht, auf, völlige Einheit der kommunistischen Elemente anzustreben, trotz der möglichen Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Parlamentarismus.



---

---

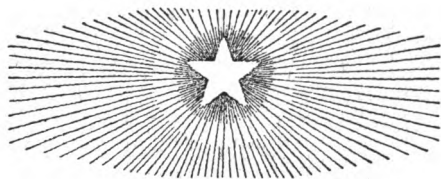
---

*Indem ich folgenden Entwurf der Thesen über die Kolonialfrage und die Nationalitätenfrage dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale zur Erörterung vorlege, bitte ich alle Genossen, insbesondere aber die Genossen, die über diese oder jene dieser verwickeltesten Fragen konkret informiert sind, ihr Urteil abzugeben, oder eine Abänderung, Ergänzung oder konkrete Erklärung, insbesondere über folgende Punkte, in der kürzesten Form (nicht mehr als zwei Seiten) vorzuschlagen:*

<i>Die österreichische Erfahrung.</i>	<i>Der Kampf gegen den Panislamismus.</i>
<i>Die polnisch-jüdische und ukrainische Erfahrung.</i>	<i>Die Verhältnisse im Kaukasus.</i>
<i>Elsaß-Lothringen und Belgien.</i>	<i>Die baschkirische und die tatarische Republik.</i>
<i>Irland.</i>	<i>Kirgisistan.</i>
<i>Die dänisch-deutschen Beziehungen. Die italienisch-französischen und die italienisch-slawischen Beziehungen.</i>	<i>Turkestan, seine Erfahrung.</i>
<i>Die Erfahrung der Balkanländer.</i>	<i>Die Neger in Amerika.</i>
<i>Die Völker des Orients.</i>	<i>Die Kolonien.</i>
	<i>China, Korea, Japan.</i>

5. Juni 1920.

N. Lenin.



# *Vorläufiger Entwurf der Thesen über die Nationalitätenfrage und die Kolonialfrage.*

*(Zum II. Kongreß  
der Kommunistischen Internationale.)*

1. Der bürgerlichen Demokratie ist ihrem eigentlichen Wesen gemäß, eine abstrakte oder formelle Stellungnahme in der Frage der Gleichheit überhaupt, darunter auch der nationalen Gleichheit, eigen. Unter dem Schein der Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit überhaupt proklamiert die bürgerliche Demokratie die formelle oder juristische Gleichheit des Eigentümers und des Proletariers, des Ausbeuters und des Ausgebeuteten, und betrügt dadurch die unterdrückten Klassen im höchsten Grade. Die Idee der Gleichheit, die selbst eine Widerspiegelung der Verhältnisse der Warenproduktion ist, wird von der Bourgeoisie unter dem Vorwand angeblich absoluter Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit in ein Werkzeug des Kampfes gegen die Vernichtung der Klassen verwandelt. Der wahre Sinn der Gleichheitsforderung liegt einzig und allein in der Forderung der Vernichtung der Klassen.

2. Die Kommunistische Partei als klassenbewußter Ausdruck des proletarischen Kampfes für die Abschüttelung des Joches der Bourgeoisie soll entsprechend ihrer Hauptaufgabe des Kampfes gegen die bürgerliche Demokratie und der Entlarvung ihrer Lüge und Heuchelei auch in der Nationalitätenfrage nicht abstrakte und nicht formelle Prinzipien in den Vordergrund rücken, sondern erstens die genaue Wertung des historisch-konkreten und vor allem ökonomischen Milieus, zweitens die ausdrückliche Ausscheidung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen überhaupt, der die Interessen der herrschenden Klasse bedeutet, drittens eine ebenso genaue Trennung der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Nationen von den unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten Nationen als Gegengewicht zu der bürgerlich-demokratischen Lüge, welche die der

Epoche des Finanzkapitals und Imperialismus eigene koloniale und finanzielle Knechtung der ungeheuren Mehrheit der gesamten Bevölkerung der Welt durch eine geringe Minderheit der reichsten vorgeschrittensten kapitalistischen Länder vertuscht.

3. Der imperialistische Krieg von 1914 hat für alle Nationen und alle unterdrückten Klassen der Welt mit besonderer Klarheit die Verlogenheit der bürgerlich-demokratischen Phrasen aufgedeckt und anschaulich bewiesen, daß der Versailler Vertrag der berüchtigten „westlichen Demokratien“ eine noch brutalere und gemeinere Vergewaltigung der schwachen Nationen ist, als der Brester Vertrag der deutschen Junker und des Kaisers. Der Völkerbund und die gesamte Politik der Entente nach dem Kriege deckten diese Wahrheit noch deutlicher und schärfer auf, indem sie überall den revolutionären Kampf des Proletariats der vorgeschrittenen Länder sowie aller werktätigen Massen der Kolonien und der abhängigen Länder verstärken und den Zusammenbruch der kleinbürgerlich-nationalen Illusionen über die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens und der Gleichheit der Nationen unter dem Kapitalismus beschleunigen.

4. Aus den dargelegten Grundsätzen folgt, daß der gesamten Politik der Kommunistischen Internationale in der Nationalitäten- und Kolonialfrage zugrundegelegt werden muß: der Zusammenschluß der Proletarier und werktätigen Massen zum gemeinsamen revolutionären Kampf für den Sturz der Grundbesitzer und der Bourgeoisie. Denn nur ein solcher Zusammenschluß sichert den Sieg über den Kapitalismus, ohne den die Vernichtung der nationalen Unterdrückung und die Verwirklichung der Gleichberechtigung unmöglich ist.

5. Die weltpolitische Situation hat die Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung gestellt. Alle Ereignisse der Weltpolitik konzentrieren sich unvermeidlich auf einen einzigen Mittelpunkt: um den Kampf der Weltbourgeoisie gegen die russische Sowjetrepublik, welche einerseits die Sowjetbewegungen der Arbeitervorhut aller Länder um sich scharft, andererseits alle nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonien und der unterdrückten Völkerschaften, die sich durch bittere Erfahrung überzeugt haben, daß es für sie keine Rettung gibt außer dem Sieg der Sowjetmacht über den Weltimperialismus.

6. Folglich darf man sich gegenwärtig nicht auf die nackte Anerkennung oder Proklamierung der Annäherung der Werktätigen verschiedener Nationen beschränken, sondern muß eine Politik der Verwirklichung des engsten Bündnisses aller nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen mit Sowjetrußland führen, wobei die

Formen dieses Bündnisses bestimmt werden von der Entwicklungsstufe der kommunistischen Bewegung unter dem Proletariat eines jeden Landes oder von der Entwicklungsstufe der bürgerlich-demokratischen Befreiungsbewegung der Arbeiter und Bauern in den zurückgebliebenen Ländern oder unter den rückständigen Nationalitäten.

7. Die Föderation ist eine Übergangsform zur vollen Vereinigung der Werktätigen aller Nationen. Die Föderation hat schon in der Praxis ihre Zweckmäßigkeit gezeigt, sowohl in den Beziehungen der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland zu den übrigen Sowjetrepubliken (der ungarischen, finnischen, lettischen in der Vergangenheit, der aserbeidshanischen, der ukrainischen in der Gegenwart); wie auch innerhalb der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland in bezug auf die Nationalitäten, die weder eine staatliche Existenz, noch eine Selbstverwaltung besaßen (z. B. die autonomen Republiken der Baschkiren und Tataren in der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland, die 1919 und 1920 geschaffen wurden.)

8. Hier besteht die Aufgabe der Kommunistischen Internationale nicht nur in der Förderung dieser nicht auf der Basis der Sowjetordnung und der Sowjetbewegung entstehenden Föderationen, sondern auch im Studium und in der Prüfung ihrer Erfahrungen. In Anerkennung der Föderation als Übergangsform zur vollen Vereinigung muß eine immer engere föderative Verbindung angestrebt werden, wobei in Erwägung zu ziehen ist, erstens, die Unmöglichkeit des Bestehens der von militärisch bedeutend mächtigeren imperialistischen Mächten der ganzen Welt umgebenen Sowjetrepubliken, ohne enge Verbindung mit den anderen Sowjetrepubliken, zweitens, die Notwendigkeit eines engen wirtschaftlichen Bundes der Sowjetrepubliken, ohne den die Wiederherstellung der durch den Imperialismus vernichteten Produktivkräfte und die Sicherung des Wohlstands der Werktätigen nicht möglich ist, drittens, das Bestreben zur Schaffung einer einheitlichen Weltwirtschaft, nach einem gemeinsamen Plan, der vom Proletariat aller Nationen geregelt wird. Diese Tendenz ist bereits unter dem Kapitalismus ganz offen zutage getreten und treibt unbedingt zur weiteren Entwicklung und Vollendung durch den Sozialismus.

9. Auf dem Gebiet der Beziehungen innerhalb des Staates kann die nationale Politik der Kommunistischen Internationale sich nicht mit der nackten, formalen, nur in Worten erklärten und praktisch zu nichts verpflichtenden Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen begnügen, auf die sich die — mögen sie

sich auch Sozialisten nennen — bürgerlichen Demokraten beschränken.

In der gesamten Propaganda und Agitation der kommunistischen Parteien — sowohl von der Parlamentstribüne als auch außerhalb derselben — müssen die ständigen Verstöße gegen die Gleichberechtigung der Nationen und die Rechtsgarantien der nationalen Minderheiten enthüllt werden, die in allen kapitalistischen Staaten trotz der „demokratischen“ Verfassungen vorkommen. Außerdem ist aber auch notwendig,

1. eine beständige Aufklärung darüber, daß nur die Sowjetordnung imstande ist, den Nationen wirkliche Gleichberechtigung zu sichern, dadurch, daß sie zuerst die Proletarier, dann die ganze Masse der Werktätigen im Kampf gegen die Bourgeoisie vereinigt;

2. die direkte Unterstützung der revolutionären Bewegungen bei den abhängigen und nicht gleichberechtigten Nationen (z. B. in Irland, bei den Negern Amerikas usw.) und in den Kolonien durch alle kommunistischen Parteien.

Ohne diese letztere, besonders wichtige Bedingung bleibt der Kampf gegen die Unterdrückung der abhängigen Nationen und Kolonien, wie auch die Anerkennung ihres Rechtes auf staatliche Absonderung ein lügnerisches Aushängeschild, wie wir dies bei den Parteien der Zweiten Internationale sehen.

10. Die Anerkennung des Internationalismus in Worten, seine Verwässerung in der Tat, in der ganzen Propaganda, Agitation und praktischen Arbeit durch kleinbürgerlichen Nationalismus und Pazifismus ist eine der häufigsten Erscheinungen, nicht nur bei den Zentrumparteien der Zweiten Internationale, sondern auch bei denen, die aus dieser Internationale ausgetreten sind. Diese Erscheinung findet man nicht selten sogar innerhalb solcher Parteien, die sich jetzt kommunistisch nennen. Der Kampf mit diesem Uebel, mit den am tiefsten eingewurzelten kleinbürgerlich-nationalen Vorurteilen muß umso mehr in den Vordergrund gerückt werden, je brennender die Frage der Umwandlung der Diktatur des Proletariats wird, nämlich die Umwandlung aus einer nationalen Diktatur (d. h. in einem Land existierenden und zur Führung einer Welt-politik unfähigen) in eine internationale Diktatur (d. h. in eine Diktatur des Proletariats wenigstens in einigen vorgeschrittenen Ländern, die fähig ist, einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Welt-politik auszuüben). Der kleinbürgerliche Nationalismus versteht unter Internationalismus die bloße Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen (ganz abgesehen davon, daß eine derartige Anerkennung nur in Worten geschieht) und hält den nationalen Egoismus für unantastbar. Der proletarische Internationalismus

dagegen fordert: 1. die Unterordnung der Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes unter die Interessen dieses Kampfes im Weltmaßstabe; 2. die Fähigkeit und Bereitwilligkeit von seiten einer Nation, die ihren Sieg über die Bourgeoisie durchführt, die größten nationalen Opfer zu bringen, um den internationalen Kapitalismus zu stürzen.

Daher ist in den bereits vollständig kapitalistischen Staaten, die Arbeiterparteien haben, die tatsächlich einen Vortrupp des Proletariats darstellen, der Kampf mit der opportunistischen und kleinbürgerlich-pazifistischen Verdrehung der Begriffe und der Politik des Internationalismus die erste und wichtigste Aufgabe.

11. In bezug auf die Staaten und Nationen, die einen mehr zurückgebliebenen, vorwiegend feudalen, patriarchalen oder patriarchal-bäuerlichen Charakter tragen, muß man insbesondere folgende Punkte im Auge behalten:

1. Alle kommunistischen Parteien müssen der bürgerlich-demokratischen Freiheitsbewegung in diesen Ländern zu Hilfe kommen. In erster Linie trifft diese Verpflichtung zur tatkräftigen Hilfe die Arbeiter desjenigen Landes, von dem die zurückgebliebene Nation in kolonialer oder finanzieller Hinsicht abhängig ist.

2. Notwendig ist der Kampf gegen die Geistlichkeit und andere reaktionäre und mittelalterliche Elemente, die in rückständigen Ländern Einfluß haben.

3. Notwendig ist ferner der Kampf gegen den Panislamismus und ähnliche Strömungen, die den Versuch machen, den Freiheitskampf gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit der Stärkung der Macht des Adels, der Großgrundbesitzer, der Geistlichen usw. zu verbinden.

4. Notwendig ist insbesondere die Unterstützung der Bauernbewegung in den rückständigen Ländern gegen die Grundbesitzer und alle Formen und Ueberreste des Feudalismus; man muß vor allem danach streben, der Bauernbewegung einen möglichst revolutionären Charakter zu geben und eine möglichst enge Verbindung zwischen dem westeuropäischen kommunistischen Proletariat und der revolutionären Bewegung der Bauern im Osten, in den Kolonien und den rückständigen Ländern herzustellen.

5. Notwendig ist ein entschlossener Kampf gegen den Versuch, der bürgerlich-demokratischen Freiheitsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern ein kommunistisches Mäntelchen umzuhängen. Die Kommunistische Internationale hat die Pflicht, die bürgerlich-demokratische nationale Bewegung in den Kolonien und den rückständigen Ländern nur zu dem Zweck zu unterstützen, um die Bestandteile der künftigen proletarischen Parteien — der wirklich

und nicht nur dem Namen nach kommunistischen — in allen rückständigen Ländern zu sammeln und sie zum Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben zu erziehen, und zwar zu den Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Richtung im Schoße ihrer Nation. Die Kommunistische Internationale soll ein zeitweiliges Bündnis mit der demokratischen Bourgeoisie der Kolonien und der rückständigen Länder eingehen, darf sich aber mit ihr nicht zusammenschließen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung — auch in ihrer Keimform — aufrecht erhalten.

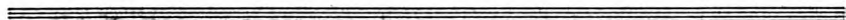
6. Notwendig ist es, unter den breitesten Massen der Werktätigen aller und insbesondere der rückständigen Länder fortgesetzt den systematischen Betrug aufzudecken, den die imperialistischen Mächte dadurch begehen, daß sie mit der Schaffung politisch unabhängiger Staaten Staatsgebilde ins Leben rufen, die wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollständig von ihnen abhängig sind. Bei den heutigen internationalen Verhältnissen gibt es für die abhängigen und schwachen Nationen keine andere Rettung mehr, als ein Bündnis von Räterepubliken.

12. Die jahrhundertlang dauernde Knechtung der kolonialen und schwachen Völkerschaften durch die imperialistischen Großmächte hinterließ in den werktätigen Massen der geknechteten Länder nicht nur Gefühle der Erbitterung, sondern auch Gefühle des Mißtrauens gegen die knechtenden Nationen im allgemeinen, darunter auch gegen das Proletariat dieser Nationen. Der niederträchtige Verrat am Sozialismus, den die Mehrheit der offiziellen Führer dieses Proletariats in den Jahren 1914—19 beging, als die Sozialpatrioten unter der „Vaterlandsverteidigung“ die Verteidigung des „Rechts“ „ihrer“ Bourgeoisie auf Knechtung der Kolonien und Ausplünderung der finanziell abhängigen Länder verbargen — dieser Verrat konnte jenes vollständig berechnete Mißtrauen nicht entkräften. Andererseits, je rückständiger ein Land ist, desto mehr wiegt der landwirtschaftliche Kleinbetrieb, das Patriarchalische und Lokalpatriotische vor, das unvermeidlich dazu führt, daß die eingefleischtesten kleinbürgerlichen Vorurteile, nämlich der nationale Egoismus und die nationale Beschränktheit, besonders stark und hartnäckig auftreten. Da diese Vorurteile erst nach der Ausrottung des Imperialismus in den vorgeschrittenen Ländern und nach der radikalen Umformung der gesamten Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens der rückständigen Länder ausgerottet werden können, kann die Beseitigung dieser Vorurteile nur sehr langsam vor sich gehen. Daraus ergibt sich für das klassenbewußte kommunistische Proletariat aller Länder die Verpflichtung zu be-



sonderer Vorsicht und besonderer Aufmerksamkeit gegenüber den an sich überlebten nationalen Gefühlen in den lange Zeit geknechteten Ländern und Völkerschaften und zugleich die Verpflichtung, Zugeständnisse zu machen, um dieses Mißtrauen und diese Vorurteile desto rascher zu beseitigen. Ohne freiwilligen Zusammenschluß des Proletariats und damit aller werktätigen Massen aller Länder und der Nationen der ganzen Welt zu einem Bunde und einer Einheit, kann der Sieg über den Kapitalismus nicht mit vollem Erfolg zu Ende geführt werden.

*N. Lenin.*



*Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.*

*Friedrich Engels.*



## *Brennende Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung.*

### *Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale und seine Aufgaben.*

Mehr als ein Jahr ist verflossen, seit der erste konstituierende Kongreß der Kommunistischen Internationale stattgefunden hat. Die kommunistische Bewegung ist während dieses Jahres in der ganzen Welt ungewöhnlich erstarkt. Fast in allen Ländern, wo die Arbeiterklasse lebt und kämpft, haben wir jetzt eine weitverbreitete kommunistische Presse und weit verzweigte kommunistische Organisationen. Der kommunistischen Bewegung erstehen tagtäglich neue, immer verwickeltere Probleme. So versteht es sich von selbst, daß die Kommunistische Internationale vor der Notwendigkeit steht, ihren zweiten Kongreß einzuberufen, der — das kann man mit Bestimmtheit sagen — wirklich ein Weltkongreß der fortgeschrittensten Proletarier sein wird. Auf dem bevorstehenden zweiten Kongreß werden wir das Fazit jener reichen Erfahrung ziehen müssen, die zwischen dem Frühjahr 1919 und dem Sommer 1920 liegt. Wir werden dem Weltproletariat auf alle brennenden Fragen der Bewegung eine vollkommen genaue und bestimmte Antwort geben müssen.

Um den Arbeitern aller Länder die Möglichkeit zu geben, ihre endgültige Wahl zu treffen, haben die Herren Sozialverräter gleichsam absichtlich ihren Kongreß — den Kongreß der II. Internationale, der in Genf stattfinden soll, auf den 31. Juli 1920 festgesetzt. Wir wollen hoffen, daß Herr Huysmans und seine Kampfgenossen nicht aufs neue den Kongreß der II. Internationale aufzuschieben haben.

Etwa vor einem halben Jahr hatten diese Herren schon alles in Gang gesetzt, um den Kongreß der II. Internationale zusammenzuberufen. Die Einladungen waren schon versandt, der Ort des Kongresses war festgesetzt, plötzlich schoben aber die Herren Huysmans unerwartet den Kongreß auf. Nun ist es bereits klar, wodurch das veranlaßt wurde. Huysmans und Konsorten hatten

erfahren, daß die deutschen Unabhängigen das sinkende Schiff der II. Internationale zu verlassen beabsichtigten. Die Herren Huysmans witterten, daß die französischen Sozialisten dasselbe zu tun gedachten. Und die Herren Huysmans hielten es für heilsam, ihren Kongreß zu vertagen. Wir sind sehr besorgt, daß ähnliche Überraschungen Huysmans auch jetzt beschieden sein könnten. Aus der II. Internationale hat freilich fast niemand mehr auszutreten. Nichtsdestoweniger sind die Herren Huysmans aber durchaus nicht gegen unangenehme Ueberraschungen gesichert.

Es wäre außerordentlich schade, wenn die Herrn Huysmans aufs neue ihren Kongreß vertagen müßten. Um der Klarheit, um der Anschaulichkeit willen wünschten wir aufrichtig, daß neben dem Weltkongreß der III. Internationale wenigstens ein Scheinkongreß der II. Internationale stattfinden würde. Auf der Tagesordnung jenes Kongresses, den die Huysmans nach Genf einberufen haben, stehen die Fragen der Diktatur und Demokratie, der Methoden des Kampfes um den Sozialismus und dergleichen. Es wäre äußerst wünschenswert, daß sich vor dem geistigen Auge der Arbeiter der ganzen Welt zwei Kongresse abspielten, damit das Proletariat aller Länder zweierlei genaue, klare, abgeschlossene Richtlinien vor sich hätte, die man vergleichen könnte und von denen man ein für allemal die einen oder die anderen wählen müßte.

Aus der gelben II. Internationale sind nicht nur die Zwischenelemente des „Zentrums“ ausgetreten und fahren fort auszutreten, sondern auch die weitsichtigeren Opportunisten, die wittern, was der künftige Tag ihnen bringen wird, die eingesehen haben, daß sie, wenn sie noch irgend einen Einfluß auf die Arbeiterklasse ausüben wollen, sich wenigstens äußerlich von der schmutzigen Internationale der Verräter und Mörder abgrenzen müssen.

Aus der II. Internationale sind bekanntlich im Lauf von kaum ein paar Monaten ausgetreten:

1. Die Unabhängigen Deutschlands.
2. Die Vereinigte Sozialistische Partei Frankreichs.
3. Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands.
4. Die Sozialistische Partei der Schweiz.
5. Die Sozialistische Partei Amerikas.
6. Die Sozialistische Partei Spaniens.

Unter den Führern der genannten Parteien dominieren die zentralen Zwischenelemente, die im Wesentlichen zwischen der zweiten und dritten Internationale, d. h. zwischen Bourgeoisie und Proletariat, schwanken.

Außerdem ist aber aus der II. Internationale z. B. die Partei der russischen Menschewiki ausgetreten. In dem vorliegenden Heft

der „Kommunistischen Internationale“ veröffentlichen wir einen Auszug aus dem offiziellen stenographischen Bericht des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Rotarmistendeputierten, der die offizielle Erklärung des Hauptführers der russischen Menschewiki D. Martow enthält, welcher kategorisch den Austritt seiner Partei aus der II. Internationale kundtut. Für das Geschick der russischen Arbeiter hat der Austritt der Menschewiki aus der II. Internationale keine ernste Bedeutung. Der Einfluß der russischen Menschewiki unter dem Proletariat Rußlands ist unbedeutend. Als Symptom des Zerfalls der II. Internationale hat aber sogar der Austritt der russischen Menschewiki zweifellos eine große Bedeutung. Genossen, die aus verschiedenen Ländern zu uns gekommen sind, haben uns oft erzählt, wie die Herren Branting, Scheidemann, Renaudel, Huysmans, Henderson auf Arbeiterversammlungen viel darüber geredet haben, daß die wirkliche Arbeiterbewegung in Rußland nicht durch die Partei der Kommunisten vertreten wird, sondern . . . durch die Partei der Menschewiki, und wie sie mit Stolz darauf hingewiesen haben, daß die Partei der Menschewiki eine treue Anhängerin der II. Internationale sei.

Jetzt ist den Herren Sozialverrättern auch diese „Begründung“ genommen. Aus der zweiten Internationale ist ferner der polnische Bund ausgetreten (wenigstens halbwegs ausgetreten), dessen Führer der bekannte Opportunist W. Medem ist. Die Konferenz aller in Sowjetrußland tätigen Organisationen des Bundes hat aber unlängst mit erdrückender Stimmenmehrheit eine umfangreiche Resolution angenommen, die ihre Solidarität mit der III. Internationale kundtut.

Wer ist denn in der II. Internationale geblieben? Wenn man uns vorschlagen würde, z. B. die drei bezeichnendsten Namen zu nennen, die im gegenwärtigen Augenblick die Praxis der II. Internationale verkörpern, so bliebe uns nichts anderes übrig, als Pilsudzki, Noske und Branting zu nennen.

Josef Pilsudzki, der Mörder der polnischen und russischen Arbeiter, der besoldete Agent der französischen Bankiers, der jetzt gegen die russischen und ukrainischen Arbeiter und Bauern Krieg führt, ist der Vater und der tatsächliche Inspirator jener polnischen „sozialistischen“ Partei, die in dem Exekutivkomitee der II. Internationale durch Herrn Daszinski vertreten ist. Die Arbeiter der ganzen Welt und, wir wagen zu hoffen, sogar die Arbeiter, die jener belgischen Arbeiterpartei angehören, deren Führer noch Herr Huysmans ist, hassen den Henker Pilsudzki, der von der französischen Börse den schmutzigsten Auftrag übernommen hat. Leider wissen aber nicht alle diese Arbeiter, daß

dieser schmutzigste Agent der schmutzigsten Bankierskoterie ein Teilhaber der „II. Internationale“ genannten Aktiengesellschaft von Huysmans ist.

Branting ist schon ein allgemein anerkannter Führer der II. Internationale, er ist zum Ministerpräsidenten von Schweden ernannt worden. Der schwedische König und die schwedische Bourgeoisie fanden, daß gerade Branting, das Haupt der schwedischen Sozialdemokratie, der beste Kettenhund wäre, der ihre fetten Profite vor dem zum Kampf erwachenden schwedischen Proletariat behüten würde. Wir wissen nicht, ob der schwedische König offiziell der schwedischen sozialdemokratischen Partei beigetreten ist. Vielleicht wird Branting auf dem Kongreß der II. Internationale „seinem“ König ein gleiches Loblied singen, wie er und Henderson es auf der berüchtigten Berner Konferenz der II. Internationale ihrem damaligen Gönner Woodrow Wilson sangen. Wir wissen aber eins: die größten Niedrigkeiten, die jemals in Schweden an der Tagesordnung waren, die dunkelsten Machenschaften, die jemals von den Betrügern der internationalen Diplomatie in Schweden betrieben wurden, werden jetzt von dem Führer der II. Internationale Branting und seinem Freund und Parteigenossen, dem schwedischen Minister des Aeußeren Baron Palmstjerna ausgeübt.

Noske. Ueber seine Laufbahn während des letzten Jahres lohnt es sich nicht viel zu reden. Der blutigste General der französischen Bourgeoisie, der Schlächter der Pariser Kommune Gallifet ist selbstverständlich nur ein Lamm im Vergleich mit dem ehemaligen Wehrminister der fast „sozialistischen“ Republik Deutschland, Herrn Noske. Gegenwärtig ist Noske seiner würdigen Pflichten als Wehrminister der sozialdemokratischen deutschen Regierung entbunden. Noske hat jetzt viel Muße. Und deutsche Genossen, mit denen wir unlängst Gelegenheit hatten zu reden, berichten uns ganz im Ernst, daß die offizielle deutsche Sozialdemokratie jetzt zu einem ihrer Hauptvertreter in das Huysmansche Exekutivkomitee der II. Internationale niemand anders . . . als Gustav Noske zu wählen gedenkt. Wir gratulieren der II. Internationale aufrichtig dazu. Branting, Pilsudski, Noske — das sind vollkommen geeignete Führer und Inspiratoren jener gelben Organisation, die sich II. Internationale nennt.

Von den alten sozialistischen Parteien, die einst die Grundlage der II. Internationale bildeten, ist gegenwärtig nur das Anhängsel der Scheidemänner, das durch Herrn Noske vertreten werden soll, in den Reihen der II. Internationale verblieben. Es bleibt die österreichische Sozialdemokratie, die wenn nicht heute, so

morgen den deutschen Unabhängigen folgen kann \*). Es bleiben die weißen Sozialdemokraten Finnlands, die Kampfgenossen des finnischen Gallifet, des Generals Mannerheim, und einige andere unbedeutende Gruppen.

In den Reihen der II. Internationale — das darf man nicht vergessen — bleiben noch einige zahlenmäßig starke, sich auf die Arbeiter stützende Organisationen, die der Bourgeoisie noch als machtvolle Stütze dienen. Wir reden von der englischen „Arbeiterpartei“, von den gemäßigten englischen Trade-Unions und von den alten, von Gompers geleiteten Gewerkschaften Amerikas. Wenn ich mich recht erinnere, fanden etwa vor 10 Jahren in dem Exekutivkomitee der II. Internationale lebhafte Debatten statt über die Frage, ob die englische Arbeiterpartei, von welcher auch Kautsky damals sagte, daß sie durch und durch von bürgerlichen Tendenzen durchdrungen sei, in die Reihen der II. Internationale aufzunehmen wäre oder nicht. Gegenwärtig ist diese „Arbeiterpartei“ eigentlich die einzige große Arbeiterpartei, die noch in der II. Internationale geblieben ist. Dasselbe ist von den amerikanischen Gewerkschaften zu sagen, die von dem bekannten Agenten der Bourgeoisie — Gompers geleitet werden. Diese zwei großen Arbeiterorganisationen, die mit dem Sozialismus freilich nichts gemein haben (sofern von dem „leitenden“ Teil dieser Organisationen die Rede ist), die aber zahlenmäßig eine bedeutende Kraft darstellen, bilden die wirkliche Basis der II. Internationale.

Wenn die Kommunistische Internationale auch jene Arbeiterschichten erobert, die jetzt noch der „Arbeiterpartei“ in England und den Gewerkschaften von Gompers in Amerika folgen, dann wird man sagen können, daß die Bourgeoisie ihrer letzten Stütze in der Arbeiterbewegung verlustig gegangen ist.

\* \* \*

Als wir im März 1919 die Kommunistische Internationale gründeten, wurden noch einzelne Einwendungen laut, die sich darauf bezogen, daß die offizielle Proklamierung der Kommunistischen Internationale verfrüht sei. Der Leser erinnert sich, daß der einzige Vertreter der deutschen Spartakisten, der auf unserem ersten Kongreß 1919 anwesend war, fand, daß man mit der offiziellen Organisation der Kommunistischen Internationale noch warten müsse.

Ein wenig mehr als ein Jahr ist verflossen, und schon ist es

---

\*) Eben berichtet man uns, daß auch die österreichische Sozialdemokratie es abgelehnt hat, an dem Genfer Kongreß der II. Internationale teilzunehmen. Das ist Austritt aus der II. Internationale in verdeckter Form. G. S.

absolut klar, daß diese pessimistischen Meinungen völlig unbegründet waren. Die Proklamierung der Kommunistischen Internationale war nicht verfrüht; im Gegenteil, man könnte eher sagen, daß wir uns mit ihrer Organisierung ein wenig verspätet und dadurch den organisatorischen Zusammenschluß des internationalen Proletariats verlangsamt haben.

15 Monate sind seit unserem ersten Kongreß verflossen. Im Lauf dieser 15 Monate ist der politische Einfluß der Kommunistischen Internationale mit jedem Tage gewachsen. Die Zahl unserer Gesinnungsgenossen stieg und steigt ununterbrochen. Die Zauberkraft unseres Banners wuchs und wächst mit jedem Tage. Wie ein starker Magnet zieht die Kommunistische Internationale die Herzen der Arbeitervorhut in der ganzen Welt an. Dennoch verhehlen wir uns nicht, daß unser organisatorischer Einfluß auf die internationale Bewegung noch verhältnismäßig schwach ist. Wir haben noch lange nicht jene internationale Organisation, die zum erfolgreichen Kampf notwendig ist.

Eben deshalb, weil der ideelle Einfluß des Kommunismus mit jedem Tage größer wird, scheint es uns notwendig, sogleich genaue Organisationsgrenzen festzustellen, in welchen unsere internationale Arbeitergenossenschaft, die sich Kommunistische Internationale nennt, wirken soll. Wir verhehlen uns nicht, daß die Kommunistische Internationale hier und dort „Mode“ wird. Alltäglich werden bald in diesem, bald in jenem Lande Dutzende von Resolutionen angenommen, daß diese oder jene Organisation beschlossene habe, der Kommunistischen Internationale beizutreten. Insofern diese Organisationen ihrem Bestande nach proletarisch sind, insofern diese Resolutionen den aufrichtigen Wunsch der Arbeiter eines gewissen Landes äußern, den Arbeitern anderer Länder ihre Bruderhand zu bieten, insofern sie die fortwährend wachsende Bereitwilligkeit der Proletarier äußern, sich zum letzten Kampf gegen die Bourgeoisie zu rüsten, insofern verdienen diese Resolutionen selbstverständlich nur das herzlichste Willkommen. Wenn wir aber erfahren, daß die Herren Crispian und Hilferding in Deutschland, Maurice Hillquit und seine Gesinnungsgenossen in Amerika unerwartet auch beginnen, Sympathien für die III. Internationale zu äußern und nicht abgeneigt sind, unter gewissen Bedingungen derselben beizutreten, da sagen wir uns: man muß die Tore der Kommunistischen Internationale verschließen, man muß eine verlässliche Wache an die Tore der Kommunistischen Internationale stellen.

Wir wissen sehr wohl, daß die genannten, durch Erfahrung

klug gewordenen Opportunisten jetzt nicht, weil es ihnen allzu gut geht, an die Tore der Kommunistischen Internationale pochen. Wenn die offizielle Elite der von Hillquit geführten amerikanischen sozialistischen Partei eine Resolution über den Eintritt in die Kommunistische Internationale annimmt, so bedeutet das, daß die amerikanischen Durchschnittsarbeiter mit jedem Tage revolutionärer werden und uns brüderlich die Hand bieten. Wenn geschickte Parlamentskünstler wie Hillquit und Konsorten nicht „nach oben“ zum parlamentarischen Olymp blicken, sondern hinab in den Ameisenhaufen der Arbeiter, der in die Reihen der Kommunistischen Internationale eilt, so bedeutet das, daß die amerikanischen Arbeiter sich von dem Einfluß der Bourgeoisie und der Sozialverräter freimachen und sich auf den Boden der proletarischen Revolution stellen.

Dasselbe läßt sich von den rechten „Führern“ der deutschen Unabhängigen sagen. Auf dem Kongreß der belgischen Arbeiterpartei wiederholte Herr Huysmans unlängst feierlich die Worte, die ihm Kautsky gesagt hatte. Kautsky hatte Huysmans erklärt: wenn meine Partei (d. h. die deutschen Unabhängigen) mich (d. h. Kautsky) zwingt, die Wahl zwischen der Unabhängigen Partei und der II. Internationale zu treffen, dann wähle ich die II. Internationale. Huysmans führte diese Worte Kautskys an als wichtigstes Argument für die Lebensfähigkeit der II. Internationale. Wir aber wissen: fürchterliche Träume, gnädig ist die Gottheit. Kautsky hatte einst Einfluß in der Arbeiterbewegung Deutschlands. Jetzt aber wäre es durchaus keine Uebertreibung zu sagen, daß hinter Kautsky nur sein Tintenfaß steht — mit schlechter wässriger Tinte. Durchtriebenere Geschäftemacher, die zu den Führern der deutschen Unabhängigen zählen, würden, wenn sie vor die Wahl gestellt wären, der Kommunistischen Internationale beizutreten (natürlich nur offiziell, natürlich nur durch Lippenbekenntnis) oder aufzuhören, Führer der Unabhängigen zu bleiben, gewiß das erstere vorziehen. Die Aufgabe des nun bevorstehenden zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale besteht eben darin, solchen „Führern“ nicht zu gestatten, diese unwürdige Tat zu begehen. Die Kommunistische Internationale soll eine Internationale der Tat bleiben, sie soll eine ehrliche internationale Arbeitergenossenschaft sein, die der Bourgeoisie auf Leben und Tod Krieg erklärt hat, sie soll eine aus einem Stück gegossene Organisation sein. Die Idee der Kommunistischen Internationale an sich duldet keine Zweideutigkeiten und keine alte „sozialistische“ Diplomatie geschäftlicher Schule.

Dadurch wird unser Verhältnis zu jener Gruppe bedingt, die



man jetzt bisweilen im Scherz die Gruppe der „zwei und einhalben“ (weder 2. noch 3. sondern  $2\frac{1}{2}$ ) Internationale nennt. Wir reden von jenen Parteien, die aus der II. Internationale ausgetreten, aber der III. Internationale noch nicht beigetreten sind. Das sind jene Parteien, von denen wir oben gesprochen haben, d. h. die deutschen Unabhängigen, die französischen „Vereinigten“, die englische Unabhängige Arbeiterpartei u. dergl. Unsere Antwort an die deutschen Unabhängigen, erschienen in Heft 9 der „Kommunistischen Internationale“, ist unsere kategorische Erklärung in dieser Frage. Wir wissen: die den genannten Parteien angehörenden Arbeiter sind in ihrer ungeheuren Mehrzahl für uns. Diese Arbeiter wollen aufrichtig in den Reihen der III. Internationale gegen die Bourgeoisie und die Sozialverräter kämpfen. Diesen Arbeitern senden wir den wärmsten Gruß und sagen ihnen, daß wir immer erfreut sein werden, sie in unseren Reihen zu sehen. Wir sind aber ganz überzeugt, daß die diesen Parteien angehörenden Arbeiter desto eher von dem zersetzenden Einfluß der schlechten Hirten, die die Politik der Elite ihrer Parteien bestimmen, frei werden, je unbarmherziger wir diese Herren Kautsky, Hilferding, Hillquit und Konsorten entlarven werden. Herzlich willkommen rufen wir den diesen Parteien angehörenden Arbeitern zu! Aber entledigt euch zuerst eures Ballasts, verjagt erst diese eure „Führer“, die in der Tat Agenten der Bourgeoisie in eurer Mitte sind.

Was soll der bevorstehende zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale sein: eine Versammlung von Gleichgesinnten, ein Kongreß von Leuten, die ganz und gar von derselben Idee durchdrungen sind und völlige Klarheit des Programms und der Theorie zu erreichen suchen, oder ein großer Weltkongreß, der die Rolle einer großen politischen Kundgebung spielt und die breitesten Massen der Werktätigen vereint? Wir meinen: sowohl das eine wie das andere. Doch — in erster Linie ein Kongreß von Gleichgesinnten. Die Lage der Arbeiterbewegung in allen entscheidenden Ländern ist eine derartige, das Anwachsen der revolutionären Stimmungen in der ganzen Welt ein derartiges, daß der bevorstehende Kongreß der Kommunistischen Internationale, wenn äußere Hindernisse ihn nicht stören, zweifellos zu der gewaltigsten Kundgebung der politischen Kräfte des seinem Sieg entgegenstreichenden Weltproletariats werden wird.

Dennoch ist die wichtigste Aufgabe des bevorstehenden Kongresses: genau und klar die praktische Politik der Kommunistischen Internationale zu bestimmen, die III. Internationale als Organisation wirklich Gleichgesinnter zu festigen, die ein Programm, eine Taktik haben und den gleichen Weg gehen.

Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale 1919 hatte zur Hauptaufgabe, in der ganzen Welt das Banner des Kommunismus zu erheben, das kommunistische Programm zu proklamieren. Diese Aufgabe ist gelöst. Der Erfolg hat alle Erwartungen übertroffen. Jetzt handelt es sich um den zweiten Schritt. Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920 soll das Programm des Kommunismus läutern und die Taktik der kommunistischen Bewegung heben.

Das heißt nicht, daß wir alle kommunistischen Parteien über einen Kamm scheren können. Die Kommunistische Internationale ist sich vollkommen dessen bewußt, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder mit einer ungeheuren Mannigfaltigkeit von Bedingungen zu rechnen und sich in ihrer Taktik diesen Bedingungen anzupassen haben. Wenn wir die wichtigsten Länder überschauen, in denen der Kommunismus bereits feste Wurzeln gefaßt hat, so können wir diese Länder in vier Kategorien teilen:

1. Rußland, wo der proletarische Umsturz bereits vollzogen ist, wo die Arbeiterklasse seit drei Jahren an der Macht steht und wo die Hauptaufgabe darin besteht, mit einer Hand den Angriff der Feinde abzuwehren, mit der anderen aber die kommunistische Wirtschaft aufzubauen.

2. Deutschland, Oesterreich, zum Teil die Balkanstaaten, wo die Revolution begonnen hat und wo der proletarische Umsturz unter besonders qualvollen Schwierigkeiten geboren wird.

3. England, Frankreich, Italien — Länder mit einer siegreichen Bourgeoisie, mit den ältesten Parlamentstraditionen — Länder, in denen gegenwärtig im Schoße der Arbeiterklasse die tiefgehendste Umschichtung und Umwertung der Werte vor sich geht.

4. Die unterdrückten Nationalitäten und die Kolonialländer, wie Irland, Indien, jetzt zum Teil die Türkei u. a., wo die Befreiungsbewegung zugleich eine nationale Färbung tragen muß und wo im Zusammenhang damit den Kommunisten ganz besondere Aufgaben erwachsen.

Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale wird diese ganze Mannigfaltigkeit der Bedingungen in Betracht ziehen. In allen seinen Beschlüssen wird er von dieser Mannigfaltigkeit ausgehen und dessen eingedenk sein, daß es eine reichlich komplizierte Aufgabe ist, die gesamte kapitalistische Welt umzubauen, die von den berüchtigten bürgerlichen „Säulen“ getragen wurde und getragen wird.

Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale wird natürlich seine Aufmerksamkeit auf jene taktischen Fragen konzentrieren, die ihrer Lösung in den wichtigsten Ländern der vorgeschrittenen europäischen Arbeiterbewegung harren. Er wird aber auch Amerika, sowie Indien, Persien, Japan und die anderen Länder nicht vergessen.

\* \* \*

Eine der wichtigsten taktischen Fragen, mit denen sich unser zweiter Kongreß befassen soll, ist zweifellos die Frage des Parlamentarismus. Ueber diese Frage finden in Deutschland, in England, in Italien und in einer Reihe anderer Länder erregte Debatten statt.

Vor allen Dingen muß man sich selbstverständlich darüber Rechenschaft ablegen, worüber wir debattieren? Wir debattieren nicht darüber, ob das Proletariat, nachdem es die Bourgeoisie besiegt hat, das parlamentarische System beibehalten soll. Wir wissen sehr wohl, daß das parlamentarische Regime ein Regime der bürgerlichen Staaten ist. Die Form der proletarischen Diktatur sind die Sowjets, nicht aber die demokratischen Parlamente. Die parlamentarische „Demokratie“ in der ganzen Welt war und bleibt eine Form der bürgerlichen Diktatur. Unter den Kommunisten wird also allein und ausschließlich darüber debattiert, ob man unter gewissen Umständen das bürgerliche Parlament — solange es existiert — im Interesse des Kampfes um die Sowjets und um die proletarische Diktatur ausnutzen kann und soll? So und nur so allein steht die Frage.

Auch hier sind wir überzeugt, daß der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale antworten wird: man kann nicht nur, sondern man soll den bürgerlichen Parlamentarismus ausnutzen, ebenso wie wir etwa die Möglichkeit ausnutzen, unter der Diktatur des Kapitals legale Blätter herauszugeben, ebenso wie wir jede andere legale Möglichkeit unter der Diktatur des Kapitals ausnutzen sollen.

In der ganzen Welt außer Sowjetrußland, d. h. außer dem Lande, wo das Proletariat bereits an der Macht steht, ist die Presse ebenso wie der bürgerliche Parlamentarismus ein Organ zur Unterdrückung der Massen. Und doch ist bisher noch keiner, auch der ganz „linken“ Kommunisten darauf gekommen, daß man unter der bürgerlichen Demokratie die legale Arbeiterpresse nicht ausnutzen solle, obgleich sie doch bisweilen mit den Zensurbedingungen rechnen und sich den bürgerlichen Gesetzen anpassen muß. Ganz ebenso steht für uns auch die Frage der bürgerlichen Par-

lamente. Die sechs Arbeiterdeputierten auf 500 gutsherrliche und bürgerliche Deputierte der ultrareaktionären Reichsduma in Rußland erwiesen der Arbeiterrevolution einen unschätzbaren Dienst. Zu Beginn des Krieges wurden sie von dem Zaren zur Zwangsarbeit verschickt, doch dank ihrer Tätigkeit begleiteten sie die Sympathien von Hunderttausenden russischer Arbeiter und Bauern.

Man sage uns nicht, daß das nur in Rußland möglich ist. „Sage nicht: ich kann nicht, sage — ich will“. Liebknecht allein auf 500 Deputierte von den Bourgeois, den Junkern und den durchtriebenen Geschäftsmachern, den Sozialdemokraten, erwies der proletarischen Revolution in Deutschland unvergeßliche Dienste, als er allein gegen alle wider die Kriegskredite stimmte, als er durch kurze Repliken erbarmungslos den bürgerlichen Staat entlarvte.

Höglund allein auf einige Hundert schwedische Gutsherren und Bourgeois erwies der schwedischen Arbeiterklasse ungeheure Dienste, als er die Machenschaften des Militarismus entlarvte und die Arbeiterklasse zum Kampf rief. Dasselbe haben wir in Serbien, in Bulgarien gesehen. Dasselbe werden wir bald in allen Ländern sehen, wo eine einigermaßen solide, einigermaßen Achtung erweckende kommunistische Partei vorhanden ist. Zum Sturm auf die Festen des Kapitalismus schreiten, den Anspruch erheben, Millionen zählende Massen hinter sich zu bringen und gleichzeitig nicht genug Kraft und Organisiertheit besitzen, um sich in dem bürgerlichen Parlament wenigstens eine kleine Gruppe von Kämpfern für den Kommunismus abzuhärten, die dem zersetzenden Einfluß des bürgerlichen Parlamentarismus nicht zugänglich sind, die nicht der Gefahr ausgesetzt sind, auf dem glatten Parkett der „demokratischen“ Parlamente auszugleichen — das bedeutet den Gedanken erwecken: diese Leute verstehen laute Phrasen zu r e d e n, aber sie verstehen nicht, eine ernste revolutionäre Tat zu t u n.

Man sage uns nicht, daß wir jetzt ohnedies genug Möglichkeiten haben, mit dem Volk zu reden, daß wir die Parlamentstribüne nicht brauchen. Das ist der Standpunkt der Minderheit. Das ist ein eigenartiger Aristokratismus. Das ist der Standpunkt derjenigen, die bereits von dem Baum der Erkenntnis gekostet und den Hauptmechanismus der bürgerlichen Ordnung verstanden haben. Uns sind breitere Massen wichtig. Wir Kommunisten sollen jetzt mit großen Zahlen rechnen lernen. Wir sollen jeden unserer Schritte vorwärts daran messen, welchen Einfluß er nicht auf Tausende und Zehntausende, sondern auf Millionen und Abermillionen von Menschen haben kann. Außer der Vorhut der städtischen Arbeiter, die bereits den Wert der bürgerlichen De-

mokratie kennen, gibt es in den Städten noch Millionen von der Bourgeoisie verblendeter Menschen. In den kleinen Flecken, auf dem flachen Lande leben Millionen und Abermillionen von Bauern und kleinem werktätigen Volk, das bis zum Kriege ergeben seine Last trug und seinen Nacken unter das Joch der bürgerlichen Monarchen beugte. Diese Leute fangen jetzt erst an, zu neuem Leben zu erwachen. Ein von der Parlamentstribüne herabgeschleudertes kühnes Wort, ein kühnes Wort, das weder das bürgerliche Lokalblatt, noch der Pfaffe von der Kanzel verschweigen kann, hat für sie eine sehr große Bedeutung.

In der Frage der Ausnutzung des Parlamentarismus ist uns nicht nur das Moment der Agitation, sondern auch das Moment der **O r g a n i s a t i o n** wichtig.

Wir erinnern uns, daß Genosse Lenin, als wir in der Schweiz im März 1917 das erste Telegramm über die stattgefundene erste Revolution in Rußland erhielten, in seinen ersten Telegrammen an unsere Petrograder Freunde besonders auf die Notwendigkeit hinwies, vor allen Dingen die Ansetzung der Munizipalwahlen in die Petrograder Stadtduma durchzusetzen. Wodurch wurde dieser Hinweis hervorgerufen? Dem Genossen Lenin schwebte das Vorbild der Pariser Kommune vor, die bekanntlich aus den Munizipalwahlen hervorging. Gen. Lenin wußte sehr gut, daß wir, obgleich unsere Partei bereits 20 Jahre existiert und schon damals einen sehr bedeutenden Einfluß in Rußland hatte, in **o r g a n i s a t o r i s c h e r** Hinsicht doch noch schwach vorbereitet waren. Wir suchten Wege, die der Partei die Möglichkeit geben sollten, in jeder Stadt tiefe organisatorische Wurzeln zu schlagen, und wir kamen auf den Gedanken, daß die Wahlen in die Munizipalverwaltungen uns in revolutionärem Milieu zweifellos die Möglichkeit dazu böten. Wir erinnern uns ferner, wie nur etwa sechs Wochen vor der großen Oktoberrevolution 1917 in demselben Petrograd die neuen Munizipalwahlen in die Petrograder Stadtduma stattfanden. Die Arbeiter waren bereits in ihrer Mehrheit auf unserer Seite. Alle Straßenbahnwagen in Petrograd erschienen an den Wahltagen mit ungeheuren Plakaten, die zur Abstimmung für die Liste der Kommunisten aufriefen. Alle Parteien hatten sich gegen uns vereint, und doch errangen wir einen großen Wahlsieg. Es fragt sich: hat nun die Ausnutzung des Parlamentarismus unseren Oktobersieg verhindert oder daran mitgeholfen? Wir waren bisher überzeugt davon, daß sie uns **n i c h t** gehindert, sondern gerade geholfen hat. Im Laufe der acht Monate, die von der bürgerlichen Februarrevolution bis zur proletarischen Oktoberrevolution in Rußland verstrichen, hat sich unsere Partei

bemüht, jeden Tag, jede Stunde dazu auszunutzen, um im gesamten Lande ein ganzes Netz von Organisationszellen zu bilden, die später zum Fundament der proletarischen Diktatur dienen sollten. Wenn wir während acht Monaten im ganzen Lande nicht große kommunistische Fraktionen in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, in den Gewerkschaften, in den Organen der Munizipalverwaltung zu bilden vermocht hätten, wäre es uns nicht möglich gewesen, im Oktober die Macht zu ergreifen. Und noch mehr — wir hätten diese Macht nicht halten können. Wir mußten in jeder Stadt Gruppen von Leuten haben, die in der Praxis die Wohnungsfrage, das Verpflegungsproblem und verschiedene andere lebenswichtige Fragen lösen lernten. Sonst wären wir nur eine Partei der Propaganda und Agitation geblieben. Sonst hätten wir nicht das Steuer der Verwaltung in unsere Hände nehmen können.

Und das verhinderte unsere Sowjets durchaus nicht, einige Monate nach unserer siegreichen proletarischen Revolution die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Stadtdumas abzuschaffen, an manchen Orten einfach auseinanderzujagen und sie durch Abteilungen von auf proletarischer Grundlage gewählten Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu ersetzen. Gerade in dieser Uebergangsperiode bis zur Machtergreifung ließen wir jedoch keine einzige Möglichkeit unbenutzt, und hielten jede „legale“ Möglichkeit fest. Wir sind dessen eingedenk, daß die kommunistische Partei bestrebt sein soll, sich in jeder großen Stadt, in jeder bedeutenden Gewerkschaft, in jeder Fabrik, in jedem Hauskomitee, in jedem Organ der Munizipalverwaltung einzunisten.

Es ist auch wohl bekannt, daß die Kommunistische Partei in Rußland, als sie bereits die Macht in ihren Händen hielt, die Wahlen in die Konstituante ausschrieb und durchführte, an diesen Wahlen teilnahm, ihre Fraktion in der Konstituante hatte. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß das Vorhandensein einer soliden kommunistischen Fraktion in der Konstituante nur dazu beitrug, diese Konstituante der proletarischen Revolution im geeigneten Augenblick aus dem Weg zu räumen.

Die Kommunistische Internationale ist der Meinung, daß man allein wegen der Frage des Parlamentarismus keinesfalls eine Spaltung der Kommunisten zulassen soll. Wir sind überzeugt, daß der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale denselben Standpunkt einnehmen wird. Zugleich wird er sich ganz unzweideutig dahin äußern, daß die Kommunisten den Parlamentarismus in allen bürgerlichen Demokratien regelrecht ausnutzen und nicht außer acht lassen sollen, daß das eines der besten Mittel

ist, um den Massen die Augen zu öffnen über das wahre Wesen dieser kapitalistischen Parteien.

Ein anderes sehr wichtiges Problem, das der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale zu behandeln hat, ist die Gewerkschaftsfrage. Wir haben bereits oben darauf hingewiesen, daß, wenn die II. Internationale noch jetzt von irgend welcher Bedeutung für die Bourgeoisie ist, so nur deshalb, weil die Gewerkschaften Deutschlands, Englands, Amerikas noch zu dieser II. gelben Internationale gehören. Einige ultra-„linke“ Genossen ziehen daraus vielleicht die Schlußfolgerung, daß das um so schlimmer für die Gewerkschaften sei und man ihnen umso weniger Aufmerksamkeit zuwenden müsse. Diese Schlußfolgerung hat jedoch mit Kommunismus nichts gemein. Wenn diese oder jene Tatsache uns nicht gefällt, können wir uns nicht mit einer Phrase, daß es umso schlimmer für diese Tatsache sei, darüber hinwegsetzen. Unsere Aufgabe besteht nicht bloß darin, diese oder jene Tatsache zu erklären, sondern auch darin, sie zu ändern. In der Gewerkschaftsfrage besteht die Aufgabe der Kommunisten nicht allein darin, zu erklären, wie die viele Millionen zählenden kleinbürgerlichen reformistischen Gewerkschaften, die zum Bollwerk der Bourgeoisie und ihrer Agenten geworden sind, auf dem Hintergrund einer langdauernden, friedlichen, reformistischen, bürgerlich-demokratischen Epoche entstanden sind und sich entwickelt haben. Unsere Aufgabe besteht darin, durch dauernde, hartnäckige und beharrliche Arbeit zuerst innerhalb dieser Verbände große kommunistische Zellen zu bilden und dann durch diese Zellen die Verbände selbst in andere Bahnen zu leiten.

Die internationale proletarische Bewegung ist jetzt sozusagen direkt auf der Gewerkschaftsfrage festgefahren. Die II. Internationale ist zerfallen. So verhält sich die Sache. Gleichzeitig hat aber in Amsterdam die Wiedereinrichtung der Internationale der „freien“ tatsächlich gelben Gewerkschaften begonnen. Auf einem Fuß hinwinkend stützt sich die Bourgeoisie angestrengt auf den anderen Fuß. Die Bourgeoisie, die die Zweite Internationale als internationale Vereinigung politischer Organisationen verloren und die völlige Entlarvung der alten sozialdemokratischen Parteien erlebt hat, die dem Kapital die treuesten Dienste leisteten, ist nun bestrebt, auf ein anderes Steckenpferd umzusatteln: auf die Gewerkschafts internationale. Und man kann ohne Übertreibung sagen, daß der räuberische Völkerbund ist jetzt weniger gefährlich für die inter-

nationale proletarische Revolution, als die Amsterdamer Internationale der gelben Gewerkschaften. Daß der Völkerbund eine Räuberbande ist, das beginnen jetzt die rückständigsten Arbeiter in Westeuropa und in Amerika zu verstehen. Daß aber die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eigentlich eine Agentur desselben räuberischen Völkerbundes ist, das verstehen Millionen und Abermillionen sogar organisierter Arbeiter derselben Länder noch nicht. Man kann mit Sicherheit sagen: wenn es uns gelänge, jene großen Gewerkschaften, die jetzt die einzige Stütze der bürgerlichen Politik unter den Massen sind, auf unsere Seite zu bringen, so würden wir dadurch das Haupthindernis eines erfolgreichen und raschen Verlaufs der proletarischen Revolution aus dem Wege geräumt haben. Das internationale Proletariat bliebe dann unter vier Augen mit der Bande der internationalen imperialistischen Räuber. Die Puffer wären weggeschafft. Der Zusammenstoß würde unvermeidlich und unverzüglich erfolgen. Und der Sieg wäre natürlich auf unserer Seite.

Eben deshalb wird die Frage über unser Verhältnis zu den Gewerkschaften eine erstklassige Bedeutung für den II. Kongreß der Kommunistischen Internationale haben.

Einige quasi-„linke“ Kommunisten predigen Massenaustritt aus den Gewerkschaften. Diese linken Phrasenhelden meinen, daß es genügt, den deutschen Gewerkschaften mit geringschätziger Grimasse die verächtlichen Namen „frei-gelber“ Verbände ins Gesicht zu schleudern, um dadurch unsere Aufgabe zu lösen.

Ja, die Verbände, die unter ihren Führern die Herren Legien, Sassenbach, Robert Schmidt und andere Handlanger des Kapitals dulden, ja, diese Verbände sind augenblicklich „frei-gelbe“ Verbände! Das ist wahr! Aber selbst wenn sie noch dreimal gelber wären, als sie sind, so hätten wir doch nicht das Recht auszutreten, wenn Millionen von Proletariern in diesen Verbänden organisiert sind. Als die zaristische Regierung durch ihre Gendarmenobersten in der Art des berüchtigsten „sozialistischen“ Gendarmen Subatow in Rußland gelb-klerikale Gewerkschaften errichtete, traten die Bolschewiki nicht aus diesen Verbänden aus, sondern blieben dort, um von innen gegen die reaktionären Einflüsse zu kämpfen und den Arbeitern die Augen zu öffnen über die Rolle dieser Verbände. Als die zaristische Regierung in den Fabriken und Werken auf der Grundlage des reaktionärsten Wahlgesetzes das Institut der Fabrikältesten einführte, nutzten die Bolschewiki auch diese Organisation für ihre Zwecke aus. Und nur eine Organisation, die ihren eigenen Schatten fürchtet, die nicht an ihre eigenen Kräfte glaubt, die nicht genug organisiert und diszipliniert ist, um allen



zersetzenden Einflüssen der Gegner erfolgreich entgegenzutreten, nur eine solche Organisation wagt es nicht, in die reaktionären Arbeiterverbände einzutreten, um sie in ihrem Interesse auszunutzen.

Die „frei-gelben“ Gewerkschaften Deutschlands zählen gegenwärtig 7 Millionen Mitglieder. Diese 7 Millionen Mitglieder befinden sich leider ganz und gar in den Händen der Gewerkschaftsbürokratie. Der ganze Organisationsmechanismus der deutschen „frei-gelben“ Gewerkschaften ist so ausgebaut, daß die Gewerkschaftsbürokratie in den Verbänden schalten und walten kann, wie es ihr beliebt. Nur allmählich, langsam, qualvoll langsam beginnt die Vorhut der in diesen Verbänden organisierten Arbeiter an der gelben Gewerkschaftsbürokratie Vergeltung zu üben. Und doch ist es Tatsache, daß Millionen deutscher Arbeiter in den „frei-gelben“ Gewerkschaften organisiert sind. Die Woche des gegenrevolutionären Umsturzes unter Herrn Kapp bewies allen, welche ungeheure Rolle diese „frei-gelben“ Gewerkschaften immer noch spielen, die allein imstande waren, zeitweilig die Krone Eberts und Scheidemanns und damit auch die Krone der Bourgeoisie zu retten.

Und was können unsere ultra „linken“ Freunde in organisatorischer Beziehung vorläufig den „frei-gelben“ Gewerkschaften entgegenstellen? Die „linken“ deutschen Kommunisten haben ihre „Arbeiterunion“ organisiert. Eine klangvolle Benennung, ein großartiges Aushängeschild! Aber was steckt dahinter? Die ganz „linken“ Kommunisten erklären, daß in ihrer Arbeiterunion in ganz Deutschland bestenfalls etwa 100 000 Arbeiter organisiert sind. Die deutschen Syndikalisten schleudern ebenfalls sehr viel Schimpfworte gegen die „frei-gelben“ Gewerkschaften. Der deutsche Syndikalismus ist aus halbkleinbürgerlichen Lokalverbänden erwachsen. Und was sehen wir? Die deutschen Syndikalisten selbst erklären, daß es ihnen in einer Reihe von Jahren gelungen ist, in ihrem Verband höchstens etwa 250 000 Mitglieder zu organisieren. Und das ist alles, was unsere „Linken“ den von den Herren Legien geleiteten Siebenmillionenverbänden entgegenzustellen haben!

Wohlklingende Phrasen gegen die „frei-gelben“ Verbände zu richten ist nicht schwer, aber durchaus keine ernste Tat. Wenn sich die russischen Kommunisten im Kampf gegen die Menschewiki nur auf leeres Geschwätz beschränkt und mit Losungen „hinaus aus den Gewerkschaften“ um sich geworfen hätten, dann wären die Gewerkschaften bis jetzt in den Händen der Menschewiki, d. h. der russischen Legien. Unsere „linken“ Freunde sollten die Geschichte unseres Kampfes in Rußland studieren, dann würden sie wissen, daß die Gewerkschaftsbewegung in Rußland sich während einer

Reihe von Jahren in den Händen der russischen Sozialverräter befunden hat. Auch nach dem Sturz des Zarismus, nach der Februarrevolution 1917 hatten die russischen Menschewiki auf der gesamt-russischen Konferenz der Gewerkschaften im Juni 1917 noch die Mehrheit in den Gewerkschaften. Auch im August 1917 auf der berichtigten Landesberatung in Moskau, welche die russische Bourgeoisie durch ihre Agenten Kerenski und Konsorten organisierte, waren die Menschewiki noch sehr stark. Die russischen Kommunisten gaben nicht die Parole „hinaus aus den Gewerkschaften“. Im Gegenteil, sie sandten in die damaligen „frei-gelben“ russischen Gewerkschaften ihre besten Kräfte. Sie organisierten in jeder Gewerkschaft, in jedem Bezirk, in jeder Gewerkschafts-Abteilung ihre kommunistische Zelle, ihre bolschewistische Fraktion. Bisweilen zählte diese Fraktion anfangs nur etwa drei Personen. Bei jeder neuen Tatsache im Kampf, bei jedem Wendepunkt der Ereignisse, an jeder Biegung des Weges, aus jedem geringsten Anlaß traten diese kommunistischen Fraktionen der Gewerkschaften im offenen Kampf gegen die „frei-gelbe“ Mehrheit hervor. Allmählich sammelte sich um die kleine kommunistische Fraktion der Gewerkschaften alles, was es Ehrliches und Denkendes in den russischen Gewerkschaften gab. Schritt um Schritt wurde der Kampf um jede Gewerkschaftsleitung geführt. Mit ungeheurer Anstrengung, mit Hartnäckigkeit und Beharrlichkeit mußten wir kämpfen, um die verhaßtesten Gewerkschaftsbürokraten von ihren Posten zu entfernen. Und durch einen solchen hartnäckigen Kampf wurde erreicht, daß die Gewerkschaften allmählich von uns erobert wurden. Und dieses mächtigste Werkzeug haben wir den Händen der „frei-gelben“ Führer entrissen.

So kämpfen ernste Parteien gegen den Einfluß der Sozialverräter. Wenn wir aber gegen die Gewerkschaftsbeamten nur zu lamentieren verstanden hätten, wenn wir uns nur darauf beschränkt hätten, mehr oder minder geistreich über sie zu schimpfen, wie es jetzt unsere „linken“ Freunde in ihrem Kampf gegen die sogenannten „Bonzen“ tun, so wären wir bis jetzt nicht vom Fleck gekommen: wir wären bei unseren Schimpfereien geblieben, die gelben Führer aber bei den Millionenverbänden.

In Deutschland, in England oder in Amerika jetzt die Parole „hinaus aus den Gewerkschaften“ auszugeben, ist gleichbedeutend mit der Parole „Hinaus aus den Reihen der organisierten Arbeiter“. In den alten „frei-gelben“ Gewerkschaften sind gegenwärtig Millionen von Arbeitern organisiert. Diese Millionen haben Tausende von Vorurteilen, sie befinden sich bisweilen noch ganz und gar in den Händen jener durchtriebenen Geschäftsmacher, die an

der Spitze der Gewerkschaften stehen und mit diesen Gewerkschaften handeln, wie Zigeuner mit Pferden. Die Millionen Mitglieder in den Gewerkschaften werden sich aber unvermeidlich früher oder später von den Geschäftsmachern abwenden und die Bahn der proletarischen Revolution betreten. Das ist ebenso unvermeidlich, wie der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus. Eins ist unmöglich ohne das andere. Der Sozialismus kann nicht siegen, ohne die Millionen von Arbeitern, die gegenwärtig in diesen Gewerkschaften organisiert sind, dem Einfluß der Bourgeoisie entrissen zu haben. Und diese Befreiung der Arbeiter von dem Einfluß der Bourgeoisie der gelben Führer wird desto früher stattfinden, je weniger wir mit der Parole „Hinaus aus den Gewerkschaften“ um uns werfen und je beharrlicher wir i n n e r h a l b dieser Gewerkschaften arbeiten werden.

Die Kommunisten müssen überall sein, wo die Arbeitermassen organisiert sind. Die Kommunisten sollen auch in der Minderheit zu sein verstehen. Die Kommunisten sollen jedenfalls ihre besondere Organisation haben, unabhängig von irgend welchen „freigelben“, freien oder überhaupt jeglichen anderen Verbänden. Die Kommunisten sollen ihre Partei haben, die immer die Interessen der Arbeiterklasse als Ganzes vertritt, wie gering an Zahl sie auch sein mag. Die Kommunisten sollen aber immer organisiert handeln, als Partei handeln, planmäßig auftreten, ihre besten Kräfte dorthin wenden, wo es betrogene Arbeitermassen gibt. Und je mehr diese Arbeiter betrogen werden und je geschickter der Apparat aufgebaut ist, mittels dessen man diese Arbeiter betrügt, desto mehr sollen die Kommunisten sich anstrengen, um die Arbeiter von dem Einfluß dieses Apparats zu befreien. Mit den Führern des Kommunismus alle Arbeiterorganisationen ohne Ausnahme zu umfassen, den Einfluß der kommunistischen Ideen auf die entferntesten Provinzwinkel auszudehnen, wo es irgend eine Abteilung der „freigelben“ Gewerkschaften gibt, das ist natürlich schwieriger, als die Parole, „Hinaus aus den Gewerkschaften“ auszugeben und zum Trost die operettenhafte „Arbeiterunion“ zu schaffen, die eine Handvoll Mitglieder zählt. Es ist ja längst bekannt, daß es im allgemeinen weit leichter ist, Luftschlösser zu bauen, als eine ernste proletarische Arbeit zu leisten. Wer das erstere vorzieht, der geht nicht den gleichen Weg mit der Kommunistischen Internationale.

In Deutschland und in anderen Ländern ist während der letzten Monate die Idee entstanden, die alten Gewerkschaften durch sogenannte Betriebsräte zu ersetzen. Diese Betriebsräte sind eine ähnliche Organisation, wie wir sie in Rußland in der Form der Fabrikkomitees haben. Das sind Zellen, die von den Arbeitern in den Be-

trieben selbst zur Leitung in erster Linie der Fabrikangelegenheiten gewählt werden.

Selbstverständlich unterstützt die Kommunistische Internationale voll und ganz die Idee der Bildung solcher Betriebsräte oder Fabrikkomitees — insbesondere die Bildung dieser Komitees auf eigenmächtige Weise, auf revolutionärer Grundlage, in revolutionärem Milieu. Jedoch darf man keinen Augenblick daran denken, daß diese Fabrikkomitees auf diese oder jene Weise die Gewerkschaften (Produktionsverbände) ersetzen könnten. In Sowjetrußland sind diese Fabrikkomitees selbst zu Grundzellen der Gewerkschaften (Produktionsverbände) geworden. Die Fabrikkomitees (oder Betriebsräte) sind in Rußland die ursprünglichen Organisationskollektive, auf deren Basis die Gewerkschaften (Produktionsverbände) errichtet sind.

Zur Erneuerung der gegenwärtig „frei-gelben“ Gewerkschaften werden diese Fabrikkomitees im höchsten Grade beitragen. Die Umgestaltung der gegenwärtig „frei-gelben“ Verbände geschieht in bedeutendem Maße durch diese Betriebsräte. So verhält sich die Sache. Die Kommunisten sollen ihre Aufmerksamkeit darauf richten, die Fabrikkomitees, diese Grundzellen der sich umgestaltenden Gewerkschaften, zu erobern. Zugleich sollen wir aber um jeden Preis auch die Gewerkschaften selbst erobern. Man kann nicht die Macht erobern und diese Macht behaupten, ohne jenen kolossalen Apparat zu beherrschen, den jetzt z. B. die grandiosen Gewerkschaften der Transportarbeiter darstellen. In diesem Apparat ist vieles rostig geworden, in diesem Apparat gibt es viel Gerümpel. Alles das wird die proletarische Revolution über Bord werfen, alles das wird die proletarische Diktatur auf ihre Art umändern. Unsere Aufmerksamkeit soll aber gerade darauf gerichtet sein, diesen Apparat zu erobern, das Untaugliche auszuschalten und alles nach der Art und Weise des revolutionären Proletariats umzuändern.

Eine starke Gärung hat unter den alten Gewerkschaften begonnen. Die englischen Trade-Unions sind nicht mehr das, was sie vor fünf Jahren waren. Dasselbe kann man sogar von der Gomperschen Föderation der Arbeit in Amerika sagen. In Deutschland hat der Prozeß des Abschiebens der alten eingefleischten Gewerkschaftsbürokraten begonnen und befindet sich in vollem Gang. Der „Dreibund“, d. h. die Vereinigung der drei größten Gewerkschaften in England, beginnt offen mit der alten bürgerlichen Tradition des englischen „klassischen“ Trade-Unionismus zu brechen. Der Kongreß der linken Deputierten der englischen Gewerkschaftsbewegung, der im März 1920 parallel mit dem Kongreß der Trade-

Unions stattfand, ist das wichtigste Ereignis der Geschichte der proletarischen Bewegung der ganzen Welt (siehe den Bericht darüber in Heft 10 der „Kommunistischen Internationale“). Wenn die kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern einen richtigen Kurs in bezug auf die Gewerkschaften zu nehmen verstehen, wird dieses Linksschwenken der alten Verbände nicht nur tagtäglich, sondern stündlich wachsen.

Man kann den Legien, Gompers und Jouhaux keinen größeren Dienst erweisen, als durch die „linke“ Taktik des Boykotts der alten Verbände und den Austritt aus diesen Verbänden. Die Legien, Jouhaux, Gompers, Appleton und Konsorten brauchen ja nicht weiter, als daß der beste Teil der Arbeiter aus „ihren“ Verbänden austritt und sie uneingeschränkte Herren in diesen Organisationen bleiben läßt. Dieses Vergnügen wird die Kommunistische Internationale den gelben Führern nicht machen. Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale wird zweifellos die Parole geben: die Bildung einer kleinen kommunistischen Fraktion, sei es aus ein paar Dutzend Personen, in jeder Gewerkschaft hat eine tiefer revolutionäre Bedeutung, ein Dutzend klangvoller Resolutionen über den Austritt aus den „frei-gelben“ Gewerkschaften hat aber eine tief reaktionäre Bedeutung.

Die Kommunistische Internationale, welche die II. Internationale als Vereinigung politischer Organisationen zertrümmert hat, stellt jetzt den Kampf um den Einfluß in den Verbänden auf die Tagesordnung. Die Gewerkschaften durchleben dieselbe Evolution wie die politischen Parteien des Proletariats sie durchlebt haben. Die Differenzierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung hat schon begonnen und schreitet in raschem Tempo vorwärts. Hier und da vollzieht sich die Bewegung durch direkte Spaltung der Gewerkschaften. Wo das unvermeidlich ist, wird die Kommunistische Internationale nichts dagegen haben. Es wird aber verhältnismäßig wenig Zeit vergehen, bis die ungeheure Mehrheit der Arbeiter, die jetzt den „frei-gelben“ Gewerkschaften angehören, auf unserer Seite stehen, von den Gewerkschaften Besitz ergreifen, sie in wahrhaft proletarische Verbände verwandeln, sie nach dem Produktionsprinzip umbauen, die Agenten des Kapitals aus ihnen verjagen, und sie in Kampforganisationen umwandeln wird, die wie es in Rußland der Fall war, zum Rückgrat der proletarischen Diktatur werden.

\* \* \*

Endlich hat sich der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale mit völliger Bestimmtheit über die Rolle der

**kommunistischen Parteien** — sowohl vor als auch nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat — zu äußern. Die Fragen der Wechselbeziehungen zwischen Partei und Klasse, der Diktatur der Partei und der Diktatur der Klasse, der Wechselbeziehungen zwischen Masse und Führern — diese Fragen spielen gegenwärtig die größte Rolle in den Debatten der Kommunisten einiger Länder.

Wie merkwürdig das auch ist, einige Gruppen, die sich für Nachfolger von Marx, dieses überzeugtesten Anhängers und Predigers des proletarischen Zentralismus, halten, zweifeln an der Notwendigkeit einer zentralisierten kommunistischen Partei, bisweilen sogar an der Notwendigkeit der kommunistischen Partei überhaupt.

Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale hat sich in dem Sinne geäußert, daß die Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) als mögliche Verbündete zur kommunistischen Bewegung heranzuziehen sind. Und das ist zweifellos ein richtiger Beschluß. Die I. W. W. sind ein typisches Erzeugnis der Epoche, wo die alte Arbeiterbewegung sich in eine Sackgasse verrannt hat und ganz und gar in die Hände der Sozialverräter geraten ist, wo aber gleichzeitig bereits die Geburtswehen der neuen Gesellschaft begonnen haben und die ersten Anzeichen der kommenden proletarischen Revolution bemerkbar sind. Die I. W. W. haben gerade in Amerika d. h. in jenem Lande, wo die Führer der Gewerkschaftsbewegung besonders käuflich sind, wo der Druck der „demokratischen“ Bourgeoisie besonders schamlos ist und wo die objektiven Vorbedingungen der proletarischen Revolution besonders entwickelt sind, einen bedeutenden Einfluß erworben. Die Taktik der I. W. W. ist nicht durchdacht und nicht konsequent. Die I. W. W. sind eine Äußerung dessen, daß einzelne Arbeitergruppen, die unter dem zweifachen Joch des amerikanischen Blutsaugers — des Millionärs, und des amerikanischen bestechlichen „Arbeiterführers“ vom Typus Gompers stöhnen, die Fäuste zu ballen beginnen. Eine geballte Faust, die drohend gegen die kapitalistische Blutsaugerei erhoben ist — das ist die Taktik der I. W. W. Zweifellos ist es weit angenehmer, die gegen den Kapitalismus geballte Faust des Arbeiters zu sehen, als die Figur eines Arbeiters, erstarrt in stumpfer Ergebenheit vor dem kapitalistischen Plantagenbesitzer und seinem besoldeten sozialdemokratischen Handlanger. Die geballte Faust erschöpft aber nicht die Taktik der unterdrückten Klasse und kann sie nicht erschöpfen. Die unterdrückten Klassen sollen gegen eine ganze Welt von Feinden kämpfen und sollen ihren ganzen Weg von Anfang bis zu Ende klar vor sich sehen.

Die I. W. W. stemmen sich gegen die Notwendigkeit einer

nach  
Die  
desel-  
sten

für  
edi-  
Vot-  
ilen  
ipt.  
hat  
Velt  
ing  
uB.  
alte  
inz  
ch-  
nen  
en  
ka  
ng  
ir-  
n-  
d,  
st  
re  
m  
s,  
is  
te  
n  
:-  
9  
-  
-  
t  
t  
:

politischen Partei für die Arbeiterklasse, selbst gegen die eine kommunistischen Partei. Die I. W. W. nennen sich bisweilen Kommunisten, treten aber gegen jeglichen politischen Kampf auf, indem sie ihn mit Politikastertum verwechseln. Die I. W. W. wollen die gegenwärtige Gesellschaft umändern, indem sie sie auf der Grundlage der Gewerkschaften aufbauen. Im Zentrum — der Hauptgewerkschaftsrat, an der Peripherie — einzelne Gewerkschaften nach Berufen oder im besten Fall nach Produktionszweigen. Jede Partei, darunter auch die kommunistische Partei, ist vom Standpunkt der I. W. W. ein Übel, ist eine Gruppe von Politikastern, ist eine Koterie mit ihren selbständigen Gruppeninteressen. Jeglicher Zentralismus, darunter auch der Zentralismus der kommunistischen Partei, ist für konsequente Anhänger der I. W. W. ein unerträgliches Joch. Die I. W. W. lehnen nicht nur den Parlamentarismus als eine Form des politischen Kampfes ab, sondern auch den politischen Kampf überhaupt.

Und dennoch haben wir gesagt, daß die I. W. W. Gefährter der Kommunistischen Internationale sein können. Im Vergleich mit Gompers und mit Legien sind die I. W. W. ein Schritt vorwärts. Dort — besoldete Handlanger des Kapitals, hier — Menschen, die aufrichtig den Druck des Kapitals hassen, obgleich sie noch nicht ganz verstehen, auf welche Weise man mit Erfolg das Regime des Kapitalismus stürzen kann, das auf dem komplizierten Gewebe des Betrugs und der Gewalt aufgebaut ist.

Ja, im Vergleich mit der „frei-gelben“ Gewerkschaftsbewegung, die sich bis jetzt ganz und gar in den Händen der Agenten des Kapitals befindet, ist der revolutionäre Syndikalismus und die Taktik der I. W. W. ein Schritt vorwärts.

Doch im Vergleich mit dem revolutionären Marxismus, im Vergleich mit dem konsequenten Kommunismus, ist der sogenannte revolutionäre Syndikalismus und die Taktik der I. W. W. ein Schritt rückwärts, ist er eine reaktionäre Bewegung.

Ohne eine starke kommunistische Partei ist es unmöglich, das Proletariat von dem Joch des Kapitalismus zu befreien. Die kommunistische Partei ist das Gehirn der Arbeiterklasse. Die kommunistische Partei ist das Auge des Proletariats. Ein Mensch, der nicht sehen kann, er keinen Kopf auf den Schultern hat, findet den Weg nicht, er erreicht nicht sein Ziel, er erlangt nicht, wessen ein freier Mensch bedarf. Ebenso kann auch die Arbeiterklasse ohne die kommunistische Partei jene geschichtliche Mission nicht erfüllen, die ihr beschieden ist. Die kommunistische Partei ist die

Vorhut der Arbeiterklasse. Die kommunistische Partei umfaßt alles Weitsichtigste, Ehrlichste, Festeste, Edelste, zur Selbstaufopferung und zum Kampf Fähigste, was es in der Arbeiterklasse gibt. Die kommunistische Partei ist jener Hebel in den Händen der Vorhut der Arbeiterklasse, durch welchen allein man die ganze Klasse zum Kampf bewegen kann. Die Arbeiterklasse ohne die kommunistische Partei ist dasselbe, was ein mächtiger Rumpf ohne Kopf ist.

Wenn wir einen Menschen sehen, der sich für einen Kommunisten hält und gleichzeitig der Idee einer selbständigen kommunistischen Partei entsagen will, so sagen wir zu einem solchen Genossen: sich von der Idee der Notwendigkeit einer kommunistischen Partei lossagen, ist gleichbedeutend damit, sich selbst die rechte Hand abzuhaufen. Man denke sich, daß jemandem ein Kampf mit einem starken Räuber bevorsteht. Was sollte man zu einem Gutgesinnten sagen, der da käme und riete: bevor du den Kampf mit dem Räuber beginnst, hau dir mal die rechte Hand ab?

Genau solche Ratschläge geben ja aber jene „linken“ Genossen, die nicht verstehen, daß wir zum Kampf gegen den räuberischen Kapitalismus der rechten Hand (der Partei) bedürfen und daß diese Hand stark, kräftig, eisern sein kann.

Und gerade diese einfache Wahrheit haben manche „linken“ Kommunisten nicht verstanden, die die Losungen der Anhänger der I. W. W. wiederholen. Man kann nicht ohne bitteres Lächeln lesen, wie z. B. der „linke“ Fritz Wolffheim, einer der Führer der deutschen „linken“ Kommunisten, mit der ernstesten Miene der Vorhut der deutschen Arbeiterschaft beweist, daß sie in der Frage über die Rolle der Partei den I. W. W. zu folgen habe. Fritz Wolffheim und seine Gesinnungsgenossen halten sich für sehr vorgeschrittene Kommunisten. In der Tat führen sie aber die Bewegung rückwärts, vom revolutionären Marxismus auf den verwickelten, verworrenen Syndikalismus. Man kann nicht ohne Bitterkeit lesen, wie die „linken“ deutschen Kommunisten in ihrer Programmklärung im Namen des Parteitages, der im April 1920 in Berlin stattfand, erklären: Wir haben eine neue kommunistische Arbeiterpartei gegründet, das ist aber „keine Partei im eigentlichen Sinne des Wortes“. Die deutschen „Linken“ äußern ihren Gedanken nicht bis zu Ende, aber es ist vollkommen klar, daß auch sie hierin den Spuren Fritz Wolffheims und seiner Anhänger folgen, die eigentlich die Notwendigkeit der kommunistischen Partei überhaupt verneinen und sich vorstellen, daß man die proletarische Revolution mit irgendeiner formlosen, parteilosen „Arbeiterunion“ durchführen kann.



Vor 13 Jahren traten die russischen Menschewiki nach der Niederlage der ersten Revolution in Rußland mit der berüchtigten Idee des parteilosen Arbeiterkongresses auf, der nach der Meinung vieler Menschewiki die politische Partei des Proletariats, d. h. die Partei „im eigentlichen Sinne des Wortes“ ersetzen sollte. Die Vorhut der russischen Arbeiter verlachte damals diese reaktionäre Idee. Einige unserer „linken“ Genossen in Deutschland und in anderen Ländern wiederholen jetzt, ohne es selbst zu merken, den reaktionären Unsinn, den die russischen Menschewiki 1906—07 auf die Tagesordnung stellten.

Wir bedürfen der kommunistischen Partei wie die Lungen der Luft, die Hungrigen des Brotes. Ohne sie ist die Arbeiterklasse ohne Steuer und Segel. Ohne sie sind wir unfähig, der Bourgeoisie und ihren Agenten Widerstand zu leisten, weder ideell noch organisatorisch. Wir bedürfen aber nicht einfach einer kommunistischen Partei, wir bedürfen einer streng zentralisierten kommunistischen Partei, mit eiserner Disziplin, mit militärischer Organisation. Ja, mit militärischer! Das hat die Erfahrung der Kommunistischen Partei Rußlands bewiesen — jener Partei, die bisher als einzige die Macht in ihrem Lande in Händen hält. Diese Partei entstand im Lauf von 20 Jahren durch natürliche Auswahl der besten Proletarier, die ihre Grundlage bilden. Das Statut dieser Partei proklamiert das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“. Diese Partei hat unter den verschiedensten Verhältnissen eisernen Zentralismus verwirklicht: unter den schwierigsten Bedingungen der zaristischen Reaktion sowie in den Jahren des Bürgerkrieges. Die Kommunistische Partei Rußlands zählt gegenwärtig etwa 600 000 Mitglieder. Die Gewerkschaften in Rußland zählen 4½ Millionen Mitglieder. Die Zahl der Personen, die ihr Wahlrecht zu den Wahlen in die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten in Rußland ausüben, beträgt etwa 80 Millionen. Die Zahl der Bewohner des gegenwärtigen Territoriums von Sowjetrußland beträgt etwa 120 Millionen. Das sind die Hauptziffern.

Unsere Gegner, die russischen Scheidemann und Gompers, unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre beschuldigen unsere Partei schon die ganze Zeit über, sie habe in Rußland die Diktatur der Partei und nicht die Diktatur des „werk tätigen Volkes“ errichtet. Jeder klassenbewußte Proletarier in Rußland weiß aber, daß sich die Sowjetmacht in Rußland ohne die eiserne Diktatur der Kommunistischen Partei nicht drei Jahre, ja nicht einmal drei Wochen aufrecht erhalten hätte. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß verstehen, daß die Diktatur der Arbeiterklasse nicht anders verwirklicht werden kann als durch die Diktatur ihrer Vorhut, d. h.

durch die kommunistische Partei. Als die Arbeiterklasse sich gegen eine Unmenge von Feinden zu wehren hatte, als sie einen Kampf gegen unzählige feindliche Kräfte zu bestehen hatte, als die ganze Welt ihr Krieg erklärte, leitete die Kommunistische Partei Rußlands ihren Kampf, war die Kommunistische Partei Rußlands ihr Generalstab. Als von der Partei Tausende und Abertausende von Personen mobil gemacht und an die Fronten geschickt werden mußten, als die Arbeiter alltäglich ihr Leben opfern mußten, als die Arbeiterregierung alle 24 Stunden Entscheidungen zu treffen hatte, von denen jede die wichtigsten Folgen haben konnte, da bedurfte es einer zentralisierten Partei mit innerer militärischer Disziplin, der Sache grenzenlos ergeben, mit absolutem Vertrauen der Parteimitglieder zu dem bevollmächtigten Zentrum, verknüpft durch gegenseitige kameradschaftliche proletarische Bande. Nur so konnten wir siegen, nur unter solchen Verhältnissen kann die Partei heute Tausende von Mitgliedern an die eine Front werfen, sie morgen an eine andere Front versetzen, übermorgen die besten Kräfte für den Transport ausscheiden, um nach einiger Zeit wieder Tausende ihrer Mitglieder in die produzierenden Gebiete zu entsenden, um Nahrungsmittel für die hungernden Zentren zu verschaffen usw. Man kann nicht gegen unzählige Feinde kämpfen, ohne einen mächtigen Generalstab zu haben, ohne die strengste eiserne Disziplin zu haben, ohne eine Organisation zu schaffen, die voll und ganz aus einem Zentrum geleitet wird.

Nicht für einen föderativen Typus der Organisation, nicht für die „Autonomie“ der örtlichen Gruppen sollen die Kommunisten jener Länder jetzt sorgen, denen der gesamte Kampf um die Macht noch bevorsteht. Sie sollen für die Bildung einer einheitlichen, streng zentralisierten, aus einem Stück gegossenen Partei mit eiserner Disziplin Sorge tragen, einer Partei, die auf der Grundlage des geschlossenen proletarischen Zentralismus aufgebaut ist. Ohne sie kann man nicht siegen, ohne sie ist der Untergang der Revolution unvermeidlich.

Und man soll nicht denken, daß die Rolle der kommunistischen Partei nach der Eroberung der Macht irgendwie geringer wird. Im Gegenteil, dasselbe Beispiel der proletarischen Revolution in Rußland hat bewiesen, daß die Rolle der kommunistischen Partei auch nach der Eroberung der Macht gigantisch ist und mit jedem Tage bedeutender wird. Alle Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus, der militärischen Organisation, der Volksbildung, der Verpflegungspolitik u. a. — alle diese Fragen, von denen das Geschick der proletarischen Revolution völlig abhängig ist, werden in Rußland vor allen Dingen und meistens im Rahmen der

Parteiorganisationen entschieden. Und da in diesen Parteiorganisationen alles Beste versammelt ist, was es in der Arbeiterklasse Rußlands gibt, alles, alles Abgehärtete und im Kampf Erfahrene, so ist die Kontrolle der Partei über die Sowjetorgane, über die Gewerkschaften die einzige solide Garantie, daß nicht zünftige, nicht Gruppeninteressen durchgeführt werden, sondern die Interessen des gesamten Proletariats.

Die Anhänger des revolutionären Syndikalismus, die I. W. W. und einige „linke“ Kommunisten, entwerfen sehr schöne Pläne, wie sie den „Zukunftsstaat“ ohne überflüssigen Zentralismus, ohne Druck von oben, ausschließlich auf der Grundlage kameradschaftlicher Solidarität errichten. Alles das ist sehr gut. Man soll sich aber nicht von utopischen Romanen im Geiste von Bellamy hinreißen lassen. Man soll jenes furchtbaren Bürgerkrieges gedenken, der uns bevorsteht, ehe wir das Kapital stürzen. Unsere „linken“ Freunde vergessen aber, uns zu sagen, durch welche Organisation sie den Kapitalismus niederringen, die Diktatur des Proletariats proklamieren und diese Diktatur gegen den Ueberfall der Feinde verteidigen werden — wenn sie keine zentralisierte Organisation haben. Unsere linken Freunde vergessen, auf die wichtigste Frage zu antworten: auf die Frage, welche Organisationsformen die Diktatur des Proletariats in jener nächsten Uebergangsperiode annehmen wird, die nicht nur ein Jahr dauern wird, und während welcher eine zentralisierte, militärische, proletarische Organisation *conditio sine qua non* ist.

Einem Proletarier, der einigermaßen über den möglichen Verlauf der proletarischen Revolution in einem beliebigen Lande nachgedacht hat, muß es vollkommen klar sein, daß ohne Bildung einer proletarischen roten Armee vom Sieg des Kommunismus keine Rede sein kann. Und wie kann man eine solide rote Armee anders bilden, als im Maßstabe des ganzen Landes, auf den Grundlagen des strengsten Zentralismus und eiserner Disziplin? Man kann doch wirklich nicht eine besondere rote Armee der Metallarbeiter, eine parallele, selbständige rote Armee der Textilarbeiter, der Holzarbeiter usw. bilden. Bei konsequenter Durchführung des Prinzips der I. W. W. und unserer „linken“, aber unverständigen Genossen müßte man ja geradezu zu einer solchen Form der Bildung der roten Armee schreiten, d. h. man müßte die proletarische Revolution im voraus dem sicheren Untergang weihen.

Alle diese Fragen soll der bevorstehende zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale eingehend beleuchten. Er soll den syndikalistischen Vorurteilen in der Frage über die Rolle der kommunistischen Partei ein Ende machen; er soll erbarmungslos die

kleinbürgerlichen, spießbürgerlichen Ansichten in der Frage des proletarischen Zentralismus ablehnen; er soll das richtige Verhältnis zwischen den kommunistischen Parlamentsfraktionen und der kommunistischen Partei als Ganzes feststellen (es versteht sich, auf Grundlage völliger Unterordnung der Kommunisten im Parlament der kommunistischen Partei gegenüber — gleichviel, ob sie legal oder illegal ist); er soll den kommunistischen Weizen von der syndikalistischen Spreu säubern.

Im letzten Augenblick hat das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale einen neuen Punkt in die Tagesordnung aufgenommen, der lautet: Stellungnahme zu den neuen Strömungen des „Zentrums“, die das kommunistische Programm nur als Lippenbekenntnis annehmen und die Bedingungen des Beitritts zur III. Internationale.

Das ist ein sehr wichtiger Punkt der Tagesordnung.

Die im Namen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale veröffentlichten Leitsätze sind das wichtigste ideellpolitische Material, das darlegt, wie das Exekutivkomitee die Politik des bevorstehenden zweiten Kongresses zu orientieren wünscht. Wir wollen auf die Fehler unserer „linken“ Genossen hinweisen, wir wollen sie aufs entschiedenste vor jenen groben Fehlern warnen, die sie machen.

Besonders wir russischen Kommunisten sind verpflichtet, das zu tun. Nicht dazu haben wir den Kampf gegen den „linken“ Unsinn im nationalen Maßstabe geführt, um uns jetzt vom Kampf im internationalen Maßstabe loszusagen — da diese Fragen international geworden sind.

Wir werden nicht vor dem entschiedensten ideellen und, wenn es nötig ist, organisatorischen Kampf gegen die „linken“ Gegner der kommunistischen Taktik zurückschrecken. Zugleich werden wir aber keinen Augenblick vergessen, daß es unter den „Linken“ viele unserer Sache ergebene Genossen gibt, die ihr Leben für den Kommunismus hingeben und die morgen, nachdem sie ihre Fehler eingesehen haben, voll und ganz mit uns sein werden.

Wir beobachten, wie sich bereits in mehreren Ländern Gruppen von „Kommunisten“ bilden, die nur als Lippenbekenntnis die Prinzipien des „Kommunismus“ annehmen. Die III. Internationale wird „Mode“. Es gibt Leute, die sich durch den Eintritt in die III. Internationale zu verschanzen suchen, um in der Tat die kautskyanische Politik des „Zentrums“ weiterzuführen. Es gibt Leute, die sich für „Kommunisten“ halten und die Perspektive der

proletarischen Revolution in eine nebelhafte Ferne rücken — wie es einst einige „Orthodoxe“ taten, für welche das Endziel nur eine schöne Dekoration, die Musik einer fernen Zukunft war.

Es sind Gruppen von „Staatsmännern“ des Kommunismus im Werden, die eine Reihenfolge festsetzen: möge zuerst dieses Land eine Sowjetrevolution „machen“, dann kommt die Reihe an uns usw.

Gegen derartige rechte „Kommunisten“ werden wir den unversöhnlichsten Kampf führen.

\* \* \*

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale findet, daß der zweite Kongreß den Versuch machen sollte, das Statut der Internationale auszuarbeiten. Auf diesem Gebiet ist natürlich nicht die formelle, papierne Seite wichtig, sondern das Wesen der Sache. Wir müssen eine internationale kommunistische Organisation gründen, die dem Geist der Zeit entspricht, d. h. die fähig ist, tatsäc hlich den Kampf des Proletariats der verschiedenen Länder zu leiten, den Kampf, der dank dem Verlauf der Dinge immer mehr international wird.

Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale hat unseres Erachtens einigen Parteien, die sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben, vorzuschlagen, absolut alle praktischen Schlußfolgerungen aus diesem Anschluß an die kommunistische Internationale zu ziehen. Wir nehmen an, daß alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale beigetreten sind, voll und ganz das Programm und die Taktik der Kommunistischen Internationale annehmen und ihre Benennung entsprechend ändern sollen. Diese Frage ist nicht unwichtig. Es muß jedem letzten rückständigen Knecht im Dorf, jedem Kleinbauer und jeder Arbeiterin der Unterschied zwischen den Kommunisten, die für den proletarischen Umsturz sind, und den Sozialdemokraten, die der Bourgeoisie die Arbeiterklasse abwürgen helfen, vollkommen klar werden. Die Änderung der Benennung allein besagt natürlich nichts, wenn der Inhalt der alte bleibt. Wer aber den Inhalt seiner Tätigkeit geändert hat, wer ganz und gar auf dem Boden des Kommunismus steht, der soll auch die Benennung seiner Partei ändern.

Wir wollen ferner von den der Kommunistischen Internationale beigetretenen Parteien fordern, daß sie aus ihren Reihen alle jene Herren Sozialdemokraten ausschließen, die, obgleich sie die Minderheit dieser der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien bilden, dennoch innerhalb dieser Parteien verbleiben

zwecks Sabotage. Um nicht weit zu suchen, nennen wir als Beispiel die italienische Partei, die sich als erste der Kommunistischen Internationale angeschlossen hat und die eine Menge hervorragender Verdienste um die proletarische Revolution besitzt. Wir sind vollkommen einverstanden mit dem schweizerischen Genossen Humbert-Droz, der unlängst in einem besonderen Artikel den Ausschluß der Herren Turati und Konsorten aus den Reihen der italienischen Partei forderte. Turati und seine Freunde sind unbedingte Opportunisten, Anhänger der II. Internationale. Die Mehrheit der italienischen Partei steht auf dem Standpunkt des Kommunismus. Und doch verbleibt Turati in dem Schoße dieser Partei und ist formell Mitglied der Kommunistischen Internationale. Eine solche Sachlage kann unmöglich fort dauern. Das hieße die schlimmsten Traditionen der II. Internationale fortsetzen. Das hieße der äußerlichen Einheit wegen Leute in seinen Reihen dulden, die im entscheidenden Augenblick die proletarische Revolution verraten würden. Wer A gesagt hat, muß auch B sagen. Wer gesagt hat: ich schließe mich der Kommunistischen Internationale an, der soll sich auch ein für allemal von seinen eigenen Sozialdemokraten trennen. Wer sich nicht der Mode wegen der Kommunistischen Internationale anschließt, nicht, um der Stimmung der Arbeiter eine Konzession zu machen, nicht etwa wegen der verächtlichen „Diplomatie“, der soll aus dieser Tatsache alle praktischen Schlußfolgerungen ohne Ausnahme ziehen.

Zwei Welten stehen einander gegenüber. Klasse gegen Klasse! Proletariat gegen Bourgeoisie! Die geringste Zweideutigkeit kann unter solchen Verhältnissen die verderblichsten Folgen haben. Für den geringsten ideell-politischen oder organisatorischen Fehler in einer solchen Situation wird das Proletariat durch Tausende überflüssiger Opfer zu zahlen haben. Klarheit des Programms, Deutlichkeit der taktischen Linie, Genauigkeit des organisatorischen Aufbaus — alles das ist für die Kommunistische Internationale absolut notwendig, wenn sie jene hehre geschichtliche Mission erfüllen will, die sie übernommen hat.

Der bevorstehende zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale wird zu einem Generalappell der Arbeitervorhut der ganzen Welt vor den kommenden entscheidenden Schlachten. Die kommunistischen Arbeiter aller Länder sollen alles tun, was von ihnen abhängt, damit der bevorstehende zweite Kongreß in die Geschichte der Befreiungsbewegung des Proletariats jene Seite schreibe, die ihm zu schreiben gebührt.

*G. Sinowjew.*

*Kursk-Cßarkow, den 14. Mai 1920.*

## Der Terrorismus.

„Die Revolution — klagt Kautsky in seinem Buch „Terrorismus und Kommunismus“ — bringt uns den blutigsten Terrorismus, der von sozialistischen Regierungen ausgeübt wird. Die Bolschewiki in Rußland gingen damit voran, sie wurden deswegen von allen Sozialisten, die nicht auf dem bolschewistischen Standpunkt standen, darunter auch den deutschen Mehrheitssozialisten, aufs schärfste verurteilt. Aber kaum fühlen diese sich in ihrer Herrschaft bedroht, greifen sie zu den Mitteln des gleichen Schreckensregiments, das sie eben noch im Osten gebrandmarkt haben.“ (Seite 9.) Hieraus, scheint es, müßte der Schluß gezogen werden, daß der Terrorismus viel tiefer mit dem Wesen der Revolution verbunden ist, als einige Weise dies annehmen wollen. Kautsky aber kommt zu einer direkt entgegengesetzten Schlußfolgerung: die gigantische Entwicklung des roten und weißen Terrorismus in allen letzten Revolutionen — der russischen, deutschen, österreichischen und ungarischen — zeugt seiner Meinung nach davon, daß diese Revolutionen von ihrem rechten Wege abgewichen seien und sich nicht als die Revolutionen erwiesen haben, die den theoretischen Traumbildern Kautskys entsprechen. Ohne uns in die Erörterung der Frage zu vertiefen, ob der Terrorismus „als solcher“ in der Revolution „als solcher“ „begründet“ ist, wollen wir uns bei dem Beispiel einiger Revolutionen aufhalten, wie sie an uns in der lebendigen menschlichen Geschichte vorübergezogen sind.

Rufen wir uns zuerst die religiöse Reformation, diese Wasserscheide zwischen der mittelalterlichen und neuen Geschichte, ins Gedächtnis: je tiefer die Interessen der Volksmassen waren, die sie berührte, desto größer war ihre Wucht, desto heftiger entfaltete sich unter dem religiösen Banner der Bürgerkrieg, desto schonungsloser gestaltete sich auf beiden Seiten der Terror.

Im XVII. Jahrhundert machte England zwei Revolutionen durch: die erste, die große soziale Erschütterungen und Kriege hervorrief, führte unter anderem zur Hinrichtung König Karls I., die zweite aber endete glücklich mit der Thronbesteigung einer neuen Dynastie. Die englische Bourgeoisie und ihre Historiker schätzen diese Revolutionen ganz verschieden ein: die erste ist für sie der Exzeß des Pöbels, der „große Aufruhr“; der zweiten haftet

die Benennung der „glorreichen Revolution“ an. Die Ursache eines solchen Unterschiedes der Wertung hat schon der französische Historiker Augustin Thierry erklärt: in der ersten Revolution, im großen Aufruhr, war das Volk die handelnde Person, in der zweiten bewahrte es fast „Stillschweigen“. Hieraus folgt, daß es schwer ist, unter den Bedingungen der Klassenknechtschaft den unterjochten Massen gute Manieren beizubringen. Aus der Fassung gebracht, wenden sie den Knüppel, den Stein, das Feuer und den Strick an. Die Hofgeschichtsschreiber der Ausbeuter fühlen sich beleidigt. Aber als großes Ereignis ist in die Geschichte des neuen (bürgerlichen) England nichtsdestoweniger nicht die „ruhmvolle“ Revolution, sondern der große Aufruhr aufgenommen.

Nach der Reformation und dem „großen Aufruhr“ bildet das größte Ereignis der neuen Geschichte, das die beiden vorhergegangenen an Bedeutung weit übertrifft, die große französische Revolution des XVIII. Jahrhunderts. Dieser klassischen Revolution entspricht ein klassischer Terrorismus. Kautsky ist bereit, den Jakobinern den Terror zu verzeihen, da er annimmt, daß sie durch andere Maßnahmen die Republik nicht retten konnten. Doch mit dieser nachträglichen Rechtfertigung ist niemandem geholfen. Die Kautsky vom Ende des XVIII. Jahrhunderts (die Führer der französischen Girondisten) sahen in den Jakobinern eine Höllebrut. Der Feder eines spießbürgerlichen französischen Historikers entstammt folgender Vergleich zwischen Jakobinern und Girondisten, der in seiner Banalität lehrreich genug ist: „Die einen wie die anderen wollten die Republik . . .“ Aber „die Girondisten wollten eine freie gesetzmäßige, gnädige Republik. Die Montagnards wünschten (!) eine despotische und schreckliche Republik. Die einen wie die anderen verfochten die Oberherrschaft des Volkes; unter Volk aber verstanden die Girondisten alle; für die Montagnards . . . war das Volk nur die werktätige Klasse; darum mußte nach der Meinung der Montagnards nur diesen Leuten die Herrschaft gehören“. Der Gegensatz zwischen den großmütigen Rittern der Konstituante und den blutgierigen Tränen der revolutionären Diktatur ist hier, in den politischen Kunstausdrücken der Epoche, vollständig angedeutet.

Die eiserne Diktatur der Jakobiner war durch die ungeheuer schwere Lage des revolutionären Frankreich hervorgerufen. Darüber erzählt ein bürgerlicher Historiker folgendes. „Die ausländischen Truppen hatten das französische Territorium von vier Seiten betreten: vom Norden — die Engländer und Oesterreicher, im Elsaß — die Preußen, in der Dauphiné bis Lyon — die Piémontesen, in Roussillon — die Spanier. Und das zu einer Zeit, wo der



Bürgerkrieg von vier verschiedenen Punkten wütete: in der Normandie, in der Vendée, in Lyon und Toulon“. Hierzu müssen noch die inneren Feinde hinzugefügt werden, die zahlreichen heimlichen Anhänger der alten Ordnung, die bereit waren, dem Feinde mit allen Mitteln zu helfen.

Die Strenge der proletarischen Diktatur in Rußland — sagen wir es gleich hier — war durch nicht weniger schwierige Verhältnisse bedingt. Eine ununterbrochene Front im Norden wie im Süden, im Westen wie im Osten. Außer den russischen weißgardistischen Armeen Koltschaks, Denikins usw. kämpften gegen Sowjetrußland gleichzeitig oder nacheinander: die Deutschen und Oesterreicher, die Tschechoslowaken, Serben, Polen, Ukrainer, Rumänen, Franzosen, Engländer, Amerikaner, Japaner, Finnen, Esten, Litauer... Im Lande, das von der Blockade gewürgt wird und vor Hunger erstickt, finden ununterbrochen Verschwörungen, Aufstände, terroristische Akte, Zerstörungen von Vorratslagern, Wegen und Brücken statt.

„Die Regierung, die den Kampf mit den unzähligen äußeren und inneren Feinden auf sich genommen hatte, besaß weder genug Geld noch genug Truppen, besaß nichts als grenzenlose Energie, die heiße Unterstützung seitens der revolutionären Elemente des Landes und die ungeheure Kühnheit, alle Maßnahmen zur Rettung der Heimat zu treffen, wie willkürlich, ungesetzlich und streng sie auch sein mochten.“ Mit diesen Worten hat einst Plechanow die Regierung... der Jakobiner charakterisiert (*Der Sozialdemokrat*. Dreimonatliche literarisch-politische Revue. Februar, I. Buch. London 1890. Artikel „Das Jahrhundert der Großen Revolution“, S. 6—7).

Wenden wir uns der Revolution zu, die sich in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts im Lande der „Demokratie“, in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, abspielte. Es handelte sich durchaus nicht um die Aufhebung des Privateigentums überhaupt, sondern nur um die Abschaffung des Eigentums an den Schwarzen; dessen ungeachtet waren die Institutionen der Demokratie durchaus unfähig, den Konflikt auf friedliche Weise beizulegen. Die bei der Präsidentenwahl von 1860 geschlagenen südlichen Staaten beschlossen, sich um jeden Preis den Einfluß zurückzuerobern, über den sie bis dahin im Interesse der Sklaverei verfügt hatten und betraten den Weg des Aufruhrs der Sklavenbesitzer, indem sie, wie es sich gehört, tönende Phrasen über Freiheit und Unabhängigkeit im Munde führten. Hieraus entsprangen unausbleiblich alle weiteren Folgen des Bürgerkrieges. Schon zu Beginn des Kampfes hatten die Militärmächte in Baltimore einige Bürger, Anhänger der

Sklavenbesitzer des Südens, ungeachtet des „habeas corpus“ in das Fort Mac Henry eingesperrt. Die Frage der Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit derartiger Handlungen wurde zum Gegenstand eines heißen Streites zwischen den sogenannten „höheren Autoritäten“. Der Oberste Richter Tenney entschied, daß der Präsident weder das Recht habe, die Wirkung des „habeas corpus“ aufzuheben, noch die militärischen Behörden dazu zu bevollmächtigen. „Das ist aller Wahrscheinlichkeit nach die richtige konstitutionelle Entscheidung dieser Frage“, sagt einer der ersten Historiker des amerikanischen Krieges. „Die Sachlage war aber bis zu einem solchen Grade kritisch und die Notwendigkeit, gegen die Bevölkerung von Baltimore entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, bis zu einem solchen Grade zwingend, daß nicht nur die Regierung, sondern auch das Volk der Vereinigten Staaten die energischsten Maßnahmen unterstützten“ (Geschichte des amerikanischen Krieges“ von Fletcher, Oberst der schottländischen Gardeschützen. 1867. S. 95).

Einige Gegenstände, deren der aufrührerische Süden bedurfte, wurden ihm von nördlichen Kaufleuten heimlich zugestellt. Natürlich blieb den Nordländern nichts anderes übrig, als ihre Zuflucht zu Repressalien zu nehmen. Am 6. August 1861 bestätigte der Präsident den Beschluß des Kongresses „über die Konfiskation des zu Insurrektionszwecken benutzten Eigentums“. Das Volk, in seinen demokratischsten Schichten, war für die äußersten Maßnahmen; die republikanische Partei hatte im Norden das entschiedene Übergewicht, und Leute, die des Sezessionismus, d. h. der Unterstützung der abtrünnigen südlichen Staaten verdächtig waren, wurden Gewalttaten ausgesetzt. In einigen nördlichen Städten und sogar in den durch ihre Ordnung berühmten Staaten Neu-Englands drang das Volk nicht selten in die Geschäftsstellen der Zeitschriften ein, die die aufrührerischen Sklavenbesitzer unterstützten, und zertrümmerte die Druckerpressen. Es kam vor, daß reaktionäre Herausgeber mit Teer beschmiert, mit Federn geschmückt, durch die Straßen geführt und darauf gezwungen wurden, dem Bunde den Eid der Treue zu leisten. Eine solche mit Teer beschmierte Persönlichkeit eines Plantagenbesitzers sah einem „Selbstzweck“ wenig ähnlich, so daß der kategorische Imperativ Kants im Bürgerkrieg der Staaten große Einbuße erlitt. Das ist aber nicht alles. „Die Regierung ihrerseits — erzählt uns der Historiker — ergriff allerhand Strafmaßregeln gegen die Verleger, die mit ihrer Meinung nicht einverstanden waren, und in kurzer Zeit befand sich die bis dahin freie amerikanische Presse in einer Lage, die kaum besser war als die der autokratischen europäischen Staaten.“ Das gleiche Schicksal ereilte

auch die Redefreiheit. „Auf diese Weise“, fährt Oberst Fletcher fort, „entsagte das amerikanische Volk in dieser Zeit dem größten Teil seiner Freiheit. Man muß bemerken — fügt er belehrend hinzu, — daß die Mehrheit des Volkes bis zu einem solchen Grade vom Kriege in Anspruch genommen, von der Bereitschaft, zur Erreichung ihres Zieles jede Art von Opfer zu bringen, durchdrungen war, daß es nicht nur den Verlust der Freiheit nicht beklagte, sondern ihn sogar fast nicht bemerkte“ (Geschichte des Amerikanischen Krieges. S. 162—164).

Ungleich schonungsloser behandelten die blutgierigen Sklavenbesitzer des Südens ihr zügelloses Gesinde. „Überall, wo sich eine Mehrheit für die Anhänger der Sklaverei bildete“, erzählt der Graf von Paris, „verhielt sich die öffentliche Meinung der Minderheit gegenüber despotisch. Alle, die die Nationalfahne beklagten . . . wurden gezwungen zu schweigen. Bald genügte aber auch dieses nicht; wie bei jeder Revolution wurden die Gleichgültigen gezwungen, ihrer Sympathie für die neue Ordnung Ausdruck zu verleihen . . . Diejenigen, die darauf nicht eingingen, wurden dem Haß und den Gewalttätigkeiten der Volksmenge zum Opfer gebracht . . . In jedem Zentrum der entstehenden Zivilisation (Südweststaaten) bildeten sich Komitees der Wachsamkeit aus allen denen, die sich durch Extreme im Wahlkampf auszeichneten . . . Die Schenke war der gewöhnliche Ort ihrer Sitzungen, und lärmende Orgien mischten sich mit der verächtlichen Parodie auf die souveränen Formen der Justiz. Eine Anzahl toller Leute, die rings um das Schreibpult saß, auf das sich Gin und Whisky ergossen, richtete ihre anwesenden und abwesenden Mitbürger. Der Angeklagte sah schon, ehe er verhört wurde, wie der verhängnisvolle Strick vorbereitet wurde. Wer nicht ins Gericht kam, erfuhr sein Urteil durch die Kugel des in der Waldschonung versteckten Henkers“ . . . Dieses Bild erinnert sehr an die Szenen, die sich tagaus, tagein im Lager von Denikin, Koltschak, Judenitsch und anderer Helden der anglo-französischen und amerikanischen „Demokratie“ abspielen.

Wie es mit dem Terrorismus in bezug auf die Pariser Kommune von 1871 bestellt war, werden wir weiter unten sehen. Auf jeden Fall sind die Versuche Kautskys, uns die Kommune entgegenzustellen, in ihrer Wurzel hinfällig und bringen den Verfasser nur zu Redewendungen niedrigster Art.

Die Einrichtung des Geiselnehmens muß augenscheinlich als in dem Terrorismus des Bürgerkrieges „begründet“ betrachtet werden. Kautsky ist gegen den Terrorismus und gegen das Geiselnehmen, aber für die Pariser Kommune (NB. Die Kommune hat vor 50 Jahren gelebt). Die Kommune indessen hat Geiseln genommen.

Es entsteht eine Verlegenheit. Aber wozu existiert denn die Kunst der Exegetik?

Das Dekret der Kommune über die Geiseln und über deren Erschießung als Antwort auf die Grausamkeiten der Versailler war, der scharfsinnigen Deutung Kautskys zufolge, „aus dem Bestreben, Menschenleben zu erhalten und nicht sie zu zerstören“, entstanden. Eine vortreffliche Entdeckung! Sie muß nur erweitert werden. Man kann und muß erklären, daß wir im Bürgerkriege die Weißgardisten vernichten, damit sie nicht die Arbeiter vernichten. Folglich besteht unsere Aufgabe nicht in der Vernichtung, sondern in der Erhaltung von Menschenleben. Da aber um die Erhaltung der Menschenleben mit der Waffe in der Hand gekämpft werden muß, so führt das zur Vernichtung von Menschenleben — ein Rätsel, dessen dialektisches Geheimnis schon der alte Hegel erklärt hat, um nicht noch ältere Weise anzuführen.

Die Kommune konnte nur durch grausamen Kampf mit den Versaillern sich halten und erstarken. Die Versailler hatten eine bedeutende Anzahl von Agenten in Paris. Im Kampf mit den Banden von Thiers konnte die Kommune die Versailler nur an der Front und im Hinterland vernichten. Wäre ihre Herrschaft über die Grenzen von Paris hinausgegangen, so hätte sie in der Provinz — im Prozeß des Bürgerkrieges mit der Armee der Nationalversammlung — noch mehr geschworene Feinde unter der friedlichen Bevölkerung gefunden. Da sie mit den Royalisten kämpfte, konnte die Kommune den Agenten der Royalisten im Hinterlande nicht Freiheit gewähren.

Kautsky begreift ungeachtet aller gegenwärtigen Weltereignisse nicht, was der Krieg im allgemeinen und was der Bürgerkrieg im besonderen bedeutet. Er versteht nicht, daß jeder oder fast jeder Anhänger von Thiers in Paris nicht einfach ein ideeller „Gegner“ der Kommunarden war, sondern ein Agent und Spion von Thiers, ein grausamer Feind, bereit, aus dem Hinterhalt zu überfallen. Ein Feind muß unschädlich gemacht werden, während des Krieges aber heißt das vernichten.

Die Aufgabe der Revolution wie des Krieges besteht darin, den Willen des Feindes zu brechen und ihn zur Kapitulation und zur Annahme der Bedingungen des Siegers zu zwingen. Der Wille ist natürlich eine Tatsache der geistigen Welt, aber im Gegensatz zur Versammlung, zum öffentlichen Disput oder Kongreß verfolgt die Revolution ihr Ziel durch Anwendung von materiellen Mitteln — wenn auch in geringerem Maße als der Krieg.

Die Bourgeoisie selbst hat die Macht durch Aufstände erobert und durch den Bürgerkrieg gefestigt. In der Friedenszeit erhält sie

die Macht durch ein kompliziertes System von Repressivmaßnahmen aufrecht. Solange die auf den tiefsten Antagonismen beruhende Klasseneinteilung der Gesellschaft besteht, bleiben die Repressalien das notwendige Mittel zur Unterwerfung des Willens der gegnerischen Seite.

Sogar wenn die Diktatur in dem einen oder anderen Lande im äußeren Rahmen der Demokratie entstanden wäre, so wäre dadurch der Bürgerkrieg durchaus nicht beseitigt. Die Frage, wer im Lande zu herrschen hat, d. h. ob die Bourgeoisie leben oder untergehen soll, wird von beiden Seiten nicht durch Hinweise auf die Verfassungsparagraphen, sondern durch Anwendung von allen Arten von Gewalt entschieden werden. Wieviel Kautsky auch die Nahrung der Affenmenschen (siehe S. 85 und folg. seines Buches) und andere nahe und entfernte Umstände zur Bestimmung der Ursachen der menschlichen Grausamkeit untersucht, er wird in der Geschichte keine anderen Mittel finden, um den Klassenwillen des Feindes zu brechen, als die zweckmäßige und energische Anwendung von Gewalt.

Die Stufe der Erbitterung des Kampfes hängt von einer Reihe innerer und internationaler Umstände ab. Je erbitterter und gefährlicher der Widerstand des niedergeworfenen Klassenfeindes ist, desto unvermeidlicher verdichtet sich das System der Repressalien zu einem System des Terrors.

Hier aber nimmt Kautsky unerwartet eine neue Stellung im Kampf gegen den Sowjetterrorismus ein: er wehrt ganz einfach die Hinweise auf die Grausamkeit des gegenrevolutionären Widerstandes der russischen Bourgeoisie ab. „Von solcher Wildheit — sagt er — ließ sich weder im November 1917 in Petersburg und Moskau und noch weniger jüngst in Budapest etwas merken“. (S. 102.) Bei einer solchen glücklichen Fragestellung erweist sich der revolutionäre Terrorismus einfach als Produkt der Blutgier der Bolschewiki, die gleichzeitig den Traditionen des grasfressenden Anthropopithecus und den moralischen Lehren der Kautskyaner ausweichen.

Die anfängliche Eroberung der Macht durch die Sowjets Anfang November 1917 vollzog sich an und für sich mit geringen Opfern. Die russische Bourgeoisie fühlte sich sehr von den Volksmassen isoliert, so sehr innerlich kraftlos, durch den Gang und den Ausgang des Krieges so kompromittiert, durch das Regime Kerenski so demoralisiert, daß sie fast keinen Widerstand wagte. In Petersburg wurde die Macht Kerenskis fast ohne Kampf gestürzt. In Moskau zog sich der Widerstand hauptsächlich infolge der Unentschlossenheit unserer eigenen Handlungen hin. In den

meisten Provinzstädten übernahmen die Sowjets die Macht infolge eines Telegramms aus Petersburg oder Moskau. Wenn sich die Sache darauf beschränkt hätte, so hätte von einem roten Terror nicht die Rede sein können. Aber schon der November 1917 ist Zeuge des beginnenden Widerstandes der Besitzenden. Freilich war die Einmischung der imperialistischen Regierungen des Westens nötig, um der russischen Gegenrevolution den Glauben an sich und ihrem Widerstande wachsende Kraft zu verleihen. Das kann man an großen und kleinen Tatsachen, tagaus, tagein, während der ganzen Epoche der Sowjetrevolution sehen.

Der „Stab“ Kerenskis fühlte keine Stütze unter den Soldaten und war geneigt, die Sowjetmacht widerstandslos anzuerkennen, die mit den Deutschen in Verhandlungen über den Waffenstillstand eintrat. Es erfolgt aber ein von offenen Drohungen begleiteter Protest der Militärmission der Entente. Der Stab erschrak; von den „verbündeten“ Offizieren aufgestachelt, schlug er den Weg des Widerstandes ein. Das führte zum bewaffneten Konflikt und zur Ermordung des Feldstabschefs, General Duchonin, seitens einer Gruppe revolutionärer Matrosen.

In Petersburg organisierten die offiziellen Agenten der Entente besonders die französische Militärmission, Hand in Hand mit den Sozialrevolutionären und den Menschewiki offenen Widerstand, indem sie vom Tage nach dem Sowjetumsturz an die Junker und überhaupt die bürgerliche Jugend mobilisierten, bewaffneten und auf uns hetzten. Der Aufstand der Junker am 10. November forderte hundertmal mehr Opfer als der Umsturz vom 7. November. Der damals von der Entente angestiftete abenteuerliche Vormarsch Kerenskis und Kraßnows gegen Petersburg brachte in den Kampf die ersten Elemente der Erbitterung hinein. Dessenungeachtet wurde General Kraßnow auf Ehrenwort in Freiheit gesetzt. Der Aufstand in Jaroslaw (im Sommer 1918), der so viel Opfer kostete, wurde von Sawinkow auf Bestellung der französischen Botschaft und mit ihren Mitteln organisiert. Archangelsk wurde nach dem Plan der englischen Marineagenten mit Hilfe der englischen Kriegsschiffe und Flieger besetzt. Der Grund zur Herrschaft Koltschaks, des Schützlings der amerikanischen Börse, wurde durch das fremdländische tschechoslowakische Korps gelegt, das von der französischen Regierung unterhalten wurde. Kaledin und der von uns in Freiheit gesetzte Kraßnow, die ersten Führer der Gegenrevolution am Don, konnten nur dank der offenen militärischen und finanziellen Unterstützung von seiten Deutschlands teilweise Erfolge erzielen. In der Ukraine wurde die Sowjetmacht zu Beginn des Jahres 1918 durch den deutschen Militarismus gestürzt. Die freiwillige Armee:

Denikins wurde mit Hilfe der finanziellen und technischen Mittel Großbritanniens und Frankreichs geschaffen. Nur in der Hoffnung auf die Einmischung Englands und mit seiner materiellen Unterstützung wurde die Armee von Judenitsch geschaffen. Die Politiker, Diplomaten und Journalisten der Ententestaaten erörterten in voller Offenheit zwei Jahre lang die Frage, ob die Finanzierung des Bürgerkrieges in Rußland ein hinreichend vorteilhaftes Unternehmen sei. Unter diesen Bedingungen muß man wahrlich eine ehrene Stirn haben, um die Ursachen des blutigen Charakters des Bürgerkrieges in Rußland im bösen Willen der Bolschewiki und nicht in den internationalen Verhältnissen zu suchen.

Das russische Proletariat hat als erstes den Weg der sozialen Revolution betreten, und die russische Bourgeoisie, die politisch kraftlos war, wagte nur deshalb sich mit ihrer politischen und ökonomischen Enteignung nicht zufriedenzugeben, weil sie in allen Ländern ihre ältere Schwester, die noch über die ökonomische, politische, zum Teil auch über die militärische Gewalt verfügte, an der Macht sah.

Hätte sich unser Novemberumsturz einige Monate oder auch nur einige Wochen nach der Aufrichtung der Herrschaft des Proletariats in Deutschland, Frankreich und England ereignet, so wäre — darüber besteht kein Zweifel — unsere Revolution die „friedlichste“, die „unblutigste“ aller auf der sündhaften Erde überhaupt möglichen Revolutionen gewesen. Diese historische Reihenfolge aber, die auf den ersten Blick die „natürlichste“ und auf jeden Fall die vorteilhafteste für die russische Arbeiterklasse ist, wurde — nicht durch unsere Schuld, sondern durch den Willen der Ereignisse — gestört: anstatt das letzte zu sein, war das russische Proletariat das erste. Gerade dieser Umstand verlieh dem Widerstand der Klassen, die vorher in Rußland geherrscht hatten — nach der ersten Periode der Verwirrung — einen verzweifelten Charakter und zwang das russische Proletariat in Augenblicken der größten Gefahr, der äußeren Angriffe, der inneren Verschwörungen und Aufstände, zu den harten Maßnahmen des staatlichen Terrors zu greifen. Daß diese Maßnahmen nicht wirksam waren, das wird jetzt niemand sagen. Vielleicht aber muß man sie für . . . „unzulässig“ halten?

Die Arbeiterklasse, die die Macht durch Kampf errungen hat, hat die Aufgabe, die Pflicht, diese Macht unerschütterlich zu befestigen, ihre Herrschaft unbestreitbar sicherzustellen, ihren Feinden die Lust zu Staatsumwälzungen zu nehmen und sich dadurch die Möglichkeit sozialistischer Reformen zu sichern. Sonst hätte sie die Macht nicht zu erobern brauchen.

Die Revolution braucht „logisch“ keinen Terrorismus, wie sie „logisch“ auch keinen bewaffneten Aufstand braucht. Was für eine vielversprechende Banalität! Dafür verlangt sie aber von der revolutionären Klasse, daß sie ihr Ziel mit allen Mitteln erreiche, die ihr zur Verfügung stehen: wenn nötig — durch bewaffneten Aufstand, wenn nötig — durch Terrorismus. Die revolutionäre Klasse, die mit der Waffe in der Hand die Macht erobert hat, ist verpflichtet, alle Versuche, ihr die Macht zu entreißen, ebenfalls mit der Waffe in der Hand zu unterdrücken. Dort, wo sie die feindliche Armee gegen sich haben wird, wird sie ihr die eigene Armee entgegenstellen. Dort, wo sie es mit einem bewaffneten Aufstand, einem Attentat, einem Aufruhr zu tun haben wird, wird strenge Justiz die Häupter der Feinde treffen. Vielleicht hat Kautsky andere Mittel erfunden? Vielleicht kommt bei ihm alles auf die Stufen der Repressalien an, und er schlägt vor, in allen Fällen die Gefängnisstrafe anstelle des Todes durch Erschießen anzuwenden?

Die Frage der Form oder Stufe der Repressalien ist natürlich keine „prinzipielle“ Frage. Das ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. In der Epoche der Revolution kann die der Macht beraubte Partei, die sich mit der Stabilität der herrschenden Partei nicht aussöhnt und dies durch rasenden Kampf gegen sie beweist, nicht durch die Androhung von Gefängnisstrafen abgeschreckt werden, da sie nicht an deren Dauerhaftigkeit glaubt. Durch diese einfache aber entscheidende Tatsache ist die häufige Anwendung des Erschießens während des Bürgerkrieges zu erklären.

Oder will Kautsky sagen, daß das Erschießen überhaupt nicht zweckentsprechend sei, daß man „Klassen nicht abschrecken könne“? Das ist unrichtig. Der Terror ist machtlos — und auch nur „im Endresultat“ — wenn er von der Reaktion gegen eine historisch aufsteigende Klasse angewandt wird. Aber gegen eine reaktionäre Klasse in Anwendung gebracht, die nicht den Schauplatz verlassen will, kann der Terror sehr wirksam sein. Die Abschreckung ist ein machtvolleres Mittel der Politik, der internationalen wie der inneren. Der Krieg ist ebenso wie auch die Revolution auf Abschreckung begründet. Der allgemeinen Regel nach vernichtet der siegreiche Krieg nur einen unbedeutenden Teil der besiegten Armee, die übrigen schreckt er ab und bricht so ihren Willen. Ebenso wirkt die Revolution: sie tötet Einzelne und schreckt Tausende ab. In diesem Sinne unterscheidet sich der rote Terror prinzipiell nicht vom bewaffneten Aufstand, dessen direkte Fortsetzung er ist. Den staatlichen Terror der revolutionären Klasse kann nur der „moralisch“ verurteilen, der überhaupt jede Gewalttätigkeit — folglich auch jeden Krieg und jeden Aufstand — prinzi-



piell (als Lippenbekenntnis) ablehnt. Dazu muß man einfach ein heuchlerischer Quäker sein.

„Aber wodurch unterscheidet sich in diesem Fall eure Taktik von der Taktik des Zarismus?“ fragen uns die Pfaffen des Liberalismus und des Kautskyanertums.

Das versteht ihr nicht, Frömmler? Wir wollen euch das erklären. Der Terror des Zarismus war gegen das Proletariat gerichtet. Die zaristische Gendarmerie erwürgte die Arbeiter, die für die sozialistische Ordnung kämpften. Unsere Außerordentlichen Kommissionen erschießen die Gutsherren, Kapitalisten, Generäle, die die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen bestrebt sind. Erfabt Ihr diese . . . Nuance? Ja? Uns Kommunisten genügt sie vollkommen!

### *Die Pressefreiheit.*

Ein Punkt beunruhigt Kautsky, den Verfasser einer übergroßen Anzahl von Büchern und Artikeln: das ist die Pressefreiheit. Ist es zulässig, Zeitungen zu verbieten?

Während des Krieges werden alle Institutionen und Organe der Staatsgewalt zu Organen der Kriegführung. In erster Linie bezieht sich das auf die Presse. Keine Regierung, die einen ernststen Krieg führt, kann erlauben, daß auf ihrem Territorium Schriften herausgegeben werden, die offen oder verhüllt den Feind unterstützen. Dies umsoweniger während des Bürgerkrieges. Es liegt in der Natur des Bürgerkrieges, daß jedes der kämpfenden Lager im Rücken seiner Armeen bedeutende Bevölkerungskreise hat, die auf Seiten des Feindes stehen. Im Kriege, wo der Erfolg und Mißerfolg mit dem Tode bezahlt wird, werden die in den Rücken der Armee eingedrungenen feindlichen Agenten erschossen. Das ist nicht human, niemand aber hat bis jetzt den Krieg als eine Schule der Humanität angesehen — desto weniger den Bürgerkrieg. Kann man ernsthaft verlangen, daß während des Krieges mit den weißgardistischen Banden Denikins in Moskau oder Petersburg ungehindert Schriften der Parteien herausgegeben werden, die Denikin unterstützen? Dies im Namen der „Pressefreiheit“ vorschlagen, heißt im Namen der Öffentlichkeit die Veröffentlichung von Kriegsgeheimnissen verlangen. „Eine belagerte Stadt“, schreibt der Kommunard Arthur Arnould, „kann nicht zulassen, daß in ihrer Mitte offen ihr Fall gewünscht werde, daß die Kämpfer, die sie verteidigen, zum Verrat aufgerufen werden, daß dem Feinde die Bewegung ihrer Truppen

mitgeteilt werde. Dies war die Lage von Paris unter der Kommune“. Dies ist die Lage der Sowjetrepublik im Laufe der beiden Jahre ihrer Existenz. Hören wir jedoch, was Kautsky darüber sagt.

„Die Rechtfertigung dieses Systems (d. h. der Repressalien in bezug auf die Presse) läuft einfach auf die naive Auffassung hinaus, es gäbe eine absolute Wahrheit, (!) und nur die Kommunisten seien in deren Besitz (!). Nicht minder — fährt Kautsky fort — läuft sie auf die andere Auffassung hinaus, alle Schriftsteller seien von Haus aus Lügner (!), nur die Kommunisten Fanatiker der Wahrheit (!). In Wahrheit sind natürlich Lügner und Fanatiker dessen, was sie als wahr ansehen, in allen Lagern zu finden“ usw. (S. 119.)

Auf diese Weise bleibt für Kautsky die Revolution in ihrer erbittertsten Phase, wo es sich für die Klassen um Tod und Leben handelt, nach wie vor eine literarische Diskussion zwecks Feststellung . . . der Wahrheit. Welche Tiefe! . . . Unsere „Wahrheit“ ist natürlich nicht absolut. Da wir aber gegenwärtig in ihrem Namen Blut vergießen, so haben wir weder Veranlassung noch Möglichkeit, mit denen, die uns mit Hilfe von Waffen jeder Art „kritisieren“, eine literarische Diskussion über die Relativität der Wahrheit zu führen. Desgleichen besteht unsere Aufgabe nicht darin, die Lügner zu bestrafen und die Gerechten der Presse aller Richtungen anzuspornen, sondern darin, die Klassenlüge der Bourgeoisie zu ersticken und den Triumph der Klassenwahrheit des Proletariats sicherzustellen — unabhängig davon, daß es in beiden Lagern Fanatiker und Lügner gibt.

Die Sowjetmacht — klagt Kautsky weiter — hat das einzige Mittel zerstört, das gegen die Korruption helfen könnte: die Pressefreiheit. „Die Kontrolle durch eine unbeschränkte Pressefreiheit allein vermag jene Abenteurer und Banditen im Zaume zu halten, die sich unvermeidlich an jede unbeschränkte, unkontrollierte Regierungsmacht herandrängen . . .“ (S. 140.) Und so geht es in demselben Ton weiter.

Die Presse als sicheres Kampfmittel gegen die Korruption! Dieses liberale Rezept klingt besonders kläglich bei dem Gedanken an die beiden Länder mit der größten „Pressefreiheit“, Nordamerika und Frankreich, die zugleich die Länder der höchsten Entfaltung der kapitalistischen Korruption sind.

Da er sich von dem veralteten Klatsch der politischen Hinterhöfe der russischen Revolution nährt, nimmt Kautsky an, daß der Sowjetapparat ohne die kadettisch-menschewistische Öffentlichkeit von „Banditen und Abenteurern“ zerrissen werde. Dies war die Stimme der Menschewiki vor einem bis anderthalb Jahren. Jetzt wagen auch sie nicht, dies zu wiederholen. Mit Hilfe der Sowjet-

kontrolle und der Parteiwahl ist die Sowjetmacht in der Atmosphäre des angestregten Kampfes mit den Banditen und Abenteurern, die im Augenblick der Umwälzung an die Oberfläche kamen, ungleich besser fertig geworden, als mit ihnen jemals irgend eine Macht fertig geworden ist.

Wir kämpfen. Wir ringen auf Tod und Leben. Die Presse ist nicht das Werkzeug einer abstrakten Gesellschaft, sondern zweier unversöhnlicher, bewaffneter und kämpfender Lager. Wir zerstören die Presse der Gegenrevolution ebenso, wie wir ihre befestigten Positionen, ihre Depots, ihre Verbindungen, ihre Rekognoszierung zerstörten. Wir berauben uns der kadettisch-menschewistischen Enthüllungen der Korruption der Arbeiterklasse? Dafür zerstören wir siegreich die Grundlagen der kapitalistischen Korruption.

Aber Kautsky geht in der Entwicklung seines Themas weiter: er beklagt sich darüber, daß wir die Zeitungen der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki verbieten und sogar — auch das kommt vor — ihre Führer verhaften. Handelt es sich hier etwa nicht um die „Schattierungen“ im Proletariat oder in der sozialistischen Bewegung? Der Schulpedant sieht hinter den gewohnten Worten die Tatsachen nicht. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sind für ihn einfach Strömungen im Sozialismus, während sie sich im Laufe der Revolution in eine Organisation verwandelt haben, die sich im wirksamen Bunde mit der Gegenrevolution befindet und offen Krieg führt. Die Armee Koltshaks ist von den Sozialrevolutionären (wieviel Scharlatanerie klingt jetzt aus diesem Namen!) geschaffen und von den Menschewiki unterstützt worden. Diese wie jene haben im Laufe von anderthalb Jahren an der Nordfront Krieg gegen uns geführt und führen ihn noch. Die in Kaukasien regierenden Menschewiki, früher die Verbündeten der Hohenzollern, jetzt die Verbündeten Lloyd Georges, haben im Bunde mit den deutschen und englischen Offizieren die Bolschewiki verhaftet und erschossen. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre der Kubanischen Rada haben die Armee Denikins geschaffen. Die zum Bestande der Regierung gehörenden estnischen Menschewiki waren am letzten Vormarsch Judenitsch auf Petersburg direkt beteiligt. So sehen diese „Strömungen“ im Sozialismus aus. Kautsky ist der Meinung, daß man sich im Zustande eines offenen Bürgerkrieges mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären befinden könne, die mit Hilfe der dank ihnen geschaffenen Heere Judenitsch, Koltshaks und Denikins um ihre „Schattierung“ des Sozialismus kämpfen und daß man gleichzeitig diesen unschuldigen „Schattierungen“ im Rücken der Armee Pressefreiheit gewähren könne. Könnte der Streit mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki durch Überredung und Ab-

stimmung beigelegt werden, — d. h. ständen hinter ihrem Rücken nicht die russischen und ausländischen Imperialisten, — so gäbe es keinen Bürgerkrieg.

Kautsky ist natürlich bereit, wie die Blockade, so auch die Unterstützung Denikins durch die Entente und den weißen Terror zu verurteilen (ein überflüssiger Tropfen Tintel!). Aber in seiner erhabenen Unparteilichkeit kann er letzterem mildernde Umstände nicht verweigern. Der weiße Terror nämlich verletzt seine Grundsätze nicht, während die Bolschewiki durch Anwendung des roten Terrors „den Grundsätzen von der Heiligkeit des Menschenlebens untreu werden, die sie selbst verkündigt haben“ (S. 139).

Was das Prinzip der Heiligkeit des Menschenlebens in der Praxis bedeutet und wodurch es sich von dem Gebot „Du sollst nicht töten“ unterscheidet, erklärt Kautsky nicht. Wenn der Räuber das Messer auf ein Kind zückt, darf man den Räuber töten, um das Kind zu retten? Wird dadurch nicht das Prinzip der „Heiligkeit des Menschenlebens“ verletzt? Darf man den Räuber töten, um sich selbst zu retten? Ist ein Aufstand der unterjochten Sklaven gegen ihre Herren zulässig? Ist es zulässig, seine Freiheit durch den Tod der Kerkermeister zu erkaufen? Wenn das Menschenleben überhaupt heilig und unantastbar ist, so muß man nicht nur die Anwendung des Terrors, nicht nur den Krieg, sondern auch die Revolution ablehnen. Kautsky legt sich einfach keine Rechenschaft ab über die gegenrevolutionäre Bedeutung des „Prinzips“, das er uns aufzudrängen versucht. An einer anderen Stelle werden wir sehen, daß Kautsky uns den Abschluß des Brest-Litowsker Friedens vorwirft. Seiner Meinung nach hätten wir den Krieg fortsetzen müssen. Wie ist es aber hier um die Heiligkeit des Menschenlebens bestellt? Vielleicht hört das Leben auf, heilig zu sein, wenn es sich um Menschen handelt, die eine andere Sprache sprechen? Oder nimmt Kautsky an, daß Massenmorde, die nach den Regeln der Strategie und der Taktik organisiert sind, keine Morde seien? Wahrlich, es ist schwer, in unserer Epoche ein „Prinzip“ aufzustellen, das heuchlerischer und dümmere zu gleicher Zeit wäre. Solange die menschliche Arbeitskraft, folglich aber auch das Leben, ein Gegenstand des Schachers, der Ausbeutung und Ausplünderung ist, ist das Prinzip der Heiligkeit des Menschenlebens die schändlichste Lüge, die den Zweck hat, die unterjochten Sklaven im Zaum zu halten.

Wir haben gegen die von Kerenski eingeführte Todesstrafe gekämpft, weil diese Strafe von den Feldgerichten der alten Armee gegen Soldaten angewendet wurde, die sich weigerten, den imperialistischen Krieg fortzusetzen. Wir haben diese Waffe den Händen

der alten Kriegsgerichte entrissen, wir haben diese Gerichte selbst vernichtet und die alte Armee, die sie geschaffen, aufgelöst. Durch Vernichtung der gegenrevolutionären Verschwörer in der roten Armee und überhaupt im Lande, die bestrebt sind, durch Aufstände, Morde und Desorganisation das alte Regime wiederherzustellen, handeln wir gemäß den eisernen Gesetzen des Krieges, in welchem wir uns den Sieg sichern wollen.

Will man schon formale Widersprüche suchen, so selbstverständlich auf Seiten des weißen Terrors, der das Werkzeug der Klassen ist, die sich christliche nennen, die idealistische Philosophie protegieren und fest überzeugt sind, daß die Persönlichkeit (ihre eigene) Selbstzweck ist. Was uns anbetrifft, so haben wir uns nie mit kantischem Pfaffengerede und vegetarischem Quäkergeschwätz über die „Heiligkeit des Menschenlebens“ beschäftigt. Wir waren Revolutionäre, als wir in der Opposition waren, und wir sind es auch jetzt, wo wir an der Macht sind. Um das Individuum heilig zu machen, muß das gesellschaftliche Regime abgeschafft werden, das dieses Individuum ans Kreuz schlägt. Diese Aufgabe aber kann nur durch Eisen und Blut erfüllt werden.

Zwischen dem weißen und dem roten Terror gibt es noch einen Unterschied, den der jetzige Kautsky außer acht läßt, der aber für den Marxisten von entscheidender Bedeutung ist. Der weiße Terror ist das Werkzeug einer historisch-reaktionären Klasse. Als wir die Machtlosigkeit der Repressalien des bürgerlichen Staates gegen das Proletariat entlarvten, haben wir niemals in Abrede gestellt, daß die herrschenden Klassen durch Verhaftungen und Hinrichtungen unter gewissen Bedingungen zeitweilig die Entwicklung der sozialen Revolution aufhalten können. Wir waren aber überzeugt, daß es ihnen nicht gelingen wird, sie zum Stillstand zu bringen. Wir stützen uns darauf, daß das Proletariat eine historisch aufsteigende Klasse sei und daß die bürgerliche Gesellschaft sich nicht entwickeln könne, ohne die Kräfte des Proletariats zu vergrößern. Die Bourgeoisie der gegenwärtigen Epoche ist eine untergehende Klasse! Nicht nur, daß sie in der Produktion keine notwendige Rolle mehr spielt, durch ihre imperialistischen Aneignungsmethoden zerstört sie die Weltwirtschaft und die menschliche Kultur. Die historische Zähigkeit der Bourgeoisie jedoch ist kolossal. Sie hält sich und will den Platz nicht räumen. Dadurch droht sie die ganze Gesellschaft mit sich in den Abgrund zu ziehen. Sie muß abgerissen, abgehackt werden. Der rote Terror ist ein Werkzeug, das gegen eine dem Untergang geweihte Klasse angewendet wird, die nicht untergehen will. Kann der weiße Terror nur den historischen Aufstieg des Proletariats verzögern, so kann

der rote Terror den Untergang der Bourgeoisie beschleunigen. Die Beschleunigung — der Vorteil des Tempos — hat in gewissen Epochen eine entscheidende Bedeutung. Ohne den roten Terror hätte die russische Bourgeoisie im Verein mit der Weltbourgeoisie uns lange vor dem Eintritt der Revolution in Europa erwürgt. Man muß blind sein, um dies nicht zu sehen, man muß ein Fälscher sein, um dies zu bestreiten.

Wer der Tatsache der Existenz des Sowjetsystems revolutionäre historische Bedeutung beilegt, der muß auch den roten Terror anerkennen. Und Kautsky, der in den beiden letzten Jahren Berge von Papier gegen den Kommunismus und den Terrorismus beschrieben hat, muß am Schluß seiner Broschüre sich mit der Tatsache abfinden und unerwartet anerkennen, daß die Sowjetmacht Rußlands jetzt den wichtigsten Faktor der Weltrevolution darstellt. Wie immer man sich zu den bolschewistischen Methoden stellen mag — schreibt er — die Tatsache, daß eine proletarische Regierung in einem Großstaat nicht nur ans Ruder kommen, sondern auch sich durch bisher fast zwei Jahre unter den schwierigsten Bedingungen behaupten konnte, hebt das Kraftgefühl der Proletarier aller Länder ungemein. Für die wirkliche Weltrevolution haben die Bolschewiki dadurch Großes geleistet“ . . . (S. 153).

Diese Erklärung ist erstaunlich als größte Überraschung, als Anerkennung der historischen Wahrheit von einer Seite, von der man das am wenigsten erwartet. Dadurch, daß sie sich zwei Jahre gegen die vereinte kapitalistische Welt gehalten haben, haben die Bolschewiki eine große historische Tat vollbracht. Die Bolschewiki haben sich aber nicht nur durch die Idee, sondern auch durch das Schwert gehalten. Die Anerkennung Kautskys ist eine unwillkürliche Anerkennung der Methoden des roten Terrors und zugleich die böseste Verurteilung seines eigenen kritischen Geschreibsels.

### *Der Einfluß des Krieges.*

Eine der Ursachen des äußerst blutigen Charakters des revolutionären Kampfes sieht Kautsky im Kriege, in seinem verwildern den Einfluß auf die Sitten. Ganz unbestreitbar. Diesen Einfluß mit allen hieraus entspringenden Folgen konnte man schon früher voraussehen, ungefähr in der Epoche, als Kautsky nicht wußte, ob man für die Kriegskredite oder gegen sie stimmen müsse.

„Der Imperialismus riß die Gesellschaft gewaltsam aus dem Zustande labilen Gleichgewichts — schrieben wir vor fünf Jahren im deutschen Buche „Der Krieg und die Internationale“ — er zerstörte die Schleusen, welche die Sozialdemokratie dem Strome

revolutionärer Energie des Proletariats vorgebaut hatte, und leitete diesen Strom in sein Bett. Dieses ungeheure geschichtliche Experiment, das mit einem Schlage der sozialistischen Internationale das Rückgrat brach, birgt jedoch in sich die tödliche Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft selbst. Der Hammer wird den Händen der Arbeiter entrissen, gegen die Waffe umgetauscht. Der Arbeiter, der durch die Maschinerie der kapitalistischen Wirtschaft an Händen und Füßen gebunden ist, wird plötzlich aus seinem Rahmen hinausgeworfen und gelehrt, höher als häusliches Glück und als das Leben selbst die Ziele der Gesamtheit zu stellen.

„Mit der Waffe, die er selbst verfertigt hat, in Händen, wird der Arbeiter in eine Lage gestellt, in der das politische Schicksal des Staates unmittelbar von ihm abhängt. Diejenigen, die ihn in normalen Zeiten bedrückten und verachteten, umschmeicheln und kriechen vor ihm. Gleichzeitig kommt er in intimste Nähe derselben Kanonen, die nach Lassalle einen der wichtigsten Bestandteile der Konstitutionen ausmachen. Er überschreitet die Grenzen, beteiligt sich an gewaltsamen Requisitionen, unter seiner Mitwirkung gehen die Städte von Hand zu Hand. Es geschehen Änderungen, wie sie das lebende Geschlecht nicht gesehen hat“.

„Wenn auch der Vorhut der Arbeiterschaft theoretisch bekannt war, daß die Macht die Mutter des Rechtes ist, so blieb doch ihr politisches Denken ganz vom Geiste der Possibilität, der Anpassung an die bürgerliche Gesetzlichkeit, durchdrungen. Jetzt lernt sie in der Tat diese Gesetzlichkeit verachten und gewaltsam stören. Jetzt treten in ihrer Psyche die statischen Momente den dynamischen den Platz ab. Die Mörser pressen ihr den Gedanken in den Kopf, daß, wenn es unmöglich ist, ein Hindernis zu umgehen, die Möglichkeit bleibt, es zu vernichten. Beinahe die gesamte erwachsene männliche Bevölkerung wird durch diese in ihrem Realismus fürchterliche Schule des Krieges geführt, die einen neuen Menschentypus ausbildet“.

„Über alle Normen der bürgerlichen Gesellschaft — mit ihrem Recht, ihrer Moral und Religion — erhebt sich jetzt die Faust der eisernen Notwendigkeit. „Not kennt kein Gebot!“ — sagte der deutsche Kanzler am 4. August 1914. Die Monarchen gehen auf die öffentlichen Plätze, um im Dialekt der Marktweiber einander der Lügenhaftigkeit zu beschuldigen; die Regierungen stoßen von ihnen feierlich anerkannte Verpflichtungen um, und die nationale Kirche schmiedet ihren Gott wie einen Katorgasträfling an die nationale Kanone. Ist es denn nicht klar, daß diese Umstände eine tiefe Veränderung in der Psyche der Arbeiterschaft hervorrufen müssen, sie radikal von der Hypnose der Legalität heilend, in der sich eine

Epoche politischer Stagnation äußerte? Die besitzenden Klassen werden sich, zu ihrem Schrecken, bald hiervon überzeugen müssen. Das Proletariat, das durch die Schule des Krieges gegangen ist, wird beim ersten ernststen Hindernis innerhalb des eigenen Landes das Bedürfnis empfinden, die Sprache der Gewalt zu brauchen. „Not kennt kein Gebot“, so wird es demjenigen zurufen, der versuchen wird, es durch die Gebote bürgerlicher Gesetzlichkeit zurückzuhalten. Und die Not, jene furchtbare wirtschaftliche Not, die im Laufe dieses Krieges und nach seiner Einstellung herrschen wird, wird geeignet sein, die Massen zur Verletzung so mancher Gebote zu drängen“. (S. 56—57.)

Alles dies ist unbestreitbar. Dem Gesagten aber muß hinzugefügt werden, daß der Krieg auf die Psychologie der herrschenden Klassen keinen geringeren Einfluß ausgeübt hat: in demselben Grade, wie die Massen anspruchsvoller geworden sind, ist die Bourgeoisie unnachgiebiger geworden.

In der Friedenszeit sicherten die Kapitalisten ihre Interessen mit Hilfe des „friedlichen“ Raubes der Lohnarbeit. Während des Krieges dienten sie denselben Interessen durch Vernichtung unzählbarer Menschenleben. Das gab ihrem Herrenbewußtsein einen neuen, „napoleonischen“ Zug. Die Kapitalisten haben sich während des Krieges daran gewöhnt, Millionen Sklaven, stammverwandte und koloniale, wegen Kohlen-, Eisenbahn- und anderer Profite in den Tod zu schicken.

Im Laufe des Krieges sind aus der Mitte der Bourgeoisie, der großen, mittleren und kleinen, Hunderttausende von Offizieren, professionellen Kämpfern hervorgegangen — Leute, deren Charakter sich im Kampf gestählt hat und die sich von jeglichen äußerlichen Hemmungen befreit haben — qualifizierte Haudegen, die bereit und fähig sind, die privilegierte Stellung der Bourgeoisie, die sie dressiert hat, mit einer Erbitterung zu verteidigen, die in ihrer Art an Heldentum grenzt.

Die Revolution wäre vielleicht humaner, wenn das Proletariat die Möglichkeit hätte, „sich von dieser ganzen Bande loszukaufen“, wie sich einst Marx ausgedrückt hat. Der Kapitalismus hat aber den Werk tätigen während des Krieges eine zu große Schuldenlast aufgebürdet und den Boden der Produktion zu tief untergraben, als daß man ernsthaft von einem solchen Loskauf sprechen könnte, bei dem sich die Bourgeoisie schweigend mit dem Umsturz abfinden würde. Die Massen haben zu viel Blut verloren, haben zu viel gelitten, sind zu erbittert, um eine solche Entscheidung zu treffen, die ökonomisch über ihre Kraft gehen würde.

Es kommen noch andere Umstände hinzu, die in derselben



Richtung wirken. Die Bourgeoisie der besiegten Länder ist durch die Niederlage erbittert, für die sie die Unterschichten, die Arbeiter und Bauern, verantwortlich machen will, die sich als unfähig erwiesen haben, den „großen nationalen Krieg“ zum siegreichen Ende zu führen. Von diesem Standpunkt aus sind die in ihrer Frechheit beispielelosen Erklärungen sehr lehrreich, die Ludendorff vor der Kommission der Nationalversammlung abgegeben hat. Die Ludendorffschen Banden brennen vor Begierde, für die äußeren Demütigungen am Blute des eigenen Proletariats Revanche zu nehmen. Was die Bourgeoisie der siegreichen Länder anbelangt, so ist sie von Hochmut erfüllt und mehr denn je geneigt, ihre soziale Stellung mit Hilfe der grausamen Maßnahmen, die ihr den Sieg gesichert haben, zu verteidigen. Wir haben gesehen, daß die internationale Bourgeoisie unfähig war, die Teilung der Beute ohne Krieg und Ruin zu organisieren. Kann sie ohne Kampf auf den Verzicht der Beute überhaupt eingehen? Die Erfahrung der letzten fünf Jahre läßt in dieser Beziehung gar keinen Zweifel aufkommen: war es schon früher der reinste Utopismus zu erwarten, daß die Enteignung der besitzenden Klassen sich dank der „Demokratie“ unbemerkt und schmerzlos vollziehen werde, ohne Aufstände, ohne bewaffnete Zusammenstöße, ohne Versuche der Gegenrevolution und ohne strenge Unterdrückung, so macht die vom imperialistischen Kriege hinterlassene Situation einen doppelt und dreifach intensiven Charakter des Bürgerkrieges und der Diktatur des Proletariats zur Bedingung.

A. Trotzki.

---

*„Sechs Monate einer revolutionären Periode werden an der Schulung dieser jetzt unorganisierten Massen das Werk vollenden, das zehn Jahre Volksversammlungen und Flugblattverteilungen nicht fertig zu bringen vermögen. Und wenn die Verhältnisse in Deutschland für eine solche Periode den Reifegrad erreicht haben, werden im Kampfe die heute unorganisierten zurückgebliebensten Schichten naturgemäß das radikalste, das ungestümste, nicht das mitgeschleppte Element bilden. Wird es in Deutschland zu Massenstreiks kommen, so werden fast sicher nicht die Bestorganisierten — gewiß nicht die Buchdrucker — sondern die schlechter oder garnicht Organisierten, die Bergarbeiter, die Textilarbeiter, vielleicht gar die Landarbeiter, die größte Aktionsfähigkeit entwickeln.“*

1906.

Rosa Luxemburg.

## Die Dritte Internationale.

(6. März 1919 bis 6. März 1920.)

Ein Jahr ist es her, seit die Dritte Internationale in Moskau gegründet wurde. Dieses große Ereignis spielte sich in einem bescheidenen Raum im Kreml ab, wo sich etwa 40 Delegierte, größtenteils Russen oder ehemalige politische Emigranten russischer Untertanenschaft, versammelt hatten. Schon lange hatten die wahren Revolutionäre aller Länder der Geburt der neuen Internationale geharrt. Trotzdem aber wohnte kein einziger offizieller Vertreter des lateinischen oder angelsächsischen Proletariats Westeuropas oder Amerikas diesem Kongreß bei, der von der Bourgeoisie der ganzen Welt und deren gehorsamen Dienern, den Renegaten der II. Internationale, mit schallendem Hohngelächter aufgenommen wurde.

Durch drei Jahre imperialistischen Krieges und zwei Jahre Bürgerkrieg in Stücke gerissen, erschöpft, verblutend, von den gegenrevolutionären Truppen in einen eisernen Ring gezwängt, schien Rußland im Todeskampf zu liegen. Und in jener Stunde, wo die russische Revolution nahe daran war, auszuhauchen, wagte sie es, die Völker zur sozialen Revolution aufzufordern. Welch lächerliche Torheit!

In London, Paris und New-York wollten die bürgerlichen und pseudosozialistischen Blätter sich schier krank lachen über die kindische Verwegenheit der in Moskau versammelten „elenden Handvoll Extremisten“. Sie stellten diesen neuen „Bluff“ Lenins als letztes Manöver der dem Tode geweihten Bolschewiki dar. Vom Waffensieg berauscht, waren die Bourgeois überzeugt, daß es ihnen gelingen würde, die Ordnung wiederherzustellen, d. h. der Aufstände Herr zu werden und die von den Kapitalisten in das Joch gespannten Arbeiter und Bauern endgültig in Sklaven zu verwandeln. Die Sozialverräter, die sich im Schutz ihrer Regierungen stark fühlten, verkündeten, daß die zweite Internationale unzerstörbar sei.

Von dem Sturmwind hin und her geworfen, doch beseelt von revolutionärem Feuer, ließen die Kongreßmitglieder in Moskau sich durch das Zischen und Gelächter nicht aus der Ruhe bringen, sondern legten den Grundstein zum Gebäude, dessen Schutz dem internationalen Proletariat die Möglichkeit geben sollte, die hastige ökonomische und politische Flucht des Kapitals noch zu beschleunigen.

In unwiderlegbaren Leitsätzen bewies die Kommunistische Internationale der Bourgeoisie der Ententeländer, daß sie auf einem Vulkan tanze, daß sie nicht einmal mit Pyrrhus sagen könne: „Noch ein solcher Sieg, und ich bin verloren!“, daß sie verurteilt sei, unterzugehen unter den Ruinen, die ihr eigener Sieg aufgehäuft hat.

Sie bewies den Völkern der besiegten Staaten, der kleinen, aus den Flickchen des Zarenreichs geschaffenen Staaten, den Völkern der neutralen Länder, kurz allen diesen Sklaven und Vasallen, daß der einzige Weg, ihre von der Entente aufgekauften Produktivkräfte zu befreien, Freiheit und Unabhängigkeit für sich zu gewinnen, der Weg eines allgemeinen Völkerbundes ist, daß dieser aber nur durch die soziale Revolution verwirklicht werden kann.

Sie bewies dem Proletariat der ganzen Welt, daß es sich nur dann aus dem Zustand des Verfalls und der Barbarei, in welchen der Krieg es versetzt hat, emporarbeiten kann, daß es nur dann der tödlichen Umarmung des Elends und des Hungers entgehen kann, wenn es jegliche Vorrechte aufhebt, das kapitalistische Eigentumsrecht für null und nichtig erklärt und die Macht durch Gewalt an sich reißt.

Sie bewies den Sozialisten und Syndikalisten, daß das großartige Werk des sozialistischen Aufbaus ein Ding der Unmöglichkeit bleiben müsse, wenn die Arbeiterbewegung nicht die Vormundschaft der unwürdigen Führer abwirft, die zwar vorgeben, das revolutionäre Programm angenommen zu haben, tatsächlich aber nicht aufhören, auf die Zusammenarbeit der Klassen hinzuwirken und sich auf diese Weise zu Helfershelfern der Bourgeoisie herabzuwürdigen.

Ein Jahr ist seitdem verflossen.

Aber trotz des wütenden Krieges, den die Weltreaktion gegen die Sowjets geführt hat, steht die Revolution in Rußland und der Ukraine fester da als je zuvor. Die Revolution hat alle ihre Feinde besiegt. Einen nach dem andern hat sie ihre Angreifer im Norden, im Westen und im Süden vernichtet.

Sie ist nicht mehr in einer belagerten Feste eingeschlossen. Zum erstenmal hat sie fast restlos ihre Bewegungsfreiheit erlangt. Die einzige Gefahr, die ihr noch droht, kommt von Westen. Sie hat zu einer Zeit gesiegt, als ihre Feinde zehnmal stärker waren und sie hundertmal schwächer als jetzt. In Zukunft wird sie mit unvergleichlich größerer Leichtigkeit auch alle polnischen, rumänischen, ungarischen u. a. Feinde besiegen, welche die Regierungen der Entente in verzweifelter Anstrengung insgeheim vorbereiten, um sie ihr an die Gurgel zu hetzen, während sie sich den Anschein

geben, über den Frieden zu verhandeln. Und fürwahr, diese Banditen können dem schwierigen Werk der sozialistischen Organisation zeitweilig großen Schaden zufügen, indem sie Rußland und die Ukraine nötigen, ihre Arbeitsarmeen schleunigst in Kampfarmeen umzuwandeln. Durch ihre vorübergehenden Siege können sie den Triumph der Revolution aufhalten. Aber verhindern können sie ihn nicht. Dem Gang der Weltgeschichte können sie kein „Halt“ gebieten. Sie sind dem Tode geweiht.

Trotz der Blockade, trotz Belagerungszustand und Kriegsergericht, Massenverhaftungen und Massenhinrichtungen haben die Proklamationen und die Agitatoren der neuen Internationale die ganze Welt entzündet. Dank der Kommunistischen Internationale ist das Klassenbewußtsein im Proletariat erwacht. Jegliche Illusion über den Wert der bürgerlichen und parlamentarischen Demokratie, über den Reformismus und Opportunismus ist für die Arbeiterklasse nunmehr abgetan. Das Proletariat ist zur Einsicht gekommen, daß die Befreiung der Werktätigen einzig und allein Sache der Werktätigen ist. Und vor allen Dingen ist es sich darüber klar geworden, daß in der revolutionären Atmosphäre, in welcher die Welt sich befindet, ohne Aufschub gehandelt werden muß. Schleunigst, aber nichtsdestoweniger planmäßig, mobilisiert und organisiert das Proletariat seine Kräfte zum entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie. Überall hat es sich die Losung der Kommunistischen Internationale zu eigen gemacht, die besagt: Diktatur des Proletariats und Sowjetmacht.

Trotz ihres verzweifelten Widerstandes, trotz all ihrer Schlaueheit haben die Führer der II. Internationale, die Scheidemann und Kautsky, die Renaudel und Longuet, die Henderson und Macdonald ihr Ansehen unwiderruflich eingebüßt. Nachdem sie einen erbitterten Feldzug gegen die III. Internationale geführt hatten, mußten die meisten von ihnen zuguterletzt doch deren Programm anerkennen, sich vor ihr beugen und demütigen. Aber die Werktätigen werden sich fortan von diesen Leuten nicht mehr an der Nase herumführen lassen, sondern sie verjagen und brandmarken.

Die „elende Handvoll Extremisten“, die sich im März 1919 in Moskau versammelte, ist zu einer machtvollen und daher geachteten Armee geworden.

Die Kommunistischen Parteien Rußlands und der Ukraine, Lettlands, Estlands, Armeniens, die Sozialdemokratische Partei Norwegens, die Spartakuspartei in Deutschland, die Kommunistische Partei Finnlands, der linke Flügel der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, die Dänische Sozialistische Partei, die Italienische Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei

Oesterreichs, die Kommunistische Partei Hollands, die Bulgarische Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei Ungarns, die Süd-slawische Sozialistische Partei, die kommunistischen Gruppen in Georgien, Adserbeidshan, der Türkei, Persien, China, Korea und Griechenland, die Kommunistische Partei Polens, die Kommunistische Partei Amerikas, die Mexikanische Sozialistische Partei, die Britische Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei Galiziens, die Böhmisches Sozialistische Partei, die Sozialistische Partei Elsaß-Lothringens usw. haben sich eine nach der anderen der III. Internationale angeschlossen.

Selbst die Organisationen, die noch dem verderblichen Einfluß der Opportunisten unterliegen, wie z. B. die Französische Sozialistische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei Englands u. a. m. haben dem Druck ihrer Arbeiter- und Bauernmitglieder nachgeben, mit der II. Internationale brechen und sich den Massen gegenüber verpflichten müssen, Verhandlungen mit der III. Internationale anzuknüpfen.

In dem einen kurzen Jahr seit ihrer Gründung hat die Kommunistische Internationale den Koloß auf tönernen Füßen, die Gelbe Internationale gestürzt. Die Niederlage ist eine so unbestreitbare Tatsache, daß selbst die menschwistische Verräter sich von ihr lossagen wollen, gleich den Ratten, die das Schiff im Augenblick des Scheiterns verlassen.

Eine einzige große Partei bleibt noch an der II. Internationale festgenagelt wie ein Dieb am Kreuz: die sozialdemokratische Mehrheitspartei Deutschlands, die Partei der Scheidemann und Noske. Dieser unzertrennliche Bund, diese Verbrechergemeinschaft mit den Mördern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die der II. Internationale einen unauslöschlichen Schandfleck aufdrückt, enthüllt den gähnenden Abgrund, in den diese noch vor kurzem so glorreiche Organisation gestürzt ist. Je mehr dieser übelriechende Leichnam sich zersetzt, desto reiner und stärker wird die Kommunistische Internationale. Schon drängen sich Millionen und Abermillionen Proletarier, drängt sich die ganze proletarische Vorhut der Welt unter ihr Banner.

Unsere junge Internationale, das bewundernswerte Kind zweier Titanen, die Tochter der russischen Revolution und der Kommunistischen Partei Rußlands ist bereits ein machtvoller Riese. Ihre laut widerhallende Agitation hat den Reformismus und Opportunismus zu Tode getroffen. In allen Proletarierherzen hat sie den revolutionären Geist wiedererweckt. Die Bourgeoisie lacht nicht mehr. Sie zittert. Sie fühlt ihren Tod nahen.

Das unzählige Heer der Ausgebeuteten bewaffnet sich in der ganzen Welt. Durch politische Streiks, die sich immer mehr ausdehnen, durch Zusammenstöße mit Polizei- und Regierungstruppen mißt es seine Kräfte. Es wird nicht länger zögern, zur Aktion zu schreiten. Wie dunkel und drohend auch die Wolken sein mögen, die den Himmel Rußlands und der Ukraine noch immer verdüstern, so werden sie doch nicht mehr imstande sein, die blendenden Strahlen zu verschleiern, die, vom Westen kommend, unsere Herzen mit Licht und Wärme füllen, unsere Zuversicht stärken, alle unsere Hoffnungen rechtfertigen.

Durch dreijährigen heldenmütigen Kampf, durch unerhörte Opfer haben die Revolutionäre Rußlands und der Ukraine die Zukunft der Werktätigen der ganzen Welt gesichert. Die Werktätigen aller Länder werden mit ihrer Bewunderung und Dankbarkeit nicht zurückhalten. Sie werden sich nicht mehr damit begnügen, ihre Toten zu beweinen. Den Lebenden werden sie zu Hilfe kommen. Durch kraftvolle Tat werden sie den Revolutionären Rußlands und der Ukraine beistehen und dadurch den Beweis erbringen, daß die internationale Solidarität der Proletarier kein leerer Schall ist.

Ewige Ehre sei der Kommunistischen Internationale, denn in der Stunde, in welcher der Gang der Ereignisse dem Proletariat die schwere Aufgabe auferlegte, die Macht an sich zu reißen, hat sie den Werktätigen ihre geschichtliche Mission vor Augen geführt, sie zur Organisation aufgerufen und sie in den Kampf geführt. Sie hat somit den Sieg der sozialen Revolution in der ganzen Welt, das Wohlergehen der ganzen Menschheit vorbereitet.

*Jacques Sadoul.*



# *Der Klassenkampf im modernen imperialistischen Frankreich.*

## I.

In keinem einzigen der Ententeländer tritt die Reaktion mit solcher Deutlichkeit und Vollständigkeit zutage, wie in Frankreich. Zwischen der Innen- und Außenpolitik herrscht vollkommene Übereinstimmung. Genau zu dem Zeitpunkt, wo in Paris und in der Provinz auf Befehl der Regierung des Diktators Millerand immer grausamer werdende Repressalien vorgenommen werden, stürzen sich die polnischen Legionen unter dem Einfluß der französischen Kapitalisten und Imperialisten in einen vergeblichen Angriff auf die Sowjetrepublik. Ein solches Zusammentreffen der Ereignisse läßt tief blicken.

Über den Rücktritt Poincarés und den Sturz Clemenceaus können sich nur diejenigen freuen, die den einzelnen Persönlichkeiten allzu große Bedeutung beimessen und dem Gang der Ereignisse bloß oberflächlich folgen. Als Beispiel sei das geräuschvolle Eigenlob angeführt, mit dem die in den Herren Paul Boncour und Leon Blum so vortrefflich verkörperte sozialistische parlamentarische Gruppe sich brüstete, zum Fall des „Tigers“ beigetragen zu haben. Die wahren Urheber der gegenwärtigen Politik Frankreichs aber sind die Großkapitalisten und Großindustriellen, die jetzt zwei Hauptaufgaben haben: um jeden Preis die Wiedergeburt Deutschlands zu verhindern und eine kompakte Front gegen die machtvollen Wogen des Bolschewismus zu bilden.

Kurz bevor seine Präsidentenherrschaft zu Ende ging, erhielt Poincaré einen Posten, der vielleicht weniger dekoativ war, der aber mit der äußersten Machtvollkommenheit verbunden war, und zwar den Posten des Vorsitzenden der Wiederherstellungskommission, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt und diplomatische wie auch verschiedene andere Vorrechte gewährt. Marschall Foch, der Ludendorff wie ein Ei dem anderen gleicht, ist der militärische Fachmann großen Stils, in dem die Gegenrevolution mit Recht ihre Hauptstütze sieht. Maurice Barrès wiederum ist der intellektuelle und akademische Interpret aller imperialistischen Elemente, der seine Gedankenergüsse dem Publikum in allen mehr oder minder bedeutenden Zeitschriften und Tageblättern, in seinen parlamentarischen Reden, in unzähligen Broschüren und Büchern aufischt. Tag für Tag legen der „Temps“ und das „Echo de Paris“ mit großer Festigkeit, die „Action Française“, mit ungeschminkter Schärfe, das Programm der drei Akademiker Poincaré, Foch und Barrès dar, das so

glänzend von Herrn Millerand durchgeführt wird. Ist Millerand doch der Zeit nach der erste in einer langen Reihe von Sozialverrätern, der Fürsprecher der Geschäftsleute und Finanztrüsts, der, wenn ihm auch vielleicht die diktatorischen Allüren eines Clemenceaus fehlen, doch, wenn möglich, noch mehr antibolschewistisch ist als der Tiger selbst, schon allein deshalb, weil er zu den Potentaten der französischen Finanz in intimerem und ständigerem Verhältnis steht. Man vergesse nicht, daß der „Matin“ nach dem Fall des Diktators Clemenceau sensationelle „Enttüllungen“ brachte, denen zufolge Clemenceau den von dem Versailler Friedensvertrag Deutschland auferlegten Bedingungen gegenüber nicht genügend drakonische Strenge gezeigt hat. Zudem beschuldigt eine ganze Anzahl französischer Politikaster den Tiger einer übermäßigen Kleinmut England gegenüber; dieselben Leute zögern nicht, Lloyd George im Parlament und in der Presse offen anzugreifen.

Seit dem Friedensabschluß ist Frankreich zum Vasallen Englands geworden; um der Wahrheit die Ehre zu geben, hat dieses Verhältnis sich eigentlich schon während des Krieges herausgebildet. In sämtlichen wichtigen Fragen: der Auslieferung der „schuldigen“ Deutschen, der Aufteilung der Handelsflotte, der russischen Frage, der türkischen und der polnischen Frage und neuerdings in der Frage der Besetzung Homburgs, Frankfurts, Hanau und Darmstadts spitzen die Gegensätze sich immer mehr zu. Und wenn von einem kommenden Kriege keine Rede sein kann, so doch einfach nur darum, weil Frankreich im voraus besiegt und gezwungen ist, sich dem englischen Imperialismus gegenüber zu prostituieren. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist die Aufsehen erregende Rede, die der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Barthou in der Abgeordnetenkammer hielt.

Von allen Staaten, die von dem Völkerbunde umfaßt sind, dem ehemals die notorischen Sozialimperialisten — die Edgar Milhaud, die Renaudel und die Albert Thomas — ihre Lobgesänge spendeten, führt Frankreich den Kampf gegen die Sowjetrepublik und gegen den Kommunismus mit der größten Raubgier.

Man kann mit Gewißheit annehmen, daß der Einmarsch der Reichswehr in das Ruhrrevier von der Berliner gegenrevolutionären Regierung erst nach stillschweigendem Einvernehmen mit der gegenrevolutionären Pariser Regierung beschlossen wurde, und daß die vorübergehende Besetzung deutscher Städte und die weinerlichen und geräuschvollen Proteste der deutschen Regierung nur für die breiten Massen der Uneingeweihten bestimmt waren.

## II.

Frankreich, der Gendarm Europas, versteht es, die Polizei auf seinem eigenen Territorium einzurichten, es hat dabei den Mechanismus des Spielzeugs, genannt der Patriotismus, entblößt.



Angesichts einer entsetzlichen Finanzlage weigern sich die Vertreter der französischen Bourgeoisie hartnäckig, den Arbeitermassen auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Man hat nicht nur die progressive Einkommensteuer abgelehnt, sondern auch noch die Besteuerung des Kriegsgewinns, der Luxusartikel, sämtlichen Produktionsprofits aufgegeben. Alle Behauptungen, die dem widersprechen, fußen auf trügerischen Scheinmaßnahmen, sind direkt erlogen. Die Gesamtschuldenlast des Staats beläuft sich auf 238 Milliarden 494 Millionen, der Budgetvoranschlag für das laufende Jahr aber beträgt, trotzdem man ihn mit großer Anstrengung schon um ganze 8 Milliarden gekürzt hat, dennoch 34 Milliarden. Die Steuern, die vor dem Krieg 110 Francs pro Kopf ausmachten, sind auf 500 Francs pro Mann gestiegen. Soweit die Theorie! In der Praxis aber betragen die Steuern, wenn man die Frauen und Kinder ausnimmt, die tatsächlich gar keine Abgaben zahlen, 1650 Francs pro Kopf. Im großen und ganzen sind die Kosten des Lebensunterhalts um 400 % gestiegen, die Gehälter aber nur um 157 %. Viel deutlicher als all der kunstlos zusammengebräute Blödsinn in den Spalten der Tagespresse erklärt dieser Umstand die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse, die immer häufiger und ausgedehnter werdenden Streiks, den zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften und die kraftvolle Schwenkung nach links, die sich in allen Schichten des französischen Proletariats bemerkbar macht.

Überaus bezeichnend ist die Tatsache, daß gerade in der befreiten Nordzone, in Pas-de-Calais und Elsaß-Lothringen, wo der Chauvinismus am tiefsten in die Massen eingedrungen war, die Streikwege sich am meisten entwickelt hat, die kommunistischen Ideen sich am weitesten verbreiten und die Föderationen der sozialistischen Partei die größte Anzahl neuer Mitglieder heranziehen.

Die Regierung Millerands, die im Gegensatz zu den von Lloyd George und Nitti geleiteten Regierungen nur den Finger vor der Nase sieht und jeder politischen Weitsichtigkeit bar ist, hat die unbegreifliche Dummheit begangen, farbige Truppen in die elsässischen Garnisonen zu entsenden und die eingeborenen Soldaten dieses „rückerobernten“ Gebiets in die Kasernen der Bretagne und von Poitou zu verbannen. In Belfort schossen die Truppen vor kurzem während eines Streiks auf die Ausständigen. Zufällig wurde ein eingeborener elsässisch-lothringischer Arbeiter das Opfer. Daraufhin schrieb der Sekretär der Gewerkschaften Elsaß-Lothringens (die Gewerkschaften zählen 170 000 Mitglieder), Genosse Imbs, der noch vor kurzem zu den frankophilen Elsässern gehörte, in einem von ihm redigierten, gegen die an den Arbeitern verübten Grausamkeiten gerichteten Manifest wie folgt: „Welche Schmach für Frankreich! Dasselbe Frankreich, das im November 1918 mit beispielloser Freude und Begeisterung begrüßt wurde, hat friedliche Manifestanten niederschießen und das Blut der wiedergefundenen Brüder vergießen lassen! Und wes-

halb? Einzig und allein um die ärmsten der armen, fleißigen Arbeiter, die das Elend zum Ausstand zwang, zu nötigen, unter das alte unerträglich gewordene Joch zurückzukehren und um die Herrschaft des Kapitalismus und des Gewinns zu retten...“.

Man könnte behaupten, daß die Agenten der gegenrevolutionären Regierung es besonders auf die Verfolgung, Verhaftung, Einkerkelung, Niederschießung, Verwundung der alten Veteranen, wie Victor Méric, Raymond Lefèvre, Vaillant-Couturier, Giraud u. a. abgesehen haben...

Das Herannahen des ersten Mai hat den Ausbruch der grausamen aber fruchtlosen Schreckensmaßnahmen noch verstärkt. Von dem ultrareaktionären Abgeordneten Paul de Cassagnac über die Hinzuziehung der Truppen befragt, erklärte der Kriegsminister André Lefèvre zynisch: „Laut kürzlich erschienenem Zirkular wird den Truppen, die gewöhnlichen Dienst tun, keine Munition verabfolgt; die Schutztruppen dagegen werden wohl mit Munition versorgt. Man weiß also nie genau, ob die bewaffneten Truppen, denen man gegenübersteht, auch wirklich feuern können. Diese Ungewißheit muß aufhören. Man muß es den Leuten ein für allemal klarmachen, daß das Heer nach wie vor die Gesellschaft beschützt und in der Zukunft, sobald erforderlich, mit Patronen versorgt werden wird“.

Am Vorabend des ersten Mai drohte der Nationalverband der Grubenarbeiter der Deputiertenkammer und dem Senat mit einem Streik, weil das Parlament die gesetzliche Anerkennung der tatsächlich seit dem Kriege bestehenden Gleichstellung aller unter und auf dem Erdboden arbeitenden Grubenarbeiter und Steinhauer, insbesondere der Schieferbrucharbeiter, ungebührlich hinzog. Die Eisenbahner, die die Nationalisierung der Bahnen forderten, beschlossen am 1. Mai in den Ausstand zu treten; die Allgemeine Arbeiterföderation unterstützte diesen Beschluß durch eine Resolution. Die Sozialistische Partei warf eine Losung aus, die ein wenig mehr revolutionär war als die Beschlüsse der beiden erwähnten Föderationen, aber doch nicht die Grenzen des Reformismus überschritt. In einem Manifest an die Werk tätigen Frankreichs forderte die Partei: 1. volle und bedingungslose Amnestie; 2. die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf alle Beamten; 3. Frieden mit Sowjetrußland; 4. allgemeine Abrüstung. Ferner beschloß die Allgemeine Arbeiterföderation, zur Unterstützung der Eisenbahner einen Streik der Grubenarbeiter, der militärpflichtigen Matrosen und der Hafendarbeiter zu organisieren. Wir sehen somit deutlich, daß die Forderungen der Ausständischen und die Losung der Sozialistischen Partei keineswegs übertrieben revolutionär waren. Zudem hatten sämtliche Arbeiterorganisationen Maßnahmen getroffen, um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sichern. In Paris sollte es keine Manifestantenzüge geben, sondern nur Versammlungen der Werk tätigen. Niemand

anders als die gegenrevolutionäre Regierung selbst zwang der Bewegung einen revolutionären Charakter auf.

Am Vorabend des 1. Mai wurde die „Humanité“ wegen eines wenige Tage vorher veröffentlichten Artikels aus der Feder Raymond Lefèvre, betitelt „Die Genossen vom Militärjahrgang 1918“ gerichtlich belangt. Zum erstenmal seit seiner Gründung — das Blatt besteht 16 Jahre — wurde vom Ministerium des Innern auf Befehl der Regierung ein Gerichtsverfahren gegen das offizielle Organ der Partei eingeleitet. Und am 1. Mai, trotzdem es in den Straßen keine Manifestierenden gab, schritt die Pariser Polizei, getreu ihrer rowdyhaften Taktik, zu zahlreichen Verhaftungen und legte eine unsinnige Grausamkeit an den Tag. Die „Humanité“ brachte eine Abbildung, die einen Schutzmann darstellt, wie er einen auf dem Erdboden liegenden Verwundeten mit Fußtritten bearbeitet. Eine Frau, die ihren Arbeitsraum nicht verlassen hatte, wurde von der Revolverkugel eines Polizisten tödlich getroffen. Der Abgeordnete Alexander Blanc, der sich zwischen Menschenmenge und Polizei warf, trug eine schwere Kopfwunde davon. Auch der Deputierte Vaillant-Couturier trug Verletzungen davon. In den Großstädten und den bedeutenden proletarischen Mittelpunkten, insbesondere in Marseille, St. Etienne, Limoges und Bourges, trug der 1. Mai einen großartigen Charakter.

Die Streikbewegung wuchs immer mehr. Die Regierung ließ die meisten Genossen aus der äußersten Linken, wie Pierre Monatte, Fernand Lorient, Henri Sirolle, Gauthier, Delagrangé, Ray u. a. verhaften. Einigen anderen Genossen, nach denen die Polizei ebenfalls fahndete, gelang es, rechtzeitig zu entkommen. Die Regierung aber verlor den Kopf so weit, daß sie glaubte, es bestehe eine Verschwörung gegen die Sicherheit des Staats und ließ Raoul Verfeuil verhaften. Verfeuil, früher Sekretär der Seinedeföderation, Redakteur des „Populaire“, Mitglied des Verwaltungsausschusses der Partei, Leiter der Propagandatätigkeit der Partei und zudem Longuetist, ist zwar linker, aber doch unverbesserlicher Longuetist.

Seit jenem Zeitpunkt nahm die Bewegung einen mehr revolutionären Charakter an. Die Metallarbeiter des Pariser Bezirks traten unter Umgehung der Allgemeinen Arbeiterföderation in den Ausstand, die dieses „verfrühte Hervortreten“ recht scharf kritisierte. Aber schon 48 Stunden später erteilte die sehr brave und sehr reformistische Allgemeine Arbeiterföderation die Streikorder an den Metallarbeiterverband, den Verband der Bauarbeiter, die Föderation der Transportarbeiter, die Föderation der Verkehrs- und Flugzeugarbeiter sowie an diejenigen Hafendarbeiter, die ihr Werkzeug noch nicht niedergelegt hatten. Wieder einmal wurde die gegenrevolutionäre Allgemeine Arbeiterföderation von dem revolutionären Strom mitgerissen.

---

## III.

Die Furcht der Regierung vor einer revolutionären Bewegung, der Schrecken, den der Bolschewismus ihr einjagt, tritt am deutlichsten in der Verhaftung von Loriot und Pierre Monatte zutage. Weder Loriot noch Monatte sind Sekretäre von Föderationen, die am Streik teilgenommen haben; weder der eine noch der andere ist Eisenbahner. Aber Loriot und Monatte verfechten gegenwärtig das revolutionäre Programm mit größtem Nachdruck, mit größter Folgerichtigkeit. Monatte, Redakteur der „Vie Ouvrière“, Sekretär der Minderheitssyndikate, und Loriot vom Lehrerverband, der schon längst allgemein anerkannte Führer der linksstehenden Fraktion der Sozialistischen Partei, sind zusammen mit Souvarine Sekretäre des Komitees der III. Internationale. Seit dem 1. März 1920 gibt das Komitee ein marxistisch-kommunistisches Organ heraus, an dem es bis dahin Frankreich gefehlt hat. In der ersten Nummer schreibt dieses Organ „Le Bulletin Communiste“ wie folgt: „Die fruchtbringenden Lehren der III. Internationale haben das ihrige getan; das französische Volk stößt nunmehr die Renegaten der Arbeiterbewegung von sich, verwirft die Zusammenarbeit der Klassen und nimmt, den bewährten kommunistischen Kampfmethoden folgend, seinen Platz an der internationalen revolutionären Front ein. Eine große Stoßtruppe der III. Internationale bildet sich in Frankreich. Vom Beispiel der Helden geleitet, die für die Befreiung der Arbeit in den Tod gegangen sind, wird sie nicht versäumen, ihre Pflicht zu tun.“

Der dichte Nebel von Konfusion und Unentschlossenheit, der eine große Anzahl französischer Kämpfer umhüllte, scheint sich nunmehr zu zerstreuen. Das „Bulletin Communiste“ bringt Klarheit, Methode, Entschlossenheit und Festigkeit in die Massen hinein. Die kommunistische Disziplin wird fester. Die kommunistischen Genossen, die irgendwelche Funktionen im Verwaltungsausschuß der Partei innehatten, ziehen sich von ihren Posten zurück. Die Bürgerin Somonneau, die schon lange mit den Longuetisten kokettiert und den Eintritt der Sozialistischen Partei in die III. Internationale befürwortet, ohne daß die Partei sich erst von zweifelhaften Elementen gereinigt hätte, wurde aus dem Komitee der III. Internationale ausgeschlossen, nachdem sie sich angemaßt hatte, dem Vollzugsausschuß der Seineföderation ihre eigene Kandidatenliste vorzulegen. Die beiden sozialistischen Sekretäre des Komitees, Loriot und Souvarine, warnen die Organisationen vor den Machenschaften der Bürgerin Somonneau. „Diese Bürgerin — sagen sie — hat nicht nur jedes Recht verloren, im Namen der kommunistischen Bewegung aufzutreten, sie hat sich sogar selbst unter die erbittertesten Feinde unserer Bewegung gestellt.“

Es gab eine Zeit, da man Gen. Loriot in Ruhe ließ: die französischen Blätter, die Longuet als „Deutschenfreund“ (boche) und Bolschewik be-

zeichneten — sie ahmten darin Longuet selbst nach — übergingen Lorient als Extremisten ohne Einfluß, als düsteren Fanatiker ohne Anhänger, mit Verachtung. Bloß die Zentrums männer Cachin, Longuet, Mayéras wurden von der Presse als Zielscheiben des gesellschaftlichen Zorns und der Regierungsjustiz ausersehen.

Die Verhaftung Lorient, auch Monatte, ist überaus symptomatisch. Nicht minder bezeichnend ist auch der Wunsch der Regierung Millerands, die Freiheit der Gewerkschaften einzuschränken und die Allgemeine Arbeiterföderation aufzulösen. Die gegenrevolutionäre Regierung, die die geharnischte Bourgeoisie vorstellt, hat keine anderen Wünsche als Kolonialexpeditionen in bezug auf Außenpolitik und Unterdrückung der Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der Innenpolitik. Die französische Bourgeoisie glaubte sich vor jedem Angriff geschützt: hatte sie doch schon lange die Führer der sozialistischen und der Arbeiterbewegung durch Bestechung für sich gewonnen. Deshalb glaubte sie auch, alle Forderungen der Massen zurückweisen zu können, ja, sie beschloß sogar, ihnen das bißchen Koalitionsfreiheit zu nehmen, das sie ihnen bis dahin gewährt hatte.

Der 1. Mai und die Tage, die ihm folgten, waren ein bedeutungsvoller Ruf zu den Waffen. Die Repressalien der Regierung sind der Vorbote herannahender Kämpfe und künftiger Siege. Unterdrückt nur die Presse, verhaftet nur die verehrten Führer des Proletariats. Ihr macht dadurch ganz ausgezeichnete Propaganda für den Kommunismus und die Revolution. Wie Charles Rappoport sich vor einigen Tagen so geistreich ausdrückte, ist „das Gefängnis unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vorraum, der zur Macht führt, die Macht aber der Vorraum zum Gefängnis.“

*Henri Guilbeaux.*

## Die Aussichten der Revolution in England.

In allen kapitalistischen Ländern wird die Arbeiterklasse auf die gleiche Weise unterdrückt; aber in jedem dieser Länder kämpft sie auf besondere Weise um ihre Befreiung. Ich erlaube mir diese Umschreibung eines bekannten Ausspruches von Tolstoi, um die Genossen nochmals daran zu erinnern, daß man bei der Wertung der laufenden Ereignisse auf ein so eigenartiges Land wie England nicht die russische Schablone anwenden und in Verzweiflung darüber geraten darf, daß bei einer solchen Messungsmethode nichts Vernünftiges herauskommt. In Wirklichkeit macht England gegenwärtig einen ebenso kritischen Zeitpunkt durch, wie Rußland vor der Februarrevolution; nur die Formen sind hierbei andere und auch die Revolution selbst wird, wenn sie zum Ausbruch kommt, allen Anzeichen nach anders verlaufen.

England hungert selbstverständlich nicht, und hieraus ließe sich un schwer der Schluß ziehen, daß die Revolution dort noch fern ist; aber so urteilen, hieße eben, die russische Schablone auf die englischen Verhältnisse anwenden. Man darf nicht vergessen, daß Hunger ein sehr bedingter Begriff ist. Was der einen Bevölkerungsklasse als wesentlicher Mangel fühlbar wird, ist für eine andere Klasse eine normale und gewohnte Erscheinung; und dies trifft auch auf die verschiedenen Völker zu. Der englische Arbeiter hat stets bedeutend besser gelebt als der russische. Er nährte sich reichlicher und mannigfaltiger, er kleidete sich sauberer und gewählter und seine Wohnungsverhältnisse waren in jeder Hinsicht besser. Das Sinken dieses Lebensniveaus — *standard of life* — bis auf das russische oder auch nur auf das deutsche Niveau würde für den englischen Arbeiter dasselbe bedeuten, wie die Herabsetzung der Brot ration für den russischen oder die Entziehung von Butterbrotten für den deutschen Arbeiter: es wäre gleichbedeutend mit „Hunger“. Daher kann der englische Arbeiter, auch wenn er nicht im „russischen“ Sinne des Wortes hungert, dennoch bedeutende Entbehrungen empfinden, die ihn zur Empörung treiben. Etwas Ähnliches war schon vor dem Kriege zu beobachten, als die mit Beginn des Jahrhunderts einsetzende Preissteigerung den realen Wert des Arbeitslohns fühlbar herabzusetzen begann. Bis zu wirklichem Hunger ist es damals natürlich noch nicht gekommen, aber welche Erregung erfaßte die englische Arbeiterklasse! Im ganzen Lande, von einem Ende zum anderen, rollten die Wogen der Streikbewegung, eine immer höher

und drohender als die andere; sie erfaßten immer breitere Massen, faßten sie zu unwiderstehlichen Ungetümen zusammen und rissen auf ihrem Wege alle kleinen und großen Dämme weg, die die kapitalistische Klasse in der vorhergehenden Zeitspanne mit Hilfe der Arbeiter selbst errichtet hatte. Das ganze Gebäude der englischen kapitalistischen Gesellschaft wankte unter den Schlägen des entfesselten proletarischen Meeres, und wer weiß: wenn der Krieg nicht gewesen wäre, so wäre vielleicht nicht nur in Rußland, wo auf den Straßen der Hauptstadt bereits Barrikaden errichtet wurden, sondern auch in England, seinem wirtschaftlich-sozialen Antipoden, die Revolution ausgebrochen. Denn nirgends in der Welt ist die steigende Bewegung der Preise von so revolutionierender Bedeutung, wie gerade in England, wo der reife und sogar überreife Kapitalismus sich nur deshalb solange an der Macht erhalten hat, weil die seit der Mitte des XIX. Jahrhunderts an fortschreitend sinkenden Preise einerseits den Zerfall des Kleinbürgertums aufgehalten, ja sogar seine Existenz gefestigt und anderseits allmählich die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse verbessert haben, trotz des langsamen Tempos, ja sogar des Stillstandes in der Bewegung der Arbeitslöhne. Aus diesem Grunde eben hat die Streikbewegung vor dem Kriege auch einen so eigenartigen Charakter gehabt, den Charakter einer Empörung nicht nur gegen die Unternehmerklasse, sondern auch gegen alle früheren Traditionen des Gewerkschaftskampfes, gegen die Kompromißpolitik, gegen die Geheimdiplomatie der Führer, gegen die Schlichtungskammern und Schiedsgerichte, gegen die Praxis der unbeschränkten Vollmachten, die den Vollzugsausschüssen und „Friedensdelegationen“ gegeben wurden — mit einem Wort, den Charakter eines Bruchs mit den Traditionen vom „sozialen Frieden“ und der Zusammenarbeit der Klassen, die den englischen Arbeitern solchen Ruhm eingebracht haben. Diese Bewegung also, die äußerlich nur wenig, aber ihrem Inhalt nach im tiefsten revolutionär war, trat, wie schon erwähnt, bereits vor dem Kriege auf und setzte fast schon am nächsten Tage nach dem Abschluß des Waffenstillstandes wieder ein. Alle diese wirtschaftlichen Massenbewegungen der Kohlengrubenarbeiter, der Eisenbahner, der Transportarbeiter und die weniger weitgreifenden unaufhörlichen Streikbewegungen der Arbeiter anderer Kategorien, die die öffentliche Aufmerksamkeit Englands gefangen halten, — sie alle haben dieselbe Grundursache: die Preissteigerung, — und sie alle hegen in sich eine revolutionäre Tendenz, die auf der nächsthöheren Stufe der Bewegung unausbleiblich zum Vorschein kommen wird. Während der Kriegszeit haben die Preise nicht nur einen Riesensprung gemacht, wodurch das „Lebensniveau“ der Arbeiterklasse mit einem Schlage herabgesetzt wurde, sondern diese Preissteigerung hat außerdem auch noch sozusagen ihren unpersönlichen, geheimnisvollen Charakter verloren — sie hat sich in lebendigen Personen verkörpert: in den Schiebern und Raubgesellen jeder Art, von den Kohlen-

königen an bis zu den kleinen Ladenhändlern, die untereinander durch völlig sichtbare und fühlbare Bande von materieller und moralischer Art verknüpft und durch sie zu einer einigen Klasse von Kapitalisten zusammengeschlossen sind. Daher wird das revolutionäre Klassenbewußtsein, das vor dem Kriege erst im eigentlichen Prozeß des Kampfes entstand, jetzt in die Gemüter der Arbeiter durch das Leben selbst hineingetragen, das alle Einzelheiten des Mechanismus aufdeckt, der die Preise regiert und dadurch auf die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter einwirkt. Diese Erkenntnis erweckt auch in den zurückgebliebensten Schichten der Arbeiterklasse eine revolutionäre Stimmung, die noch verschärft wird durch die Erinnerung an die während des Krieges ausgestandenen Entbehrungen, an die Versprechungen, mit denen man damals das Volk an der Nase herumführte, sowie durch das Verhalten der Regierung, die hinsichtlich des Schutzes der Volksmassen vor Ausplünderung zynisch untätig ist und ebenso zynisch tätig in Sachen der Wahrung der Ausbeuterinteressen, und die schließlich bis zur Provokation geht durch die ungewöhnliche Hartnäckigkeit, mit der die durch neue, erst kürzlich reich gewordene und daher freche und unwissende Elemente vervollständigte Kapitalistenklasse, die ihre während des Krieges eroberten Stellungen gegen alle, selbst die schüchternsten Ansprüche der Arbeiter verteidigt.

Dies alles sind Erscheinungen des Wirtschaftslebens. Aber auch in politischer Hinsicht hat das englische Proletariat in der letzten Zeit eine Reihe von Lehren erhalten, die von revolutionärer Bedeutung sind. Es muß bemerkt werden, daß der englische Arbeiter gleich dem russischen den Krieg bei weitem nicht sofort „akzeptiert“ hat. Im Lauf vieler Monate weigerte er sich, ihm Rechnung zu tragen, wie die Streiks bewiesen, die in der ersten Zeit nach der Kriegserklärung sogar in der Kriegsindustrie nicht aufhörten. Es bedurfte besonderer Anstrengungen der verräterischen Führer und des ganzen offiziellen und offiziösen Agitationsapparates, um die Arbeiter endlich zur Beruhigung und zur Unterwerfung unter die Forderung des Klassenwaffenstillstands zu zwingen. Und obgleich die Arbeiter nachgaben, haben sie sich doch nicht völlig ergeben, sondern mit Ausnahme von einer oder zwei Kategorien, die sich durch die chauvinistische Agitation der Führer völlig übertölpeln ließen, haben sie sich auch weiter während der ganzen Kriegszeit zur Regierungsclique und zur gesamten Bourgeoisie mißtrauisch verhalten. Das Gefühl der Erbitterung, das der vorhergegangene wirtschaftliche Kampf in ihren Herzen hatte entstehen lassen, war lebendig geblieben und fand nicht selten seinen Ausdruck in der schon fast stereotyp gewordenen Drohung: „Na wartet, wenn unsere Jungen aus dem Kriege zurückkommen“... Der Verdacht, daß man das Volk betrüge, erwies sich mehr als begründet. Die Geheimdiplomatie des Pariser Konklave, die barbarischen Bedingungen des Versailler Friedens, der freche Handel mit Gebieten und Völkerschaften, die



Komödie mit dem Völkerbund, der Abschluß eines neuen Militärbündnisses zwischen den drei Hauptmächten, das Wiedererstehen des Militarismus und Marinismus in noch roherer und drohenderer Form — endlich die Intervention in Rußland auch nach dem Schwinden der „deutschen Gefahr“ — dies alles und noch vieles andere war eine so zynische Abkehr von all den Losungen, unter denen der Krieg geführt worden war, ein solcher Verrat an den Völkern, den fremden sowohl als auch dem eigenen, daß sogar die gemäßigtsten Schichten der Arbeiterklasse etwas wie Demütigung empfanden bei dem Gedanken, daß man sie so leicht hatte betrügen können. Auf dem Gebiet der inneren Politik ist die Arbeiterklasse ebenso frech betrogen worden. Im Dezember 1918, nur einen Monat nach Abschluß des Waffenstillstandes, fanden die allgemeinen Parlamentswahlen statt, und die liberal-konservative Koalition unter Führung von Lloyd George erhielt eine in England unerhörte Mehrheit. Während des Wahlkampfes selbst, der unter dem Zeichen des kriegerischen Chauvinismus verlief, ist der Öffentlichkeit allerdings nichts Bestimmtes versprochen worden, außer der Einforderung aller Kriegsausgaben bis zum letzten Groschen von Deutschland und der Aburteilung des Kaisers, aber den Arbeitern waren die feierlichen Versicherungen Lloyd Georges noch frisch im Gedächtnis, daß nach dem Kriege „die Welt so umgeformt werden wird, daß die Helden in ihr in gebührendem Wohlstand leben können usw.“ Und nun erwies sich alles als ein einziger Betrug: es wurde keine einzige Reform durchgeführt, es wurde kein einziger Versuch gemacht, der Schieberei und Wucherei Schranken zu setzen, es wurde keine einzige auch nur einigermaßen entschiedene Maßregel zur Behebung der entsetzlichen Wohnungsnot ergriffen. Statt dessen erlebten die Arbeiter, daß die Kapitalisten volle Freiheit hatten, ihre ausbeuterischen Gelüste zu entfalten, während ihnen — den Arbeitern — die Befriedigung einer ganzen Reihe notwendigster Forderungen verweigert wurde. Ein so reaktionäres Unterhaus und eine so reaktionäre Regierung hatte die Arbeiterklasse in England schon lange nicht gesehen, und dieses Mißverhältnis zwischen dem, was sie zu erwarten berechtigt war, und dem, was sich in Wirklichkeit ergab, hat, wie wir sehen werden, eine entscheidende Rolle gespielt.

Die Summe aller dieser wirtschaftlichen und politischen Faktoren hat in England eben die Lage geschaffen, die als revolutionär bezeichnet werden kann. Ihre Grundlinien sind beinahe schon am nächsten Tage nach dem Abschluß des Waffenstillstands hervorgetreten. Bereits Ende November spielte sich folgendes kleine, aber sehr bezeichnende Vorkommnis ab. Die bekannte Arbeiterzeitung „Daily Herald“ wollte im geräumigsten Mietlokal Londons eine öffentliche Versammlung veranstalten, teils zur Reklamezwecken, teils zur Propagierung eines „demokratischen“ Friedens. Alle erforderlichen Vorkehrungen waren getroffen: der Kontrakt mit den Saalbesitzern war unterschrieben, die Anzahlung

gemacht, die Plakate waren ausgeklebt und die Eintrittskarten an alle Arbeiterorganisationen versandt worden. Im letzten Augenblick jedoch „besannen“ die Saaleigentümer sich eines anderen: der Saal könne leider nicht vergeben werden, da die Versammlung Anlaß zu Unruhen seitens der zahlreichen Kreise des andersdenkenden Publikums geben könne. Es war sonnenklar, daß hinter den Saalbesitzern die Regierung stand, die beschlossen hatte, die Versammlung zu verhindern. „Nun, wenn nicht, dann eben nicht, was ist da zu machen, wenn die gesetzlichen Eigentümer den Raum nicht hergeben wollen“ — meinte die Redaktion. Plötzlich wird angeläutet: der Sekretär des Verbandes der Arbeiter für elektrische Beleuchtung bittet um Zusendung von einigen Dutzend Eintrittskarten. Er erhält die Antwort, daß die Versammlung aus diesem und jenem Grunde nicht stattfinden könne. „Das will nichts heißen“, antwortet der Sekretär und ruft sofort die Saalbesitzer an. „Sie geben Ihren Raum nicht her?“ „Ja, so und so, leider ist es uns nicht möglich.“ „Nicht möglich? Dann werden Sie kein Licht mehr bekommen.“ Und in der Tat: am selben Abend fand in dem Saal ein Konzert statt, und plötzlich blieb das Publikum im Dunkeln. Man mußte nach Kerzen schicken, die Reservegashähne anzünden und das Programm irgendwie schleunigst zu Ende bringen. Dies rief eine kolossale Sensation hervor. Umsomehr, als einige Tage darauf in demselben Saal ein „Siegesball“ der vornehmen Welt stattfinden sollte. Die Regierung war genötigt, ihre Karten aufzudecken. Der Sekretär des Verbandes der Elektrizitätsarbeiter und ein Vertreter der Redaktion des „Daily Herald“ wurden ins Arbeitsministerium zitiert; man bedrohte sie mit allen Strafen des Strafgesetzbuchs, aber schließlich nahmen die Saalbesitzer ihre Absage nicht nur zurück, sondern mußten der Zeitung ihren Saal sogar für zwei Abende statt für einen zur Verfügung stellen. Beide Versammlungen nahmen einen glänzenden Verlauf.

Als der Schreiber dieser Zeilen vom Verhalten der Elektrizitätsarbeiter in dieser ganzen Geschichte hörte, dachte er an die Sonne, die sich „in einem kleinen Wassertropfen“ spiegelt, und konnte sich nicht enthalten, auszurufen: „Das ist der Anfang der englischen Revolution!“ Diese Worte nehme ich auch heute nicht zurück: ein so elementares und ausgeprägtes Zutagetreten des politischen Klassenbewußtseins der Arbeiter hat England noch nie gesehen. Um diesen kleinen Zwischenfall vollauf zu würdigen, muß man sich ins Gedächtnis rufen, daß die „Elektriker“ zur sogenannten Aristokratie der Arbeiterklasse gehören und daß London in revolutionärer Hinsicht die rückständigste Stadt Englands ist. Wenn derartiges in London möglich ist und überdies noch seitens der „Elektriker“ — so dachte ich mir — wie muß dann der geistige Zustand der Arbeiter im entwickelteren proletarischen Norden, in den Industriebezirken von Lancashire oder Schottland beschaffen sein!

Einen Monat darauf fanden die oben erwähnten Parlamentswahlen

statt. Der Zeitpunkt für sie war von Lloyd George mit der Gewandtheit eines politischen Strategen gewählt. Der Siegesrausch umnebelte noch immer die Köpfe der Groß- und Kleinbourgeoisie. Auch ein Teil der Arbeiter — besonders die „Alten“ — stand wohl noch unter seinem Einfluß. Die Mehrheit der Arbeiterklasse aber hatte sich noch nicht in die neue Lage finden, sie hatte weder ihre Gedanken noch ihre Kräfte sammeln können. Die Arbeiterorganisationen waren eben erst im Begriff, sich nach der freiwilligen Liquidierung während des Krieges wieder aufzurichten, und von einer Wahlorganisation der Partei der Arbeiterklasse konnte noch keine Rede sein. Noch gab es weder ein Programm noch Losungen, während Lloyd George bereits einige Monate vorher alles insgeheim vorbereitet hatte. Die Arbeiter sind von den Neuwahlen offenbar überrascht worden. Lloyd George und Konsorten aber brauchten das, um die Verwirrung der Arbeiter zu benutzen und ein Mandat für fünf Jahre zu erhalten. Das alles hatte eine Ähnlichkeit mit der vorzeitigen Sprengung feindlicher Minen, wie sie im Kriege geübt wurde. Dieses gewissenlose politische Manöver mußte unter den Arbeitern mit Notwendigkeit Unwillen hervorrufen, und dadurch erklärt sich auch die durchgängige Wahlenthaltung in den Industriebezirken, die eine bezeichnende Eigentümlichkeit dieser Wahlen war. Es war ein Boykott seitens der Arbeitermassen — die Protestform, zu der die Wähler instinktiv griffen, als sie erkannt hatten, daß man sie betrügen wollte. Man kann mit vollem Recht sagen, daß das eine unkluge Taktik war. Sie hat Lloyd George tatsächlich dazu verholten, eine gewaltige Stimmenmehrheit zu erhalten, und sie hat zur Zerschmetterung des linken Flügels der Arbeiterpartei in den Kreisen geführt, in denen der Boykott besondere Ausdehnung annahm. Übrigens hat die Arbeiterklasse, als sie dem Ergebnis ihrer Taktik in Gestalt eines reaktionären Parlaments gegenüberstand und die Bedeutung dieser praktischen Tatsache bald am eigenen Leibe spürte, erkannt, daß sie in eine Falle gegangen war; und zugleich erkannte sie auch das illusorische Wesen des Parlamentarismus und begann von „direkter Aktion“ zu sprechen, als von einer überparlamentarischen, „überkonstitutionellen“ Kampfmethode für die Verwirklichung ihrer Forderungen. Das war schon revolutionäre Ketzerei, die halb nach „Sowjetismus“, halb nach Syndikalismus roch, jedenfalls aber revolutionär war.

Der bekannte „Dreibund“ der Kohlenarbeiter, der Eisenbahner und der Transportarbeiter hat als erster die Worte „direct action“ auf sein Banner geschrieben. Die Veranlassung dazu gab nichts anderes, als die Intervention in Rußland. Wer die frühere Unzugänglichkeit der englischen Arbeiter für alle internationalen Einflüsse und Losungen gekannt hat, mußte über eine so unerwartete Stellungnahme der drei bedeutendsten Gewerkschaftsverbände Englands staunen. Eine Aktion für Rußland, für das Arbeiter- und Bauernrußland, und zudem noch unter der Drohung,

gegen die Regierung die wirtschaftliche Waffe des Generalstreiks in Anwendung zu bringen! Das konnte in Wahrheit allen als ein Wunder erscheinen, ausgenommen denjenigen, die aufmerksam die schroffen Veränderungen in der Psychologie der Arbeiter vor — und mehr noch nach dem Krieg — verfolgt hatten. Die bloße Drohung mit „direkter Aktion“ erwies sich als ausreichend, um die Regierung zum Versprechen zu nötigen, daß sie die Truppen aus Rußland abberufen werde. Wir wissen, daß dieser Vorgang sich nicht an einem Tage abgespielt hat; wir wissen, daß der Dreibund selbst sich nicht entschließen konnte, seine Drohung auszuführen, sondern die Frage dem allgemeinen Kongreß der Gewerkschaftsverbände zur Begutachtung vorlegte und daß der Kongreß, der insbesondere zu diesem Zweck einberufen worden war, im Prinzip sowohl das Ziel als auch das vorgeschlagene Mittel guthieß: ein neues Wunder! Freilich, der Kongreß konnte sich nicht dazu entschließen, dieses Mittel sofort anzuwenden, sondern übertrug seinerseits die Ausarbeitung dieser Frage seinem ständigen Komitee; und als der Kongreß nach einiger Zeit abermals zusammentrat, schob er die endgültige Entscheidung noch ein paar Monate hinaus. Wir können in völlig verständlicher Ungeduld über eine solche Unentschlossenheit und über das ewige Aufschieben und Verschleppen unwillig sein und sind es auch. Aber die Tatsache, daß die größten Gewerkschaftsverbände und die gesamte, in den Gewerkschaften organisierte Masse, die bislang die reaktionärste Macht in England gewesen ist, die Sache des Arbeiter- und Bauernrußlands zu ihrer eigenen Sache gemacht und ihre Waffenkammer mit derartigen Mitteln des politischen Kampfes bereichert hat wie die des Generalstreiks — diese Tatsache ist von allergrößter geschichtlicher Bedeutung.

Gleichzeitig fingen auch die Bergleute an, vom Generalstreik zu sprechen; sie hatten den Entschluß gefaßt, zu diesem Mittel zu greifen, um eine große sozialwirtschaftliche Reform durchzusetzen, nämlich die Nationalisierung — oder richtiger Sozialisierung — des ganzen Bergbaus, denn es handelt sich nicht nur um den Uebergang der Unternehmungen in Staatsbesitz, sondern auch um die Einführung einer Arbeiterkontrolle. Die Arbeiter waren schon längst zur Ueberzeugung gelangt, daß sie durch ihre ständigen, der Preissteigerung entspringenden Forderungen nach Erhöhung der Arbeitslöhne sich eigentlich im Kreise herumdrehen, denn solange die Kohlengruben in der Hand der Privatbesitzer verbleiben, muß selbst die geringste Erhöhung des Arbeitslohnes unausbleiblich ein noch stärkeres Steigen der Kohlenpreise hervorrufen, folglich auch ein Steigen der Betriebskosten in anderen Industriezweigen, und das zieht seinerseits wieder die Preissteigerung aller Konsumartikel nach sich, so daß die Bergleute, sowie die ganze übrige Bevölkerung noch mehr Not leiden und der Profit nur den Unternehmersyndikaten der Kohlen- und der sonstigen Industrie zufällt, die noch größeren Verdienst einheimsen. Bereits wäh-

rend des Krieges stellten die Bergleute daher die Forderung der „Nationalisierung der Bergwerke“ auf. Die Regierung jedoch antwortete ausweichend und stimmte dieser Maßregel weder zu, noch lehnte sie sie ab. Als die Zusammensetzung des neuen Parlaments zutage trat, erkannten die Arbeiter, daß von einer solchen Regierung eine Nationalisierung nicht zu erwarten war, aber statt sich, wie stets, ihrem Geschick zu fügen, stellten sie diesmal der Regierung ganz unerwartet ein Ultimatum und drohten im Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen mit der unverzüglichen Proklamierung des Generalstreiks im ganzen Bergbau. Dieser Schritt bedeutet nichts Geringeres als die Abwendung vom Prinzip der parlamentarischen Demokratie und den Versuch, ein neues Prinzip aufzustellen, das — wie die bürgerliche Presse sofort witterte — nach der Diktatur der Arbeiterklasse roch. Sowohl die Annahme als auch die Ablehnung des Ultimatum war für die Regierung in gleichem Maße gefährlich; es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß im Fall seiner Ablehnung nicht nur die Bergleute, sondern auch die Eisenbahner und die Transportarbeiter, die zum Bestande des „Dreibundes“ gehörten, in den Kampf hineingezogen werden würden, daß es leicht bis zu einer Generalschlacht zwischen Arbeit und Kapital kommen und alles mit der Revolution enden konnte. Die Regierung hat es dennoch verstanden, der drohenden Gefahr auszuweichen, indem sie vorschlug, eine öffentliche Enquetekommission einzusetzen zur Klarstellung der wirklichen Sachlage im Bergbau, und sich im voraus verpflichtete, die Beschlüsse der Kommission auszuführen. Der Vorschlag wurde angenommen, die Enquete fand statt, und die Richtigkeit aller Argumente der Arbeiter zugunsten der Nationalisierung bestätigten sich glänzend. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder, darunter der Vorsitzende selbst — ein ehemaliger Richter, der von der Regierung auf diesen Posten ernannt worden war, faßte einen Beschluß über die Notwendigkeit der Nationalisierung aller Gruben, und nur die aus Grubenbesitzern bestehende Minderheit widersetzte sich dieser Maßregel und schlug statt dessen einen Kompromiß, der nichts veränderte, sowie einige Palliativmaßregeln vor. Aber die Regierung weigerte sich, den Beschluß der Mehrheit durchzuführen; sie stellte sich auf Seite der Grubenbesitzer und erklärte mit Entschiedenheit, daß sie auf die Nationalisierung nicht eingehen werde. Auf dem darauf stattfindenden Kongreß der Bergleute wurde der Beschluß gefaßt, nicht nachzugeben, und in dem Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben, wird in den Grubenbezirken eifrig agitirt und ein neuer Kongreß vorbereitet, auf dem die Frage des Generalstreiks endgültig entschieden werden soll.

Kaum sah die bürgerliche Gesellschaft sich von der einen Gefahr befreit, als auch schon eine andere über sie hereinbrach: die Eisenbahner, die schon seit einigen Monaten mit der Regierung über rein gewerkschaftliche Fragen — Festsetzung gleichartiger Arbeitsbedingungen und Löhne — verhandelten, brachen diese Verhandlungen plötzlich ab, stellten ein kurz-

fristiges Ultimatum und erklärten, als sie keine zufriedenstellende Antwort erhielten, den Generalstreik. Die unerhörte „Dreistigkeit“ dieses Vorgehens betäubte das bürgerliche Publikum. Uebrigens stellte es sich sofort heraus, daß die Regierung auf diesen Streik völlig vorbereitet war: sie hatte schon im voraus bürgerliche Streikbrechertrupps organisiert, Lebensmittelvorräte bereitgestellt, den militärischen Schutz der Züge geregelt und alle erforderlichen Schritte getan, um beim Ausbruch von Unruhen den Kriegszustand einzuführen und eine weiße Garde zu bilden. Es war klar, daß der Streik der Regierung gelegen kam, vielleicht hat sie ihn sogar bewußt provoziert, um dem Vortrupp der Arbeiterklasse eine empfindliche Lektion zu erteilen und um die noch nicht fertige feindliche Mine im voraus zu sprengen. Infolgedessen gewann die Bewegung, die ihrem Wesen nach einen recht harmlosen gewerkschaftlichen Charakter tragen sollte, plötzlich eine gewaltige politische Bedeutung — umso mehr, als die ganze bürgerliche Gesellschaft restlos auf die Seite der Regierung trat: die ganze bürgerliche Presse, die politischen Parteien, alle Vertreter der Kirche, der Schule usw. Eine so einmütige und scharfe Abwehr hatte noch kein einziger Arbeiterausstand gefunden; es war ersichtlich, daß die Bourgeoisie zum äußersten bereit war, um den Streik zu brechen. Aber auch die Arbeiterklasse erhob sich wie ein Mann. Die Transport- und die Kohlengrubenarbeiter erklärten, daß auch sie in den Ausstand treten würden, wenn die Regierung nicht Zugeständnisse machen würde, und die Setzer der bürgerlichen Zeitungen verlangten, daß die Redaktionen den Ton der Blätter ändern sollten, unter Androhung einer Einstellung der Drucklegung. Somit wurde in England, diesem klassischen Lande der bürgerlichen „Freiheiten“, zum erstenmal die Frage der Pressefreiheit aufgerollt, und die Arbeiterklasse entschied, daß ihre Interessen und Rechte höher stehen als alle „Freiheiten“. Dieses Vorgehen der Zeitungsetzer, die sich nicht nur in England, sondern auch in allen anderen Ländern durch ihre konservativen Ansichten absondern, weil sie einer Hauptquelle des geistigen Einflusses der Bourgeoisie nahestehen, war für die neue Psychologie der englischen Arbeiterklasse nicht weniger charakteristisch, als die obenerwähnte Aktion der Elektriker. Diese Handlungsweise machte einen sehr starken Eindruck und trug wesentlich dazu bei, daß die Regierung im letzten Augenblick zur Besinnung kam und nachgab. Sie willigte in Verhandlungen ein, wie sie die Arbeiter verlangten, und diese nahmen die Arbeit wieder auf. So hat die Arbeiterklasse im ersten ernstesten Waffengang mit den vereinigten Kräften der kapitalistischen Gesellschaft einen glänzenden Sieg davongetragen. Die Bedeutung dieses Umstandes kann schwerlich überschätzt werden.

Aber abgesehen von seinem Ausgang hatte dieser Streik auch eine kolossale erzieherische Bedeutung. Den Arbeitern wurde an einem lebendigen Beispiel die Solidarität der gesamten Bourgeoisie, ohne Unterschied

der Parteien und der einzelnen Schichten, vordemonstriert, insbesondere wurde die den Arbeitern von der Presse erteilte Lehre gründlich beherzigt. Sie hatten jetzt, man kann sagen zum ersten Mal, nicht nur die Notwendigkeit einer eigenen Arbeiterpresse begriffen, sondern auch den Sinn der Repressivmaßregeln, die in Sowjetrußland gegen die bürgerliche Presse angewandt worden sind. Und noch mehr; wenn die bürgerliche Presse so gewissenlos lügen und die ganze Öffentlichkeit gegen die Arbeiterklasse in England selbst aufhetzen konnte, zu einer Zeit, wo der Bürgerkrieg noch weit war und wo jede Lüge, jede Verleumdung und jede Anschuldigung sofort beantwortet werden konnte — welche Bedeutung konnte dann den „Nachrichten“ und Anschuldigungen beigemessen werden, die diese Presse im breiten Publikum gegen das entfernte Arbeiter- und Bauernrußland verbreitet? Diese Frage wurde jetzt den Arbeitern immer wieder gestellt, die endgültig an die über Rußland umlaufenden Märchen zu glauben aufhörten. Das war nun wiederum von sehr großer Bedeutung und stimmte das englische Proletariat günstig für Sowjetrußland. Die Intervention rückte damit endgültig ins Gebiet der Unmöglichkeit.

Überhaupt verdient das Verhalten der englischen Arbeiterklasse zu Rußland Beachtung, denn in ihm spiegelt sich die Veränderung wieder, die im Bewußtsein der englischen Arbeiter vorgegangen ist. Zweifellos ist die wahre Bedeutung der Oktoberrevolution von den englischen Arbeitern nicht sogleich begriffen worden. Sie glaubten allen Ernstes, daß die Bolschewiki Agenten des deutschen Kaisers, und die Oktoberrevolution nichts weiter sei, als das Abenteuer einer Bande von Hazardspielern. Die Verhandlungen von Brest-Litowsk öffneten ihnen zuerst die Augen, und seit der Zeit beginnt die langsame Entwicklung der ständig wachsenden Sympathien der Arbeitermassen für Sowjetrußland. Der Einfluß der Führer und der bürgerlichen Presse, die Sowjetrußland nach dem endgültigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen, im Zusammenhang mit der Aufdeckung der Verschwörung Lockharts, eifrigst mit Schmutz besudeln, hat diese Entwicklung immerhin bis zum Abschluß des Waffenstillstandes hingehalten. Als sich infolge der Milderung der Zensur und der allgemeinen Entspannung der politischen Atmosphäre nach Abschluß des Waffenstillstandes die Möglichkeit ergab, der Öffentlichkeit zutreffende Nachrichten über Rußland mitzuteilen, war in den festen Wall von Lüge, der sich gebildet hatte, sofort Bresche geschlagen. Die Nachrichten aus Rußland liefen damals noch äußerst spärlich ein, aber die Psyche der Arbeiter war bereits so geartet, daß sogar diese wenigen Körnchen hinreichten, um den Arbeitern die Wahrheit grell vor Augen zu führen. Allein schon das Interesse der englischen Arbeitermassen für die Arbeitersache in einem anderen Lande war bereits etwas Neues und Ungewöhnliches. Allerdings war diese Arbeitersache in diesem Fall etwas ganz Außerordentliches, und daher spielte sie naturgemäß die Rolle eines Weckrufs

sogar in so isolierten und geistig verknöcherten Kreisen, wie es die englischen Arbeitermassen sind. Darin liegt eben das geschichtliche Verdienst der Oktoberrevolution, daß sie ein Feuer in den Herzen sogar der zurückgebliebensten Elemente des internationalen Proletariats entzündet hat, was schon allein daraus hervorgeht, wie verschieden die englische Arbeiterklasse auf die Oktoberrevolution und auf die Revolution in Deutschland reagiert hat, wo die Macht formell ja ebenfalls an Vertreter der Arbeiterklasse übergang. Die Schnelligkeit und Richtigkeit, mit der die englischen Arbeiter sich inmitten der von der bürgerlichen Agitation künstlich geschaffenen bedrückenden Finsternis über Sowjetrußland zu orientieren begannen, einer Finsternis, die nur von vereinzelt Funken der durch alle Hemmnisse dringenden Wahrheit erhellt wurde, bietet einen Beweis dafür, daß das Bewußtsein der Arbeiter einen günstigen Boden zur Aufnahme der Wahrheit darstellt. Um diese Zeit war die weitere offene Entsendung englischer Truppen zum Kampf gegen Rußland tatsächlich bereits unmöglich geworden, und die Regierung mußte zu diesem Zweck zu Täuschungen und Winkelzügen greifen. Die Dezemberwahlen, die den Arbeitern die ganze Nichtigkeit der gerühmten parlamentarischen Demokratie nachwiesen, haben ebenfalls ihre Rolle in diesem Prozeß der Klärung des Bewußtseins der Arbeitermassen gespielt, indem sie eine anschauliche Erklärung und Rechtfertigung des Sprengens der Konstituante abgaben, das bis dahin den demagogischen Interventionisten als Hauptargument gegen die Sowjetmacht gedient hatte. Nach den Dezemberwahlen verlor dieses Argument jegliche Überzeugungskraft, und die Arbeiter begannen sich zur Sowjetmacht überhaupt sympathisch zu verhalten. Je mehr sich der Klassenkampf in England selbst entwickelte, um so ausgesprochener wurde das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Interventionspolitik der Regierung und um so lebhafter ihre Sympathie für das Arbeiter- und Bauernrußland und seine Losungen. Zweifellos fand eine gewisse Wechselwirkung statt: die Verschärfung des Konflikts mit den herrschenden Klassen im eigenen Lande führte zur Verschärfung der Opposition der Arbeiter gegen die Interventionspolitik, und die Verstärkung der Agitation gegen die Intervention ihrerseits beschleunigte das Anwachsen des revolutionären Bewußtseins in den Massen. Die Volkstümlichkeit Sowjetrußlands und seiner Losungen wuchs mit jedem Tage; das konnte man an der Stimmung der Arbeiterschaft erkennen, die die zahlreichen Versammlungen besuchte, die Sowjetrußland gewidmet waren, und an dem Empfang, den es den Rednern aus dem gegnerischen Lager bereitere. Die Führer selbst, die bis dahin die Regierungspolitik geradezu unterstützt (niemand anders als Sidney Webb, der Vorsitzende der Kommission der Arbeiterpartei für auswärtige Angelegenheiten, verteidigte im Sommer 1918 die Besetzung der sibirischen Bahn durch die Tschechoslowaken) oder doch ein zweideutiges Schweigen bewahrt hatten, fingen jetzt an, von der



Notwendigkeit eines Waffenstillstandes mit Rußland zu sprechen, und im September drohte der Kongreß der Trade-Unions der Regierung in aller Form mit dem Generalstreik, wenn die englischen Truppen nicht unverzüglich aus den russischen Gebieten zurückgezogen würden. Der entscheidende Schlag aber wurde der Intervention durch den Eisenbahnerstreik beigebracht, der das Klassenbewußtsein der englischen Arbeiter mit einem Schlag bedeutend hob und vor ihnen die ganze Fäulnis und den Verrat der bürgerlichen Demokratie aufdeckte. Jetzt fanden alle demagogischen Angriffe der Verteidiger der „Demokratie“ gegen die Diktatur des Proletariats in Rußland schon keinen Widerhall mehr, und das letzte geistige Bollwerk der Imperialisten und Interventionisten war zerstört. Die englische Arbeiterklasse ging mit Entschiedenheit auf die Seite des Arbeiter- und Bauernrußland über, und die herrschenden Klassen begriffen, daß alle ihre weiteren Bestrebungen, die verhaßte sozialistische Republik zu erdrosseln, nicht nur zum Mißerfolg verurteilt waren, sondern auch zu sehr unerwünschten Komplikationen innerhalb Englands selbst führen konnten. Indem Lloyd George, dem man einen sehr stark entwickelten praktischen Sinn keineswegs absprechen kann, auf einer grundlegenden Änderung der Politik der Verbündeten gegen Rußland bestand, ließ er sich dabei nicht nur von der Erwägung leiten, daß weitere Kriegsabenteuer in Rußland nach all den Siegen der Roten Armee offenbar hoffnungslos sind, sondern auch durch die völlig begründete Befürchtung, daß die Fortsetzung der Einmischungspolitik den Prozeß der Revolutionierung der englischen Volksmassen beschleunigen und schließlich zur Erhebung der Arbeiterklasse führen werde.

Selbstverständlich liegt das sympathische Verhalten der englischen Arbeiterklasse zur großen proletarischen Revolution in Rußland ganz in der Natur der Dinge. Weitans erstaunlicher ist die Popularität, der sich die Sowjetrepublik bei den englischen Intellektuellen erfreut. Bekanntlich standen nirgends in Europa die Intellektuellen in so enger geistiger Verbindung mit den leitenden Kreisen der Bourgeoisie wie in England, und darum ist die sozialistische und halbsozialistische Bewegung nirgends so arm an intelligenten Kräften gewesen. Das kleine Häuflein Intellektueller, das sich nicht mit den schon traditionellen politischen Losungen begnügte — den Losungen des bürgerlichen Liberalismus und Radikalismus — ging über das „Fabianertum“ nicht hinaus: das war eine durchaus „anständige“ Sorte von Sozialismus für junge Leute, die der Liberalismus nicht befriedigte und die dennoch — aus Snobismus oder aus Ängstlichkeit — sich nicht entschließen konnten, ganz mit ihm zu brechen. Jetzt aber sind dieselben Intellektuellen, insbesondere ihre literarisch-geistigen Vertreter, der Sowjetrepublik gegenüber in solches Entzücken geraten, daß sie sogar bereit sind, ihre kommunistischen Grundlagen einschließlich der Theorie und Praxis der Diktatur des Proletariats anzu-

erkennen. Wie weit diese Neigung ernsthaft ist, läßt sich schwer bestimmen. Es ist sehr möglich, daß im entscheidenden Augenblick, wenn die Frage der Macht des Proletariats in England mit aller Schärfe gestellt werden wird, ein guter Teil der Intellektuellen ins opportunistische und Verständigungslager überlaufen wird. Aber vorläufig ist ihre Sympathie für uns sehr wertvoll, und ihr verdanken wir zweifellos in erster Linie die scharfe Schwenkung einiger liberalradikaler Preßorgane zugunsten Rußlands. Zu dieser Stimmung der englischen Intellektuellen hat außer dem Zusammenbruch des Liberalismus und der immer mehr steigenden Arbeitslosigkeit in den „freien Berufen“ zweifellos auch die Enttäuschung über den Ausgang des Krieges beigetragen. Und hier sind aller Wahrscheinlichkeit nach die Verhandlungen von Brest-Litowsk mit ihrer Herausforderung an die verlogene und gewalttätige bürgerliche Welt nicht ohne Folgen geblieben.

Aus vorstehender Schilderung der Arbeiterbewegung in England in der Zeit nach dem Waffenstillstand geht hervor, daß das Bewußtsein und die Stimmung der Arbeitermassen in England sich von Grund auf geändert haben. Die englischen Arbeiter sind jetzt schon nicht mehr die „guten Kinder“, über die sich die ganze internationale Bourgeoisie mit ihren gelehrten und halbgelehrten Mitläufern in früherer Zeit nicht genug hat freuen können. Jetzt sind sie ein revolutionäres Element, das jeden Augenblick bereit ist, sich auf die bürgerliche Gesellschaft zu stürzen und sie zu überfluten. Hinreichend dazu wäre ein einziges Wort seitens der Leiter und Führer, die kühne Initiative irgendeiner bedeutenden Persönlichkeit, die das Vertrauen der Massen genießt und die Fähigkeiten eines revolutionären Führers besitzt. Solche Führer gibt es aber in der englischen Arbeiterbewegung bisher noch nicht, und gerade dieser Mangel an revolutionärer Leitung bildet sozusagen den einzigen Damm, der das revolutionäre Element noch zurückhält. An der Spitze der Arbeitermassen, die für die soziale Umwälzung reif und sich ihrer Kraft bereits bewußt geworden sind, stehen die alten Führer, die sich von der Masse schon längst losgerissen und an der Brust der Bourgeoisie festgesogen haben, die von dieser halb erkaufte und halb verderbt worden sind, und diese Führer sind es eben, die die Entwicklung der Revolution hindern und das Arbeiterelement im alten Strombett zurückhalten. Warum sind die Kohlengrubenarbeiter auf die Einsetzung der Enquetekommission eingegangen, die die Angelegenheit nur verschleppte und der Regierung sowie den Grubenbesitzern die Möglichkeit gab, Zeit zur Ergreifung der erforderlichen Maßregeln zu gewinnen? Warum sind, als die Regierung den Beschluß der Kommission mit solcher Schamlosigkeit ablehnte, die Kohlengrubenarbeiter nicht in den Ausstand getreten, sondern haben sich abermals einreden lassen, daß ein neuer Kongreß und neue eifrige Agitation erforderlich seien, um die Frage der Nationalisierung der breiten Öffentlichkeit klarzu-

machen? Und beim Eisenbahnerstreik — was hat die Transportarbeiter und anderen Arbeiter gehindert, den Generalstreik in dem Augenblick, da die Regierung noch immer nicht nachgeben wollte, tatsächlich zu verwirklichen? Und warum ist, als schließlich nach langen Verhandlungen eine Kompromißformel gefunden wurde, die den Erwartungen der Arbeiter bei weitem nicht entsprach und von ihnen sehr unfreundlich aufgenommen wurde, nicht abermals der Streik ausgebrochen, statt daß die Arbeiter diese Formel annahmen? Weiter hat der Kongreß der Trade-Unions, der die Stimmung weiter Arbeiterkreise sehr genau wiedergab, eine Resolution über den Generalstreik gefaßt, der proklamiert werden sollte, wenn die Einmischung in die Angelegenheiten Rußlands nicht aufhöre; warum ist nun dieser Beschluß nicht ausgeführt worden? Warum ist diese Resolution bis zum nächsten Kongreß eine platonische Erklärung geblieben? Warum hat dieser zweite Kongreß sich nur darauf beschränkt, sein Komitee zu beauftragen, eine Delegation zur Reise nach Rußland zu organisieren, wobei dieser Auftrag im Lauf von mehreren Monaten unerfüllt blieb, da das Komitee während dieser ganzen Zeit mit der Regierung „Verhandlungen“ über die Pässe führte? Bei aller dieser Sabotage gegen den Willen der Arbeiterklasse spielten die offiziellen „Führer“ die Hauptrolle, die die Revolution über alles fürchten und alle Anstrengungen machen, ihre ganze diplomatische Kunst und ihre ganze Gewandtheit in Intriguen aufwenden, um eine revolutionäre Krise zu verhindern. Kaum hatten z. B. die Transportarbeiter und Setzer den Wunsch geäußert, den streikenden Eisenbahnern zu Hilfe zu kommen, als ihre Vollzugausschüsse auch schon eine Schlichtungskommission bildeten und zur Regierung liefen mit Plänen über Beilegung des Konflikts und Abwendung der Gefahr. Ebenso haben, als die Kompromißformel, die die Eisenbahner in große Erregung versetzte, das Licht der Welt erblickte, dieselben Vertreter des „Dreibundes“ sich beeilt, ihren Kollegen zuzuflüstern, daß sie die Zeit zu einem Generalstreik als für sich ungünstig erachten. Die Sabotagetaktik der Führer in der Frage der Intervention ist allzu klar, um der Belege zu bedürfen. Außerordentlich interessant ist die Taktik der Führer im Zusammenhang mit der Enttäuschung über die parlamentarischen Institutionen, die die Arbeitermassen nach den Dezemberwahlen ergriff. Eine kühne revolutionäre Leitung seitens der Führer hätte in diesem Augenblick diese Enttäuschung ohne sonderliche Mühe ins Fahrwasser einer entschiedenen Opposition gegen den ganzen bürgerlichen Demokratismus lenken und dazu beitragen können, daß die im Bewußtsein der Massen aufkeimende Idee von der Anwendung einer außerparlamentarischen Aktion zum Sturz des bürgerlichen Staates gefestigt wurde. Aber dazu waren Führer erforderlich, wie das Schicksal sie Rußland gegeben hat, nicht aber die Henderson und Macdonald, mit denen England von diesem Schicksal beglückt worden ist. Unter Ausnutzung des

Umstandes, daß der Ausgang der Wahlen wesentlich von der massenweisen Stimmhaltung der Arbeiterwähler abhing, beeilten sich die Henderson und Macdonald, eine eifrige Agitation unter den Arbeitern zugunsten des Parlamentarismus und der Demokratie zu entfalten. „Ihr werdet noch Zeit genug haben, vom parlamentarischen Kampf und von den parlamentarischen Institutionen enttäuscht zu sein“ — sagten sie den Arbeitern — „wenn Ihr erst gelernt haben werdet, sie auszunutzen; vorher aber müßt Ihr Euch in der Tat davon überzeugen, daß sie Euch nichts geben können.“ Und die Arbeitermassen nahmen lebhaften Anteil an den Wahlen; der glänzende Erfolg, den die Kandidaten der Arbeiterpartei infolgedessen bei allen Ergänzungswahlen im Kampf gegen ihre unabhängig-liberalen Gegner und die Gegner aus Regierungskreisen erzielen, dient zweifellos noch als ein weiterer Beweis für das politische Erwachen der Massen, aber zugleich entfernt diese Teilnahme sie von der Sowjetstaatsidee, schwächt ihr Interesse für die revolutionären Formen des Kampfes ab und flößt ihnen neuen Glauben an die parlamentarischen Institutionen ein. Gleichzeitig jedoch wird dadurch in ihnen die Idee der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Durchführung grundlegender sozialer und wirtschaftlicher Reformen lebendig erhalten. In dieser Hinsicht spielt die Wahlerregung, die die Arbeitermasse gegenwärtig erfaßt und bemerkenswerte Ergebnisse gezeitigt hat, dennoch eine revolutionäre Rolle; sie hat schon zur offenen Aufrollung der Frage über die Bildung einer Arbeiterregierung geführt, und wir werden gleich sehen, welche große Bedeutung dieser Umstand besitzt.

Es drängt sich von selbst die Frage auf: Warum haben die reaktionären Führer einen so großen Einfluß auf die revolutionär gestimmten Arbeiter? Warum gestatten die Arbeiter ihnen, ihren Willen zu sabotieren? Um sich diese Erscheinung zu erklären, muß man dessen eingedenk sein, daß seit dem Zusammenbruch des Chartismus, d. h. etwa seit Mitte des vorigen Jahrhunderts, bis in den Anfang des laufenden Jahrhunderts hinein die organisierte Arbeiterbewegung in England fast ausschließlich unter dem Zeichen des gewerkschaftlichen Kampfes verlief und daß daher die einzige Organisationsform der Arbeitermassen die Gewerkschaften waren. Mit Beginn des laufenden Jahrhunderts gewann die Arbeiterbewegung auch politische Form, aber auch diese Seite der Bewegung war eigentlich nur eine Hilfsaktion für die wirtschaftliche Bewegung und ruhte faktisch auf der Gewerkschaftsorganisation: die Arbeiterpartei war genau genommen eine politische Partei der Gewerkschaften. Dieser Partei gehörten allerdings auch sozialistische Gruppen an, aber die Sozialdemokratie trat bald aus der Partei aus, und die sog. „Unabhängige Arbeiterpartei“, die Partei der Opportunisten, die nur eine geringe Minderheit ausmachte, beschloß die allmähliche „Durchdringung“ der Gewerkschaften oder, besser gesagt, ihrer Bürokratie mit Sozialismus anzustreben, ähnlich wie die Fabianer

dies vorzeiten mit der liberalen Partei zu tun gedachten. Diese „Durchdringung“ endete natürlich damit, daß die I. L. P. in volle Abhängigkeit von der trade-unionistischen Bürokratie geriet und alle ihre sozialistischen Prinzipien gegen Parlamentsmandate eintauschte. Wie dem auch sei, jedenfalls blieben die Gewerkschaften die herrschende, wenn nicht gar die einzige Massenorganisation der englischen Arbeiterklasse; indem sie gleichzeitig sowohl die gewerkschaftlich-ökonomischen als auch die parteipolitischen Funktionen erfüllten, befriedigten sie alle Bedürfnisse dieser Massen, solange die Massen selbst noch in politischem Halbschlummer lagen.

Seither hat die Lage sich freilich geändert: die Massen sind bedeutend vorwärts geschritten, die Form ihrer Organisation aber ist dieselbe geblieben. Während des Krieges entstanden zwar Betriebsausschüsse als eine neue Form der Organisation des wirtschaftlichen Kampfes, und die Basis der Arbeiterpartei erweiterte sich, indem sie sich von den Gewerkschaften als solchen losmachte; die Partei organisierte sich nach dem Prinzip der Ortsgruppen um, zu denen sowohl Arbeiterorganisationen als auch Einzelpersonen Zutritt haben. Aber die Betriebsausschüsse entwickeln sich trotz eines vielversprechenden Anfangs sehr langsam, da sie auf die traditionelle Loyalität der Arbeitermassen gegen die Trade-Unions stoßen, mit denen sie faktisch auf demselben Gebiet des Gewerkschaftskampfes wetteifern, und in den Ortsgruppen der Arbeiterpartei überwiegen dank ihrer numerischen Stärke nach wie vor dieselben Gewerkschaften. Als Folge dieser höchst ungewöhnlichen Lage sehen wir, daß die Arbeiterbewegung in England in ihrer neuesten, revolutionären Phase genötigt ist, im Rahmen der Gewerkschaftsorganisationen zu verlaufen, deren Mechanismus (mit seiner Rangordnung von Ausschüssen, seiner bürokratischen Umständlichkeit und dem besonderen Charakter, der nicht nach politischen, sondern nach administrativen, buchhalterischen Gesichtspunkten ausgewählt wird, von den Massen losgelöst ist und den Unternehmerkreisen nahesteht) auf die Unterdrückung jeder revolutionären Initiative der Arbeitermassen berechnet ist. Dabei kann aber die Arbeiterklasse ohne Gewerkschaften nicht existieren. Sie bleiben vorläufig das einzige oder doch wesentlichste Organ der Arbeiterbewegung, die von der trade-unionistischen Bürokratie und ihren politischen Vertretern in der Arbeiterpartei sabotiert wird. Aus diesem Grunde werden unserer tiefen Überzeugung nach die Gewerkschaften sich für die Rolle eines Werkzeugs der proletarischen Revolution als ebensowenig tauglich erweisen, wie das Parlament selbst. Die Revolution wird an ihnen vorübergehen müssen, wie sie an den Parlamentsinstitutionen vorübergehen wird — oder sie wird überhaupt nicht kommen.

Aber sie wird kommen: dafür bürgt die wirtschaftliche Zerrüttung, die durch den Krieg und den darauffolgenden „Frieden“ geschaffen worden

Ist, die unaufhaltsam in die Breite und Tiefe wächst, und mit der fertig zu werden die kapitalistische Gesellschaft absolut keine Kräfte und Mittel hat. Damit wollen wir natürlich nicht gesagt haben, daß die kapitalistische Gesellschaft von selbst zusammenbrechen wird, automatisch, mechanisch, so wie etwa ein Gebäude einstürzt, wenn das Fundament verfault ist. Aber wir wollen damit sagen, daß die immer stärker anwachsende Zerrüttung, die auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats zurückwirkt, dieses unausbleiblich auf den höchsten Grad der Verzweiflung und Erbitterung treiben und zum Aufstand veranlassen muß. Die Erwägung, daß in England mit seinen großen Hilfsquellen und seiner herrschenden Klasse, die sich stets durch Scharfblick ausgezeichnet hat, eine derartige Krise auch ausbleiben könnte, ist schon deshalb unbegründet, weil es sich um eine Weltkrise, eine allgemeine kapitalistische Krise handelt, die nicht an England vorübergehen kann, das kapitalistisch höher entwickelt ist als alle anderen Länder. Eher umgekehrt: eben weil England das kapitalistisch am höchsten entwickelte Land in Europa ist, muß die Krise der kapitalistischen Wirtschaft auf England besonders stark zurückwirken. In England, das sich wirklich durch Reichtum seiner wirtschaftlichen Hilfsquellen und durch den Scharfblick seiner herrschenden Klassen auszeichnet, kann die sozialistische Revolution andere Formen annehmen und ein anderes Tempo einschlagen, als auf dem europäischen Festlande. Man kann sich in der Tat leicht eine solche Sachlage vorstellen: Der Wirtschaftskampf erreicht den höchsten Grad der Spannung. Die Kohlengrubenarbeiter fordern die Nationalisierung, die Eisenbahner stellen dasselbe oder ein ähnliches Programm auf, die Arbeiter anderer Berufe fordern Erhöhung der Arbeitslöhne. Es könnte sogar geschehen, daß alle diese Forderungen zu gleicher Zeit aufgestellt werden, und das nicht zufällig, sondern laut vorheriger Vereinbarung, denn schon jetzt wird von der Bildung eines „Generalstabes“ für die ganze organisierte Arbeiterklasse gesprochen. Jedenfalls gibt es keinen einzigen Menschen in England, der eine solche Konzentrierung des Wirtschaftskampfes in naher Zukunft nicht für möglich oder sogar wahrscheinlich hielte; sehen wir doch, daß trotz aller Kunst, mit der die Regierung und die Führer der Gewerkschaftsbewegung die scharfe Formulierung der grundlegenden Programmpunkte abschwächen, wie sie z. B. von den Kohlengrubenarbeitern und den Eisenbahnern aufgestellt werden, die Arbeitermasse dennoch gar nicht daran denkt, auf ihre Forderungen zu verzichten; im Gegenteil, nach Maßgabe der Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage besteht sie auf ihnen mit wachsender Entschiedenheit. Der Augenblick wird kommen — und er ist nicht mehr fern —, wo auch die Führer sich den Forderungen der Arbeiter werden anschließen müssen (wie das beim Eisenbahnerstreik der Fall war), und dann wird der Generalstreik in allen Hauptzweigen der Produktion unvermeidlich werden, ja er kann sich auch noch auf alle anderen Zweige

ausdehnen. Wie wird die Regierung dann handeln, was wird die herrschende Bourgeoisie unternehmen? Werden sie den Arbeitern nachgeben? Aber wie können sie nachgeben in solchen Kardinalfragen wie die Nationalisierung (oder Sozialisierung) der Bergwerke und Eisenbahnen? Wenn sie aber auch nachgeben, wird die Sache damit etwa zu Ende sein? Ein so gigantischer Sieg, und zudem auf solche Weise erfochten, wird die Kampf Stimmung der Arbeiter nur noch steigern und eine ganze Reihe anderer Forderungen nach sich ziehen, die die Lebensinteressen der kapitalistischen Klasse und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft noch stärker berühren müssen. Es ist auch noch ein anderer Weg möglich — der Weg des Kompromisses; aber selbst wenn die Arbeiter diesen Weg beschreiten sollten, was recht unwahrscheinlich ist angesichts der akuten Kampfspannung, so wird das doch nur eine zeitweilige Atempause sein, nicht aber eine endgültige Lösung der Krise. Sowohl im einen als auch im anderen Falle werden die kriegführenden Seiten ihre Kräfte abermals im Entscheidungskampf messen müssen, und man muß annehmen, daß, selbst wenn die Arbeiterklasse dies nicht begreift, die weitsichtige Bourgeoisie dies jedenfalls begreifen wird. Wenn man dessen gedenkt, daß in ihrer Mitte in den letzten Jahren viele Elemente von neuester „amerikanischer“ Formation eingedrungen sind, Elemente, die vom Standpunkt der „feudalen“ englischen Bourgeoisie aus notwendig als Zuzügler betrachtet werden müssen, denen die altenglischen Traditionen und Gewohnheiten fremd sind, dann muß man es als recht wahrscheinlich ansehen, daß die leitenden Kreise auf Biegen oder Brechen vorgehen werden, daß sie den vom Proletariat hingeworfenen Handschuh aufnehmen und ihm den förmlichen Krieg erklären werden, unter Aufhebung des „habeas corpus“, durch Verhängung des Belagerungszustandes usw., wie das auch in den Kolonien und auch in England üblich ist, und wie es schon während des Eisenbahnerstreiks um ein Haar durchgeführt worden wäre. Dann wird auch in England zweifellos eine wirkliche Revolution ausbrechen. Der Schreiber dieser Zeilen hält persönlich einen solchen Wahnsinn seitens der gegenwärtigen englischen Bourgeoisie mit ihrem Churchill, Geddes, Northcliff und sonstigen Rittern des kriegerischen Imperialismus für durchaus unmöglich. Andererseits ist aber Altengland noch nicht ganz tot, und am wahrscheinlichsten ist, daß es im letzten Augenblick sich „Achtung erzwingen“ und über das neue England siegen wird. So geschah es zum mindesten während des Eisenbahnerstreiks, als Lloyd George, der Vertreter der alten Traditionen, plötzlich fast unmittelbar vor der Uebergabe der ganzen Gewalt an Lord Haigh, den ehemaligen englischen Oberbefehlshaber im Kriege, hervortrat, Churchill und Geddes beiseite schob und Unterhändler zu den Arbeitern entsandte. Wenn die Dinge eine solche Wendung nehmen, dann wird die wahrscheinlichste taktische Maßregel der Regierung der Rücktritt des Kabinetts sein, mit dem Ratschlag an den König, Henderson oder einen anderen „popu-

lären“ Arbeiterführer mit der Bildung einer Arbeiterregierung zu betrauen; mögen nun, wird es dann heißen, die Arbeiter und ihre Führer selbst die Suppe aussessen, die sie eingebrockt haben. Da eine solche Regierung nicht über die Parlamentsmehrheit verfügen wird, so wird sie das Parlament sofort auflösen und Neuwahlen ausschreiben, die zweifellos die gewünschte Arbeitermehrheit ergeben werden.

Dies alles sind natürlich nur Hypothesen, aber sie haben viel Wahrscheinliches für sich. Die Bourgeoisie selbst ist davon überzeugt, daß eine Arbeiterregierung in baldiger Zukunft unausbleiblich ist. Dahin führt außer den obenerwähnten Umständen auch noch die innere Zersetzung der jetzigen Koalition, der völlige Zerfall der alten liberalen Partei und das ungewöhnliche Interesse der Arbeiter für den parlamentarischen Kampf. Man kann überzeugt sein, daß, wenn die Regierung Lloyd Georges beabsichtigen sollte, dem bei den Ergänzungswahlen klar ausgedrückten Willen der Arbeiter entgegen bis zum Ende ihres Jahrfünfts an der Macht zu bleiben, die nächsten allgemeinen Wahlen eine Arbeitermehrheit ergeben werden. Die Bourgeoisie glaubt denn auch, daß die Arbeiter nach 2—3 Jahren ans Ruder kommen werden. Aber sie läßt dabei die wachsende Empörung der Arbeiterklasse außer acht, sowie das in allernächster Zukunft wahrscheinliche Eintreten der von uns oben geschilderten Krise. Sie läßt auch die furchtbare Zuspitzung einer ganzen Reihe von Fragen der äußeren und inneren Politik außer acht, mit denen weder die Regierung Lloyd Georges noch irgend eine andere Regierung fertig werden kann: wir meinen solche Fragen wie die irländische, die ägyptische und indische, die Finanz- und Valutafrage usw. Man muß annehmen, daß, wenn schon kein anderer, so doch jedenfalls Lloyd George, der hellste Kopf im bürgerlichen England der Gegenwart, dies alles trefflich begreift und daher schon jetzt Pläne schmiedet, um die Last der Entscheidung aller dieser Fragen auf eine Arbeiterregierung abzuwälzen. Es sollte uns nicht im mindesten wundern, wenn Lloyd George zur Verhütung des Augenblicks, wo alle diese Fragen mit Einschluß der Arbeiterfrage sich unausbleiblich zu einem Knäuel verwirren, in dem man nicht Anfang noch Ende auffinden kann, entweder selbst das Parlament auflöst oder die Zügel der Regierung den Vertretern der Arbeiterklasse übergibt. Eben weil die englische regierende Klasse so weitblickend ist, kann man kaum annehmen, daß sie die Krise sich bis zu Ende, bis zur wirklichen Revolution entwickeln lassen wird, ohne sich vorher und rechtzeitig zu bemühen, ihre Schärfe durch rechtzeitige Nachgiebigkeit abzustumpfen.

Es versteht sich von selbst, daß die Bourgeoisie hierbei nicht einmal daran denken wird, auf ihre faktische Herrschaft zu verzichten. Im Gegenteil, da sie die Arbeiterführer vortrefflich kennt, wird sie ihnen nominell die Macht übergeben, in der Berechnung, daß sie binnen kürzester Frist bankerott sein werden, ohne etwas Vernünftiges geleistet zu haben —



nur eine Enttäuschung der Arbeiter würden sie zeitigen; und dann würde die Bourgeoisie die Macht in ihre Hände nehmen, diesmal aber mit Unterstützung der Arbeiter selbst. Der erste Teil dieses Rechenexempels ist unbedingt richtig. Die Arbeiterregierung, die sich bildet, wird eine Regierung Henderson und Macdonald sein, d. h. der Führer der Gewerkschaftsbewegung, und eine solche Regierung wird für die Arbeiterklasse nicht das Mindeste leisten. Mit Versprechungen, Rundfragen und kleinen Notbehelfen kommt man heutzutage nicht weit, zu revolutionären Entschlüssen aber, ohne die die Aufgaben der inneren und äußeren Politik in der Gegenwart unmöglich gelöst werden können, sind diese Henderson und Macdonald vollkommen unfähig; dazu haben sie weder die Kühnheit des Gedankens noch die Kühnheit des Geistes, ja nicht einmal genügend Kenntnisse und Verstand. Aber wenn eine solche Regierung sich auch als die jämmerlichste Fehlgeburt erweisen muß, so ist es doch verfehlt, zu glauben, daß die enttäuschte Arbeiterklasse infolgedessen nach rechts schwenken wird. Es kann kein Zweifel daran sein, daß das Verweilen der Arbeiterregierung im Besitz der Macht die revolutionäre Gärung in der Arbeiterklasse noch verstärken wird, daß diese erst dann ihre wahre Kraft erkennen und nicht zögern wird, ihre Forderungen zu stellen. Auf dieser Grundlage können sogar Konflikte mit der Regierung entstehen, die einen umso stürmischeren Charakter annehmen werden, je mehr die oppositionelle Bourgeoisie die Regierung gegen die Arbeiterklasse aufhetzen und je speichelleckerischer die Regierung sich dieser Bourgeoisie gegenüber verhalten wird. Nicht nach rechts, sondern nach links werden die Arbeiter schwenken, wenn die Regierung Hendersons und Macdonalds sie enttäuscht hat, und das nächste Stadium wird nicht eine Rückkehr der Bourgeoisie zur Macht sein, sondern eine neue Revolution, eine Revolution über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg — für den Sozialismus. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieser Revolution irgend ein Versuch der Bourgeoisie vorausgehen, eine Staatsumwälzung herbeizuführen in der Art des Kornilow- oder des Kapp-Putsches; das wird den Gang der Geschichte aber nicht ändern.

Somit wird also unserer Überzeugung nach die Bildung einer Arbeiterregierung von entscheidender Bedeutung sein: sie wird die Revolution entfesseln und ihren ersten Akt darstellen. Sie wird sozusagen den Zug auf ein anderes Geleise überführen, und der Zug wird seinem geschichtlichen Ziel entgegenrollen, ungeachtet aller Hindernisse. Das wird die englische „Februarrevolution“ sein, der unausbleiblich auch die Oktoberrevolution folgen wird. Die Eigenart der englischen Verhältnisse wird sich darin zeigen, daß die erste Revolution nicht nur unblutig, sondern auch friedlich, „konstitutionell“ verlaufen wird, und daß erst die zweite in den Verhältnissen des Bürgerkrieges sich abspielen wird.

Eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe fällt bei solcher Lage der Dinge den sozialistischen Parteien zu. Die Tragödie der sozialistischen

Bewegung in England ist allbekannt, und wir werden uns nicht bei ihr aufhalten. Gegenwärtig gibt es in England zwei große sozialistische Parteien: die Unabhängige Arbeiterpartei (S. L. P.), die (nach dem Tode von Keir Hardie) von Snowden und Macdonald geleitet wird, und die Britische Sozialistische Partei (B. S. P.), die Nachfolgerin der alten sozialdemokratischen Partei (Föderation). Die erste ist der Anzahl und dem politischen Ansehen nach weitaus stärker als die zweite, aber sie ist antimarxistisch, opportunistisch, während die zweite marxistisch ist und auf dem linken Flügel steht. Die erste hat sich während des Krieges äußerst anständig verhalten, aber hauptsächlich aus pazifistischen Gründen. Sie schloß sich nicht an Zimmerwald an, beschränkte sich auf den passiven Kampf gegen den Krieg im Namen der Gewissensfreiheit (in der Frage der bürgerlichen Kriegspflichten), und ihr rechter Flügel lieferte einige Minister, darunter George Barnes und Clynes. Der Britischen Sozialistischen Partei widerfuhr das Unglück, daß alle an ihrer Spitze stehenden alten Führer und Gründer des englischen Sozialismus, mit Hyndman an der Spitze, schon vom Kriegsbeginn an im „patriotischen“ Lager standen; die in Verwirrung gebrachte Partei blieb fast anderthalb Jahre lang gelähmt. Ihren entschlosseneren Elementen gelang es jedoch, die Organisation wiederherzustellen, ein eigenes Organ ins Leben zu rufen und binnen kürzester Frist die erdrückende Mehrheit der Mitglieder um sich zu scharen, so daß den Hyndmans nichts anderes übrig blieb, als sich feierlich zurückzuziehen und ihre eigene „National-Sozialistische Partei“ zu gründen. Dafür aber blieb die Partei ohne Führer, ohne eine einzige Persönlichkeit, die irgendwie Führertalent besaß. Dessenungeachtet hat sie sich durchgerungen, ist während des Krieges sogar erstarkt, hat sich Zimmerwald angeschlossen und auf dem Kongreß im vergangenen Jahr das kommunistische Programm angenommen; späterhin hat sie mit erdrückender Stimmenmehrheit den Anschluß an die III. Internationale beschlossen.

Die erwähnten beiden Parteien bilden die Rechte und die Linke der sozialistischen Bewegung, aber es muß anerkannt werden, daß die S. L. P. dank ihrer langjährigen Verbindung mit der Arbeiterpartei sowie ihrer Politik der „Anpassung“ bisher bei den Massen bedeutend größeres Ansehen genoß als ihre alte Rivalin, die den Opportunismus der Arbeiterpartei aufs heftigste bekämpfte und sogar nach ihrer Rückkehr in den Schoß der Arbeiterpartei, kurz vor dem Kriege, fortfuhr, ihr sozialistisches Programm entschieden zu betonen. Nicht wenige „kluge Köpfe“, darunter auch Kautsky, haben sie deswegen des „Sektiererertums“ beschuldigt und ihren Mißerfolg bei den Massen ihrem „sektiererischen“ Geiste zugeschrieben. Als was für Leute sich die Nichtsektierer in der Art der belgischen „Sozialisten“ erwiesen haben, die in einer Partei zusammen mit den nichtsozialistischen Massen zu arbeiten vermochten, hat der Krieg gezeigt. In Wirklichkeit lagen die Hauptgründe für die geringen Erfolge

der englischen Sozialdemokratie natürlich in der politischen Indifferenz und der Unbewußtheit der Massen, die charakteristisch waren für die Vorkriegszeit. Außerdem hat aber die B. S. P. zahlreiche Konkurrenten an anderen linken Gruppen, die sich entweder zu dieser oder jener Zeit von ihr abgespalten oder sich selbständig gebildet haben. Da ist vor allem die „Sozialistische Arbeiterpartei“ (S. L. P.), die ehemalige Gruppe der „Impossibilisten“, die aus der damaligen sozialdemokratischen Föderation weniger aus prinzipiellen, als aus persönlichen Gründen ausgeschlossen wurde; dann nahm diese Gruppe eine halbsyndikalistische Färbung an, jetzt aber nimmt sie eine ganz ausgesprochen kommunistische Stellung ein. Sie ist bedeutend kleiner als die B. S. P., hat aber in einigen Teilen Großbritanniens wie z. B. in Schottland und Südwestes größeren Einfluß als die B. S. P., dank ihrer Verdienste um die Organisierung der Betriebsausschüsse und ihrem unversöhnlichen Verhalten der Arbeiterpartei gegenüber, was in einigen radikalen Arbeiterschichten ein befalliges Echo findet. Außerdem gibt es noch einige unabhängige Organisationen, wie die „Sozialistische Gesellschaft“ in Südwestes, die ihrem Geiste nach der S. L. P. nahesteht, aber deren Ansichten über die Arbeiterpartei nicht teilt und nur einige hundert Mitglieder zählt (die allerdings sehr energisch sind und eine marxistische Schulung haben), und ferner die „Sozialistische Arbeiterföderation“ (W. S. F.), die Nachfolgerin der Frauenföderation der „Suffragettes“, die jetzt den Charakter einer reinen Frauenorganisation verloren hat. Diese Zerrissenheit des linken Flügels der sozialistischen Bewegung erschwert außerordentlich die Lösung der Fragen, die ihm schon jetzt von der Geschichte gestellt werden. Darum tauchte schon im vorigen Sommer, als die B. S. P. die Sowjetplattform annahm und sich der III. Internationale anschloß, der Gedanke auf, alle linken Gruppen zu einer einzigen kommunistischen Partei zu vereinigen. Man ging von der Erwägung aus, daß einerseits keine der bestehenden Organisationen für sich allein die erforderlichen Kräfte und Fähigkeiten für die Durchführung der bevorstehenden schweren Arbeit besitzt — die B. S. P. hat keine Leute von genügender Energie und Initiative, andere Gruppen haben zu wenig Kräfte, wieder anderen mangelt die theoretische Vorbereitung usw. — und andererseits eine solche neue Partei alle Gleichgesinnten für sich gewinnen kann, nicht nur die „Einspänner“, von denen es im individualistisch gestimmten England so viele gibt, sondern auch Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei, deren Durchschnittselemente an vielen Orten sehr unzufrieden sind mit dem Opportunismus ihrer Führer und eine starke Neigung für die Lösungen Sowjetrußlands bekunden. Leider erwies es sich als nicht so leicht, eine Einigung herbeizuführen. In der B. S. P. will die Mehrheit der Mitglieder absolut nichts von einem Bruch mit der Arbeiterpartei hören. Sie glauben, daß beim Fehlen eines eigenen bestimmten Programms die Arbeiterpartei auch der kommunistischen Partei gestatten wird, an ihrem Block teilzu-

nehmen, was den Kommunisten die Möglichkeit geben wird, ihre Politik in den Arbeiterorganisationen zu verteidigen und ihre Parlamentskandidaten bei den nächsten Wahlen durchzubringen, deren Ausgang die Frage über die Arbeiterregierung und über die Art der Opposition entscheiden wird, die gegen diese Regierung ankämpfen wird. Die S. L. P. dagegen glaubt, daß das Verbleiben in der Arbeiterpartei von schädlichem Einfluß auf den Revolutionskampf sein wird und daß die Kommunisten mit der Arbeiterpartei nichts gemein haben wollen. Die Sozialistische Föderation ihrerseits ist überhaupt gegen die Teilnahme am Parlamentskampf und für den Boykott der Parlamentswahlen. Die Organisation von Südwales teilt im Prinzip den Standpunkt der B. S. P., stellt sich aber faktisch auf die Seite der S. L. P., in der Ansicht, daß die B. S. P. sehr zum Parlamentarismus und Reformismus hinneigt. In der B. S. P. gibt es tatsächlich einen Flügel, der die Verbindung mit der Arbeiterpartei vornehmlich vom Standpunkt der Parlamentsmandate und Reformen bewertet, aber dieser Flügel bildet eine unbedeutende Minderheit, die jetzt zudem ohne ihren Führer Fairchild geblieben ist, welcher aus der Partei austrat, nachdem sie sich auf die kommunistische Plattform gestellt hatte. Die Mehrheit der Partei will ganz aufrichtig in der Arbeiterpartei für das kommunistische Programm kämpfen und diesen Kampf womöglich auch im Parlament selbst fortsetzen, in das selbständig hineinzukommen sie im gegenwärtigen Augenblick keine Möglichkeit hat. Sobald die Arbeiterpartei an die Macht gelangt, wird die B. S. P. mit ihr brechen müssen, falls die Arbeiterpartei ihrer Agitation für ihr Programm Hindernisse in den Weg legen sollte. Aber solange es irgendwie möglich ist, will sie den bürgerlichen Parlamentarismus ausnutzen. Die Minderheit der S. L. P. begrüßt das und ist mit dieser Taktik ganz einverstanden. Diese Minderheit, die gerade aus den tätigsten und hervorragendsten Parteimitgliedern besteht (William Paul, Bail, Mac Manus u. a.) hat sich der B. S. P. bereits tatsächlich angeschlossen, aber die Mehrheit hält an ihrer kritischen Stellungnahme zur B. S. P. fest und sieht letztere als opportunistisch an. Sie hat sogar den von der B. S. P. vorgeschlagenen Kompromiß abgelehnt. Dieser Kompromiß war dem Sinne nach folgender: die Frage der Teilnahme an der Arbeiterpartei soll mittels einer Urabstimmung durch alle Mitglieder der neuen Partei drei Monate nach ihrer Gründung entschieden werden. Mit anderen Worten, die S. L. P. will die Souveränität der neuen Partei im voraus einschränken. Die S. L. P. ist bereit, die Frage des Parlamentarismus offen zu lassen, unter der Wahrung ihres Rechts, sie in der neuen Partei wieder aufzurollen, aber da die S. L. P. sich mit der B. S. P. nicht vereinigen will, so lehnt auch die W. S. F. diesen Schritt ab, da sie ihren Worten zufolge fürchtet, in der Minderheit gegen den „gemäßigten“ Flügel zu bleiben. Sie wird darin von den Südwalesern unterstützt, die keinen Schritt ohne die S. L. P. machen wollen. Der Konflikt ist bis heute noch

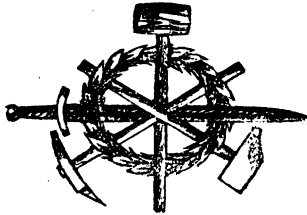
nicht entschieden, aber lange kann er nicht andauern. Möglicherweise gelingt es der Minderheit der S. L. P. schließlich, auch den übrigen Teil der Partei auf ihre Seite zu bringen, deren Mitglieder über die Streitfrage sehr schlecht orientiert sind und den alten Antagonismus zur B. S. P. nicht überwinden können. Wenn das gelingt, dann werden die beiden anderen Gruppen weder Grund noch Vorwand haben, abseits zu bleiben. Wenn aber die Bemühungen der Minderheit nicht von Erfolg gekrönt sein sollten, dann wird die B. S. P. mit ihr zusammen die kommunistische Partei bilden und es den anderen Parteien überlassen, nach ihrem eigenen Ermessen zu handeln.

Wie die Dinge sich auch gestalten mögen, jedenfalls wird auch in England sich bald eine kommunistische Partei bilden, der die Aufgabe zufallen wird, die Arbeiterklasse für die „Oktoberrevolution“ vorzubereiten. Die Aufgabe der Partei wird dabei nicht nur in der Propaganda der Theorie des internationalen Kommunismus bestehen, sondern auch in der Lösung einer ganzen Reihe schwieriger taktischer Fragen. Die kommunistische Partei wird anerkennen müssen, daß die nächste Zukunft jedenfalls nicht ihr gehört, sondern den englischen Scheidemännern und daß die Arbeitermasse nicht durch die Theorie, sondern durch die Erfahrung lernt. Dementsprechend wird die beste Taktik darin bestehen, der Arbeiterklasse zu helfen, daß sie möglichst früh und möglichst rasch den Versuch mit einer Arbeiterregierung vom Typus Scheidemann macht, wobei alles vermieden werden muß, was die Arbeiterklasse hindern könnte, diesen Versuch in möglichst kurzer Frist zu überwinden. Die kommunistische Partei muß mit aller Entschiedenheit die Forderung stellen: „alle Macht der Arbeiterklasse“, ungeachtet dessen, daß die Verwirklichung dieser Forderung in erster Reihe ihre schlimmsten Feinde ans Ruder bringen wird. Andererseits muß sie sich vor der Seuche des Opportunismus hüten, der leicht bestrebt sein könnte, aus den Anstrengungen der Kommunisten, die Revolution durch Bildung einer Arbeiterregierung zu „entfesseln“, den Schluß zu ziehen, daß sie ihm beistehen und sich jeder Kritik und jeder selbständigen Aktion enthalten müssen. Einerseits muß zusammen mit der ganzen Arbeiterklasse für eine Arbeiterregierung gekämpft werden; andererseits müssen durch Agitation für das kommunistische Programm die Gemüter der Arbeiterklasse von Anfang an zum Kampf gegen die Verteidigungspolitik vorbereitet werden. Das ist die Aufgabe, die unsere Partei sich wird stellen müssen und deren Lösung in England umso schwieriger sein wird, als Putschismus und Opportunismus nicht nur bei den Massen, sondern auch bei den Einzelpersonlichkeiten nirgends so eng miteinander verknüpft sind wie in England, dem klassischen Lande des Individualismus.

Übrigens gehört die Ausarbeitung eines Aktionsprogramms der kommunistischen Partei in England nicht zu den Aufgaben des vorliegenden Auf-

satzes, dessen Zweck nur darin besteht, die nächsten Aussichten des Revolutionskampfes des englischen Proletariats anzudeuten. Wenn man vorstehende Darlegungen in wenigen Worten zusammenfassen will, kann man sagen, daß eines der ersten Länder, die dem Beispiel Rußlands — wo der Kapitalismus am wenigsten entwickelt war — folgen werden, gar leicht England sein könnte, wo der Kapitalismus seine Höchstentwicklung erreicht hat. Eine solche geschichtliche Symmetrie dürfte sich nicht als Zufall erweisen.

*Ein englischer Kommunist.*



## Der Kongreß der britischen Kommunisten.

Vor kurzem hielt die Britische Sozialistische Partei (B. S. P.) — die größte kommunistische Organisation Großbritanniens — ihren neunten alljährlichen Kongreß in London ab. Dieser Kongreß war in jeder Hinsicht — seiner Zusammensetzung, der Tiefe und dem Ernst der Debatten, der revolutionären Energie und Begeisterung seiner Teilnehmer nach — unzweifelhaft die bedeutendste aller bisherigen Versammlungen britischer Kommunisten.

Der Kongreß tagte in dem Rathaus zu Bethnal Green, einem östlichen Vorort von London, einer Munizipalität, in der die Vertreter der Arbeiterpartei überwiegenden Einfluß besitzen. Der Major von Bethnal Green, Gen. I. I. Wogan, selbst Bolschewik, der den Kongreß im Namen der Arbeiter der Vorstadt begrüßte, wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Wogan ist ein alter Revolutionär und Sozialist, einer der Führer der Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter, die zu den revolutionärsten Trade-Unions Englands gehört. Seine Eröffnungsrede stellte eine meisterhafte Darlegung der Weltereignisse vom Standpunkt der III. Internationale und der kommunistischen Arbeiterklasse dar.

Wie Wogan hervorhob, hat sich die Krise des Kapitalismus in letzter Zeit keineswegs gelegt, vielmehr ist sie noch schärfer geworden seit die Entwicklung der weltgeschichtlichen Ereignisse in beschleunigtem Tempo vor sich geht. Der Klassenkampf hat keine mildere Form angenommen. Im Gegenteil, er hat sich noch mehr zugespitzt. Die Staatsmänner waren gezwungen, ihre heuchlerischen Masken abzulegen und sich offen als Feinde der Werktätigen zu erklären. Ihre Rolle als wohlwollende Schiedsrichter, die abseits vom Kampf stehen, haben sie aufgeben müssen. Nachdem Wogan der verschiedenen wirtschaftlichen Konflikte des letzten Jahres Erwähnung getan und die kompromißlerische, opportunistische Verräterpolitik der offiziellen Führer der Arbeiterklasse gebührend eingeschätzt hatte, wies er darauf hin, daß die wirtschaftliche Zerrüttung, der ökonomische Verfall in Großbritannien nicht nur ein Erbe des Krieges ist, sondern auch eine Folge der Zerstörung des wirtschaftlichen Lebens auf dem europäischen Festland — einer Zerstörung, die so gewaltig ist, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, ihrer Herr zu werden. Die kapitalistischen Länder sind nicht in der Lage, irgend etwas zu kaufen oder zu verkaufen. Eine

Art „Todesreigen“ wird aufgeführt, dessen Teilnehmer einer nach dem anderen umkommen müssen. Der Kapitalismus hat nur noch wenige Stunden zu leben; schon wälzt er sich in Todeszuckungen. Noch nie hat eine Gesellschaftsordnung aus freien Stücken in ihren eigenen Tod eingewilligt; der Kapitalismus, der noch vor kurzem eine blutige Orgie feierte, ist von gierigem Lebensdurst besessen. Mit wilder Erbitterung kämpft er gegen den Tod. Wir brauchen uns nur ins Gedächtnis zu rufen, welchen hartnäckigen Kampf er in den letzten zwei Jahren in Rußland führte, mit welcher verzweifelten Energie er in Ungarn und Bayern um seine Existenz rang, mit welcher Hartnäckigkeit er jede Handbreit seiner Macht in Deutschland verteidigt. Soweit Unbeteiligte urteilen können, ist Rußland augenscheinlich noch immer das einzige Land, in dem die Revolution bedeutende Erfolge zu verzeichnen hat. Der Kapitalismus war stark genug, um dem Kapitalismus selbst eine Niederlage beizubringen, aber er hat sich zu schwach erwiesen, um den Sozialismus zu besiegen — und darin besteht die große Lehre der Weltgeschichte. Rußland weist uns den Weg, den wir alle werden betreten müssen; erst Revolution und dann Arbeit zum allgemeinen Wohl. Nach einigen Jahren wird Rußland das reichste und glücklichste Land aller Länder sein. Das staunenswerte Wachstum der III. Internationale — der zweiten großartigen Schöpfung der russischen Kommunisten — liefert einen beredten Beweis, daß die Revolution sich viel rascher entwickelt, als es dem oberflächlichen Beobachter scheinen mag. Wohin wir unseren Blick auch wenden — überall sehen wir eine starke Gärung unter den Massen und eine unzweifelhafte Tendenz der sozialistischen Parteien zum Kommunismus. Natürlich gibt es in jedem Lande nicht wenig Elemente, wie die Unabhängigen in Deutschland und die französischen Mehrheitssozialisten, die immer bestrebt sind, zwischen zwei Stühlen zu sitzen. Jedoch schon der Umstand, daß die meisten dieser Herren nunmehr beschlossen haben, den „rechten Stuhl“ aufzugeben, kennzeichnet die geschaffene Lage der Dinge. Alles Gerede über die Gründung einer IV. oder einer gemischten, zur Hälfte dritten, zur Hälfte vierten Internationale ist nichts weiter als bloße Wortverschwendung. Gen. Wogan schloß seine Rede mit begeisterten Ausrufen zu Ehren des revolutionären Kommunismus und der Dritten Internationale. Ein dreimaliger Beifallssturm antwortete ihm.

Im Rahmen dieses Artikels können wir nur in aller Kürze die wichtigsten Momente der Arbeit des Kongresses schildern.

Der erste Punkt der Tagesordnung war die Frage der Maßnahmen, die weiterhin zu ergreifen sind, um die britische Regierung zu veranlassen, die sozialistische Republik Rußland aus ihren Klauen zu lassen und endgültig Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland anzuknüpfen. Im Zusammenhang mit dieser Frage machte der Verfasser dieses Artikels den Kongreß mit dem flammenden Aufruf bekannt, der uns von dem Amster-



damer Büro der Dritten Internationale zugegangen war und der die Aufforderung enthielt, am 1. Mai einen Generalstreik zu veranstalten.

Darauf brachte Gen. Mary Bamber im Namen des Vollzugsausschusses folgende Resolution ein:

„Der Kongreß der B. S. P. drückt seine Begeisterung aus über den grenzenlosen Heldenmut und die ruhmreichen Heldentaten der russischen Arbeiter und Bauern, die der ganzen Welt ein Beispiel gegeben haben, indem sie die sozialistische Republik schufen und dadurch zum erstenmal in der Weltgeschichte den sehnsüchtigen Traum der Menschheit verwirklichten. Mit Entrüstung verurteilt der Kongreß die Regierungen Britanniens und der Alliierten, die den Zaren-Generälen und gegenrevolutionären Kapitalisten geholfen haben. Der Kongreß sendet der Sowjetregierung seinen Gruß und beglückwünscht sie zu den immer neuen Kriegserfolgen der Roten Armee, die fortfährt, die vereinigten Kräfte des Weltkapitalismus abzuwehren. Der Kongreß lenkt die Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiter Englands auf den Aufruf des Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale über die Veranstaltung eines Generalstreiks am Tage des 1. Mai zwecks Unterstützung der Forderung eines Friedensabschlusses mit Rußland und der vollen Anerkennung der Sowjetmacht. Der Kongreß macht allen Gruppen und einzelnen Mitgliedern der B. S. P. zur Pflicht, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um volle Einstellung der Arbeit am Maitage zu erzielen als Zeichen der Solidarität der britischen Arbeiter mit der Sowjetrepublik Rußland.“

Diese Resolution, die auch Gen. George Ebury, einer unserer nationalen Organisatoren und Propagandisten, unterstützte, wurde unter lauten Beifallskundgebungen einstimmig angenommen.

Von Rußland richteten sich die Gedanken aller Kongreßmitglieder begreiflicherweise auf Deutschland, auf den mutigen Kampf, den die revolutionären deutschen Arbeiter gegen die in Deutschland an der Macht stehende Koalition der Sozialverräter und bürgerlichen Politiker führen. In dieser Frage beantragte Gen. F. Willis, Redakteur des Parteiorgans „The Call“, eine Resolution folgenden Inhalts:

„Der Kongreß der B. S. P. betont nochmals die große Bedeutung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und begrüßt mit Freuden den Aufstand der deutschen Arbeiter gegen die militaristisch-kapitalistische Clique, die ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse zu bewahren strebt. Der Kongreß erklärt, daß er es für seine Pflicht hält, seinen ganzen Einfluß auf die organisierten Arbeiter Englands aufzubieten, um jeder Unterstützung der Reaktion von Seiten Englands ein Ende zu machen und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die schmachvolle Blockade zu verhindern, mit welcher der britische und amerikanische Kapitalismus Sowjetdeutschland bedroht. Zugleich verurteilt der Kongreß mit tiefer Empörung die Tätigkeit der sozialdemokratischen Verräter, die durch ihren Verrat und Betrug den deutschen Kapitalisten die revolutionäre Bewegung niederringen halfen. Die deutsche Revolution ist kein alleinstehendes Ereignis nationalen Charakters; sie ist eine der

Phasen der Weltrevolution. Deshalb erklären wir uns mit ihr solidarisch und begrüßen unsere Genossen, die für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen.“

Gen. John Maclean schlug einen Zusatzantrag vor, der besagt, daß die B. S. P. ihre ganze Kraft aufbieten werde, um einen Generalausstand der gesamten britischen Arbeiterklasse hervorzurufen, falls die Verbündeten den Rhein überschreiten sollten. Die Resolution wurde mit dieser Abänderung einstimmig angenommen.

Darauf wurde ein Schreiben des gegenwärtig in England weilenden Vertreters der Kommunistischen Arbeiterpartei Amerikas verlesen, der sich an die britischen Arbeiter mit der Bitte wendet, die von Seiten der kapitalistischen Regierung Amerikas schweren Verfolgungen ausgesetzten amerikanischen Kommunisten zu unterstützen.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Kongreß seinem Protest gegen die amerikanische Regierung und seinem Mitgefühl für die Kommunisten Amerikas Ausdruck gab. Die Resolution erwähnte unter anderem die Affäre Debbs und beauftragte den Vollzugsausschuß, die Frage einer Nationalkampagne als Protest gegen die weiße Schreckensherrschaft in Ungarn, Deutschland und Amerika zu erörtern.

In einer Reihe von Resolutionen brandmarkte der Kongreß den Versailler Frieden als räuberischen Vertrag, dessen Bedingungen offene und geheime Annexionen, die Versklavung der kleinen Völkerschaften und ihre Verwandlung in klägliche Marionetten in den Händen der imperialistischen Großmächte enthalten. Der Kongreß gab seiner Entrüstung über die britische imperialistische Politik in Indien, Aegypten, Irland und anderen Ländern Ausdruck und wandte sich im Namen der Arbeiter Englands mit einer Begrüßung an die Völker dieser Länder. In Anerkennung der Tatsache, daß nur der Kommunismus dem Völkerkrieg ein Ende machen, allen Völkerschaften Unabhängigkeit gewährleisten und sie zu friedlicher Zusammenarbeit bewegen kann, wandte der Kongreß sich an alle Mitglieder der Britischen Sozialistischen Partei mit dem Aufruf, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Massen zum Kampf für den Sieg der Dritten Internationale in der ganzen Welt zu erheben.

Anlaß zu überaus interessanten Debatten über die Aufgaben und die Taktik der Partei gab die nachstehende, vom Gen. G. F. Hodgeson im Namen des Vollzugsausschusses beantragte Resolution:

„Der Kongreß der B. S. P. bestätigt nochmals, daß die Partei die kommunistische Plattform anerkennt. Unter den Bedingungen des gegenwärtigen Augenblicks ist dies ein überaus wichtiges Moment in ihrer Stellungnahme zur Regierung. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo das kapitalistische Regime gestürzt und eine kommunistische Gesellschaftsordnung errichtet werden muß, in welcher ein jeder für das allgemeine Wohl arbeiten und seinen Anteil haben wird an dem allgemeinen Arbeitsergebnis und an den allgemeinen Lebensgütern. Um dies zu erreichen, muß die Arbeiterklasse ihre

eigene ungeteilte Herrschaft anstelle der Herrschaft der Kapitalisten und Grundherren setzen und den Staat auf der Grundlage des Übergangs der Staatsmacht zu Arbeitersowjets umformen, die unmittelbar von den Durchschnittsarbeitern in den Betrieben zu wählen und der unmittelbaren Kontrolle der Arbeiter zu unterstellen sind. Der Kongreß hält die parlamentarischen Institutionen nicht für fähig, diese politische und soziale Revolution durchzuführen, da sie ihrem ganzen Wesen, ihrer Einrichtung und Tätigkeit nach ausschließlich dazu bestimmt sind, einzig und allein den Interessen der kapitalistischen Klassen zu dienen. Der Kongreß sieht in dem Zusammenschluß der Arbeiterklasse in solchen Sowjets und in deren direkter Aktion den einzigen Weg zur Verwirklichung der Revolution. Der Kongreß macht der Partei zur Pflicht, diese Ansichten unermüdlich unter der Arbeiterklasse zu verbreiten. Hierbei soll sie nächst anderen Mitteln auch das Parlament und andere zu vernichtende Institutionen als öffentliche Rednertribüne ausnutzen und auf diese Weise gemeinsam mit der III. Internationale, zu der sie gehört, der Arbeiterklasse helfen, die kommunistische Revolution durchzuführen und die kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten.“

Bei der Erörterung dieser Resolution traten auch Vertreter der noch immer zur B. S. P. gehörenden kleinen Gruppe auf, die das Programm des revolutionären Kommunismus nicht bedingungslos anerkennen will. Der bedeutendste Vertreter dieser Gruppe auf dem Kongreß, Gen. F. A. Broad, Vorsitzender des „Verbandes der Fachleute für Anfertigung wissenschaftlicher Instrumente“ brachte ein Amendement ein, das, ohne die Grundlagen des kommunistischen Programms — die Diktatur der Arbeiterklasse, das Sowjetsystem und die revolutionäre Massenaktion — zu verwerfen, mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Anwendung parlamentarischer und sogenannter „konstitutioneller“ Methoden betonte. Der Standpunkt der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder war jedoch ganz klar und unzweideutig. Der Zusatzantrag wurde mit 80 gegen 20 Stimmen abgelehnt und die Resolution des Vollzugsausschusses gelangte mit einer Mehrheit von 82 gegen 16 Stimmen zur Annahme.

Ein weiterer, nicht minder wichtiger Gegenstand der Erörterung auf dem Kongreß war die Frage der Vereinigung der Organisationen des linken revolutionären Flügels zu einer einzigen kommunistischen Partei. In dem Bericht, den der Verfasser dieses Artikels im Namen des Vollzugsausschusses erstattete, war der Gang der sich hinziehenden Verhandlungen während der letzten 9 Monate dargelegt. Ich berichtete eingehend über die verschiedenen Beratungen, die gemeinsam mit anderen Organisationen (mit der S. L. P., der Sozialistischen Arbeiterföderation (W. S. F.) und dem Sozialistischen Verband von Südwales) stattgefunden hatten und wies auf die Punkte hin, über welche Uneinigkeit herrschte. Wie sich früher oder später erwies, bezogen diese Punkte sich sämtlich auf Fragen der Taktik. Der auf dem Kongreß und auch durch die Abstimmung zum Ausdruck gekommenen Ansicht ihrer Mitglieder Rechnung tragend, erklärte die B. S. P. den Anschluß an die S. L. P. für notwendig, damit die revolutionäre Be-

wegung mit den organisierten Arbeitermassen in Verbindung bleibe. Jedoch, um nur den gewünschten Zusammenschluß zu erreichen, ging unsere Partei in diesem Punkt auf bedeutende Zugeständnisse ein. Auf Vorschlag der Delegierten der S. L. P. wurde beschlossen, die Frage der Beziehung der neuen Kommunistischen Partei zur Arbeiterpartei endgültig vermittels Referendum in der neuen Partei drei Monate nach deren Gründung zu entscheiden. Späterhin aber lehnte der Vollzugsausschuß der S. L. P. den ganzen Vorschlag ab und weigerte sich, Delegierte zur gemeinsamen Konferenz zu entsenden. Danach versuchte die B. S. P. wiederum Verhandlungen anzubahnen und machte sogar noch größere Zugeständnisse, so daß jetzt der Vereinigung aller Kommunisten nichts mehr im Wege stehen konnte. Sie willigte sogar ein, nicht auf der Entscheidung der Frage über den Anschluß an die S. L. P. im gesamtbritischen Maßstab zu bestehen, unter der Bedingung, daß den einzelnen Gruppen der kommunistischen Partei Autonomie gewährt werde, d. h. daß sie das Recht haben sollten, ihre Beziehungen zu den örtlichen Organisationen der Arbeiterpartei selbständig festzustellen, und daß wir als einzelne Mitglieder der kommunistischen Partei berechtigt sein sollten, die Idee des Anschlusses an die S. L. P. zu verfechten. Dieses Zugeständnis wurde jedoch nicht angenommen. Die S. L. P. erklärte mit Entschiedenheit, sie werde in keinem Fall in eine Vereinigung mit der B. S. P. willigen und zu unserem Bedauern mußten wir uns überzeugen, daß auch die W. S. F. keine Vereinigung wünschte. Es war aber für niemand ein Geheimnis, daß ein bedeutender Teil der Mitglieder der S. L. P. tief empört war über das Verhalten des Vollzugsausschusses der Partei zu dieser Frage. Der Vollzugsausschuß befand sich stark unter dem Einfluß der Parteitraditionen und der alten Feindschaft, die schon längst jede reale Grundlage verloren hat. Der erwähnte Teil der Mitglieder gab zu verstehen, daß er geneigt sei, die Verhandlungen mit der B. S. P. fortzusetzen. Angesichts dessen hat ich den Kongreß, falls er unsere bereits unternommenen Schritte in dieser Richtung billige, einen Beschluß in dem Sinne zu fassen, daß unwichtige Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Taktik kein Hindernis zur Vereinigung bilden können und uns zur Weiterführung der Verhandlungen zu bevollmächtigen. Der Kongreß nahm mit 90 gegen 16 Stimmen die von mir beantragte Resolution an und gab dem Vollzugsausschuß die erforderlichen Vollmachten. Man muß jedoch nicht glauben, daß die 16 Stimmen gegen den Antrag von Gegnern des Zusammenschlusses abgegeben wurden. Im Gegenteil, es waren die Stimmen der Genossen, die fürchteten, daß der Vollzugsausschuß nicht rasch genug handeln würde und die die Führung der Verhandlungen einer von dem Kongreß zu wählenden Sonderkommission zu übertragen wünschten.

Laut den letzten Nachrichten hat die Bewegung zugunsten einer Vereinigung bereits bestimmte Formen unter den Anhängern der S. L. P. angenommen. Die in Nottingham abgehaltene nichtoffizielle Konferenz der

S. L. P., welcher Vertreter sämtlicher Bezirke des Landes — darunter auch alle hervorragenden Literaten und Propagandisten der S. L. P. — beiwohnten, hat nunmehr einen Ausschuß gewählt, dem die Führung der Verhandlungen mit der B. S. P. zwecks Herbeiführung eines Zusammenschlusses übertragen worden ist. Wir müssen jetzt bestrebt sein, die Verhandlungen mit den anderen Organisationen wieder einzuleiten. Insofern es von uns abhängt, sollen keinerlei unwichtige Fragen der Taktik ein Hindernis zum restlosen Zusammenschluß aller Kommunisten bilden. Uebrigens haben unsere Ansichten über die Beziehungen der kommunistischen Partei zu der in der Arbeiterpartei verkörperten breiten Masse der organisierten Arbeiter in dem von Gen. Sinowjew im Namen des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Internationale veröffentlichten Schreiben „über den Parlamentarismus und den Kampf für die Sowjets“ voll Bestätigung gefunden. In diesem Brief wird die Notwendigkeit hervorgehoben, das bürgerliche Parlament als vorzügliche Tribüne zur Propagierung der Idee der proletarischen Revolution auszunutzen. „Im Lager des Feindes selbst — sagt Sinowjew — unterminieren sie (die Kommunisten) den Feind“. Genau in der Weise würden wir, in den Reihen der politischen Organisation der langsam erwachenden Massen weiland „unsere Feinde“ — die Sozialpatrioten und Opportunisten, die sich Führer nennen — „unterminieren“ und langsam, aber sicher die Massen für uns gewinnen.

*Albert Inkpin,*  
Sekretär der B. S. P.



**„Ein Sozialist, der in eine Bourgeois-Regierung eintritt, geht entweder zum Feind über oder er gibt sich in die Gewalt des Feindes. In jedem Fall trennt ein Sozialist, der Mitglied einer Bourgeois-Regierung wird, sich von uns, den kämpfenden Sozialisten. Er mag sich noch für einen Sozialisten halten, ist es aber nicht mehr; er kann von seiner Ehrlichkeit überzeugt sein, aber dann hat er nicht das Wesen des Klassenkampfes begriffen — nicht begriffen, daß der Sozialismus den Klassenkampf zur Grundlage hat.**

*Wilhelm Liebknecht.*

## *Der Kampf mit dem Hunger in Rußland.*

In dem Augenblick, wo der Hunger, als Ausdruck des Bankrotts der kapitalistischen öffentlichen Ordnung und als direkte Folge des imperialistischen Weltkrieges, zur Welterscheinung wird, ist es außerordentlich wichtig, die Geschichte des Kampfes mit der entsetzlichen Lebensmittelnot in Rußland zu verfolgen, welches zuerst dem Hunger gegenüberstand und zuerst die verschiedenen Systeme des Kampfes mit dem Hunger, die den verschiedenen sozialpolitischen Systemen entsprachen, erprobte. Dies zu tun ist um so notwendiger, als sich genügend Material für ein unparteiisches historisches Studium der Verpflegungsmaßnahmen in Rußland angehäuft hat und der Beleuchtung harret.

Die Geschichte des Kampfes mit dem Hunger in Rußland kann man in drei Perioden einteilen, die selbständige Bedeutung haben. Die erste Periode bezieht sich auf die Epoche der Zarenregierung, als das Land unter dem Druck des bürokratischen Polizeiregimes fast erstickte; die zweite bezieht sich auf die kurze Epoche der provisorischen Regierung, die die Diktatur der Bourgeoisie verwirklichte; die dritte endlich — auf die Epoche der Sowjetmacht, die der Ausdruck der Diktatur des Proletariats und der besitzlosen Bauernschaft ist.

Die Lebensmittelkrise war schon in den ersten Monaten des Weltkrieges fühlbar. Zu jener Zeit war die Verschärfung der Lebensmittelfrage nicht das Resultat des Mangels an Produkten, sondern das Resultat einer besonderen ökonomischen Konjunktur, die vom Kriege geschaffen war und sich als überaus günstig für die Entwicklung des Schiebertums erwies.

Zu der Zeit, als die Arbeiter und Bauern dem von den herrschenden Klassen angestifteten sinnlosen und verbrecherischen Kriege unzählige Opfer brachten, erwarben sich die Kapitalisten großen und kleinen Stils und die Gutsbesitzer bei den Militäraufträgen durch allerlei vorteilhafte Kombinationen mit den Staatspapieren und in Folge der Tendenz aller Marktpreise zu ununterbrochener Steigerung enorme Reichtümer. Besonders der Marktpreis des Getreides stieg in den ersten 9 Monaten des Krieges im Vergleich mit den Preisen für das Jahr 1913—1914, um 23 bis 109 %.

Ist es noch nötig, zu beweisen, daß die sich auf die Gutsbesitzerklasse und eine wenig zahlreiche Plutokratie stützende Zarenregierung organisch nicht imstande war, die nötige Feinfühligkeit in bezug auf die Lebensmittel-

not der breiten Arbeitermassen zu offenbaren. Diese Regierung mußte eine Wirtschaftspolitik durchführen, welche die herrschenden Klassen nicht der Möglichkeit beraubte, sich unbegrenzt und leicht zu bereichern.

Darum schenkte die Zarenregierung der unmäßigen Preissteigerung anfangs wenig Aufmerksamkeit. Darum ging sie anfangs an die Lösung der Lebensmittelfrage vom Standpunkt der Versorgung des Heeres und erst späterhin, als die Teuerung die Unzufriedenheit der Werktätigen hervorzurufen begann, machte sie den Versuch, der anwachsenden Lebensmittelkrise in ihrem ganzen Umfang beizukommen.

Es ist verständlich, daß im Zusammenhang damit die Maßnahmen der Zarenregierung auf dem Verpflegungsgebiet zufällig waren und den Charakter von Palliativmaßnahmen trugen. Die Hauptsache ist, daß sie nicht von dem Wunsche ausgingen, gegen die Krise der Lebensmittelfrage tatsächlich anzukämpfen, sondern von dem Bestreben, die Räuber und Schakale, die sich während des Krieges auf Kosten der besitzlosen Klassen bereicherten, nicht zu übervorteilen.

Die Organisation der Brotbeschaffung für das Heer vermittelte besonderer Bevollmächtigter, die in den meisten Fällen Vertreter der Landwirtschaft, d. h. an hohen Getreidepreisen interessierte Agrarier waren; die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide und gleichzeitig die Gewährung des Rechts an die Bevollmächtigten, diese Preise zu umgehen; die Regulierung des Handels mit Lebensmitteln durch die Gouverneure, denen das Recht gewährt wurde, die Taxen für die wichtigsten Produkte festzusetzen — das sind die Maßnahmen, zu denen sich die Zarenregierung auf dem Verpflegungsgebiet bis zur zweiten Hälfte des Jahres 1916 aufschwang. Die Besitzer von Produkten und Waren paßten sich schnell jeder Regierungsmaßnahme an und verwandelten sie schließlich in ein Mittel zu weiterer Preissteigerung.

Erst Ende 1916, als in den Städten und in den Industriezentren förmlicher Hunger auftrat, der eine Reihe von Ausständen in den Fabriken hervorrief, und als das Heer fast keine Vorräte mehr hatte, entschloß sich die Zarenregierung nach langem Schwanken, den Weg der zwangsweisen Entziehung des Getreides vermittelst gleichmäßiger Verteilung zu betreten.

Diese Maßnahme jedoch kam erstens zu spät — die Tage der zaristischen Selbstherrschaft waren schon gezählt — zweitens war sie den Kräften der Regierung, die sich auf eine kleine Clique von Kapitalisten stützte, nicht angemessen, da sie die Anwendung von bewaffneter Macht gegen die Bauernschaft erforderte, die der Krieg gelehrt hatte, nicht nur den Sinn der hohen Getreidepreise, sondern auch den Sinn revolutionärer Aktionen zu begreifen.

Wäre die Macht der Bourgeoisie keine scheinbare gewesen und hätte die provisorische Regierung sich auf eine reale Kraft stützen können, so wäre

der geplante Kurs der Verpflegungspolitik vielleicht von Erfolg gekrönt worden. Doch die Geschichte versagte „dem Esel die Hörner“.

Die Revolution hatte die Schöpferkraft der Arbeiterklasse geweckt, die bei halben Maßnahmen nicht stehen bleiben konnte. Was das revolutionär gestimmte Dorf anbelangt, so war die Bauernschaft, nachdem sie die politische Macht der Gutsbesitzerclique abgeworfen, bestrebt, auf jeden Fall auch die alten ökonomischen Ketten abzuschütteln, und zeigte gar keine Neigung für ein neues Joch.

Alles das zusammen führte zu der Notwendigkeit, zu lavieren. Einerseits erklärte die provisorische Regierung das Getreide für Staatseigentum und ging an die Einführung des staatlichen Getreidemonopols, andererseits war sie gezwungen, Zugeständnisse zu machen und die Verwirklichung der „Getreidereform“ in die Hände der Bauernschaft zu legen, die an dem freien Handel mit Getreide interessiert war; gezwungen, die Forderungen der hungernden Arbeiter in Betracht zu ziehen, und um das Dorf zu bestechen, machte die provisorische Regierung den Versuch, den Warenaustausch in Gang zu bringen, aber zu gleicher Zeit war sie, getreu den von ihr vertretenen Interessen der Bourgeoisie, außerstande, auch nur eine einzige Maßnahme durchzuführen, die reale Resultate hätte ergeben können.

Es ist kein Wunder, daß die Lebensmittelpolitik der provisorischen Regierung, die ihre Spitze gegen die Bauernschaft richtete und zu gleicher Zeit auf der Wahrung der Interessen des Industriekapitals beruhte, das die Beibehaltung des freien Handels und der früheren privatrechtlichen Beziehungen im Industrieleben erforderte, dasselbe Fiasko zu verzeichnen hatte, das auch alle Verpflegungsmaßnahmen der Zarenregierung erlitten hatten. Es ist bezeichnend, daß der Schlußakkord der Verpflegungstätigkeit der provisorischen Regierung in die Drohung ausklang, zur Herausholung des Getreides aus dem Dorf Gewalt anzuwenden. Die provisorische Regierung endete damit, womit auch die Zarenregierung geendet hatte, die dem Dorf ebenfalls mit Anwendung von Gewalt gedroht hatte; aber weder die eine noch die andere hatte die Möglichkeit, ihre Drohungen auszuführen.

Die Lebensmittelfrage verwandelte sich in einen verwickelten Knoten von politischen und ökonomischen Fragen, den nur jene Klasse durchhauen konnte, die an der Zerstörung des alten und an der Schaffung eines neuen sozialpolitischen Regimes ein Interesse hatte. Nur diese Klasse konnte dem freien Wettbewerb und dem freien Handel die Kraft des Staatszwanges, im Namen des Kampfes mit dem Hunger, entgegenstellen.

Allen Verpflegungsmaßnahmen der Zarenregierung war der freie Handel zugrunde gelegt, an dem nur einige unbedeutende Aenderungen vorgenommen wurden, und diese Maßnahmen ergaben, wie die Erfahrung zeigt, keine positiven Resultate. Der freie Handel und „das freie Spiel — der Wettbewerb der ökonomischen Interessen“ — konnten die Entwicklung der



Lebensmittelkrise nicht abwenden und schufen für das Anwachsen der letzteren unter den Bedingungen des Weltkrieges einen außerordentlich günstigen Boden.

Mit dem mißlungenen Versuch der Regierung, das Getreide auf dem Wege der zwangsweisen Entziehung zu beschaffen, endete die erste Periode des Kampfes mit der Lebensmittelkrise in Rußland. Mit der Bildung der provisorischen Regierung trat die Verpflegungspolitik in ein neues Entwicklungsstadium ein.

Die industrielle Bourgeoisie, die nicht wünschte, durch die unvermeidliche Erhöhung des Arbeitslohnes, die durch das beständige Steigen der Lebensmittelpreise hervorgerufen wurde, einen Teil ihres Gewinns aus der eigenen Tasche in die Tasche der Gutsbesitzer und reichen Bauern zu stecken, eröffnete einige Monate vor der Revolution einen Feldzug für die Festsetzung fester Getreidepreise und die Regulierung der Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln. Es ist natürlich, daß die Bourgeoisie, als sie die Macht ergriffen hatte, nicht zögerte, der Entscheidung der Lebensmittelfrage eine neue Wendung zu geben.

Durch das Märzgesetz von 1917 über das Getreidemonopol erklärte die provisorische Regierung das Getreide für Staatseigentum und stellte die Verpflichtung auf, die Getreideüberschüsse zu festen Preisen an die staatlichen Organe abzuliefern. Durch diesen Akt wurde in bezug auf die gleichmäßige Verteilung der Getreidelieferung der Zarenregierung ein bedeutender Schritt vorwärts getan; in den freien Handel, auf dessen Boden die Spekulation blühte und welcher die Lebensmittelschwierigkeiten hervorgerufen hatte, wurde die erste Bresche geschlagen; dabei wurden die Gutsbesitzer, welche die Macht verloren hatten, ebenso wie die Bauernschaft, zu Opfern verpflichtet, um die Lebensmittelkrise zu erleichtern.

Die industrielle Bourgeoisie, die das Staatsruder ergriffen hatte, stellte sich die Sache außerordentlich einfach vor. Sie dachte, man könne nach Festsetzung fester Preise für Getreide und Abschaffung des freien Handels mit Getreide die Produkte der Manufakturindustrie und der Urproduktion, die das Dorf brauchte, in den Händen der Spekulation lassen, ohne den freien Handel überhaupt und die kapitalistischen Grundlagen der Produktion zu stören, was die wirtschaftliche Knechtung der Landwirtschaft durch das Industriekapital bedeutet hätte.

Diese Klasse war die Arbeiterklasse, die zusammen mit der Bauernschaft im Oktober 1917 die Macht ergriff. Sie brauchte in bezug auf den räuberischen Appetit der Gesellschaftsgruppen, die sich am Kriege und an der Volksnot bereichert hatten, nicht Nachsicht zu üben, und das, wozu die Zarenregierung und die provisorische Regierung organisch nicht imstande waren, erwies sich für die Regierung der Arbeiter und Bauern als vollkommen möglich.

Alle Produkte müssen vom Staat registriert und nach dem Prinzip:

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, verteilt werden, alle Erzeuger müssen für die ihnen enteigneten Gegenstände einen gerechten festen Preis erhalten; die großen und mittleren Produktionsunternehmen müssen nationalisiert werden, ebenso wie der Privathandel. Das ist die Lebensmittelpolitik der Sowjetmacht, die die dritte Periode des Kampfes mit dem Hunger charakterisiert.

Die Feinde der Arbeiter- und Bauernregierung weisen darauf hin, daß der neue Kurs der Verpflegungspolitik Rußland nicht vom Hunger gerettet hat. Das ist wahr: der Hunger ist in Rußland während der letzten Jahre noch stärker geworden.

Was folgt aber hieraus? Etwa, daß die Verpflegungspolitik der Sowjetmacht nicht den Interessen der hungernden Bevölkerung entspricht? Oder daß der verwickelte Knoten der Fragen, die das Verpflegungsproblem bilden, sich verwirrt hat, die Fragen aber, von denen die Aufgabe der Verpflegung abgeleitet ist, noch nicht gelöst sind?

Für einen jeden muß es klar sein, daß der Hunger in Rußland deshalb nicht besiegt ist, weil die neue Gesellschaftsordnung, die an die Stelle des kapitalistischen Regimes tritt, unter unglaublichen Qualen geboren wird. Unter den gegenwärtigen Bedingungen den Hunger besiegen, das heißt endgültig und unwiederbringlich den Widerstand der Bourgeoisie brechen, die Folgen des imperialistischen Krieges und die wichtigsten negativen Seiten der gegenwärtigen Uebergangszeit überwinden und das politische wie das wirtschaftliche Leben auf vollständig neuen Grundlagen aufbauen.

Dies aber ist eine Aufgabe, die nicht in kurzer Frist ausgeführt werden kann, zu deren Lösung viele und viele Jahre nötig sind. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe wird dadurch vertieft, daß das vom eisernen Ring der Feinde umgebene Sowjetrußland gegenwärtig eine belagerte Festung vorstellt und die Arbeiter- und Bauernregierung heldenhafte Anstrengungen zu ihrem Selbstschutz machen muß.

Die Verpflegungspolitik der Sowjetmacht in bezug auf den gegenwärtigen Augenblick muß von einem anderen Gesichtspunkt aus abgeschätzt werden. Man muß sich fragen: was würden die werktätigen Massen unter den vom imperialistischen Kriege geschaffenen Bedingungen erhalten, wenn die Gutsbesitzerclique oder die Bourgeoisie die Macht in ihren Händen hätte?

Der freie Handel konnte die Lebensmittelkrise sogar in der Zeit nicht abwenden, als die Volkswirtschaft durch den Krieg noch nicht bis auf den Grund erschüttert war. Es versteht sich, daß er bei der jetzigen Entwertung des Geldes und der Warennot das Anwachsen der Lebensmittelnot erst recht nicht aufhalten könnte. Der freie Handel würde unter den gegenwärtigen Bedingungen nur die Freiheit des Profits sichern und die Versorgung der besitzenden Klassen verbessern, ohne den Werktätigen etwas zu geben.

Das Wenige, was der Erzeuger auf den Markt bringt, würde, wenn die Macht im Lande nicht den Arbeitern und Bauern gehörte, der Bourgeoisie zufallen. Ebenso würden den Besitzenden die kümmerlichen Warenreste zuteil werden, über die das Land gegenwärtig verfügt.

Die wichtigste Aufgabe der Verpflegungspolitik der Sowjetmacht ist: dem Arbeiter, dem ärmsten und mittleren Bauern alles, was irgend möglich, zu geben und der Bourgeoisie nur so viel zu geben, daß die Interessen der Arbeiter und Bauern nicht verletzt werden. Die Lösung dieser Aufgabe wäre bei Verzicht auf die oben angeführten Grundprinzipien der Verpflegungspolitik undenkbar.

Die Sowjetmacht gibt den Arbeitern und Bauern wenig, aber sie gibt alles, was sie hat, und von keiner anderen Macht würden sie das bekommen, was sie von ihr bekommen.

In bezug auf die Hauptfrage, die im Zentrum des Verpflegungsproblems steht, die Brotfrage, muß darauf hingewiesen werden, daß ungeachtet der Schwierigkeit, vom Bauern bei der völligen Entwertung des Geldes und dem Warenmangel Getreide zu bekommen, der Sowjetmacht das gelungen ist, was der Zarenregierung und der Provisorischen Regierung nicht gelingen konnte: die Getreidelieferungspflicht einzuführen. Im Laufe von zehn Monaten der Jahre 1917—1918 haben die Sowjetorgane vom Lande für die hungernde Bevölkerung nur 30 Millionen Pud bekommen, 1918—1919 (im Laufe eines Jahres) aber 110 Millionen Pud; während der gegenwärtigen Einkaufskampagne vom 1. August 1919 bis zum 1. Mai 1920 wurden 165 Millionen Pud Getreide eingeliefert.

Vom Bauern Getreide zu bekommen, ist die schwierigste Aufgabe. Die Sowjetmacht wird mit dieser Aufgabe von Jahr zu Jahr besser fertig — jetzt kann das schon festgestellt werden — folglich ist der Weg, den sie auf dem Verpflegungsgebiet gewählt hat, der richtige.

Der Hunger wird zu einer Welterscheinung. Ueberall versuchen die bürgerlichen Regierungen gegen denselben mit den Mitteln anzukämpfen, die von den herrschenden Klassen in Rußland angewendet wurden, und überall enttäuschen diese Mittel die hungrigen Arbeiter.

Die Arbeiterklasse Rußlands hat als erste die Macht in ihre Hände genommen. Mit Ueberwindung von ungeheuren Schwierigkeiten hat sie als erste den schweren Weg betreten, der in der Gegenwart zur Schwächung des Hungers auf Kosten der Bourgeoisie, in der Zukunft zur Beseitigung der Not führt. . . .

Die Arbeiter schreiten überall zur Macht; vom Hunger getrieben, werden sie im Kampf mit der Lebensmittelnot den Weg einschlagen, den die russischen Arbeiter gehen. Und der Hunger wird in der ganzen Welt besiegt werden! . . .

*A. Swiderski.*

# Korrespondenzen der „Kommunistischen Internationale“.

## Die kommunistische Bewegung in Bulgarien.

### I.

Bulgarien ist ein Land des bäuerlichen Kleingrundbesitzes. Daher wird ein Erfolg der kommunistischen Bewegung in Bulgarien allgemein für unmöglich gehalten, und die bulgarische Bourgeoisie versichert Europa gegenüber, daß der Bolschewismus in Bulgarien keinen Boden habe.

Trotzdem aber gibt es in Bulgarien eine starke kommunistische Bewegung, die ununterbrochen wächst.

Wo liegen die Gründe dieser Erscheinung, und welche Möglichkeiten hat die proletarische Revolution in Bulgarien?

Nach dem Friedensschluß dürfte die Bevölkerung Bulgariens 4 Millionen kaum übersteigen. Davon sind 80 % Bauern und 20 % Städter.

Der Privatgrundbesitz umfaßt ungefähr 45 Millionen Dekar und verteilt sich auf 495 000 Landwirtschaften, d. h. auf jede Wirtschaft kommen etwa 91 Dekar Land.

80 000	Wirtschaften	umfassen	je	bis	zu	20	Dekar	Land
145 000	„	„	„	„	„	20—50	„	„
175 000	„	„	„	„	„	50—100	„	„
95 000	„	„	„	„	„	100 und mehr	„	„

Der Großgrundbesitz zählt 936 Güter mit je über 1000 Dekar Land.

In sozialer Hinsicht werden die beiden ersten Wirtschaftsgruppen mit je bis 50 Dekar Land von den landarmen und landlosen Bauern bearbeitet, d. h. von den Bauern, die sich hauptsächlich mit Lohnarbeit beschäftigen oder zwar auch ihre eigenen Wirtschaften bestellen, aber dennoch zur Erwerbung ihres Lebensunterhalts genötigt sind, ergänzende Lohnarbeit zu suchen. Sie bilden die Klasse der dörflichen Proletarier und Halbproletarier.

Die dritte Gruppe wird von den Mittelbauern mit 50—100 Dekar Land gebildet; sie bearbeiten ihre Wirtschaften selbst, ohne bezahlte Arbeit; dies ist die Klasse des werktätigen Bauerntums.

Die vierte Gruppe mit 100 und mehr Dekar Land wird von den reichen Bauern gebildet, die zur Bearbeitung des Landes auch bezahlte Arbeitskraft verwenden; dies ist die Klasse der dörflichen Ausbeuter, der „Kulaks“.

Das Zahlenverhältnis dieser drei sozialen Gruppen im Dorfe (wenn man die arbeitende und die nicht arbeitende Bevölkerung zusammenzählt) stellt sich folgendermaßen dar: Landarme und Landlose 45 %, werktätige Bauern etwa 36 % und Dorfausbeuter — etwa 19 % der gesamten Dorfbevölkerung.

Die Stadtbevölkerung, die insgesamt nur etwa 900 000 Köpfe zählt, läßt sich ungefähr folgendermaßen einteilen: die proletarischen und armen Klassen bilden etwa 62 %, die werktätige Kleinbourgeoisie, die keine bezahlten Arbeitskräfte ausbeutet, etwa 25 % und die ausbeutende Bourgeoisie etwa 13 %.

Die Klasse der Arbeiter und Besitzarmen macht also im ganzen Lande mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus, die werktätige Klasse, die keine bezahlte Arbeit ausbeutet, etwa 33 % und die Klasse der Stadt- und Dorfbourgeoisie nicht mehr als 17 % der Gesamtbevölkerung. Die reine Proletarierklasse umfaßt mehr als 20 % der Gesamtbevölkerung. Dies ist ungefähr das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in Bulgarien.

Vor dem Kriege (1911) wurde das gesamte Nationalvermögen auf 10½ Milliarden Leu berechnet, die gesamten nationalen Einnahmen auf 1 650 000 000 Leu.

Die Handelsbilanz des Landes hatte im Jahre 1911 folgende Gestalt: Einfuhr 199 Millionen Leu, Ausfuhr 185 Millionen Leu. Drei Viertel der Einfuhr kamen auf Industrieerzeugnisse, vier Fünftel der Ausfuhr auf landwirtschaftliche Erzeugnisse.

## II.

Bis zum Balkankriege machten sich im Wirtschaftsleben keine besonderen Krisen bemerkbar. Die Industrie entwickelte sich recht intensiv und lockte die proletarischen städtischen und dörflichen Massen, insbesondere die Frauen und Kinder an. Die besitzarmen Bauern fanden ergänzende Beschäftigung für ihre Arbeitskraft auf den Eisenbahnen u. a. Die werktätigen Bauern aber führten schlecht und recht ihre Wirtschaft; obgleich die indirekten Steuern recht schwer lasteten, waren die Steuern im allgemeinen doch nicht unerträglich für die Massen. Massenelend und Unzufriedenheit traten nur als Folge von Mißernten auf.

Nach den Kriegen 1912—1918 aber hat diese Lage sich vollkommen geändert.

Das lebende und tote landwirtschaftliche Inventar ist teils vernichtet, teils abgenutzt. Infolgedessen wird jetzt eine bedeutend geringere Bodenfläche bebaut als vor dem Kriege. Ein Teil der werktätigen Bauern tritt also jetzt in die Kategorie der Besitzarmen über und ist genötigt, Ergänzungseinnahmen zu suchen und zur Lohnarbeit zu greifen; ebenso steht es mit dem größeren Teil der städtischen Kleinbourgeoisie. Andererseits hat sich das Gebiet der Anwendung bezahlter Arbeitskraft gegenwärtig bedeutend verringert: eine neue Industrie entwickelt sich nicht, die bereits bestehenden Industrieunternehmungen sind stark erschüttert, das Transportwesen ist zerrüttet und bedeutend eingeschränkt, der Bau von Eisenbahnen und Landstraßen, Hafenanlagen usw. vollkommen eingestellt. In den Städten und Dörfern herrscht starker Arbeitsmangel, der die Vorbedingungen für die Entwicklung der Verelendung schafft.

Gegenwärtig bringt das Land bedeutend weniger hervor als vor dem Kriege, und die Einfuhr übersteigt die Ausfuhr um das Dreifache. Die Staatsausgaben (die Zahlungen für die neuen Schuldverpflichtungen nicht miteingerechnet) sind im Jahre 1919 um 2 Milliarden 300 Millionen Leu gestiegen, die Staatsschulden haben nach den Angaben des bulgarischen Volkswirtschaftlers Geschew Ende 1919 die Summe von 27 Milliarden Leu erreicht. Der bulgarische Staatssäckel kennt keine anderen Quellen zur Deckung seiner laufenden Ausgaben als die Ausgabe immer weiterer Mengen Papiergeld. Infolgedessen wird der bulgarische Leu an der Schweizer Börse jetzt mit 6—7 Centimes bewertet. Die Finanzlage des Landes ist jetzt so verzweifelt, daß keine einzige bürgerliche Regierung es unternimmt, sie zu verbessern, und von ihrer Gesundung kann überhaupt keine Rede sein.

Die Hauptlast dieser Lage fällt auf die Arbeiter und Besitzarmen, die unter der entsetzlichen Teuerung niederbrechen. Alles ist durchschnittlich 25 mal teurer geworden. Die besitzarme Stadt- und Dorfbevölkerung ist absolut nicht imstande, ihr Leben zu fristen. Infolgedessen wurde es den Gemeindeverwaltungen zur Aufgabe gemacht, die Bevölkerung zu billigen Preisen mit Brot zu versorgen; aber auch diese Maßregel kann nicht durchgeführt werden, weil die Gemeindeverwaltungen nicht imstande sind, die hierfür erforderlichen riesigen Geldaufwendungen zu machen. Die Milch (8 Leu das Liter) ist für die Kinder des Proletariats vollkommen unerschwinglich, und die besitzarmen Klassen tragen ihre letzten Fetzen ab, die ihnen noch aus der Vorkriegszeit verblieben sind, da die Preise für Kleidung jetzt für sie vollständig unerschwinglich sind.

Auch das werktätige Bauerntum leidet Not. Obgleich die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ebenfalls gestiegen sind, sind doch die Preise für die Industrieerzeugnisse, die der Bauer braucht, in noch höherem Grade gestiegen. Außerdem fängt das Bauerntum erst jetzt an, die kolossalen Schulden des bankerotten Staats zu bezahlen, die mit ihrer ganzen

Schwere auf der Arbeit und dem Lande des Bauern lasten. Uebermenschliche Arbeit, grenzenlose Ausbeutung und Sklaverei harren seiner in der allernächsten Zukunft. \

Dafür aber fühlt die Bourgeoisie sich vortrefflich. Sie hat sich bereichert und bereichert sich in rasendem Tempo weiter. In den Händen einzelner Personen haben sich Kapitalien von amerikanischer Höhe angehäuft. Eine zahllose Menge von Banken und verschiedenen Aktiengesellschaften ist entstanden, im ganzen Lande geht eine wahnsinnige Spekulation vor sich, alles wird eingekauft und dann zu wahnsinnigen Preisen auf den Markt geworfen. Das flotte Leben und der Luxus, in dem die Geldsackaristokratie schwelgt, bildet einen grellen Kontrast zur düsteren Bettelarmut der Werktätigen.

Andererseits haben die bürgerlichen Parteien bei den Massen ihren ganzen politischen Kredit eingebüßt. Sie haben die „nationalen Ideale“, mit denen sie die Massen zu sich lockten, nicht nur nicht verwirklicht, sondern zwei Katastrophen nacheinander über das Land gebracht.

### III.

Gleich nach Abschluß des Waffenstillstands fühlten die bürgerlichen Parteien ihre Ohnmacht. Sie verlängerten das Regiment des Kriegszustandes und der Zensur und griffen zur Bevormundung durch die Okkupationstruppen der Entente. Gleichzeitig versuchten sie sich politisch umzuwandeln, indem sie mit den linken Parteien, die vor dem Kriege noch nicht regiert hatten, ein Bündnis eingingen, nämlich mit dem „Landwirtschaftsbund“ und den „breiten Sozialisten“. Diese Strategie der verkrachten Bourgeoisie war von Erfolg gekrönt. Da die Unzufriedenheit der Massen noch nicht Zeit gefunden hatte, die Form eines bestimmten revolutionären Programms anzunehmen, so konnten die „breiten Sozialisten“ und der Landwirtschaftsbund die Rolle eines Ventils spielen. Und in der Tat hat diese Koalition, in der die Mehrheit den linken Parteien gehört, ein ganzes Jahr lang ohne Unfall regiert und das Emporflammen des Volksunwillens zurückgehalten.

Die Ersten unter den „Linken“, die ins Wanken gerieten, waren die „breiten Sozialisten“. Die städtischen Arbeitermassen, die alles Elend unmittelbar fühlten und in ideeller Hinsicht aufnahmefähiger waren, gerieten als erste unter den Einfluß der Kommunistischen Partei und bildeten ihr revolutionäres Bewußtsein aus. Sie machten sich rasch von den „breiten Sozialisten“ los. Diese wurden infolgedessen auch für die Bourgeoisie wertlos, und sie entfernte diese Partei von der Macht. Die Partei der „breiten Sozialisten“ ist heute schon ein politischer Leichnam. Ihre Führer, in den Augen der breiten Massen mit Schande bedeckt und von der Bourgeoisie hinausgeworfen, waren genötigt, die Vereinigung mit der

Kommunistischen Partei zu suchen. Letztere reichte allen gesunden Arbeiterelementen und Organisationen dieser Partei, die das Programm und die Kampfmethoden der Kommunistischen Internationale annahmen, die Bruderhand, erklärte aber, daß sie sich mit den schmachbedeckten und verkrachten Sozialverrättern, den Führern dieser Partei, nicht vereinigen könne. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die volle und endgültige Vereinigung und der Zusammenschluß aller Arbeits- und Revolutionskräfte Bulgariens unter der Fahne des Kommunismus eine Frage der allernächsten Zukunft ist.

Nachdem der Stern der „breiten Sozialisten“ untergegangen ist, kommt die Reihe nun an den Landwirtschaftsbund. Auf Grund der Unzufriedenheit der Bauernmassen mit der Regierung der bürgerlichen Parteien entstanden, erstarkte der Bund in der Zeit der Wirtschaftskrisen und wurde nach ihrer Liquidierung schwächer. Als Vertreter der Massenbewegung hatte er ein demokratisches Programm, aber als Sprachrohr der Interessen des zurückgebliebenen Dorfes gab er diesem Programm einen reaktionären sozialen Inhalt. Während des Krieges stimmte der Landwirtschaftsbund für die Kriegskredite und unterstützte die Regierung, mit Verzicht auf eine oppositionelle Tätigkeit. Und erst gegen Ende des Krieges, als der Bankrott der Regierung schon offensichtlich war, erneuerte er seine oppositionelle Tätigkeit.

Um diese Zeit aber war eine wesentliche Wandlung vor sich gegangen. Die Dorfbourgeoisie war während des Krieges reich geworden, sowohl durch die Preissteigerung auf landwirtschaftliche Produkte als auch durch das Spekulieren mit ihnen. Sie siedelte in die Stadt über, mischte sich in die Handelsgeschäfte, begann an der Gründung von Banken und Aktiengesellschaften teilzunehmen. Infolgedessen fühlte sie die gewaltige Bedeutung der Macht für ihre Interessen und auf diese Weise stieg ihr Appetit nach der Macht. Nach dem Krach der bürgerlichen Parteien war der Landwirtschaftsbund hierzu das einzige geeignete Werkzeug. Da er bis dahin noch nicht an der Macht gewesen war, hatte er bei den breiten Massen noch Kredit, und als ein landwirtschaftlicher Verband sicherte er der Dorfbourgeoisie die volle Herrschaft in seinem Schoße. Der Versuch des Begründers und anerkannten Führers dieses Verbandes, Dragijew, den kleinbäuerlichen und demokratischen Charakter des Verbandes zu bewahren, endete mit einem vollen Mißerfolg, und Dragijew selbst wurde von den Kulaks, Krämern und der Dorfbourgeoisie aus dem Verband hinausgeworfen. Der einzige Führer des Verbandes blieb Stamboliski. Er verkörpert am besten das Streben der unwissenden Dorfbourgeoisie und der Dorfwucherer nach der Macht und besitzt die Fähigkeit, durch demagogische Maßnahmen das unbewußte und unaufgeklärte Bauerntum an sich zu fesseln.

Die bürgerlichen Parteien, durch die heranrollende Woge des Kom-



munismus erschreckt, schlüpfen unter den Flügel des Landwirtschaftsbundes. Gleichzeitig aber machten sie es sich zur Aufgabe, ihn zu zähmen und dazu zu überreden, daß er die Macht mit ihnen teile. Sie haben den Verhand auch tatsächlich verbürgerlicht, der seinerseits durch die Verstärkung der Macht der kommunistischen Parteien genötigt war, eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien einzugehen und im Bunde mit ihnen zu regieren.

So neigt sich denn die politische Laufbahn des „Landwirtschaftsbundes“ gegenwärtig bereits ihrem Ende zu. Er hat sich allerdings als standhafter erwiesen, als die „breiten Sozialisten“, weil die Bauernmassen auf politische Veränderungen langsamer reagieren als das Stadtproletariat, aber auch sein Sturz ist schon in nächster Zukunft unvermeidlich. Denn es genügt nicht, mit den Fäusten gegen die Kommunisten zu fucheln und dadurch das Entzücken der ganzen Bourgeoisie hervorzurufen; man wird an die unaufschiebbaren Geschäfte gehen müssen, an die Lösung der brennend gewordenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme; da aber der Bund nichts leisten können, sondern nur der Bourgeoisie das Recht gewähren wird, zu rauben, so wird die Krisis sich immer mehr zuspitzen und die Unzufriedenheit der Massen immer höher anwachsen. Der Landwirtschaftsbund hat die städtischen Massen bereits gegen sich aufgebracht. Auch der größere Teil der Landbevölkerung ist mit ihm unzufrieden. Bald wird seine Tätigkeit auch die übrigen Bauern von ihm abstoßen.

Die Bourgeoisie hat in den Städten den Boden verloren, bald wird sie auch der Unterstützung des Dorfes verlustig gehen. Vor der Bourgeoisie dehnt sich nur noch ein offener Abgrund aus.

#### IV.

Die Kommunistische Partei Bulgariens versteht vortrefflich die gegenwärtige revolutionäre Situation und ist sich ihrer revolutionären Aufgaben voll bewußt. Es handelt sich nicht um große oder kleine Reformen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft, die ganze Macht muß den Händen der Kapitalisten entrissen werden, um die Macht der Werktätigen zu organisieren — es muß eine Diktatur der Arbeiter und besitzarmen Bauern eingesetzt werden als Mittel zur Verwirklichung des Kommunismus. Als Form dieser Diktatur kommt nur die Macht der Arbeiter- und Bauernsowjets in Frage. Von diesem revolutionären Geist ist die ganze Agitations- und Propagandatätigkeit der Kommunistischen Partei Bulgariens durchtränkt. Die kommunistischen Losungen sind unter den Massen weit verbreitet, und diese treten gern unter die roten Fahnen der Partei. Die Bourgeoisie sägt durch ihre wahnwitzige Habgier selbst den Ast ab, auf dem sie sitzt, die Kommunistische Partei aber bereitet eifrig die Kräfte vor, die die Bourgeoisie in den Abgrund stürzen werden.

Die Partei hat sich bemüht, die Verbindung mit den anderen kommunistischen und sozialistischen Parteien der benachbarten Balkanländer wieder anzuknüpfen. Es ist ihr gelungen, eine kommunistische Balkankonferenz einzuberufen, die im Januar 1920 in Sofia stattfand und an der Delegierte der Kommunistischen Partei Bulgariens, der Jugoslawischen und der Griechischen Sozialistischen Partei teilnahmen; hier wurde die Kommunistische Balkanföderation erneuert. Die Rumänische Sozialistische Partei wurde verhindert, an der Konferenz teilzunehmen, aber wir zweifeln nicht, daß auch sie sich anschließen wird. Die Kommunistische Balkanföderation soll als erster Verteidigungswall der Balkanrevolution gegen die internationale Konterrevolution dienen.

## V.

Bereits seit der Abspaltung von den „breiten Sozialisten“ im Jahre 1903 haben die bulgarischen revolutionären Sozialisten, die „Tesnjaki“, folgende Hauptpunkte des revolutionären Sozialismus angenommen:

1. Unversöhnlicher Klassenkampf im Gegensatz zur Zusammenarbeit der Klassen oder zur Koalition;
2. Kampf für die Entwicklung der Endziele des Sozialismus im Gegensatz zum Reformismus und Opportunismus;
3. Einheit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung des Proletariats im Gegensatz zur Neutralität der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter.

Um die entstehende Arbeiterbewegung auf dieser Grundlage zu organisieren, bedurften die „Tesnjaki“:

- einer festgeschlossenen disziplinierten Partei;
- der eifrigsten Propaganda der Ideen des revolutionären Sozialismus;
- des engen Zusammenschlusses der Partei mit den Gewerkschaften.

Bei der Durchführung ihres Programms auf diesen drei Gebieten stießen sie auf den Individualismus eines Teils der Parteintellectualen und auf die kleinbürgerliche Ideologie der Handwerker, so daß sich von der Partei einige Gruppen — übrigens mit beschränkter Mitgliederzahl — abtrennten. Diese Gruppen fanden ihren Platz in den Reihen der „breiten Sozialisten“.

Auf diese Weise, um den Preis beständiger Selbstkritik und scharfen inneren Kampfes, hat sich die bulgarische sozialdemokratische Partei der Tesnjaki gebildet, die trotz ihrer geringen Mitgliederzahl eine in Disziplin, theoretischer Vorbereitung und Aktivität ihrer Mitglieder mustergültige Organisation darstellte.

Angesichts der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit des Landes und der geringen Zahlenstärke des Proletariats konnte der politische Einfluß der bulgarischen revolutionären Sozialdemokratie nicht groß sein. Die

Tesnjaki begriffen das vortrefflich und strebten daher niemals nach raschem zahlenmäßigen Wachstum. Sie machten alle Anstrengungen, um ihren Einfluß unter dem sich rasch vermehrenden Proletariat auszubreiten, es im Klassengeist zu organisieren und zu erziehen, und setzten alle ihre Hoffnungen auf eine Verstärkung ihres politischen Einflusses im Lande lediglich auf dieses Proletariat.

Im Jahre 1903 organisierte die bulgarische nationalistische und monarchistische Bourgeoisie den sog. mazedonischen Aufstand, der das Vorspiel zum Kriege mit der Türkei sein sollte. Wir haben eifrig gegen dieses Abenteuer agitiert, die Eroberungsgelüste der Bourgeoisie und des Monarchismus aufgedeckt und auf alle Gefahren hingewiesen, die dem bulgarischen Volke infolge einer solchen Politik drohten.

Im Jahre 1908, nach der Erklärung der bulgarischen Unabhängigkeit, kam es zur Krisis. Die Tesnjaki stellten die bulgarischen Monarchisten und Imperialisten abermals an den Pranger, die unter dem Vorwand des Kampfes für die „Unabhängigkeit“ Bulgariens, in Wirklichkeit das Land in noch größere Abhängigkeit vom russischen Absolutismus brachten und dem österreichisch-ungarischen Imperialismus die Möglichkeit gaben, sich durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina auf dem Balkan festzusetzen.

Als der tripolitanische Krieg ausbrach, witterte die Balkanbourgeoisie das Herannahen eines günstigen Augenblicks für den Beginn der Aktionen gegen die Türkei und begann eifrig den Krieg vorzubereiten. Gleichzeitig verstärkte sich auch die Bewegung zugunsten eines Bündnisses der Balkanvölker. Die Tesnjaki täuschten sich nicht über die Bedeutung dieser Umstände: sie sahen die ganze Gefährlichkeit dieser Verschwörung der Balkandynastien und der Bourgeoisie mit dem russischen kriegerischen Absolutismus gegen die Freiheit der Balkanvölker und begannen einen erbitterten Kampf sowohl gegen die russischen Ansprüche auf den Balkan als auch gegen die Eroberungsabsichten der Balkanbourgeoisie. Kurz vor Ausbruch des Balkankrieges erließen die Tesnjaki einen Aufruf, der eine prophetische Warnung enthielt, die durch die weitere Entwicklung der Ereignisse vollaus gerechtfertigt worden ist.

Bis zu dieser Zeit war der Einfluß der revolutionären Sozialdemokratie in Bulgarien noch zu schwach gewesen, um den Politikastern der herrschenden Klassen die Hände zu binden. Die Volksmassen waren zu sehr vom Nationalismus vergiftet, zu uneinig und zu träge, um dem kriegerischen Monarchismus und Imperialismus irgendwie Widerstand zu leisten.

Die Balkankriege haben diese Lage jedoch von Grund aus geändert. Sie haben dem Monarchismus und Militarismus einen furchtbaren Schlag versetzt, die volle Untauglichkeit und Stumpfsinnigkeit der bulgarischen Bourgeoisie enthüllt und die Möglichkeit geschaffen, die Klassengegensätze zwischen den Arbeitermassen und der Bourgeoisie zu vertiefen. Gleichzeitig wuchs auch das Ansehen der revolutionären Sozialdemokratie, und

Ihr Einfluß auf die breiten Volksmassen machte sich zum erstenmal fühlbar. Soweit man nach den Wählerstimmen überhaupt auf den Einfluß der Partei schließen kann, lassen sich folgende Zahlen als Beweis für das plötzliche Anwachsen dieses Einflusses anführen: 1908 erhielten die Tesnjaki nur 3000 Stimmen; 1911 wurden für sie 13 500 Stimmen abgegeben; 1912 — 14 000, nach dem Balkankriege aber 52 000 Stimmen, was ihnen 18 Mandate verschaffte. Drei Monate später hatte der unerhörte Terror der Regierung die Zahl der Stimmen doch nur auf 43 000 herabdrücken können.

Durch das ganze Land war bereits eine gewaltige sozialistische Woge gerollt, und in allen Lebensfragen des Landes hatte das Verhalten der revolutionären Sozialdemokratie große Bedeutung. Im Parlament führte unsere Gruppe einen unversöhnlichen Krieg sowohl gegen die deutschfreundliche Regierung als auch gegen die russenfreundliche Bourgeoisie und die kleinbürgerliche Opposition. Wir stellten die kriegerische Politik der beiden bürgerlichen Lager an den Pranger. Trotz des Kriegszustandes entfaltete die Partei eine äußerst ausgedehnte Agitation gegen die Verstrickung des Landes in den Krieg und entwickelte eine gewaltige Volksbewegung gegen die Pläne des Monarchismus und aller bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien. Kurz vor der Mobilmachung veröffentlichten wir einen energischen Aufruf gegen den Krieg. Diese Agitation zeitigte gute Ergebnisse: die Mobilmachung verlief flau, und die Mobilgemachten fügten sich nicht in die Disziplin. Die erschreckte Regierung griff darauf offen gegen die Partei ein, indem sie die ganze Parlamentsfraktion, die den Aufruf unterzeichnet hatte, verhaftete.

## VI.

Die darauffolgenden militärischen Siege veranlaßten die russenfreundliche Opposition, ihre Fahne einzuziehen und die „heilige Einheit“ zu verkünden; auch die „breiten Sozialisten“ machten keine Ausnahme. Die Kommunistische Partei jedoch blieb der geschworene Feind des Krieges. Sie lehnte alle Kriegskredite ab, widersetzte sich in kategorischer Weise allen Kriegsmaßnahmen und blieb in den kritischsten Augenblicken unerschütterlich auf ihrem revolutionären Posten. Sie war der Ansicht, daß nur eine revolutionäre Empörung der Massen den Krieg beendigen könne und glaubte fest daran, daß der imperialistische Krieg das Element der proletarischen Revolution aufwühlen werde. Darum führte sie sowohl an der Front als auch im Lande eine revolutionäre Propaganda und machte jenseits der Grenzen alle Anstrengungen zur Wiederherstellung der revolutionären Internationale. Ihre revolutionären Aktionen verstärkten sich besonders nach der russischen Revolution, und im höchsten Maße nach dem Oktober. Sie verstand sowohl an der Front als auch im Lande bolschewistische revolutionäre Losungen zu verbreiten und schuf eine revolutionäre Stimmung an der Front. Dies alles brachte die Regierung sowie alle

bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien auf. Alle Parteien, von den Regierungsparteien bis zu den Sozialpatrioten einschließlich, vereinigten sich zum Kampf gegen den Bolschewismus und die bulgarischen Bolschewiki. Es begannen Massenverhaftungen, tendenziöse Prozesse, grausame Urteilssprüche und Erschießungen an der Front.

## VII.

Unter solchen Umständen trat der Zusammenbruch an der Front ein (15. September 1918). Die Stimmung unter den Truppen war derart, daß sie beim ersten unbedeutenden Mißerfolg die Front verließen und in Unordnung nach Hause eilten. In der Umgegend von Sofia kam es zur sog. Radomirschen Meuterei, an der unsere Partei keinen unmittelbaren Anteil nahm. Das gab einigen den Anlaß, ihr Mangel an revolutionärem Geist vorzuwerfen. Eine derartige Beschuldigung ist jedoch vollkommen unhaltbar. Die von der Kommunistischen Partei angestrebte Revolution war damals undenkbar, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Streitkräfte der Entente folgten unseren weichenden Truppen auf den Fersen und konnten schon nach zwei Tagen in Sofia sein. Die geringe territoriale Größe Bulgariens gab der Revolution nicht die Möglichkeit, sich unter dem Feuer der zahlreichen feindlichen Truppen, die im Anmarsch waren, zu entfalten und zu befestigen. Für sie war eine kleine Soldatenmeuterei vorteilhaft, die die Widerstandskraft des Landes endgültig lähmte, aber eine Arbeiter- und Bauernrevolution hätten sie keine Stunde lang geduldet.

2. In Sofia standen starke deutsche Truppenteile, besonders Artillerie, die gegen die meuternden Gruppen geschickt wurden und sie aufs Haupt schlugen. Unter der deutschen Okkupation war in Bulgarien keine Revolution möglich.

3. Die kommunistische Organisation der Tesnjaki zählte zu dieser Zeit im ganzen Lande nicht mehr als 600 nicht mobilgemachte Mitglieder, von denen sich in Sofia nicht mehr als 50 befanden. Zudem gab es infolge des Fehlens einer Munitions- oder sonstigen Kriegsindustrie in Sofia kein konzentriertes Proletariat. Unter solchen Umständen war die Partei machtlos, irgendeine Massenaktion zu unternehmen. Die Meuterei selbst aber war zu kurz, um Zeit und Möglichkeit zur Entfaltung irgendeiner Tätigkeit zu gewähren.

4. Die Soldaten, die an der Meuterei teilnahmen, waren größtenteils Bauern, die den brennenden Wunsch hegten, nach Hause zurückzukehren. Sie waren nach Sofia gekommen, weil ihr Weg über diese Stadt führte. Sie hatten bei Sofia Halt gemacht, weil die Regierung Angst vor ihnen hatte und, nachdem es ihr nicht gelungen war, sie zur Rückkehr an die Front zu bewegen, sie mit Maschinengewehren und Kanonen empfing. Sie

gingen mit den Waffen in der Hand gegen Sofia vor, weil sie auf andere Weise nicht nach Hause ziehen konnten. Selbst wenn es ihnen gelungen wäre, Sofia einzunehmen, so hätten sie sich doch zerstreut. Es handelte sich eben um eine bloße Meuterei, die im besten Fall dem Landwirtschaftsbund hätte zur Macht verhelfen können, der ohnehin jetzt in Bulgarien regiert. Keinesfalls aber hätte sie sich zur proletarischen Sowjetrevolution entwickeln können, von der im parlamentarischen Bulgarien überhaupt keine Rede sein konnte.

Nachdem die Meuterei unterdrückt worden war, noch bevor die Ententetruppen in Sofia eintrafen, verzichtete Zar Ferdinand auf den Thron. Der Landwirtschaftsbund leistete dem neuen Zaren den Treueid und bewies dadurch, daß er nur gegen den Zaren Ferdinand, nicht aber gegen den Monarchismus überhaupt war. Und gegenwärtig vertragen die Führer des „Landwirtschaftsbundes“ sich vortrefflich mit dem Zaren Boris und dienen ihm als seine Minister.

Die militärische Okkupation unseres Landes durch die Truppen der Entente schuf äußerst schwierige Kampfbedingungen für unsere Partei. Die Militärdiktatur und die Zensur blieben in Kraft. Trotz alledem begann für die Partei eine Periode fieberhafter Tätigkeit.

Vor allem mußten die Organisationen wiederhergestellt, angefeuert, entwickelt und den Bedingungen des Massenkampfes angepaßt werden, das revolutionäre Bewußtsein unter den demobilisierten und aufrührerisch gestimmten Massen mußte entwickelt werden, die ununterbrochen den Reihen der Partei zuströmten und in kurzer Zeit die bis dahin nur kleine Partei in eine mächtige revolutionäre Organisation verwandelten. So gehörten z. B. bis zur Mobilisierung (1915) dem Bestande der Partei 82 Stadt- und 22 Dorforganisationen mit insgesamt 3435 Mitgliedern an, zum 1. Mai 1919 jedoch waren weitere 582 Organisationen mit insgesamt 21 577 Mitgliedern hinzugekommen. Auf diese wichtige Aufklärungs- und Organisationsarbeit war die ganze Aufmerksamkeit der Partei konzentriert, die sich bereits einen machtvollen und vortrefflich arbeitenden Organisationsapparat hatte schaffen können, der sich ständig vervollkommnete und eine unermüdliche mündliche und schriftliche Propaganda betrieb. Dies alles geschah unter großen Massenaktionen und politischen Kämpfen.

Die Bergleute aus den Kohlengruben von Pernik gerieten in Erregung und forderten eine Aufbesserung ihrer Lage. Die bulgarische Bourgeoisie begann eine niederträchtige Kampagne gegen diese Bewegung, indem sie die bewußte Lüge verbreitete, die Entente habe infolge des Streiks der Kohlenarbeiter die Heimsendung unserer Gefangenen eingestellt. Und die „breiten Sozialisten“ (Menschewiki), deren Führer J. Sakisow Arbeits- und Industrieminister war, suchten die mächtige gewerkschaftliche Organisation der Kohlenarbeiter wie auch unsere Parteiorganisation durch schmutzige Intrigen zu zerstören. Die Kohlenarbeiter wurden militarisiert, man provo-

zierte sie systematisch, bis es den Behörden schließlich gelang, einen Zwischenfall hervorzurufen, den die Regierung mit Unterstützung der Menschewiki ausnutzte, um gegen die Kohlenarbeiter Truppen mit Artillerie und Maschinengewehren abzusenden, in der Absicht, unsere Organisation zu zertrümmern, sowie einige hundert der bewußten Arbeiter zu verhaften und sie in die Festung „Sliwniza“ zu schicken. Gleichzeitig leitete sie ein Gerichtsverfahren gegen die Führer ein und forderte ihre Verurteilung zum Tode.

Dieser gemeine Ueberfall der Regierung entfesselte einen Sturm von Unwillen und Protest im ganzen Lande. Die Eröffnung des Gerichtsprozesses in Sofia gab Anlaß zu ununterbrochenen Demonstrationen. . . . Unter ihrem Einfluß und unter dem Eindruck des siegreichen Vordringens der roten Truppen in der Ukraine im Frühjahr 1919 endete der Prozeß mit einem verhältnismäßig milden Urteilsspruch. Die Organisation der Kohlenarbeiter aber erstarkte noch mehr und in ihr stieg der Einfluß unserer Partei.

Der 1. Mai verwandelte sich in eine grandiose Volkskundgebung der werktätigen Massen im ganzen Lande. Die Regierung war genötigt, in dieser Frage nachzugeben und die Manifestation zu gestatten. An diesem Tage stand die ganze Produktion im Lande faktisch still, alle Regierungsinstitutionen waren geschlossen, und das ganze werktätige Volk demonstrierte unter unseren revolutionären Fahnen.

Zum 27. Juli wurden von der Partei überall Kundgebungen und Protestversammlungen gegen die reaktionäre Politik der Regierung und für unsere kommunistischen Parteilosungen organisiert. An den Versammlungen und Demonstrationen sollten auch unsere ländlichen Organisationen und Gruppen teilnehmen. In dieser unserer Parteikundgebung erblickte die Regierung den Beginn der Revolution. Der „sozialistische“ Minister Pastuchow, der den Anspruch erhob, der Noske des Balkans zu werden, verbot nicht nur die Versammlungen, sondern brachte buchstäblich die ganze Militärpolizei des Landes auf die Beine und befahl den Revolutionsversuch der Tesnjaki um jeden Preis zu ersticken. Er vereinigte um seine „rettende“ Tätigkeit die ganze Bourgeoisie, indem er alle bürgerlichen Parteien aufforderte, den Truppen beizustehen; seiner Partei der „breiten Sozialisten“ übertrug er die Ehrenmission, den Spionagedienst zu organisieren. Das werktätige Bulgarien, das beschlossen hatte, am 27. Juli mit unbewehrten Händen zu demonstrieren, sah sich von allen Seiten durch eine riesige Militärmacht belagert. Die Arbeiter wurden zu Empörern gestempelt, jeder, der sich auf der Straße zeigte, in Haft genommen, und so konnte denn in Sofia und anderen Städten die Demonstration nicht stattfinden. Das Zentralkomitee ordnete an, unnütze Opfer zu vermeiden und sich den örtlichen Bedingungen anzupassen. Trotzdem haben die Demonstrationen in vielen Städten stattgefunden, wobei es hier und da zu blutigen Zusammenstößen kam.

Die „breiten Sozialisten“ hatten sich als verzweifelte Gegenrevolutionäre gezeigt und waren in den Augen der werktätigen Massen endgültig erledigt. Alle ihre Beziehungen zu den Massen waren gelöst. Die Gesetzgebungswahlen, die auf den 17. August angesetzt waren, haben dafür einen glänzenden Beweis geliefert.

Zu dieser Zeit wurde das Land von einer Woge von Mißständen überschwemmt. Die Arbeiter fast aller Gattungen streikten zwecks Erhöhung des Arbeitslohns, und alle Ausstände verliefen und endeten mit vollem Erfolg. Infolgedessen erstarkten die Gewerkschaftsorganisationen beträchtlich.

Unsere Partei, die bereits in eine kommunistische umgetauft worden war, hütete sich vor Überschätzung des Wahlzettels und des bürgerlichen Parlaments, in dem wir stets eine Waffe der Bourgeoisie gesehen haben, beteiligte sich aber nichtsdestoweniger energisch am Wahlkampf, den wir lediglich als Mittel zur Bloßstellung der Bourgeoisie und als Agitationsmittel für unsere revolutionären Losungen ansahen. Am bemerkenswertesten war unser Einfluß im Dorfe. Die Landproletarier und die ärmsten Bauern begrüßten unser Auftreten mit unerhörtem Enthusiasmus. Die ganze Wahlkampagne verwandelte sich in einen einzigen ununterbrochenen kommunistischen Triumph. Das werktätige Volk wollte keine anderen Redner anhören, es jagte sie fort und verfolgte sie an manchen Orten sogar. Die Wahlen gaben dem „Landwirtschaftsbund“ 190 000 Stimmen — 85 Mandate, den Kommunisten 120 000 Stimmen — 47 Mandate und den Polizeisozialisten 80 000 Stimmen mit 39 Mandaten. Das bedeutete eine Niederlage sowohl für den Landwirtschaftsbund als auch für die Partei der „breiten Sozialisten“, denn jeder von ihnen hatte erwartet, daß er die Mehrheit bekommen werde. Am wichtigsten aber war der Umstand, daß fast in allen Städten die Partei der Kommunisten an der Spitze marschierte, während die breiten Sozialisten in den Hintergrund gedrängt waren. Das war eine wohlverdiente Ohrfeige, die das städtische Proletariat ihnen für ihre verräterische Politik verabreichte.

Gleich nach den Wahlen entstand infolge der Wohnungsnot in Sofia die Bewegung der Wohnungslosen. Die von Sinnen gekommene „breitsozialistische“ Polizei feuerte auf die Arbeiter und tötete drei von ihnen. Eine schreckliche Erbitterung bemächtigte sich der werktätigen Massen. Bei der Beerdigung dieser Opfer kämpfte eine vieltausendköpfige Menge auf den Straßen mit den Truppen und der Polizei, um sich den Weg zum Friedhof freizumachen.

Im September, anlässlich der Übergabe der Friedensbedingungen an unsere Friedensdelegation, veranstaltete die Kommunistische Partei Bulgariens abermals im ganzen Lande grandiose Versammlungen und Demonstrationen. Diesmal zog die Regierung es vor, sich nicht einzu-



mischen, obgleich wir in schonungslosester Weise die mörderische und verräterische Politik der bulgarischen Bourgeoisie geißelten.

Zum 25. Mai 1919 wurde der Jahreskongreß der Partei einberufen, — zum erstenmal nach der Demobilmachung. Dieser Kongreß zeigte das gewaltige Wachstum der Partei in jeder Beziehung; er wird aber auch deshalb denkwürdig bleiben, weil die Partei hier ihr neues Revolutionsprogramm annahm, sich Kommunistische Partei nannte und sich einmütig der III. Internationale in Moskau anschloß. Die Sitzungen des Kongresses bildeten eine fortwährende Manifestation für die kommunistischen Losungen. Auf diesem Kongreß wurde auch die sogenannte antiparlamentarische Strömung in der Partei liquidiert. Die Kommunistische Partei Bulgariens ist niemals eine parlamentarische Partei gewesen, insofern als sie niemals geglaubt hat, daß die proletarische Revolution durch das Parlament vor sich gehen werde. Sie nahm an den Wahlen teil, weil sie im Wahlkampf ein mächtiges Mittel zu energischer Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, zur Bloßstellung der bürgerlichen Parteien und zur Agitation für das sozialistische Programm sah und im Parlament ein treffliches Werkzeug für die Propaganda des Sozialismus unter den werktätigen Massen fand. Und in der gegenwärtigen Revolutionspoche, solange der Augenblick für den offenen Revolutionskampf zwecks Besitzergreifung der Macht noch nicht gekommen ist, könnte die Parlamentstribüne eine recht nutzbringende Rolle spielen. Dies war der Standpunkt der Parteimehrheit. Eine kleine Gruppe jedoch, die über diese Frage nicht genügend orientiert war, hegte die Ansicht, daß die Kommunistische Internationale die parlamentarische Waffe unter allen Umständen verwirft, und verlangte, daß die Partei am Parlament nicht teilnehmen solle. Nach eingehender Erörterung dieser Frage entschied der Kongreß einmütig, daß die Partei an den Parlamentswahlen teilnimmt, sich jedoch das Recht vorbehält, zu jeder Zeit, wenn die Umstände dies erfordern sollten, das Parlament zu verlassen und zur revolutionären Massenaktion zu greifen. Die nachfolgenden Ereignisse bestätigten die Richtigkeit der Entschließung des Kongresses und gegenwärtig sind die erwähnten „Antiparlamentarier“ in der Partei nicht mehr vorhanden.

•   •   •

Nach den Wahlen, auf denen die „Landwirte“ als zahlreichste Gruppe in den Vordergrund getreten waren, machten die „breiten Sozialisten“ dennoch den Versuch, sich an der Macht zu behaupten. Sie schlugen die Bildung eines Arbeitsblocks vor, dem angehören sollten: die „Landwirte“ als rechter Flügel, die „breiten Sozialisten“ als Zentrum, und die Kommunisten als linker Flügel. Die Kommunisten waren hier nur aufgenommen worden, um die Opposition innerhalb der Partei der „breiten Sozialisten“

zu beruhigen. In Wirklichkeit beabsichtigten die „breiten Sozialisten“, die Koalition nur mit den „Landwirten“ zu schließen, aber ihre Träume gingen nicht in Erfüllung. Nicht nur die Kommunisten wiesen ihren Vorschlag zurück, sondern auch die Landwirte wandten sich nach langen Verhandlungen von ihnen ab und zogen es vor, das Kabinett mit den Narodniki und den Zankowisten, zwei konservativen bürgerlichen Parteien, zu bilden.

Im Auslande hat man vom „Landwirtschaftsbund“ eine irrige Vorstellung. Man hält ihn beinahe für eine revolutionäre Organisation, in der Art der russischen Sozialrevolutionäre. Dieser Eindruck ist infolge einiger auführerischer Handlungen seiner Führer zustande gekommen. Die „breiten Sozialisten“ trugen auch zur Verbreitung dieser irrigen Ansicht bei, indem sie diesen Bund als eine Arbeiterorganisation verfolgten. Diese Ansicht ist völlig unrichtig. Wir Kommunisten haben im Landwirtschaftsbund immer die Partei der Dorfbourgeoisie und der Dorfwohner gesehen. Seine Handlungsweise als Regierungspartei hat dies vollauf bestätigt.

Im Gefühl ihrer Ohnmacht, die Wirtschaftskrisis mildern und das Elend des Volkes erleichtern zu können, beschloß die Regierung, der Unzufriedenheit der Massen mit roher Gewalt zu begegnen. Sie schuf eine zahlreiche Gendarmerie, erließ eine Anzahl drakonischer Polizeibefehle und stellte sich mit aller Entschiedenheit das Ziel, die kommunistische Bewegung zu ersticken, wobei sie die volle Unterstützung der bürgerlichen Parteien fand.

Auf den 7. Dezember waren die Munizipalwahlen anberaumt. In der Befürchtung, daß die Gemeinderäte in die Hand der Kommunisten kommen könnten, hatte die Regierung mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien ein Gesetz über obligatorische Stimmenabgabe durchgebracht. Durch die Hinzuziehung der indifferenten und unbewußten Massen in den Wahlkampf hoffte die Bourgeoisie die kommunistische Bewegung zu ertränken. O weh, die Wahlen brachten ihr eine schreckliche Enttäuschung. Die Kommunistische Partei trug abermals einen Sieg davon. Wir siegten in vielen Städten, und in den übrigen waren wir die stärkste Partei. Die Munizipalräte in den Städten: Warna, Rustsluk, Schumla, Plewna, Lovetsch, Lom, Trojan, Dubnitsa, Plovdiv, Sliven, Burgas, Jambol und noch in vielen anderen Kreisstädten sowie in vielen Landgemeinden kamen in unsere Hände. Unser Sieg war so ausgesprochen und erstaunlich, daß die Regierung es für nötig hielt, die auf den 21. Dezember angesetzten Wahlen in die Bezirksräte bis zu günstigerer Zeit zu verschieben.

Bereits im Juni 1919 lieferte die Regierung, wahrscheinlich auf die Forderung der Entente hin, Denikin Waffen im Tausch gegen Mehl. Später wiederholte sich dieser Vorfall. Sowohl beim ersten als auch beim zweiten Mal gehörten die „breiten Sozialisten“ der Regierung an und tragen somit die volle Verantwortung für die den russischen Gegenrevolutionären

geleistete Hilfe. Die Kommunistische Partei fand eine Gelegenheit, dies im Parlament aufzudecken, und protestierte energisch. Aber auch später dauerte die Abseundung von Waffen und Ausrüstung an. Je kritischer die Lage Denikins wurde, desto dienstefriger wurde die bulgarische Regierung. In Bulgarien wurde eine Vertretung Denikins eingerichtet, eine Intendantur eröffnet, ein Militärlager gegründet, es begann die Ausschreibung von Freiwilligen, die übrigens absolut kein Ergebnis hatte, da die Massen sich zu den russischen Gegenrevolutionären feindlich verhielten. Es trafen viele Agenten ein, die eine russische Telegraphenagentur eröffneten, welche das Publikum mit Lügen fütterte. Die Bourgeoisie empfing diese Gegenrevolutionäre mit Freuden, die Massen aber haßten sie.

Die Kommunistische Partei Bulgariens beschloß am 21. Dezember Protestversammlungen gegen die Aktionen dieser Gegenrevolutionäre und ihrer Helfershelfer in Bulgarien zu organisieren. Zu diesem Zweck wurde ein besonderer Aufruf erlassen. Und tatsächlich fanden an diesem Tage im ganzen Lande Demonstrationen statt. In Sofia kam es zu einem Zusammenstoß mit der Gendarmerie, die in eine Gruppe von Demonstranten eine Bombe warf, wobei einer getötet und mehrere verletzt wurden. Diese Provokation war der Vorbote des neuen Regierungskurses.

## VIII.

Die Teuerung in Bulgarien übersteigt jedes Maß. Brot und andere Nahrungsmittel sind im Lande ziemlich reichlich vorhanden, die Ausfuhr ist verboten, aber trotzdem sind die Preise unglaublich hoch. Im Durchschnitt sind die Nahrungsmittelpreise auf das 25-fache gestiegen und steigen ununterbrochen weiter. Eine solche Teuerung in einem anderen Lande ist uns unbekannt, ausgenommen vielleicht Oesterreich, wo die Teuerung durch den Mangel an Produkten gerechtfertigt wird. Die Hauptursache unserer Teuerung liegt in der starken Spekulation. Während des Krieges haben sich infolge von Plünderung und Spekulation in den Händen der Geschäftsmacher gewaltige Kapitalien angehäuft. Es sind über 200 neue Banken, Aktiengesellschaften usw. mit großen Kapitalien eröffnet worden. In diesen Banken und Unternehmungen sind nicht weniger als 1 Milliarde Franken konzentriert. Dieses Finanzkapital hat sich der Industrie bemächtigt, aber diese konnte das Kapital nicht befriedigen, und dieses wandte sich dem Tauschhandel zu, wo es eine ungeheuerliche Spekulation entwickelte. Die Bauern kaufen alles, exportieren auf Schleichwegen und steigern durch Spekulation die Preise ins Ungeheuerliche. Alle hervorragenden Mitglieder aller bürgerlichen Parteien nehmen persönlichen Anteil an den Banken und sind persönlich daran interessiert. Daher sind sie auch Anhänger des „Freihandels“. Auch der „Landwirtschaftsbund“ bildet keine Ausnahme. Seitdem die Macht an ihn über-

gegangen ist, hat er sogar noch eifriger mit der Liquidierung der während des Krieges erlassenen Einschränkungsbestimmungen begonnen. Allerdings, die „landwirtschaftliche“ Regierung droht die Schieber zu hängen und nimmt zuweilen lärmende Verhaftungen vor, aber dies alles geschieht zu demagogischen Zwecken. In Wirklichkeit hat sie der Spekulation die Hände freigemacht, und ihre hervorragenden Funktionäre sind selbst in allerhand Geschäfte verwickelt. Infolgedessen ist auch jetzt im Lande eine neue Preissteigerung auf alle Erzeugnisse zu beobachten.

Unter der Teuerung leidet am meisten die Stadtbevölkerung. Aber auch ein großer Teil der Landbevölkerung wird von ihr erfaßt, nämlich der Teil, der nicht genug selbst erzeugt. Von der städtischen Bevölkerung stehen sich die staatlichen und anderen Beamten, die ein festes Gehalt beziehen, am schlechtesten. Während die Privat- und Lohnangestellten bis zu einem gewissen Grad auf die Teuerung reagieren und eine Erhöhung des Arbeitslohns durchsetzen, befinden sich die Staatsbeamten, die vom Staatsbudget abhängen, in einer hilflosen Lage.

Alle Volksbewegungen im Lande stehen in Verbindung mit der Teuerung und dem Warenmangel. An diesen Bewegungen nehmen auch die Staatsbeamten aktiven Anteil, die große Anstrengungen machen, um eine Gehaltserhöhung durchzusetzen. Alle Regierungen bleiben ihnen gegenüber unnachgiebig, am unnachgiebigsten aber haben sich die „Landwirte“ gezeigt, die aus Tradition die Staatsbeamten als Parasiten verfolgen.

Die Eisenbahner waren schon lange unruhig, und im Juli 1919 kam es zum Streik. Letzterer wurde damals dank den „breiten Sozialisten“ abgesägt, die am Ruder standen; der Streik kompromittierte ihre Teilnahme an der Regierung. Im Dezember trat eine neue Krise ein. Diesmal griffen alle Staatsbeamten in Bewegung. Anlässlich der Parlamentsöffnung am 24. Dezember forderte die neutrale Beamtenorganisation alle Beamten zu einer Demonstration vor dem Parlament auf. Die Kommunistische Partei Bulgariens organisierte aus diesem Anlaß Massenversammlungen im ganzen Lande. Diese Demonstrationen stellte die Regierung als Aufruhr und Revolutionsversuch hin, untersagte sie, verhängte über das ganze Land den Belagerungszustand und war entschlossen, sie auf keinen Fall zuzulassen. Da sie den Truppen nicht völlig traute, organisierte sie zu diesem Zweck aus indifferenten Bauern gegen hohen Lohn eine weiße Garde, bewaffnete sie und stellte sie am 24. Dezember den Demonstranten entgegen. In Sofia gelang es den Demonstranten nicht, den dichten Militärkordon zu durchbrechen, der die zentralen Stadtteile umlagert hielt. Ebenso fanden in einigen Städten, um Blutvergießen zu vermeiden, die Demonstrationen nicht statt. An den meisten Orten jedoch kam es zu grandiosen Manifestationen, und in einigen Städten ereigneten sich blutige Zusammenstöße mit vielen Toten und Verwundeten. Obgleich

das Zentralkomitee stets empfohlen hatte, blutige Zusammenstöße zu vermeiden, ging es an einigen Orten doch nicht ohne sie ab. In einigen Städten kapitulierte die Gewalt vollständig und ließ den Demonstranten freie Hand. Diese Demonstrationen erbosteten die Regierung endgültig. Sie beschloß, alle Beamten, die demonstriert hatten, zu entlassen. Aber das Blutvergießen und die Einschüchterungen der Regierung hatten die Staatsbeamten noch mehr erbittert. Bereits am 25. Dezember streikten die Eisenbahner in vielen Städten. In Sofia gelang es ihnen am selben Tage eine Demonstration im Zentrum der Stadt zu organisieren und ihre Forderungen der Regierung bekanntzugeben. Die Kommunistische Partei Bulgariens und der Gewerkschaftsbund unterstützten sie. Die Regierung weigerte sich hochmütig, in Verhandlungen einzutreten. Am 27. Dezember wurde der Generalstreik der Eisenbahner sowie der Post- und Telegraphenbeamten proklamiert, dem sich auch die Kohlenarbeiter in Permik anschlossen. Einige Tage später schlossen sich auch die Hafentarbeiter dem Streik an, sowie die Arbeiter vieler Privatunternehmungen und Staatsbehörden in vielen Städten. Der Streik nahm politischen und Massencharakter an. Der Druck auf die Regierung war gewaltig. Die Arbeiter zeigten eine erstaunliche Bereitschaft zum Kampf und zur Selbstaufopferung. Im Transportwesen und in der Post war der Streik allgemein, in den Privatunternehmungen der Provinz ebenfalls. In Sofia konnte der Generalstreik in den Privatunternehmungen leider nicht voll durchgeführt werden infolge des Verrats der „breiten Sozialisten“. Unter ihrem Schutze verbreitete die Presse die frechsten Verleumdungen und Schimpfereien und hetzte die Massen gegen die Streikenden auf, wobei sie völlige Straflosigkeit genoß. Das Proletariat von Sofia mußte die langjährige Ausgleichstaktik teuer bezahlen. Eine Woche darauf war der politische Massenstreik beendet, nur der Streik der Eisenbahner sowie der Post- und Telegraphenbeamten dauerte noch an.

Zum Kampf gegen den Streik militarisierte die Regierung die Eisenbahnen und die Post und mobilisierte das Personal. Aber diese Maßregeln waren nicht von großer Wirkung: die Masse der Streikenden erschien nicht zur Mobilmachung, diejenigen aber, die erschienen waren, weigerten sich zu arbeiten. Sie wurden dem Kriegsgesicht übergeben, das schwere Strafen über sie verhängte, aber auch dies zeitigte keinerlei Ergebnisse.

Für die Disziplin der Partei und den Geist der unter ihrem Einfluß stehenden Massen ist der Umstand bezeichnend, daß bei den Wahlen in die Bezirksräte am 25. Januar 1920, d. h. während einer furchtbaren Krise und auf dem Höhepunkt der militärpolitischen Diktatur, die Kommunistische Partei, die keine einzige Wählerversammlung abhalten und an manchen Orten nicht einmal ihre Kandidaten registrieren konnte, 150 000 Stimmen

erhielt, d. h. 30 000 Stimmen mehr als bei den Kammerwahlen im August v. J.

Die bürgerlichen und Regierungsparteien erlitten eine Niederlage. Die Kommunistische Partei, die sie vernichtet glaubten, erstand vor ihren Augen von neuem in noch größerer Kraft.

Der Streik der Eisenbahner und der Post- und Telegraphenbeamten dauerte jedoch an. Die Regierung faßte den Entschluß, ihn um jeden Preis zu ersticken.

Die Regierung brachte schmutzige Mittel zur Anwendung, es gelang ihr, die „neutralen“ Maschinisten zu erkaufen und abspenstig zu machen und dadurch eine Bresche in den Streik zu legen, wodurch der Geist der Streikenden erschüttert wurde. Der Streik mußte am 18. Februar eingestellt werden, ohne jeden Erfolg und unter furchtbarer Erbitterung der Streikenden, besonders in der Provinz, wo man den Streik unter allen Umständen fortführen wollte.

## IX.

Nach dem Streik stieg das Ansehen der Regierung in den Augen der Bourgeoisie und der Militärs, die sich zu ihr vorher mißtrauisch verhalten hatten. Der „Landwirtschaftsbund“ hatte allen seine starke Faust gezeigt, die mit dem Kommunismus fertig werden und somit die Bourgeoisie vor der Revolution schützen kann. Er beschloß, den günstigen Augenblick zu benutzen, trieb das Parlament auseinander und setzte die Neuwahlen auf den 28. März an, in der vollen Überzeugung, daß die Kommunistische Partei vernichtet werden und er (der Bund) die Mehrheit der Sitze erlangen werde, wodurch er die Möglichkeit erhalten würde, eine eigene einheitliche Regierung zu bilden.

Um dieses Ziel zu erreichen, richtete die Regierung ihre Pfeile ausschließlich gegen die Kommunistische Partei, die faktisch als vogelfrei erklärt wurde. Am 3. März 1920 fand eine furchtbare Explosion im Theater Odeon statt, wo der russische Gegenrevolutionär P. Ryß eine öffentliche Vorlesung hielt; dabei wurden 10 Personen getötet und verwundet. Gleich darauf wurde Anklage erhoben gegen die Mitglieder der Kommunistischen Partei Bulgariens Blagojew, Kolarow, Kabaktschijew, Dimitrow, Lukanow und Penew anläßlich des von ihnen (am 15. Februar 1920) erlassenen Aufrufs gegen die Aktionen der russischen Gegenrevolutionäre in Bulgarien und die Teilnahme der bulgarischen Regierung an ihren Geschäften.

Das war das Signal zu allgemeinen Verfolgungen. Die Regierung hob zeitweilig alle Gesetze auf, vernichtete alle Freiheiten, erklärte die Vollmachten aller Behörden für ungültig und übertrug die gesamte Gewalt der Gendarmerie, die dem „Landwirtschaftsbund“ zur Verfügung gestellt wurde. Die Regierung proklamierte die Diktatur des „Landwirtschafts-

bundes“. Der Landwirtschaftsbund seinerseits erklärte der Kommunistischen Partei den Krieg. Es begannen Massenverhaftungen in den Dörfern, Verprügelungen und Verhaftungen kommunistischer Agitatoren. Es wurde die Beschlagnahme aller kommunistischen Aufrufe und Wahlzettel und ihre Vernichtung verfügt. Alle Staatsautomobile wurden den „landwirtschaftlichen“ Agitatoren zur Verfügung gestellt. Ihre Leute waren mit allen erdenklichen Bescheinigungen und Polizeikarten versehen zur kostenlosen Benutzung der Eisenbahnen und ungehinderten Verhaftung der kommunistischen Agitatoren. Die Minister selbst erklärten zynisch, daß der Kampf mit den Kommunisten für sie eine Frage des Seins oder Nichtseins sei, daß sie vor nichts zurückschrecken würden, um die Kommunisten zu erwürgen, und riefen die Hilfe der bürgerlichen Parteien an. Die Regierung erklärte amtlich, daß der ganze Besitz der Kommunisten beschlagnahmt werden würde, wobei der Beginn der Vermögensaufnahme angeordnet wurde, und daß man alle Kommunisten nach Rußland abschieben und ihre Familien auf öffentliche Arbeit zur Trockenlegung der Sümpfe usw. schicken werde. Schließlich versandte der „Landwirtschaftsbund“ ein gefälschtes „Geheimzirkular“ an die kommunistischen Organisationen, angeblich im Namen des Zentralkomitees der Partei, in dem vorgeschrieben wurde, alle Parteilisten und Papiere zu verbrennen und auf den Wahlkampf zu verzichten, da die Kommunistische Partei sich zeitweilig auflöse. Und als das Zentralkomitee die Organisationen drahtlich vor dieser Gaunerei warnen wollte, hielt die Regierung seine Depeschen zurück und beförderte sie nicht weiter. Die Polizeidiktatur des „Landwirtschaftsbundes“ ging so weit, daß eine ganze Reihe kommunistischer Gemeinderäte auseinandergetrieben wurde. Die Ältesten und Räte wurden verhaftet und in die Räte Gesinnungsgenossen des Bundes eingesetzt. Dieser unerhörte Terror, diese schamlose Vergewaltigung aller Freiheiten und Gesetze, die angeblich die Macht des „Landwirtschaftsbundes“ demonstrieren sollte, enthüllte in Wirklichkeit nur seine Ohnmacht und Niederlage. Die Wahlergebnisse lieferten den Beweis. Trotz allem und allem stieg die Zahl der für die Kommunistische Partei abgegebenen Stimmen von 118 000 auf 182 000 und die Zahl der Mandate von 47 auf 50 (bei insgesamt 229 Volksvertretern). Der Landwirtschaftsbund aber erlangte wiederum nicht die Mehrheit und mußte wiederum die Hilfe irgendeiner bürgerlichen Partei suchen.

Noch symptomatischer und am bemerkenswertesten war aber bei diesen Wahlen der Umstand, daß die „breiten Sozialisten“ endgültig durchfielen. Die Zahl der Sitze, die die „breiten Sozialisten“ erhielten, fiel von 39 auf 9. Diese Partei wurde fast endgültig aus den Städten verdrängt, die sich in Hochburgen des Kommunismus verwandelten. Die bürgerlichen Parteien erlitten ebenfalls eine Niederlage.

## *Briefe aus Deutschland.*

### I.

...Wie in den anderen Ländern, so hat auch hier die Entwicklung einen rapiden Gang genommen. Die U. S. P. ist von der Forderung der Nationalversammlung zur Forderung der Diktatur des Proletariats und der Räteverfassung gekommen. Leute, die November 1918 die russischen Bolschewiki in Acht und Bann taten, haben jetzt auf dem letzten Parteitage der U. S. P. erklärt, daß jeder gegen Sowjetrußland gerichtete Schlag zugleich auch ein Schlag gegen den Sozialismus ist. Überhaupt hat dieser Leipziger Parteitag trotz seiner nebelhaften Resolutionen zweifellos bewiesen, daß unter den Durchschnittsmitgliedern der Partei der Wille zum Anschluß an die III. Internationale, zum brüderlichen Bund mit Sowjetrußland immer deutlicheren Ausdruck findet.

Was die unter der Fahne des Kommunismus zusammengeschlossenen Arbeiter anbetrifft, so sind sie mit ganzer Seele bei Euch. Sie freuen sich über Eure Erfolge und bedauern bei jedem Mißerfolg, daß sie Euch vorläufig noch nicht helfen können. Bei unseren Debatten und Auseinandersetzungen über organisatorische und taktische Fragen sind doch beide Seiten von dem heißen Verlangen beseelt, den Werdegang der Revolution in Deutschland zu beschleunigen, um die Entwicklung der Weltrevolution zu fördern und möglichst bald in engste Verbindung mit Euch zu treten. Wir versuchen, aus Eurer Erfahrung Lehren zu ziehen, und auf unseren Diskussionsversammlungen hört man oft, wie ein Redner, der auf diesem oder jenem Antrág steht, die Richtigkeit seines Standpunktes zu beweisen sucht, indem er sagt, die russischen Genossen hätten in einem solchen Fall ebenso gehandelt. Wir sind uns alle der Pflicht bewußt, die wir Euch wie auch dem Weltproletariat gegenüber haben. Und im Bewußtsein dieser Pflicht werden wir uns auf keine Abwege bringen lassen, sondern uns als machtvolle Stoßtruppe der proletarischen Revolution zusammenschließen. Jeder neue Kampf mit den reaktionären Kräften in Berlin, in Bremen, am Rhein und in München usw. wird zur Festigung unserer Einheit beitragen.

*Fr.*

*Berlin.*



## II.

Hiermit übermittele ich in kurzen Zügen einige Beobachtungen und Erlebnisse aus dem Parteileben in Deutschland vom letzten Jahre. Ein Versuch, mich im April 1919 über Dänemark und Schweden nach Rußland durchzuschlagen, mißlang infolge Verrats in Kopenhagen. Ich kehrte nun nicht mehr nach Berlin zurück, (woselbst ich an der Revolution sowie den Januarkämpfen mit meinem Freunde, dem von den Noskiden bei der Vorwärtserstürmung erschlagenen Redakteur und bekannten Arbeiterdichter Werner Möller, regen Anteil genommen hatte) sondern nach der damals noch als radikale Hochburg Mitteldeutschlands geltenden alten, partengeschichtlich bekannten Stadt Leipzig. Von den Leipziger Verhältnissen soll deshalb besonders die Rede sein, da die Berliner Vorgänge größtenteils bereits bekannt sein dürften.

Die Unabhängigen mit einer organisierten Parteilanhängerschaft von 45 000 Mitgliedern im Stadtkreise, waren hier wirklich die Gebieter in Leipzig. Sie hatten mit Kurt Geyer an der Spitze fast die gesamten Sitze im Arbeiterrat. Wir Kommunisten waren schwach — gegen 2 000 organisierte Mitglieder, doch von verhältnismäßig großem Einfluß, weil von den Unabhängigen geachtet wegen unserer konsequenten Haltung.

Die in Berlin unterdrückte „Rote Fahne“ erschien bis kurz vor meinem Zuzug im 8. Mai 1919 in Leipzig. Sie ging ein, wegen finanzieller und politischer Schwierigkeiten. Die unabhängige Leipziger Volkszeitung war führendes Organ der Stadt. Das Blatt war damals noch hochpolitisch, das bestredigste unabhängige Blatt Deutschlands. Man konnte mit vielem einverstanden sein. Aber die Hälfte Papier mußte herhalten für Kino-, Tanz-, Kapitalanlagen und sonstige Inserate zur Erstickung revolutionärer Gedanken.

Stolz wehte auf dem großen Theater am Augustusplatz noch die rote Fahne der Revolution. Die alte Polizei war entwaffnet, tat aber Dienst mit roten Armbinden und benahm sich anständig. Die Bourgeoisie war sehr niedergedrückt. Ihre Offiziere waren „untergetaucht“, und die revolutionären Matrosenkompanien walteten Tag und Nacht ihres schweren Amtes. Versteckte Lebensmittellager in den Wohnungen der Bourgeoisie wurden ausgehoben und es wurde gegen die Schleichhändler vorgegangen. Die Kommunisten entfalteten eine rege Propaganda. In einer großen Versammlung im Volkshause, in der Genosse Brandler aus Chemnitz referierte, war die Stimmung einmütig für uns.

Die revolutionären Soldatenkompanien waren im Besitz von Waffen aller Art, einschließlich Artillerie und Minenwerfer. Teile der alten Regimenter verhielten sich neutral. Leipzig war gegen die von Halle erwarteten Angriffe der Noskegarde in Verteidigungszustand gebracht, aber mangelhaft. Es fehlte an Organisation. Die wenigen Kommunisten konnten

gegen die unentschlossene Masse der Unabhängigen nicht durchdringen und zwar deshalb nicht, (und hier liegt die sich immer wiederholende Unfähigkeit der U. S. P.), weil deren Führer versicherten, es drohe gar keine Gefahr, es lägen ganz sichere Meldungen vor, daß sich die Noskiden fürchteten, anzugreifen, man könne ganz unbesorgt sein. Das wurde in großen roten Plakaten an den Anschlagsäulen verkündet, ferner machte man die Mitteilung, es seien einige Parteigenossen nach Berlin gereist zum Verhandeln. Doch was geschah!

In der Nacht vom 9. zum 10. Mai rückte ohne jeden Widerstand General Maerker von allen Seiten in Leipzig mit 15 000 Mann aller Waffengattungen ein. Es wurde sofort der Belagerungszustand mit Todesstrafe verhängt, der Arbeiterrat aufgelöst und viele Genossen verhaftet, die Arbeiterschaft entwaffnet, Elnwohnerwehren mit Hilfe der wenigen am Platze befindlichen Scheidemannsozialisten gegründet.

Die Kommunisten forderten zum Generalstreik auf. Weil jedoch die Unabhängigen trotz ihrer großen Zahl ohne genügende und zielbewußte Führung waren, gab es keine Geschlossenheit. Die bestorganisierten Fabriken mit kommunistischer Leitung streikten einige Tage. Da aber die Unabhängigen versagten, fühlte sich Märker so stark, daß er ein allgemeines Streikverbot erließ und überhaupt jegliche Parteitätigkeit unterband. Selbstverständlich wurde auch die „Leipziger Volkszeitung“ sofort verboten. Die alte Polizei wurde wieder bewaffnet. Die politische Spionage setzte in bisher ungeahnter Schärfe ein. Unsere besten Genossen, welche am Ort bekannt waren, mußten die Stadt unbedingt verlassen.

Für uns Kommunisten begann eine schwere Zeit illegaler Arbeit. Doch wir hatten zwei wertvolle Stützen, ohne die unsere Tätigkeit unmöglich gewesen wäre. Erstens in bezug auf Versammlungsmöglichkeit unsere im Februar gegründete Vereinigung „Ansiedelung Ost“, unter deren harmlos erscheinenden Namen die Reaktionäre damals deutsche Kriegsteilnehmer vermuteten, die sich in Ostpreußen anzusiedeln beabsichtigten. Zweitens unsere Büchereigenossenschaft „Uns“, durch die wir nach wie vor fast jede kommunistische Literatur erhalten konnten. Unsere Geschäftsstelle mit offenem Verkaufsladen blieb zuerst ungestört; vielleicht deshalb, weil sie sich nur wenige Häuser neben dem Noskemilitärischen Hauptquartier „Kaiserhof“ befand. Doch im Juni ereilte sie das Geschick. Eine Reise mit dem Gen. Müller benützten wir, aus Chemnitz einige uns noch unbekannt gebliebene Literatur mitzubringen. Am nächsten Tage fand Haus-suchung statt, darauf Schließung der Geschäftsstelle und Verhaftung des Gen. Otto Müller, welcher mehrere Monate in Untersuchungshaft saß und dann, jedenfalls infolge seiner mannhaften Verteidigungsrede gegenüber dem Staatsanwalt, zu einer Gefängnisstrafe von einigen Monaten wegen Vertriebs kommunistischer Schriften verurteilt wurde. Inzwischen war es der U. S. P. gelungen, ihre „Volkszeitung“ wieder erscheinen zu lassen.

Aber ach! Der Jammer begann und damit der Richtungsstreit innerhalb dieser Partei. Auf der linken Seite standen u. a. Kurt Geyer, Paul Böttcher, auf der rechten Seeger, Lipinski. Um sich gegenüber der Militärdiktatur Noskes zu halten, ging es blindlings auf die Kommunisten los. Doch ungewollt für die U. S. P. kamen wir Kommunisten dadurch in den Mittelpunkt der Parteidebatten in den Fabrik- und Betriebsversammlungen.

Unsere ganze Propaganda verlegten wir nun in die Fabriken und Betriebe. Es wurden die Ereignisse an der Arbeitsstelle besprochen und Schriften verbreitet. Wir erzielten ganz unerwartete Erfolge. Hier erkannten wir, daß der Betrieb das ganz natürliche, unzerstörbare Organisationsgebilde mit bestem Betätigungsfeld für die Agitation abgibt. Wir schufen daraufhin in jedem Betrieb eine kommunistische Parteigruppe, welche die Verteilung von Broschüren, Flugblättern und Zeitungen sowie die Einkassierung von Beiträgen und Anberaumung von Besprechungen zu erledigen hatte.

Durch unsere Erfolge in den Betrieben geriet auf einmal die Gewerkschaftsbürokratie in Wut, denn sie war ein wenig kompromittiert mit der Militärdiktatur wegen ihrer Nachgiebigkeit. Sie arbeitete gegen die kommunistische Propaganda mit allen Mitteln, sogar mit der Denunziation bei den Militärstellen (Mylau-Hirsch). Das gegenrevolutionäre Verhalten der Gewerkschaften wurde nun den denkenden, revolutionären Arbeitern immer klarer.

Die Leipziger Gewerkschaften befinden sich bis auf die Buchdrucker vollständig in den Händen der U. S. P. Wurde von dieser Seite eine Betriebsversammlung einberufen und erschienen die kommunistischen Arbeiter nicht, so mußten sie sogar Repressalien gewärtigen. Wollten hingegen die Kommunisten eine Betriebsversammlung veranstalten, so wurden ihnen nicht nur die Bekanntmachungstafeln in den Fabriken vorenthalten, sondern Gegenparolen herausgegeben, die natürlich zu mindestens 80 % befolgt wurden. Die wenigen Erschienenen sympathisierten jedoch nach und nach immer mehr mit uns. So erklärt sich ein langsames, aber sicheres Anwachsen der Mitgliederzahl der K. P. D., aber gleichzeitig aus den geschilderten Vorgängen heraus auch eine Antigewerkschaftsbewegung.

Damit ist nun aber nicht gesagt, daß sich nun auch in Leipzig eine Neigung zur Bildung der Union bemerkbar macht. Im Gegenteil, die Union wird dort vollständig verworren. Man steht vielmehr auf dem Standpunkt der kommunistischen Einheitsorganisation mit der Registrierung der Mitglieder nach Betrieben und Wohnungen. Wir erhielten nun auch Zuzug aus den bis jetzt ganz unter sich gebliebenen Syndikalisten, welche sich wirklich eifrig an den Parteiarbeiten beteiligten und sehr zuverlässig waren.

Die gegenrevolutionären Vorgänge in Leipzig und das feige Verhalten

der U. S. P.-Führer dazu hatte die Massen wieder einen ziemlichen Ruck nach links gebracht, d. h. insbesondere Anlaß zum Nachdenken über den Punkt „Diktatur des Proletariats“ gegeben. Der Umstand, daß die U. S. P. im Stadtparlament die Mehrheit samt dem Präsidium innehatte und dennoch vollständig machtlos gegenüber der unter dem Schutz der Kanonen und Maschinengewehre stehenden Bourgeoisie in bezug auf ihre ganze Tätigkeit im Stadthaus war, ließ die Arbeiter stutzig werden. Die Kommunisten erhielten große Zustimmung, aber die Arbeiter blieben in der unabhängigen Partei und gaben dafür folgende Gründe an:

1. Die Kommunisten sind nicht in der Lage, „großzügig“ zu arbeiten, weil sie aufs schärfste verfolgt und ja doch fast alle verhaftet und meistens zu langen Strafen verurteilt werden, sodaß keine Führer bleiben.

2. Sie haben keine Zeitungen und wenig Geld in den Kassen.

3. Im Grunde genommen sind wir ja auch Kommunisten, wir wollen in unseren Reihen nur recht viele „aufklären“, damit die „Linke“ (Räte-richtung) gestärkt wird.

4. Man müsse sich an allen Wahlen, jedoch nicht an kommunistischen Putschen beteiligen.

Natürlich sind alle diese Argumente nur faule Ausreden und Feigheitsprodukte, was aus der ganzen Haltung der maßgebenden Personen bei ihren Reden sowie auch in den Zeitungsaufsätzen zum Ausdruck kam. Elende Lamentiererei. Noch ein sonderbares Argument wurde sehr oft vorgebracht: Man wolle den alten, guten Namen „Deutsche Sozialdemokratische Partei“ wieder zu Ehren bringen. Die Massen der U. S. P. meinen in ihrer Verwirrung, der Name Kommunistische Partei sei überhaupt erst ein Jahr alt. Daß Marx und Engels diese Namensnennung schon anwendeten, ist den meisten überhaupt noch nicht bekannt. Wie sollen sie es auch wissen, wenn alle mit dem Namen nur irgendwie in Zusammenhang stehende Literatur von der U. S. P. geradezu unterdrückt wird. Es sind sogar viele Fälle von Denunziation von Genossen in den Fabriken zu verzeichnen. Erst in letzter Zeit, nach dem Leipziger Parteitag, wagt man es, das „Kommunistische Manifest“ schüchtern in eine Ecke des Schaufensters der Parteibuchhandlung zu legen. Im Februar erblickte ich auch mal die „Kommunistische Internationale“.

Die Nichtbeteiligung an den Parlamentswahlen war eigentlich das entscheidendste Trennungsmerkmal zwischen der K. P. D. und der U. S. P.

Dieser Haupttrennungsstrich wurde nun auf einmal verwischt einerseits durch die Linksschwenkung der U. S. P. auf dem Leipziger Parteitag, durch die Anerkennung der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats auch als „Minderheit“. Andererseits durch die Leitsätze der K. P. D. bezüglich der Parlamentsbeteiligung. Hiermit entbrannte bekanntlich der innere Streit der K. P. D.

Die an sich schon so schwache Partei in Leipzig erleidet eine schwere

**Krisis.** Die Genossen sind ganz verwirrt worden, und soweit sie erst in letzter Zeit gewonnen sind, wollen sie wieder zur U. S. P. zurück. Die alten Genossen, sofern sie an der alten Taktik festhalten, neigen leider zum Anschluß an die reinen Syndikalisten.

Es muß hier festgestellt werden, daß auch innerhalb der ganz linken Gruppe der Unabhängigen die antiparlamentarische Strömung sehr stark zum Ausdruck kommt (Koenen, Däumig, Böttcher); wir dürften in Deutschland noch ganz unerwartete Parteilegierungen erleben.

Der Parteiboden ist bei uns in bisher nie gekannter Tiefe aufgewühlt. Hoffen wir, daß der Tatbestand der deutschen Räterepublik bereits zu verzeichnen ist nach gemeinschaftlichem Kampf der verschiedenen Richtungen gegen die Reaktion, ehe die Geister sich über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Taktik beruhigt haben.

T. F.

## *Die weiße Justiz an der Arbeit.* *(Brief aus München.)*

Die weiße Justiz, die im Mai 1919 sich in München zur Ausrottung der Teilnehmer an der Räterepublik etabliert hat, arbeitet bis jetzt noch automatisch weiter; sie ist zur stehenden Institution geworden. Viele Hunderte sind bis jetzt abgeurteilt worden und verbüßen längere Strafen, etwa tausend politische Prozesse (nach der Aussage eines Gerichtsbeamten) sind noch in der Schwebe, die Fahndungen und Steckbriefe nehmen kein Ende. Gewiß, der Rachedurst der Bourgeoisie, die in den ersten Maitagen mit Flinte und weißer Armbinde auf die Proletarierjagd auszog, ist durch das vergossene Blut Levinés und der Opfer des Geiselmordprozesses gelöscht. Das Münchener Bürgertum ist momentan sogar auffallend politisch uninteressiert (Kohlensorgen und Lustbarkeiten — verbotene und unverbote — beherrschen den Horizont), aber die Klassenjustiz muß weiter arbeiten: so und soviel Retter des Staats haben dabei Karriere gemacht. Staatsanwälte sind einen Grad höher hinaufgerückt — also arbeiten Richter und Häsher weiter, unbekümmert um Opfer und Folgen.

Nach dem Niederwerfen der Räteregierung setzte das Standgericht ein; es wurde vom „Volksgerecht“ abgelöst. Was ist dieses bayrische Volksgerecht? Eigentlich ein Rechtsbruch schon an und für sich. In der Verfassung sind zwar Volksgerichte in dringenden Fällen, wenn das Land von Aufruhr und Empörung bedroht ist, vorgesehen, aber diese bayrischen Volksgerichte wurden im Juli eingesetzt, d. h. zu einer Zeit, da das bayrische Land höchstens noch vom weißen Terror bedroht war.

Das Volksgerecht setzt sich aus drei Berufs- und zwei Laienrichtern zusammen; die letzteren rekrutierten sich aus den kleinbürgerlichen Elementen, Bäckern, kleinen Meistern und dergleichen, die sich gern vor den Wagen der Bourgeoisie spannen lassen. Die Folge dieser Volksrichterwahl ist, daß alle Urteile einstimmig gefällt werden. Das juristische Verfahren ist an sich vereinfacht: alle Teilnehmer an der Räterepublik werden wegen Hochverrats resp. wegen Beihilfe zum Hochverrat angeklagt.

§ 81 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich lautet: „Wer es unternimmt, die Verfassung des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaates oder die in demselben bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern, wird wegen Hochverrat bestraft“. Schon die Fassung des Paragraphen zeigt, daß er eigentlich für die Monarchie Gültigkeit hat, und es ist juristisch fraglich, ob der Paragraph auch für die deutsche „sozialistische“ Republik überhaupt rechtsgültig ist. Aber auch abgesehen davon, liegt ja das Schwer-

gewicht dieses Paragraphen auf dem Worte „gewaltsam“. Wurde die Räterepublik am 7. April in München „gewaltsam“ eingeführt? Ferner: darf — auch nur vom Standpunkt der bürgerlichen Jurisprudenz betrachtet — ein Redakteur der „Roten Fahne“ oder ein Mitglied der Wirtschaftskommission usw. nach diesem Paragraphen abgeurteilt werden? Die Richter, die jetzt in München tagein, tagaus zwei, drei, vier und mehr Jahre Zuchthaus und Festung wegen Hochverrat austellen, sind sich eigentlich dessen bewußt, daß sie selbst ins Zuchthaus gehören. Nicht nur von kommunistischer Seite allein wird jetzt die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Volksgerichts und seiner Urteile angeschnitten. Vielleicht hat heute oder morgen schon ein Jurist den Mut, diese Frage vor der breiten Oeffentlichkeit aufzuwerfen und somit den ganzen Sumpf der bürgerlichen Justiz — ungeachtet des Gestanks — aufzuwühlen.

Eine besondere Spezialität des bayrischen Volksgerichtes ist die „Bewährungsfrist“ oder bedingte Begnadigung. Sie besteht darin, daß nach dem Verhängen der Strafe dem Angeklagten ein Straferlaß gegeben wird unter der Bedingung, daß er innerhalb einer bestimmten Frist von mehreren Jahren politisch unbescholten bleibe. Der Angeklagte wird sozusagen unter Kuratel gestellt oder läinmgelegt. Die Bewährungsfrist wird Mehrheitssozialisten, bürgerlichen und anderen Elementen zugestanden, die sich scheinbar zufällig in die Revolution verirrt haben, nie aber Kommunisten und nur selten Unabhängigen. Im allgemeinen wird bei dem Strafausmaß der Standpunkt vertreten, über die Intellektuellen, als die rädigen Schafe der Bourgeoisie, möglichst hohe Strafen zu verhängen.

Ebenso willkürlich wie diese Rechtspflege ist der Strafvollzug. Der Hochverratsparagraph sieht als Strafe Zuchthaus oder — wenn keine ehrlose Gesinnung vorliegt — Festungshaft vor. Die Festungshaft hat also den Charakter einer „custodia honesta“. Man denkt dabei etwa an einen Offizier, der wegen eines Duells auf einer Festung sitzt und dort ein flottes Leben führt. In Bebels „Aus meinem Leben“ finden wir die Schilderung der Festungshaft von Bebel und W. Liebknecht. Aber diese gemütlichen Zustände sind längst vorbei. So viele Festungen, wie Urteile gefällt sind, hat ganz Bayern nicht. So werden die Festungsgefangenen in einfache Gefängnisse gesperrt und ihre Behandlung unterscheidet sich auch nicht viel von der gemeiner Diebe und Betrüger.

Das Münchener Proletariat ist jetzt geknebelt, aber die Kommunistische Partei in München ist lebendiger denn je. Ohne Presse, ohne Möglichkeit, sich legal zu äußern, ja ohne Führer steht jetzt das Münchener Proletariat, durch die Erfahrungen der Räterepublik gestählt, geschlossener da als früher und es wird die Gelegenheit wahrnehmen, um die weiße Justiz, ihre Helfershelfer und ihre Auswüchse über den Haufen zu werfen.

A.

---

## *Briefe aus Finnland.*

Wir senden aus dem Lande der Kapitalisten, Grundherren und Bankiers, Schieber, Minister, Gouverneure, Lebemänner und Offiziere, aus dem Reich der weißen Garde und Polizei allen Genossen in Sowjetrußland, allen Arbeitern, Bauern und Rotarmisten unseren herzlichen Gruß.

Hier in Finnland laufen die Mörder und Räuber von 1918 wie früher frei umher. Herausfordernd glänzen die Bajonette der Weißgardisten, und die Peitsche der Schutzpolizei arbeitet mit allen Kräften. Hier kann man auch jetzt noch fast strahllos Arbeiter hinhorden, besonders an der Grenze und in den Folterkammern der Schutzpolizei. Sowohl in den Kellern der Hauptpolizeiverwaltung als auch in den Konzentrationslagern sind Foltern auf der Tagesordnung, überall hungern Spitzel und Provokateure, alle legalen und illegalen Organisationen wimmeln von ihnen. Haussuchungen und Verhaftungen sind zu einer alltäglichen Erscheinung geworden. In Sörnäs, einem Arbeiterviertel von Helsingfors, kommen beständig Verhaftungen vor.

Die Lage des Proletariats, das durch diese Repressalien an Händen und Füßen gebunden ist, ist wirklich furchtbar. Dennoch beginnt die Arbeiterklasse Finnlands, sich aufzurichten. Das macht sich überall fühlbar. Auf ihrem letzten Parteitage dachten die Sozialdemokraten schon, daß sie das Proletariat gezügelt hätten und die Zügel fest in den Händen hielten. Sie hatten sich aber bald zu überzeugen, daß die Volksmassen ihrem Einfluß entglitten waren. Das Schreiben des letzten Kongresses der Kommunistischen Partei, das die Massen zur organisatorischen Abspaltung von den Sozialverrättern der gelben Internationale aufrief, war nicht erfolglos geblieben. Eine ganze Reihe von Organisationen ist bereits aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten und ein von der Helsingforser Lokalorganisation bevollmächtigtes provisorisches Komitee der linkssozialistischen Partei bereitet die Einberufung des konstituierenden Kongresses einer neuen, auf der Grundlage des Klassenkampfes fußenden Partei vor. Die Arbeitermassen in Stadt und Land werden sich zweifellos der neuen Partei anschließen, die der III. Internationale beitreten will. Man kann mit völliger Bestimmtheit sagen, daß sich nicht weniger als 75 % aller organisierten Arbeiter in ihren Reihen zusammenschließen werden. Außerdem werden sich ihr auch jene zahlreichen Arbeiter anschließen, die, da sie nicht in die Sozialdemokratische Partei eintreten wollten, außerhalb der legalen Organisation verblieben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die neue Partei das Programm der Sozialdemokratie ablehnen und das rote



Kampfesbanner des revolutionären Marxismus hochhalten wird. Es macht sich nur der Mangel eines Zentralorgans fühlbar, das sich in keinerlei Art und Weise in Helsingfors gründen läßt. Das bereits bestehende kommunistische Blatt „Savon Kansa“ erscheint in der Provinz (in Kuopio) und kann daher die Bedürfnisse der breiten linkssozialistischen Arbeitermassen nicht völlig befriedigen.

Die Stimmung der breiten Arbeitermassen ist zweifellos revolutionär. Der Geist der Tapferkeit und der Glaube an sich selbst wächst aufs neue. Sie haben bereits die von den Sozialdemokraten angelegten Fesseln gesprengt und sind für die proletarische Revolution reif. Trotzdem die Bourgeoisie und die Sozialverräter aus allen Kräften bestrebt waren, sie in Knechtschaft zu halten, wächst das kommunistische Bewußtsein unter den Massen und das Verständnis für die Unvermeidlichkeit dessen, was geschehen muß, dringt bereits in die proletarischen Kreise. Die glänzenden Siege Sowjetrußlands und die Revolution in Archangelsk, in Murman und in Russisch-Karelien, sowie der Abzug der englischen Flotte und die Schwächung der Entente haben das gesamte werktätige Volk in gehobener Stimmung versetzt. Der Friedensdurst wächst. Die Kerker und die Polizeibezirke sind überfüllt mit politischen Gefangenen, und die Gärung unter den Arbeitermassen wird immer stärker. Man kann jetzt oft hören, wie der Arbeiter mit brennenden Augen flüstert: „Bald wird unser Festtag kommen“.

Ob sich die finnischen Weißgardisten jetzt beilen, mit Sowjetrußland Frieden zu schließen, um ihre Lage zu verbessern, das wird die nächste Zukunft zeigen.

Die weißgardistische Republik Finnland ist zum völligen wirtschaftlichen Verfall gelangt und steht jetzt vor der unvermeidlichen Katastrophe. Die weißen Sozialdemokraten haben sich nicht wenig angestrengt, um die Finanzen des weißgardistischen Staates aufzubessern. Aber trotz alledem hat sich die Budgetfrage dermaßen zugespitzt, daß die bürgerlichen Parteien des Landtags nichts ausfindig machen können, um die großen Löcher des Budgets zu stopfen. Von der Lösung dieser Frage ist auch die Frage der Regierung abhängig. Alle Klassen der Gesellschaft jammern laut über die unerträgliche Steuerlast, die Fabrikbesitzer drohen, ihre Unternehmen zu schließen, die Grundbesitzer ihre Wirtschaft aufzulösen, die Arbeiter und kleinen Beamten wissen aber nicht, wo sie die Mittel hernehmen sollen, um sich ein Stück des unglaublich teuer gewordenen Brotes zu kaufen, da ihnen der Staat ihren gesamten Verdienst in Gestalt von Steuern abnimmt. Wenn noch der Krieg dazu kommt, so haben die breiten Massen zwischen Revolution und Hungertod zu wählen. Die weißgardistische Republik zersetzt sich bei lebendigem Leibe, dazu trägt noch die allgemeine Sabotage der Arbeiterklasse bei und die Streikwelle, die sich eben erst erhebt. Zu

den Aufständen zwingt die Arbeiter die ökonomische Verelendung, die immer unerträglicher wird.

Während die Kräfte der Arbeiterklasse mit jedem Tage wachsen, wird die Bourgeoisie von Tag zu Tag schwächer. Ich erwähnte bereits die Zersetzung der Sozialdemokratischen Partei, die endgültig ihre Autorität eingebüßt hat. Die Arbeiter treten massenhaft aus der Partei aus und ihr Hauptorgan „Suomen Sosialdemokraati“, das bis zur Rolle eines Spitzels herabgesunken ist, hat während des letzten Jahres mehr als die Hälfte seiner Abonnenten verloren. Die Auflage dieses Blattes beträgt gegenwärtig kaum 35 000. Die Schutztruppen der Bourgeoisie beginnen auch in Verfall zu geraten. Die meisten Spießbürger weigern sich, das Abzeichen der Schutzgarde zu tragen, das ihnen den allgemeinen Haß zuzieht. Sie nennen sich parteilos, um abzuwarten, in welcher Richtung sich die Ereignisse entwickeln. Auf dem Papier bildet die Schutzgarde angeblich eine mehr als 100 000 zählende Armee, in Wirklichkeit aber ist der Bestand dieser Räuberbanden wenigstens um 50 % gesunken. Es ist ja jedem klar, daß in dieser durch und durch wurzelfaulen Republik keine große und lebensfähige weißgardistische Armee bestehen kann, wie viel Mittel man auch für ihre Erhaltung verausgabt.

Außerdem beginnt der Einfluß der wachsenden Weltrevolution sich auch in Finnland bereits dermaßen stark zu äußern, daß sogar die Blinden sehend werden.

Gegenwärtig ist es unmöglich, die Volksmassen nur mittels der weißgardistischen Bajonette und der Peitsche der Schutzpolizei zum Gehorsam zu zwingen. Diese Wahrheit wird noch überdies durch das Beispiel der sog. „Nordrussischen Regierung“ bestätigt, die völligen Zusammenbruch erlitten hat. Zudem wird es für die finnische Regierung immer schwieriger, Brot für die Volksmassen zu beschaffen. Seit April ist in Finnland die Verabfolgung der Ration eingestellt. Womit die Regierung das Volk bis zum Herbst ernähren will, ist ein Rätsel. Mit Blei? Auf die „Bleiration“ kann ja das Volk auch mit Blei antworten.

So stehen die Dinge in der finnischen weißgardistischen Republik.

Wir sind besonders stolz auf die Truppen der finnischen Rotarmisten und künftigen roten Offiziere und erwarten von ihnen sehr viel. Wir senden allen kommunistischen Genossen einen kommunistischen Gruß.

Es lebe die kommunistische Weltrevolution!

Es lebe Sowjetfinland!

*Dap.*

Von der Redaktion. Als Ergänzung zu diesem interessanten Brief bringen wir die uns zugesandten Nachrichten über den stattgefundenen konstituierenden Kongreß der Sozialistischen Partei Finnlands.

Am 13. Mai wurde in Helsingfors der von den linken Sozialisten zu-

sammenberufene konstituierende Kongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands eröffnet. Ueber den Verlauf des Kongresses haben wir vorläufig nur die Berichte des rechten sozialdemokratischen Blattes „Suomen Sosialdemokraati“ vom 14. Mai.

Der Polizeimeister von Helsingfors erschien sofort nach der Eröffnung des Kongresses in Begleitung von Vertretern der öffentlichen und geheimen Polizei im Sitzungssaal. Die Behörden hatten sogar die eigenen Stenographen mit. Die Nebenräume des Arbeiterhauses, wo die Versammlung stattfand, wimmelten von Polizeagenten.

Auf dem Kongreß waren 75 Personen anwesend. Die Versammlung wurde von A. Raatikainen eröffnet. Dann wurde ein Präsidium gewählt, und zwar E. Pekkala, Set Heikkilä und A. Raatikainen. Zu Sekretären wurden gewählt: K. Kivi, A. Halme und Leino.

Die Sitzung eröffnend, protestierte A. Raatikainen gegen die Anwesenheit der Polizei auf der Versammlung.

Danach wurde beschlossen, eine neue Partei zu gründen, die „Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands“ genannt wurde. Auf der Tagesordnung standen 28 Fragen. Der Sekretär der Partei I. A. Lehtinen erstattete Bericht über die provisorische Leitung der Partei, und dieser Bericht wurde ohne Debatten einer Kommission überwiesen. Nach den Wahlen in verschiedene Kommissionen folgte das Referat E. Pekkalas über den Programmwurf der neuen Partei. In seinem Referat sagte er, daß die bürgerliche Macht und die bürgerliche Produktionsweise vernichtet werden müßten und statt dessen eine neue Produktionsweise eingeführt werden solle, bei der sich die Verwaltung in den Händen der Arbeiterräte befände. Die Arbeiterräte sollen Träger der gesamten Staatsmacht sein, während die Rätemitglieder ihren Wählern gegenüber verantwortlich sind und in unmittelbarem Kontakt mit ihnen arbeiten. Die Deputierten können zu jeder beliebigen Zeit von ihren Wählern aus den Räten abberufen werden, wenn ihre Tätigkeit nicht den Wünschen der Wähler entspricht. Auf diesen Grundlagen soll das Parteiprogramm fußen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung war die Frage der Teilnahme an den politischen und Kommunalwahlen. Der Referent in dieser Frage war Pekkala. Er sagte, daß der Parlamentarismus eine Stütze des bürgerlichen Staates ist und daß die bürgerliche Regierung in allen Ländern zu ihrer eigenen Unterstützung der Arbeitervertretung bedarf, die in die gesetzgebenden Körperschaften, in die Organe der Kommunalverwaltung und unter gewissen Umständen auch in die Regierung eintritt. Doch sollte die Partei, meint der Referent, im voraus keinen Beschluß fassen, ob sie sich an den künftigen Wahlen zum Landtag beteiligen soll oder nicht, denn das wäre vorzeitig. Die Lösung der Frage über die Teilnahme an den Kommunalwahlen soll in jedem einzelnen Fall den örtlichen Organisationen anheimgestellt werden.

Der provisorische Sekretär der Partei I. A. Lehtinen referierte über das Zentralorgan der Partei und äußerte die Meinung, daß man eines der in der Provinz erscheinenden Parteiblätter als Zentralorgan anerkennen müsse, da die Partei ihr Zentralorgan nicht in der Hauptstadt herausgeben könne.

O. Jalava verurteilte in seinem Referat über die Amnestie der politischen Verhafteten die sozialdemokratische Landtagsfraktion, weil sie nicht alle Mittel zur Befreiung der politischen Verhafteten ausgenutzt habe. Die Fraktion hätte Amnestie für alle Politischen, sowohl für die in den finnländischen Gefängnissen Befindlichen, als auch für die ins Ausland Emigrierten, fordern sollen.

Während der Debatten anlässlich dieses Referats wies die Genossin Ellen Mäkelin darauf hin, daß man an diese Frage anders herantreten müsse. Das vom „kastrierten“ \*) Landtag angenommene Gesetz über die gerichtliche Belangung der „politischen Verbrechen“ wurde auf ungesetzlichem Wege herausgegeben und daher hätte man von Anfang an nicht Amnestie, sondern Abänderung dieser ungesetzlichen Anordnung fordern sollen, auf Grund welcher die in den Kerkern schmachtenden und emigrierten Genossen verurteilt worden waren.

Sulo Vuolijoki referierte auf dem Kongreß über die Agrarfrage und entwickelte die Ansichten, die er in seinem unlängst herausgegebenen Buch über diese Frage dargelegt hat.

Den Vertretern des Blattes „Suomen Sosiaalidemokraatti“ und des Büros der Arbeiterpresse wurde in Anbetracht „ihrer für die Arbeiterklasse schädlichen Wirksamkeit“ das Recht der Teilnahme am Kongreß verweigert. Dem Blatt „Suomen Sosiaalidemokraatti“ wurde wegen der Hetze gegen die Kommunisten ein starker Verweis erteilt.

Am zweiten Tag des Kongresses, dem 14. Mai, referierte I. L. Lehtinen über die Internationale. Laut Bericht des Blattes „Karjala“ vom 15. Mai, beantragte der Referent eine Resolution, in welcher erklärt wird, daß die Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands beschließt, der III. Internationale beizutreten. Das Referat wurde von der Versammlung einstimmig, ohne alle Debatten, gutgeheißen.

Dann wurde von dem auf der Sitzung anwesenden Polizeimeister die Frage gestellt, ob man diesen Beschluß in dem Sinne zu verstehen habe, daß die Partei der III. Internationale beitrete. Der Vorsitzende beantwortete diese Frage bejahend. Dann erklärte der Polizeimeister, daß dieser Beschluß verbrecherisch sei, erteilte den Befehl, die Türen zu schließen, eine Wache aufzustellen und 11 Personen zu verhaften. Dem Präsidium und dem Sekretariat wurden alle Papiere abgenommen, die Polizei beschlagnahmte auch die Portefeuilles aller Mitglieder der Versammlung. Darauf

---

\*) So nennt man in Finnland den Landtag, der nach der Zertrümmerung der Revolution ohne die Sozialdemokraten tagte.

schloß der Polizeimeister den Kongreß und schlug den Anwesenden vor, auseinanderzugehen.

Unter den Verhafteten waren Sulo Vuolijoki, Eino Pekkala und der Vorsitzende des Kongresses August Raatikainen.

Am 31. Mai wurde im Landtag die Frage der Aufhebung des konstituierenden Kongresses der Sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands erörtert.

Der Minister des Innern von Hellen erwiderte auf die Anfrage, daß die neue Partei durch ihren Beschluß, der III. Internationale beizutreten, den „Boden der Gesetzlichkeit“ verlassen habe. Denn die III. Internationale anerkenne zum Unterschied von der II. nicht nur parlamentarische, sondern auch revolutionäre Kampfmethoden, daß man sich in Finnland besonders ernst revolutionären Versuchen gegenüber verhalten müsse, da solche Versuche vor zwei Jahren zu einem von Sowjetrußland unterstützten Aufstand führten.

Ferner bezog er sich auf die angeblich von dem Genossen Sinowjew gesagten Worte, daß die Sowjetmacht, mit wem sie wolle, Friedensverträge schließen könne, was aber die III. Internationale durchaus nicht zu irgend etwas verpflichte.

Der sozialdemokratische Deputierte Kotonen sagte, die Erklärung des Ministers kritisierend, daß das Benehmen der Regierung die größte politische Dummheit und ein großer Dienst für den Kommunismus sei.

Kotonen, einer der verstecktesten Chauvinisten und Verräter, hat auf diese Weise das Geheimnis der Empörung der Sozialdemokraten über die Politik der Regierung ausgeplaudert. Das Benehmen der Regierung sei ein „großer Dienst für den Kommunismus“!

Das ist es ja eben, was ihr auch tut, Herrschaften, ihr helft unwillkürlich dem Kommunismus, denn ihr, die Bourgeoisie und die weißen Sozialdemokraten, seid dem Untergang geweiht, die Arbeiterklasse aber schreitet unaufhaltsam zur Macht.



## *Die Entwicklung und der gegenwärtige Stand der Kommunistischen Partei der Schweiz.*

Unsere Bewegung faßte erstmals organisatorisch Fuß im Frühling und Sommer 1917 und betätigte sich damals als linksstehende Opposition in der sozialdemokratischen Partei, in den Gewerkschaften und in der sozialistischen Jugendorganisation.

Der Kampf galt der sozialistischen Inkonsequenz und den diktatorischen Allüren der oberen Funktionäre der schweizerischen Arbeiter- und Jugendbewegung. Die Kämpfe in der Jugend spielten sich vor einiger Zeit ab. Der Kampf entwickelte sich zu einem Ringen um den Platzvorstand der Züricher Jugendorganisation, wobei es der Opposition eine Zeitlang gelang, den Platzvorstand in ihre Hände zu bringen. In den Gewerkschaften und der Züricher Arbeiterunion stellten wir Anträge, daß der Pariser Beschluß der Internationale endlich eingehalten und der 1. Mai zu einem Generalstreiktag proklamiert würde. Die Opposition gab damals eine Broschüre, „Die Selbständigkeit der Jugendorganisation und der Zentralvorstand“, und eine satyrische Zeitung gegen das Zentrum und die Opportunitätspolitik „Der Waibeianer“ heraus.

Die Opposition sah aber bald ein, daß der Kampf gegen den Opportunismus mehr in die Breite und Tiefe gehen müsse. Zu dem Zweck war ein regelmäßig erscheinendes Organ notwendig. Eine sozialistische Preßgenossenschaft wurde gegründet, die die Aufgabe hatte, die finanziellen Mittel dazu aufzubringen. Präsident der sozialistischen Preßgenossenschaft in Zürich war Jakob Herzog, die Redaktion der Zeitung lag in den Händen der Genossen Itschner und Waibel. Das Organ erhielt den Namen „Die Forderung“ und erschien zum ersten Mal in der zweiten Hälfte des Monats September 1917. Sein Programm war, für sozialistische Massenaktionen Propaganda zu machen, sozialistische Soldatenorganisationen und Räte im Heer zu gründen, das sozialistische Endziel zur Forderung des Tages zu machen und das Volk zum Endkampf, zur Revolution aufzurufen.

Anfang November kam der Umsturz in Rußland: das brachte das schweizerische Proletariat gewaltig in Wallung. Die Redaktion der „Forderung“ gab sofort eine Propagandabeilage der Zeitung heraus, die in

mehreren tausend Exemplaren unter der Arbeiterschaft verteilt wurde und das schweizerische Proletariat aufforderte, dem Beispiel der Russen zu folgen. In der Arbeiterunion Zürich stellten wir Anträge, daß die Union sofort eine große öffentliche Versammlung einberufe und zur russischen Revolution Stellung nehme. Wie gewöhnlich hatten es die Instanzen der Arbeiterunion wieder einmal nicht eilig. Die Versammlung sollte einige Tage später stattfinden. Nun liefen die Massen in eine Versammlung, die von den Pazifisten einberufen worden war. Dort drang der von unserer Seite gestellte Antrag durch, zur Unterstützung der russischen Revolution die Munitionsfabriken zu schließen. „Keine Munition mehr den kriegführenden Mächten“, mit dieser Losung schlossen die Massen selbigen Abends zwei große Munitionsfabriken im Kreis 3 und 4. Die Arbeiter forderte man auf, am folgenden Tag die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Tags darauf wollte die Masse wieder zusammenkommen und die Aktion weiterführen, jedoch wurde die Versammlung von der Polizei gesprengt. Die Demonstration dehnte sich dann zu Krawallen aus, in denen viele Demonstranten verhaftet, viele verwundet oder getötet wurden. Eine Barrikade wurde gebaut, und zum ersten Mal in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung wurde mit Maschinengewehren auf das Volk geschossen. Unsere Gruppe suchte die Stimmung zur Bildung von Arbeiterräten auszunützen und gab ein Flugblatt an die Soldaten heraus, in dem diese aufgefordert wurden, nicht auf die Arbeiter zu schießen. In diesen Kämpfen wurden die meisten Mitglieder der Administration und der Redaktionskommission der „Forderung“ verhaftet und die tätigsten Genossen unserer Bewegung auf viele Monate eingesperrt. Wegen Aufreizung zu Meuterei und Aufruhr saßen die Genossen Herzog, Kascher, E. Acklin und Frau, Bartel, Itschner und Waibel entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht. Auf ihren Kopf wurde eine Prämie von 1000 Fr. ausgeschrieben.

Dadurch wurde, bis sich neue Kräfte um die „Forderung“ konzentrierten, die Herausgabe der Zeitung etwas verzögert. Am 21. Dezember erschien sie dann wieder in kleinerem Format. Die Redaktion lag in den Händen des Gen. Karl Graf. Nach der 9. Nummer verbot der schweizerische Bundesrat ihr Wiedererscheinen. Die Gesamtauflage der 9. Nummer der „Forderung“ war 30 000 Stück; in allen größeren Orten der Schweiz wurde sie hauptsächlich in den Gewerkschafts- und Parteiversammlungen kolportiert.

### *März 1918.*

Nach dem Verbot der „Forderung“ März 1918 versuchten wir, diese unter einem anderen Namen herauszugeben. Wir knüpften vorerst Verbindungen mit dem Bieler Arbeiterblatt an und gaben von demselben eine Generalstreiknummer heraus. Dann gelang dem Genossen Waibel in Genf

die Herausgabe der gewünschten Zeitung, jedoch unter dem Namen „Genfer Volkszeitung“. Die Administration und Redaktion wurde von unserer Genfer Gruppe übernommen. Jedoch sperrte die Post schon nach der dritten Nummer die Expedition der „Genfer Volkszeitung“, und das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement gab dem Drucker die Weisung, daß, wenn er die Zeitung weiter drucke, ihm das rationierte Papier entzogen werde. Die Herausgeber der „Genfer Volkszeitung“ kamen wegen Uebertretung des bundesrätlichen Verbots der „Forderung“ vors Kriegsgericht, und die Genossen Waibel, Herzog, Meier erhielten Gefängnisstrafen. Die „Genfer Volkszeitung“ erschien in 9000 Exemplaren.

Aber wir fanden doch noch einen Ausweg. Wir setzten uns mit der deutschsprechenden Tribünegruppe in Amsterdam in Verbindung, um in ihrem Organ „Der Kampf“ Artikel und Beilagen über Fragen der schweizerischen Arbeiterbewegung zu bringen, worauf wir diese holländische Wochenzeitung in der Schweiz vertrieben. Vom „Kampf“ kolportierten wir viele Nummern, die viele Artikel aus unsern Federn enthielten.

Mittlerweile hatte sich die Opposition zu einer über das ganze Land ausgedehnten Organisation entwickelt, deren Leitung in den Händen eines Zentralvorstandes in Zürich lag. Die Organisation nannte sich „Internationale Revolutionäre Sozialisten der Schweiz“. Zentralpräsident war Gen. Bruggmann. Der Zentralvorstand hatte die Aufgabe, alle revolutionären oppositionellen Kräfte in örtlichen Gruppen zu vereinigen, den Kampf gegen den Opportunismus in den Gewerkschaften und der sozialistischen Partei systematisch zu organisieren, dazu Literatur und Flugblätter herauszugeben.

So war es uns möglich, auf dem Verbandstag des schweizerischen Holzarbeiterverbandes die Diskussion über das Rätssystem in die Debatte zu ziehen, Anträge durchzudrücken, daß die revolutionäre Propaganda im Heer finanziell unterstützt würde und die Bildungsarbeit dahin ausgebaut werden sollte, daß die Arbeiter sich die Kenntnisse zur Leitung der Betriebe aneignen könnten. Der Zentralvorstand der I. R. S. S. gab in einer Auflage von 2000 Exemplaren eine Broschüre heraus „Es lebe die soziale Revolution“, ein Flugblatt „An die organisierte Arbeiterschaft“ in 10 000 Exemplaren und „Warum und wozu müssen Arbeiterräte gegründet werden?“ Auflage 20 000 Exemplare. Die Propaganda in den Fabriken für die Gründung von Arbeiterräten steigerte sich aufs intensivste.

Diese Tätigkeit und die Verbreitung der Literatur geschah an allen größeren Ortschaften der Schweiz durch Gruppen, die der Zentrale angeschlossen waren.

Am 14. Juli 1918 fand in Olten eine Parteikonferenz statt. Beschlossen wurde die intensivste Propaganda dafür, daß das Oltener Aktionskomitee durch einen schweizerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat ersetzt würde, kräftige Unterstützung der Propaganda im Heer, Ausbau der Presse.



Von einer Parteisplaltung sei vorläufig noch abzusehen. Karl Graf referierte über das Programm der internationalen revolutionären Sozialisten, deren hauptsächlichste Punkte sind: Schaffung und Propaganda des Räte-systems, Führung der Massenaktionen durch die Arbeiterräte, Erziehung und Vorbereitung der Massen zur Übernahme der Produktion.

Hand in Hand mit der Zusammenfassung der oppositionellen Kräfte und der Propaganda des Räte-systems ging die Revolutionierung des Heeres. Auf Initiative der Gruppe „Forderung“ entstand die erste sozialistische Soldatenorganisation in Luzern im Infanterieregiment 20 im September 1917. Ende April 1918 stellte ein Genosse in der Arbeiterunion Zürich den Antrag, daß die sozialistische Partei Zürich sofort eine Versammlung der militärpflichtigen Arbeiter zusammenrufen solle mit dem Zweck, in Zürich eine sozialistische Soldatenorganisation zu gründen. Da die militärpflichtigen Schweizer Bürger ihre Waffen zu Hause haben, ist es möglich, durch diese Organisationsform eine bewaffnete militärische Einheit der Arbeiterklasse zu schaffen. Nach längerem Zögern des Vorstandes der sozialistischen Partei kam endlich die Versammlung zustande. Der als Referent auftretende Genosse stellte sich auf den Boden, daß es Aufgabe der Soldatenvereine sei, Fürsorge- und Verbesserungspolitik im Heer zu treiben.

Wir aber erklärten: Aufgabe der sozialistischen Soldatenorganisationen könne nur sein, die Armee zu revolutionieren. Fast einstimmig stellte sich die nun konstituierte Soldatenorganisation auf unseren Standpunkt, worauf die Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes erklärten, eine solche Politik nicht mitzumachen. Unsere Gruppe übernahm nun die Leitung der sozialistischen Soldatenorganisation Zürich, die nach kurzer Zeit schon über 200 Mitglieder zählte. Die sozialdemokratischen Zentrüm-ler, welche doch den Berner Parteitagsbeschuß betreffs Ablehnung der Landesverteidigung und Revolutionierung der Armee zustande gebracht hatten, sabotierten nun bezeichnenderweise auf jede Art die Förderung der sozialistischen Soldatenbewegung. Auf unser wiederholtes Ansuchen haben wir von der sozialistischen Partei Zürich nie eine finanzielle Unterstützung für die Propaganda im Heer erhalten. Nur von den Gewerkschaften (Holzarbeiter, Metallarbeiter usw.) erhielten wir einige hundert Franken. Der Vorstand der Züricher Soldatenorganisation arbeitete nun ein Statut aus, dem die Soldatenorganisation zustimmte. Er ging sofort daran, dieses Programm durchzuführen.

Am 14. Juli 1918 kamen dann auf Initiative des Zentralvorstandes der Internationalen Revolutionären Sozialisten und der Soldatenorganisation Zürich in Olten Soldaten verschiedener schweizerischer Truppenkörper zusammen und gaben sich ihr Organisationsstatut und Tätigkeitsprogramm. Den Zentralvorstand hatte die Sektion Zürich zu bestimmen. Sofort setzte eine intensive Arbeit ein. An alle sozialistischen Parteivereine und Jugendorganisationen wurden Zirkulare verschickt mit dem Ersuchen, an ihrem

Orte sozialistische Soldatenvereine zu gründen. Ebenso wurde Literatur herausgegeben, die in den Truppenkörpern zu vertellen war. So kamen zur Ausgabe zwei Broschüren in der Auflage von 20 000 Exemplaren und ein Flugblatt, Auflage 20 000 Exemplare. Die Züricher Soldatenorganisation gab zwei Flugblätter heraus, das eine gemeinsam mit der internationalen revolutionären sozialistischen Gruppe Zürich, die sich mittlerweile zur Kommunistischen Partei Zürich konstituiert hatte (Oktober 1918). Das letzte Flugblatt wurde an die Soldaten verteilt, die vor dem Generalstreik 1918 in Zürich einmarschierten. Die Folge war ein Prozeß, wobei die Genossen Müller, Bertschi, Volk, Herzog, Heuberger und Frau zu 44 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

Der Arbeit des Zentralvorstandes der schweizerischen sozialistischen Soldatenorganisation gelang es in kurzer Zeit, neben den Organisationen in Luzern solche in Reinach, Thalwil, Horgen, Richterswil, Lausanne, Genf, Grenchen und Bern zu gründen. Vorbereitungen waren getroffen für La Chaux de Fonds, Basel, Biel und Frauenfeld. Dieser Tätigkeit konnte die Bourgeoisie nicht ruhig zusehen. 63 Nationalräte stellten in der Bundesversammlung einen Antrag (Grünfelder), in welchem der Bundesrat aufgefordert wurde, die sozialistischen Soldatenorganisationen und die Soldatenräte zu verbieten. Am 4. März 1919 kam dieses Verbot zustande. Trotzdem ging die Bewegung weiter, was natürlich die Militärjustiz wieder auf den Plan rief. So wurden im Mai weitere 5 Genossen zu 17 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie an einer Bewegung zur Errichtung von Soldatenräten in einem Waadtländerregiment tätig gewesen waren. Heute ist fast das ganze schweizerische Heer demobilisiert, so daß die Tätigkeit der sozialistischen Soldatenorganisationen vorläufig unmöglich ist.

Die internationale revolutionäre sozialistische Gruppe in Zürich konstituierte sich im Oktober 1918 zur Kommunistischen Partei Zürich. Den Anstoß dazu gab der Oktobergeneralstreik, nach welchem mehrere führende Genossen dieser Gruppe aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurden. Dieser Parteiverein beauftragte den Zentralvorstand der internationalen revolutionären sozialistischen Gruppe der Schweiz, dahin zu wirken, daß in der ganzen Schweiz selbständige kommunistische Parteisektionen gegründet würden.

## II. 1918-1919.

Anfang November 1918 stand die Bewegung organisatorisch gut da, die Zentrale der internationalen revolutionären sozialistischen Gruppe tat alles, um dieselbe rasch vorwärts zu bringen. Ein Preßorgan sollte trotz des Verbots wieder herausgegeben und ein Kongreß aller Gruppen einberufen werden, der definitiv zur Parteisplaltung Stellung zu nehmen hatte. Die kommunistische Partei Zürich gab gemeinsam mit der Züricher Soldaten-

organisation auf den 7. November, dem Jahrestag der russischen Revolution, und zur Erinnerung an die vorjährigen Novemberunruhen ein Flugblatt (Auflage 6000) an die Arbeiter und Soldaten heraus.

Die ausgebrochene Revolution in Deutschland und Oesterreich hob wieder stark die revolutionäre Stimmung im schweizerischen Proletariat. Der Bundesrat belegte die Städte mit Truppen, was den Anstoß zum Novembergeneralstreik gab, der jedoch nach wenigen Tagen durch das ängstliche und feige Oltener Aktionskomitee abgebrochen wurde.

Unsere Propagandatätigkeit während des Generalstreiks war die Verteilung von vielen tausend Soldatenbroschüren und Flugblättern „An die militärdienstpflichtigen Arbeiter“ und „Warum müssen Arbeiterräte gegründet werden?“ Das brachte die übrigen Genossen ins Gefängnis.

Nach dem Streik war die schweizerische Arbeiterbewegung in ein Ruhestadium getreten. Große Teile der Massen grollten den verräterischen Führern. Unsere Bewegung war desorganisiert.

Die grausamen Repressalien der wutschnaubenden Bourgeoisie bewirkten jedoch, daß unsere Bewegung sich trotz aller Verhaftungen verbreitete und vertiefte.

Ein zweiter Landeskongreß fand am 24. und 25. Mai in Biel statt. Dort waren 62 Vertreter aus allen größeren Orten der Schweiz anwesend. Auf diesem Kongreß gab sich die Kommunistische Partei der Schweiz ihr Programm. Der „Kommunismus“ Nr. 7 bringt den Kongreßbericht und das Programm.

Eine Milchpreiskampagne zwang uns nochmals, Stellung zu nehmen zum Verhältnis zwischen Industriearbeiter und Bauer. Nachdem die sozialdemokratische Presse wieder einmal so allgemein auf die Bauern losobte, haben wir in einem Flugblatt „An die Bauern und Arbeiter“ den Zweck dieser Hetzereien und Treibereien dargestellt.

Mehr und mehr machten sich finanzielle Schwierigkeiten geltend, was uns sehr hinderte, die Zeitung regelmäßig herauszugeben. Selbstverständlich fällt es einer numerisch noch schwachen Organisation, wie wir es sind, schwer, die vielen Geldmittel aufzubringen, die für eine notwendige Propaganda da sein müssen.

Der 31. August vereinigte die Delegierten unserer Partei in Zürich, wo beschlossen wurde, die Nationalratswahlen zur Propaganda des Räte-systems auszunützen. Unsere Parole „Wählt Arbeiterräte und keine Nationalräte“ hat der Sozialdemokratie bei den Wahlen sehr Abbruch getan. In den Wahlen gaben wir einen „Kommunist“ und einen Aufruf heraus.

Damit die Propaganda intensiver in allen Landesteilen betrieben werden kann, schritten wir zur Schaffung von Kreisverbänden. Heute zählt unsere Partei 4 Ortssektionen, Zürich, Biel, Luzern und Winterthur, wo die organisatorische Trennung zwischen der Sozialdemokratie und den

Kommunisten durchgeführt ist. Diese 4 Orte haben zusammen eine Mitgliederzahl von 1200.

In den Orten Basel, Bern, Genf, La Chaux de Fonds, Aarau, Baden, Brugg, Schlieren, Thalwil, Horgen, Richterswil, St. Gallen, Schaffhausen, Utzwil, Reinach, Töss besitzen wir starke kommunistische Gruppen, die unserer Zentrale angehören, aber noch nicht vollständig organisatorisch von der sozialdemokratischen Partei getrennt sind. Die Trennung und Gründung von kommunistischen Parteisektionen steht in den nächsten Tagen in Bern und Basel bevor. In fast allen weiteren größeren Orten besitzen wir Kolporteurs, die unsere Literatur vertreiben. Mit der sozialistischen Jugendorganisation haben wir gute Beziehungen. Ihr letzter Kongreß hat eine Resolution angenommen, die der Jugendbewegung Richtlinien gibt, welche sie auf unseren Boden stellen.

Der Zentralauschuß wurde zur Mehrzahl aus Anhängern unserer Partei gewählt. Ebenso ist es unseren Genossen nach einem hartnäckigen Kampf gelungen, die Rechtssozialisten aus der Leitung und dem Sekretariat des Züricher Metallarbeiterverbandes hinauszuerwerfen und diese Posten mit unseren Leuten zu besetzen. Auf dem letzten Metallarbeiterkongreß vereinigte unsere Opposition gegen die Zentralleitung 80 Delegierte.

Wenn in nächster Zeit nicht Ereignisse in den uns umgebenden Ländern eintreten, die das schweizerische Proletariat wieder vorwärts und zu Aktionen bringen, wird die Spaltung in der sozialdemokratischen Partei kaum größere Formen annehmen. Die konsequenten Kommunisten werden wohl überall einzeln und in Gruppen austreten und selbständige Sektionen gründen, die vorerst noch klein sein werden. Die schwankenden Elemente vom Zentrum Grimm, Schneider, Schmid (Olten und Winterthur), Nobbs haben ihre Stellen und Futterkrippen von der sozialdemokratischen Partei und lassen sie nicht so ohne weiteres fahren. Die Gruppe Platten ist auch aus Leuten zusammengesetzt, die sich nicht scheuen, irgend ein Regierungspöstchen anzunehmen (siehe Traber). Übrigens hört man von dieser Gruppe heute nichts mehr, sie scheint eingeschlafen zu sein. Auch arbeiteten diese Leute immer lieber mit den Rechtssozialisten als mit uns zusammen. Eine konsequente Stellungnahme mit dementsprechend praktischen Handlungen war nie ihre starke Seite, das sah man ja in der Frage der Ablehnung der Landesverteidigung und in der Stellungnahme zum Oltener Aktionskomitee.\*)

Wir Schweizer haben nicht so viele Leiden und Entbehrungen durchgemacht, wie die Genossen in vielen kriegführenden Ländern, deshalb geht die Radikalisierung des schweizerischen Proletariats viel langsamer vonstatten. Schwere Hemmnisse sind die starke bürgerliche Presse, die neben-

---

\*) Die Redaktion hält es für notwendig, zu betonen, daß sie die an die Gruppe des Gen. Platten gerichteten Vorwürfe völlig der Verantwortung des Verfassers überläßt.

bei täglich hunderttausende von Flugblättern gegen Sowjetrußland gratis verteilt. Uns mangelt das Geld, um eine wirkungsvolle Gegenpropaganda zu entfalten, die imstande wäre, die reaktionäre Schlammflut zurückzudämmen.

Größere Massenaktionen stehen in der nächsten Zeit bei uns nicht bevor. Die letzten zwei Generalstreiks, die zusammengebrochen sind, haben dem schweizerischen Proletariat viel Wasser in den feurigen Wein gegossen.

Wir werden diesen Winter darauf hinarbeiten, daß in allen größeren Orten Arbeiterräte zustande kommen und die Propaganda des Kommunismus in die Betriebe und auf das flache Land noch intensiver hineingeworfen wird, um so das Industrie- und Landproletariat fähig zu machen, sobald das österreichische und deutsche und italienische Proletariat die wirtschaftliche Macht übernimmt, ihm sofort folgen zu können.

J. G.

---

## *Der Bund russischer Arbeiter in Australien.*

Bis zum Ausbruch des Weltkrieges zählte Australien (laut Bericht des zaristischen Generalkonsuls Abasa) etwa 5000 russische Auswanderer. Etwa 500 darunter waren politische Flüchtlinge, die übrigen aber sind Arbeiter und Bauern, die sich in Australien einige hundert Pfund Sterling verdienen wollen, um nachher in die Heimat zurückzukehren und mit dem erarbeiteten Gelde ihre Lebenslage zu verbessern. Zum überwiegenden Teil waren es Einwanderer aus dem südlichen Teil Sibiriens.

Erst nach Ausbruch des kapitalistischen Völkerschlachtens begannen die einzeln oder in kleinen Gruppen über Australien verstreuten russischen Arbeiter sich zusammenzuschließen. Bis dahin gab es in den großen Industriezentren wie Melbourne, Sidney und Brisbane von den politischen Emigranten organisierte Verbände russischer Arbeiter, die insgesamt nicht mehr als 150—160 Mitglieder zählten. Eine Zeitung, die „Nachrichten des Bundes der russischen Arbeiter“, wurde in russischer Sprache herausgegeben. Als dieses Organ eingestellt wurde, erschien das „Arbeiterleben“.

Im Norden Australiens, in Cairns und Townsville und in Zentralaustralien, in Cloncary bildeten sich Gruppen russischer I. W. W. (Industriearbeiter der Welt), die mit der Arbeiterbewegung Australiens in Kon-

takt standen. In vielen Fällen, wo die Arbeiterklasse hervortrat (im Kampf um die Redefreiheit, in der Agitation zugunsten der Idee des revolutionären Industrialismus) befanden die russischen Arbeiter sich in der Vorhut der Kämpfer für den Sozialismus. Gar mancher Russe mußte seine revolutionäre Tätigkeit mit Kerkerstrafe büßen. Bald nach dem Sturz der Zarenherrschaft erhielten die politischen Emigranten die Möglichkeit, in die Heimat zurückzukehren. Die Reisekosten wurden von der russischen Provisorischen Regierung bestritten. Im Dezember 1917 wurde die Zeitung „Arbeiterleben“ auf Grund des Gesetzes über Kriegsvorsichtsmaßnahmen (War Precaution Act) behördlich sistiert. Der Bund russischer Arbeiter in Brisbane wurde unter der Benennung „Bund russischer Arbeiter in Australien“ zur Föderation der Gruppen und Vereinigungen der russischen Arbeiter. Das Hauptziel des Verbandes war nicht kulturell-erzieherische Arbeit unter den russischen Einwanderern, sondern Agitation zugunsten der Ideale der russischen sozialen Revolution unter den englischen Arbeitern. Jedem Mitglied des Verbandes wurde zur Pflicht gemacht, je nach seinen Überzeugungen in die Sozialistische Liga von Queensland, die Australische Sozialistische Partei oder aber in die Organisationen der Industrialisten — die „One Big Union Propaganda League“ oder den Verband der „Industrial Workers of the World“ einzutreten. Seit jener Zeit (ungefähr seit August 1918) beginnt eine Reihe gemeinsamer revolutionärer Aktionen folgender Organisationen: des Industrialrats der Gewerkschaften von Queensland, der Sozialistischen Liga von Queensland, der Liga zur Propagierung des einzigen Genossen-Verbandes und des Bundes russischer Arbeiter in Australien. Aus dem Bunde russischer Arbeiter und aus den genannten englischen Organisationen schälte sich die „Kommunistische Liga“ heraus, die sich auf den Boden illegaler Arbeit zur Organisation einer revolutionären Umwälzung und der Übergabe sämtlicher Produktionsmittel in die Hände der Arbeiter stellte. Drei illegale Druckereien wurden organisiert, um Flugblätter und Aufrufe herzustellen. Kundgebungen der Arbeitslosen sowie Protestversammlungen gegen das Eindringen der Truppen der Verbündeten in Rußland wurden veranstaltet, unter den vom Kriegsschauplatz zurückgekehrten Soldaten wurde eine ausgebreitete Agitation getrieben. Unsere Losung war „Hände weg von Rußland“. Am 8. November organisierten wir die Jahresfeier der sozialen Revolution (wir hatten uns in unserer Berechnung um einen Tag versehen). Diese Feier veranlaßte die australischen Behörden, eine Reihe von Repressalien gegen die Organisatoren der Feier zu unternehmen. Sie gingen so weit, sogar die „Sentinel Hall“ in Brisbane, die wir für die Feier gemietet hatten, zu schließen. Da wir am Betreten des Saales gehindert wurden, veranstalteten wir einen Zug durch die Hauptstraßen von Brisbane mit roten Fahnen und Absingen revolutionärer Lieder. Wir hielten unsere Versammlung darauf auf dem Brisbaner Marktplatz ab. Trotzdem

die Versammlung von Polizei und Soldaten auseinandergejagt wurde, erzielten wir eine große revolutionäre Begeisterung unter den Massen.

Nachdem die Zeitung „Wissen und Einheit“ eingestellt worden war, begannen wir im Dezember 1918 das Blatt „Knowledge and Unity“ in englischer Sprache herauszugeben. Als führendes Organ der Bolschewiki und Kommunisten Australiens verdiente unsere Zeitung wahrhaft den Namen „mental dynamite“ (geistiger Sprengstoff), den die Zeitungshändler ihr beilegen. Wir veröffentlichten in unserem Blatt sämtliche Reden der Genossen Lenin und Trotzki, die Verfassung der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland sowie Agitations- und Propagandaartikel. Das Material wurde aus Amerika eingeschmuggelt. Unter anderem bezogen wir auch die von John Reed herausgegebene Zeitschrift „Liberator“. Ohne Übertreibung können wir behaupten, daß wir in dem stehenden Sumpf, der in Routine versteinerten, unbeweglichen Arbeiterbewegung Australiens eine neue Aera eröffnet haben, eine Aera des Kampfes für die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage, eines schweren, zuweilen unerträglich schweren Kampfes... Es fehlte uns an Mitteln, um die Propagandaarbeit in großem Umfang zu betreiben. Geldunterstützung aus Rußland zu bekommen war unmöglich. Alle Kräfte des Bundes russischer Arbeiter mußten aufgeboten, alle Ersparnisse geopfert, unantastbare Fonds in „antastbare“ verwandelt werden; die einzelnen Arbeitergruppen mußten mit Aufrufen zur Unterstützung unserer Zeitung bombardiert werden.

Im Januar 1918 wurde eine Protestkundgebung veranstaltet. Die Arbeiter durchzogen mit roten Plakaten und Transparenten die Straßen und eine Massenversammlung wurde abgehalten, an der über 5000 Arbeiter teilnahmen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche die Einstellung der Intervention und die Aufhebung des Gewaltgesetzes über Kriegsvorsichtsmaßnahmen forderte.

Ende März (am 23. März 1918) wurde ein zweiter von uns organisierter Demonstrationzug mit roten Fahnen von Polizeiabteilungen aufgehalten. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die von der fünftausendköpfigen Demonstrantenmenge überwältigt wurde. Die in Domäne veranstaltete Versammlung gelang vorzüglich. Bis zum späten Abend waren wir Herren der Lage in der Stadt. Dann aber mußten wir den organisierten Banden der von der Front zurückgekehrten Soldaten das Feld räumen. Im Zusammenstoß mit den Soldaten und der Polizei wurden mehrere Personen schwer, andere leicht verwundet.

Einige Tage darauf begann die Gerichtsverhandlung gegen die Genossen, die an der Kundgebung vom 23. März teilgenommen hatten. Die Genossen A. Resanow und Tolstoborow (beides Russen) und zehn Engländer wurden zu je 6 Monaten Haftstrafe verurteilt und in das Brisbaner Gefängnis gesperrt. Die Genossen Kijuschin, Wischnewski, Markin,

Rosenberg und Kreslin kamen in das Gefängnis Darlinghurst in Sidney. Was aus ihnen geworden ist, wissen wir leider nicht.

Vor kurzem fand in Sidney eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften statt, auf der beschlossen wurde, alle Arbeiterverbände nach Produktionszweigen in der „Einzigsten Großen Union“ zu vereinigen. Eine von den Eisenbahnern abgehaltene Konferenz beschloß, für den Sechsstundentag, die Nationalisierung der Eisenbahnen und die Einführung der Arbeiterkontrolle über die Produktion zu kämpfen. Unsere Zeitung „Knowledge and Unity“ („Wissen und Einheit“) erfreut sich eines wohlverdienten Erfolges.

Aus all diesem können wir folgende Schlüsse ziehen: die Lehren des Krieges haben das Eindringen der Ideen der sozialen Revolution in die breitesten Schichten des australischen Proletariats möglich gemacht und haben den Wahn des kapitalistischen Parlamentarismus, den der Engländer mit der Muttermilch einsaugt, vernichtet. Der englische Arbeiter blickt nunmehr nüchtern in die Welt. Zur russischen sozialen Revolution verhält er sich verständig-wohlwollend.

Die gelbe kapitalistische Presse ist im Ausmalen der Schrecken des Bolschewismus zu weit gegangen. Tag für Tag brachte sie lange Berichte über die „Unruhen“ in Rußland und spielte dadurch wider Willen die Rolle eines der besten Agitatoren für den Bolschewismus. Die Bevölkerung hat aufgehört, diesem ganzen Gewäsch Glauben zu schenken und hat gelernt, zwischen den Zeilen zu lesen. Wir veröffentlichten die Verfassung der Republik Rußland außer der Zeitung auch noch in 6 000 Exemplaren in Broschürenform, die sofort vergriffen waren. Die meisten der Industrialisten (I. W. W.) nennen sich mit Vorliebe australische Bolschewiki. In der ganzen Reihe von Prozessen bezeichnen sie sich mit Stolz als Bolschewiki und werden dafür nach Südamerika deportiert.

Die revolutionäre Situation (ohne welche eine Revolution unmöglich ist) ist in Australien bereits vorhanden.

Nur der geringere Teil der vom Kriegsschauplatz zurückgekehrten Arbeiter (es waren ihrer 350 000 Mann) ist befriedigt worden. Die Unternehmer weigern sich, die heimgekehrten Soldaten wieder einzustellen und erzielen dadurch, daß die Massen der Australier, die freiwillig in den Krieg gegangen sind, immer mehr ins radikale Fahrwasser schwenken.

In dem Industrieleben des Landes macht sich ein Stillstand bemerkbar. Da Deutschland der größte Abnehmer für australische Metalle und Erze war, veranlassen die ungeheuren Erzvorräte die Unternehmer, die Arbeit in den Bergwerken einstellen zu lassen. Die Grubenarbeiter werden in großen Massen auf die Straße geworfen. Die halben Maßregeln der Regierung, wie die Verabfolgung von Lebensmittelrationen und Geldunterstützung an die Arbeitslosen, erreichen ihren Zweck nicht. Die Teuerung der notwendigsten Bedarfsartikel wächst immer mehr. Die Empörung



gegen die Schieber, gegen die Bourgeoisie überhaupt, nimmt zu und findet ihren Ausdruck in der Politik der Arbeiterorganisationen, die sich nicht mehr wie früher soziale Reformen, sondern soziale Umgestaltung zur Aufgabe stellen. Es ist bezeichnend, daß Australien nicht einen einzigen Soldaten für die gegen Rußland organisierten Expeditionen hergegeben hat... Unsere Pflicht ist, dort in Australien zu sein und die Auflehnung, welche die Mehrzahl der australischen Arbeiter selbst noch nicht begreift, über welche sie sich keine Rechenschaft ablegt, die allgemeine Empörung gegen die Bourgeoisie zur klassenbewußten revolutionären Arbeiterbewegung unter dem Banner der III. Internationale zu gestalten. Der Zeitung „Wissen und Einheit“ muß weitgehende materielle Unterstützung geleistet werden, falls das Blatt bis dahin noch besteht; andernfalls muß es wieder zum Leben erweckt werden. An Kräften mangelt es in Australien nicht, es fehlt bloß die Hand, die diese Kräfte zu einmütiger Tätigkeit lenken würde.

R.



# DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG



## *An das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.*

*von dem Zentralkomitee der Kommunistischen  
Partei Lettlands.*

Von der Redaktion. Den weißen Sozialdemokraten gewidmet, die mit den Henkern der lettischen Arbeiter „Burgfrieden“ geschlossen haben.

**Werte Genossen!**

Wohl ist uns der Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale bekannt, demzufolge die kommunistischen Parteien in Ländern mit bürgerlicher Regierung sich an den Kommunalwahlen und an den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung beteiligen und auch die breiten Massen zur Beteiligung anregen sollen; denn wenn die Partei bei den Wahlen mit ihrem eigenen kommunistischen Programm hervortritt, so weicht sie durch ihre Beteiligung keineswegs vom Prinzip ab, sondern entwickelt nur ihr kommunistisches Programm. Wohl kennen wir die Ansicht der ruhmreichen Führer der proletarischen Revolution, der Genossen Lenin und Sinowjew in dieser Frage. Dennoch war die Kommunistische Partei Lettlands außerstande, sich an den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung Lettlands zu beteiligen.

Keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten trennen uns von unseren Genossen in Rußland. Und dennoch handelten wir ihrem Beschluß zuwider. Ihr werdet fragen, weshalb?

Wie unbegreiflich es auch unseren Genossen außerhalb Lettlands erscheinen mag, diejenigen Genossen, die jetzt in Lettland leben und kämpfen, werden es nur zu gut verstehen. Die Genossen in Rußland und in anderen Ländern sind leider sehr ungenügend über die fürchterlichen

Bedingungen unterrichtet, unter welchen das Proletariat Lettlands gegenwärtig zu leben und zu kämpfen hat. Gar mancher Genosse außerhalb des Landes mag wohl glauben, daß die jetzige bürgerliche Regierung Lettlands tatsächlich demokratisch sei, daß die Arbeiterklasse hier dieselben Organisationsmöglichkeiten besitze, wie in Westeuropa. Diese Ansicht ist irrig; sagen wir uns aber von ihr los, so wird das Unbegreifliche leicht begreiflich.

In Lettland ist die Macht in den Händen der Bourgeoisie (des Bauernverbandes und der städtischen Großbourgeoisie, d. h. der Demokraten). Ihre „demokratischen“ Tendenzen äußern sich aber nur in rein weißgardistischer Grausamkeit, vor der die Maßnahmen der schwärzesten zaristischen Reaktion und selbst die „Heldentaten“ der Strafexpeditionen von Anno 1905 erblässen. Was bei uns sogar in den trübsten Zeiten des Zarismus und auch während der deutschen Okkupation noch möglich war, ist jetzt ein Ding der Unmöglichkeit. Wie weit die Regierung Ullmannis in ihren reaktionären Maßnahmen geht, wird durch die Tatsache veranschaulicht, daß die Zahl der Arbeiter, die im Laufe des letzten Jahres in grausamer Weise hingemordet wurde, die Zahl der Opfer aus den Jahren 1905—08 um das Zehnfache übersteigt. Auf dem Papier gibt es hier zwar Verbandsfreiheit, Presse- und Wortfreiheit, aber nur die Bourgeoisie und die vor ihr liebedienenden Sozialdemokraten — die Menschewiki, können von diesen „Freiheiten“ Gebrauch machen. Wer die Worte „Kommunismus“ oder „Sozialismus“ in ihrem wahren Sinne ausspricht, gilt als „Landesverräter“ und wird dem Feldgericht überwiesen. Es genügt, Sympathie für Sowjetrußland an den Tag zu legen, um nach der Ethik der bürgerlichen Regierung Lettlands die Todesstrafe zu verdienen.

Im November 1919 ließ das Stadthaupt von Libau an allen Straßenecken eine amtliche Verfügung ankleben, die die Ausdrücke „Bolschewiki“, „Kommunismus“ und dergl., sowie etwaige günstige Äußerungen über Sowjetrußland auf das strengste verbot. Für Übertretung dieser Verfügung drohte er mit einer Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis und einer Höchststrafe von vielen Jahren Zwangsarbeit. Der leiseste Verdacht genügte, um den Betreffenden dem Feldgericht zum Erschießen auszuliefern, ihn wegen angeblichen Fluchtversuchs ohne jedes Verhör niederzuschießen oder aber amtlich zu melden, der Verhaftete „habe sich in seiner Zelle erhängt“. Auf solche Weise wurden viele Hunderte Arbeiter umgebracht. Wenn die Zahl der Opfer der deutschen Barone und der Truppen Nedras am 22. Mai 1919 nach Angabe der bürgerlichen Blätter 7 500, nach Berechnung der Einwohnerschaft selbst aber 12 000 betrug, so hat die Regierung Ullmannis, seit sie die Macht in die Hände bekam, nicht weniger als 3 000 Arbeiter und Soldaten ins Jenseits befördert. In den Kerkern schmachten gegenwärtig etwa 5 000 Arbeiter und Soldaten. Dazu kommen noch die Konzentrationslager. Und das alles in dem winzigen

Letland, in welchem sogar die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts aufgesetzten Wählerlisten für die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung mit knapper Not 900 000 Personen im ganzen vereinten Lettland aufreiben konnten! Die Zahl der Hingerichteten und Verhafteten ist uns nicht bekannt, wir können sie daher nicht anführen. Man erschöß Arbeiter auf Grund des leisesten Verdachts oder einer bloßen Anzeige, oder aber einfach auf die Tatsache hin, daß sie russisches Geld bei sich hatten. Hunderte von Personen wurden ohne Verhör nur deshalb erschossen, weil sie von Rußland über die Grenze gekommen waren. Viele wurden getötet, weil sie in den Sowjetinstitutionen gearbeitet hatten. Einige Tatsachen werden genügen, um Euch ein klares Bild von der Sachlage zu geben.

Im Juli 1919 wurde in der Stockmannschen Gemeinde in Livland der Architekt Jakob Apsit, der unter der Sowjetregierung Lettlands Gehilfe des Kommissärs der Staaterrichtungen gewesen war, verhaftet und am selben Tage ohne Verhör erschossen. Im November verhaftete man in Riga den Ingenieur Jakob Preiß, der während der Sowjetherrschaft den Posten eines Gehilfen des Kommissärs für auswärtigen Austauschhandel bekleidet hatte. Obgleich die Haussuchung bei Preiß nichts Verbrecherisches zutage förderte, wurde er doch nach einigen Tagen wegen eines „Fluchtversuchs“ erschossen. Im Dezember wurde in Riga der Sekretär des Kommissariats für soziale Fürsorge, Jan Landsmann verhaftet. Noch am selben Tage wurde Landsmann dem Feldgericht überantwortet und als „Staatsverräter, Spion und Kommunist“ erschossen. Der Arbeiter Fritz Bajar, bei dem man eine chemische Druckmasse vorfand, wurde im Dezember in Riga verhaftet. Da er sich weigerte anzugeben, wo die Druckerei sei, wurde er gefoltert und darauf erschossen. In Wolmar verhaftete man im Dezember eine Versammlung aus 30 Personen. Bei der Verhaftung fand man nichts Verdächtiges vor; dennoch wurden auf Urteil des Feldgerichts 11 Teilnehmer der Versammlung erschossen, darunter zwei Schulmädchen im Alter von 14 und 16 Jahren. Um diese Ermordung von Kindern zu rechtfertigen, brachten die Zeitungen spaltenlange Mitteilungen über die angeblichen Absichten der Verhafteten, die Bank zu berauben und Anschläge gegen Offiziere auszuüben. In gleicher Weise wurden die Kommunistin Emma Plum, das Mitglied der Jugendorganisation Gen. Winten und vor kurzem Jan Sukowski ermordet. Das sind bloß einige der Tatsachen. Wollte man alle Getöteten nennen, so würde die Liste zu lang werden. Die Verhafteten wurden Foltern unterzogen. Die Heldentaten Gregus' aus den Zeiten des Zarismus sind nichts dagegen. Die Nationaldemokraten bewältigen ihr Stück Arbeit weitaus gründlicher. Die Opfer der Bourgeoisie werden nicht nur mißhandelt; man schlägt sie zu Krüppeln. Die Verhafteten werden in dem politischen Polizeiamt (Nikolaistraße 7, jetzt Schulenstraße 19) verhört; darauf teilt man dem Betreffenden mit, daß man ihn erschießen werde. Er wird an die Wand

gestellt, das Gewehr wird geladen und abgedrückt... aber die Kugeln fliegen absichtlich vorbei, und das Opfer wird noch einmal verhört, damit es eingestehe. Ist kein Geständnis von ihm herauszubekommen, so wird wieder gefeuert. Viele halten diese Folter nicht aus, verlieren den Verstand oder enden mit Selbstmord. Andere gestehen, daß sie Kommunisten sind, damit man sie schneller erschieße. Wieder andere sagen alles aus, was sie wissen.

Anfang März verhaftete man Lavisa Bertze und auch M. Skudra, der sich gerade in ihrer Wohnung befand. Während der Folter wurden die beiden so übel zugerichtet, daß sie von ihren Gefängnisgefährten nicht erkannt wurden, als man sie fortführte, um sie zu erschießen. L. Bertze hatte man den Arm gebrochen, ihr Körper wies viele Wunden auf. Sie hatte einen kranken Fuß und ging schon jahrelang auf Krücken. Am 22. Mai 1919 hatte ihr eine Kugel der Baronsbanden den einen Arm zerschmetterert. Und diese 40-jährige kranke Frau, bei der man zudem nichts Ungesetzliches vorfand, wurde von den Agenten der Regierung Ullmannis endgültig zum Krüppel geschlagen, um sie am 17. März zusammen mit Skudra wegen „Hochverrat“ zu erschießen.

Das sind die Polizeibedingungen, die uns die Möglichkeit nehmen, uns an den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu beteiligen. Von Wahllisten der Kommunistischen Partei kann keine Rede sein. Jeder Wähler, der eine derartige Liste unterschreiben würde, alle aufgestellten Kandidaten würden getötet werden, gleich Tausenden anderer. So gar parteilose Listen werden nicht zugelassen. Als zu den Stadtratswahlen in Riga eine parteilose Arbeiterliste aufgestellt wurde, verhaftete man die Gewählten. Sie sitzen heute noch hinter Schloß und Riegel. Auch in Talsen sitzen drei sozialdemokratische Stadratsmitglieder im Gefängnis.

Unsere Beteiligung an den Wahlen ist also technisch undurchführbar, da die Kommunisten keine eigenen Kandidaten aufstellen können. Und für wen sollen wir die Arbeiter unter solchen Bedingungen zu stimmen aufordern? Etwa für die Sozialdemokraten, die Menschewiki, die die Rolle der Opposition Seiner Majestät spielen?

Wir alle wissen genau, daß die Menschewiki die Macht der Bourgeoisie festigen und die Arbeiter zum Narren halten halten und noch helfen. Eine Wahlkampagne hat nur dann einen Zweck, wenn wir ganz selbständig mit kommunistischen Grundsätzen hervortreten können. Ein Kompromiß wäre vom Standpunkt des Prinzips und der Praxis ein nicht wieder gut zu machender Fehler. Daher bleibt der Kommunistischen Partei Lettlands nichts weiter übrig, als die Losung: „Nieder mit der Konstituierenden Versammlung“ auf ihr Banner zu schreiben und an Stelle der Konstituante die Einberufung eines Kongresses von Arbeitersowjets zu fordern.

Wir wissen, daß die Massen trotzdem an den Wahlen teilnehmen

werden. Wir wissen, daß der Boykott keinen Massencharakter tragen wird und daß wir weder heute noch morgen an Stelle der Konstituante den Kongreß der Arbeitersowjets setzen können. Die Befreiung des lettischen Proletariats kann nur dann erfolgen, wenn das gesamte Proletariat Europas siegt. Aber um ihm zum Siege zu verhelfen, müssen wir unsere Organisationen stärken und kommunistische Agitation treiben. Es hätte keinen Zweck, die Kandidatur unserer Genossen für die Konstituierende Versammlung aufzustellen, nur um hierdurch die Zahl der Märtyrer des Kommunismus zu vergrößern.

Vielleicht werden manche über unsere Annahme den Kopf schütteln. Aber im heutigen Lettland ist „alles“ möglich. Nicht umsonst wird Lettland das „Grab der Kommunarden“ genannt; unzählige Kommunarden wurden hier hingemordet, aber man darf kein lautes Wort darüber sagen.

In dem Augenblick, wo auch nur einige Kommunisten in der Konstituante Lettlands durchdringen würden, wäre es mit der Herrschaft der jetzigen Regierung, bestehend aus Haus- und Grundbesitzern, zu Ende. Die Regierung weiß das nur zu gut; deshalb macht sie auch unerbittlich auf alle Verdächtigen Jagd.

Es läßt sich schwer sagen, ob und inwiefern die Konstituierende Versammlung etwas am Lettland von heute ändern wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die jetzige Politik weitergeführt werden. Sie wird es dahin bringen, daß selbst die zurückgebliebenen Arbeitermassen die Illusionen verlieren werden, welche die Menschewiki in ihnen aufrecht zu erhalten bestrebt sind. Sollten die Menschewiki bei den Wahlen siegen, so wäre es ein Unglück für sie selbst, denn sie können ihre Versprechungen nicht halten, solange die Bourgeoisie an der Macht ist, anderseits aber fürchten sie sich, die Macht in ihre eigenen Hände zu nehmen. Sie befürworten eine Koalition, sie stampfen auf einem Fleck umher und wollen den Sozialismus auf dem Wege der Evolution erzielen. Panikartiger Schrecken erfüllt sie vor der Diktatur des Proletariats, dabei aber stöhnen sie, wenn sie die schwere Faust der bürgerlichen Diktatur auf ihrem eigenen Körper fühlen. Vergeblich tasten sie nach dem Weg der wahren Demokratie. Es ist möglich, daß man auch die Menschewiki illegal zu werden zwingt, denn schon jetzt veranstalten die Agenten der Ullmannregierung Anschläge gegen die sozialdemokratischen Führer. In diesem Fall aber werden die Menschewiki die Mehrzahl ihrer Mitglieder einbüßen. Die Arbeiter werden zu den Kommunisten übergehen, die kleinbürgerlichen Elemente werden sich aus Furcht vor der Illegalität von den Menschewiki lossagen. Die letzteren aber werden fortfahren, hinter der Bourgeoisie herzulaufen. Genau dasselbe wird geschehen, falls die Menschewiki als Sieger aus den Wahlen hervorgehen.

Die Lage in Lettland wird sich erst mit dem Sieg des internationalen Proletariats ändern. Die jetzige Übergangszeit ist eine Epoche der

schwärzesten Reaktion, welche die Arbeiterklasse Lettlands je durchzumachen hatte. Wird die Revolution in Westeuropa in nächster Zukunft siegen, so wird die Befreiung des lettischen Proletariats leicht und schnell vor sich gehen, denn die weißgardistische Regierung Lettlands kann sich ohne Unterstützung von seiten der Entente nicht halten. Sollte die Revolution sich aber langsamer entwickeln und Lettland zeitweilig zur Kolonie Englands werden müssen, so wird der Kampf schwieriger sein und es wird längerer Zeit bedürfen, bis die Kommunistische Partei imstande sein wird, die ihr gebotenen legalen Möglichkeiten auszunutzen. Jedoch, welchen Weg die Entwicklung der Revolution auch nehmen wird, wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß sie durch die proletarische Diktatur und durch Sowjetlettland zum Kommunismus führen wird.

Mit kommunistischem Gruß

*Das Zentralkomitee der  
Kommunistischen Partei Lettlands.*

30. März 1920.

P. S. In das Gesetz über die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung Lettlands wurde ein Paragraph aufgenommen, demzufolge Kommunisten weder aktives noch passives Wahlrecht haben.

Der „Nationalrat“ wählte aus seiner eigenen Mitte eine Kommission aus 5 Juristen, denen zur Aufgabe gemacht wurde, den Begriff „Kommunist“ zu formulieren und seine Kennzeichen zu bestimmen. Die Kommission arbeitete eine ganze Woche, um schließlich festzustellen, daß sie die nötige Formel nicht habe finden können.

# Prinzipiendeklaration der Internationalen Sozialistischen Liga Südafrikas.

*(Angenommen auf dem Jahreskongreß  
der Delegierten am 5.-6. Januar 1919)*

Die Internationale Sozialistische Liga steht auf dem Boden des Klassenkampfes.

Den Klassenkampf anerkennend, geht die Liga von der Voraussetzung aus, daß die gegenwärtige Gesellschaftsordnung auf dem kapitalistischen Produktionssystem, d. h. auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse, begründet ist.

Dieses System, das Ende des Mittelalters in England entstanden ist und sich dann in allen anderen Ländern der Welt verbreitet hat, führt unvermeidlich zur Vernichtung des Klein- sowie Hausgewerbes und zur Konzentrierung aller Maschinen und Naturreichtümer in den großen Industrieunternehmen ungeheuren Umfangs, welche der geringzähligen privilegierten Klasse gehören und von ihr kontrolliert werden.

Diese Konzentration des Kapitals in den Händen der Minderheit führt ihrerseits zur Konzentration der gewaltsam mobilisierten Massen der Arbeiterklasse in ungeheuren Arbeiterarmeen und zur Verwandlung breiter Volksschichten in besitzlose Proletarier, die kein Eigentum haben und keinerlei Anteil nehmen an der Kontrolle der Produktion und Verteilung der Produkte ihrer Arbeit.

Ein einzelnes kleines Instrument verwandelt sich in eine große Maschine, eine einzelne Werkstatt in eine ungeheure Fabrik, in welcher Tausende von Arbeitern beschäftigt sind.

Die Produkte, die dank dieser Entwicklung der Industrie und des technischen Fortschritts erzeugt werden, gelangen nicht in die Hände des Volkes, sondern werden zum Eigentum der Kapitalistenklasse, da diese die Produktionsmittel besitzt, die Regierung und alle Äußerungen des öffentlichen Lebens, sowie das gesamte Leben der Arbeiterklasse kontrolliert.

Der Kapitalismus verdirbt alles, womit er in Berührung kommt.

Das Ergebnis dieser Entwicklung der Industrie für die Arbeiter ist Arbeitslosigkeit und Verelendung, für die breiten Massen — Verlust der persönlichen Freiheit und Untergang von Millionen Menschenleben in dem



sinnlosen Gemetzel, welches das natürliche Ergebnis des Wettbewerbs verschiedener nationaler Cliques ist.

Die Einführung der Maschinen und das Entstehen der Großindustrie fördert die Ökonomie der Arbeit. Es wird jetzt um einige hundert und sogar tausend Mal weniger Arbeit und Mühe aufgewendet, das zieht aber die Verkürzung des Arbeitstages nach sich, deren die Arbeitgeber bedürfen.

Die Massenmobilisierung der Arbeiter unter der gleichen Verwaltung entwickelt aber in ihnen den Geist des Klassenzusammenarbeitens und der Klassensolidarität, und die Folge davon ist, daß die Arbeiter, nachdem sie zusammen zu arbeiten gelernt haben, von selbst auf den Gedanken kommen, daß es notwendig sei, alles das in ihre Hände zu nehmen, was sie durch ihre gemeinsame Arbeit geschaffen haben.

Zur Verwirklichung dessen ist notwendig, daß alle kapitalistischen Produktionsmittel — der Grund und Boden mit seinen Produkten, die Gruben und Bergwerke, die Rohstoffvorräte, die Instrumente und Maschinen, die Austauschmittel usw. aus Privathänden in gemeinsamen Besitz übergehen. Mit anderen Worten, es ist notwendig, eine solche Revolution durchzuführen, daß die kapitalistische Industrie, die bisher eine Quelle des Elends und der Unterdrückung gewesen ist, von nun ab zur Grundlage der sozialen Harmonie werde. Indem die Arbeiter zu Herren ihrer Arbeitsprodukte werden, befreien sie sich von der Knechtschaft der Ausbeuter ihrer Arbeit.

Die Verwirklichung dieser Revolution ist die Aufgabe des Proletariats aller Länder und sie kann nur die Sache des Proletariats sein, da alle übrigen Gesellschaftsklassen an der Existenz des kapitalistischen Systems interessiert sind.

Also haben die Arbeiterklasse und die Kapitalistenklasse nichts miteinander gemein.

Die Interessen der Arbeiter sind in allen Ländern gleich und alle Arbeiter ohne Unterschied der Hautfarbe, der Rasse und der Nationalität sollen ein gemeinsames Ziel erstreben.

Daraus folgt, daß die Arbeiterklasse in Südafrika die Befreiung nicht erlangen kann, bis sie nicht in ihrer Mitte die Rassenvorurteile und das feindliche Verhalten zu Personen anderer Hautfarbe überwunden hat.

Die Befreiung der Arbeit erlegt den Arbeitern jedes Landes andere Aufgaben auf.

Die ökonomische Herrschaft des Kapitals stützt sich auf die Kontrolle der Kapitalisten über die politische Macht. Der erste Schritt der proletarischen Revolution soll daher das Ergreifen der politischen Macht im Interesse der Arbeiterklasse und die Errichtung der politischen Diktatur des Proletariats sein.

Ob sich in Südafrika die bestehenden gewählten Institutionen und

Arbeiterräte als zweckmäßiges Werkzeug zur Verwirklichung der politischen Diktatur des Proletariats erweisen werden, das wird davon abhängen, welchen Einfluß die Vertreter des Proletariats im Parlament im Augenblick des Ausbruchs der Revolution besitzen werden. In Anbetracht dessen, daß die ungeheure Mehrheit des südafrikanischen Proletariats kein Wahlrecht hat, soll die Errichtung eines Zentralarbeiterrats und lokaler Räte, auf welche gestützt das Proletariat zum Herren der Lage werden kann, für unbedingt notwendig anerkannt werden. Vorläufig aber sollen die Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften zu einem Propagandamittel der Ideen des Sozialismus dienen.

Das Werkzeug der politischen Diktatur benützend, zerstört das Proletariat alles, was die Unterdrückung der Massen fördert, alle Institutionen des kapitalistischen Staates, Gericht, Polizei, Gefängnisse, bewaffnete Macht, und vernichtet die Regierungsgewalt.

Es organisiert eine Industriekommune und übergibt die Kontrolle und die gesamte Verwaltung, sowohl die allgemeine als auch die in den einzelnen Betriebszweigen, den Händen der Arbeiter.

In Anbetracht dessen, daß alle Institutionen, die zur Unterdrückung des Volkes dienen, mit der Befreiung des Proletariats verschwinden, hat man nur für die Erhaltung und Steigerung der Produktivität der Industrie zu sorgen durch Einführung neuer Maschinen, intensivere Ausnutzung der natürlichen Reichtümer und geschickte Kombinierung der Arbeiterkräfte.

Jedes neue einzelne Unternehmen wird von seinem eigenen Arbeiterausschuß kontrolliert, jeder einzelne Industriezweig von einem gemeinsamen Organ solcher Ausschüsse, die gesamte Industrie — von der Vereinigung dieser Organe in eine nationale und internationale Industriepublik, welche die gesamte industrielle Tätigkeit des Landes harmonisch ordnet und für die Befriedigung der Bedürfnisse des gesamten Volkes sorgt.

Mit der Einführung obligatorischer Arbeit für alle werden alle Klassen verschwinden, und der letzte Akt der politischen Diktatur des Proletariats wird die Vernichtung seiner selbst sein. Der Klassenstaat wird vernichtet. Es bleibt nur die Verwaltung, die allen und jedem völlige Freiheit gewährt, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln.

Die internationale Sozialistische Liga steckt sich die Verwirklichung einer solchen Revolution in Südafrika zum Ziel.

Der Weg zu dieser Verwirklichung ist schon gebahnt durch die glorreiche sozialistische Revolution in Rußland, die am 7. November 1917 stattgefunden hat. Und obgleich die Entwicklung der kapitalistischen Industrie, wie sie oben beschrieben wurde, in Südafrika noch keine völlige Reife erlangt hat, macht der Beginn der proletarischen Revolution in Europa die Vernichtung der kapitalistischen Unterdrückung in allen Ländern unvermeidlich.

Die unmittelbare Aufgabe der internationalen sozialistischen Liga ist

**Aufklärung, Agitation und Organisation der Arbeiter zur bevorstehenden großen Tat, zur Verwirklichung der Revolution in unserem Lande.**

Eine der Eigentümlichkeiten der Kampfbedingungen in Südafrika ist das Vorhandensein einer ungeheuren Menge von Analphabeten aus der schwarzen Bevölkerung, die jetzt allmählich ihren primitiven Zustand verläßt und sich zum Teil dank dem System der Lohnarbeit mit den weißen Arbeitern assimiliert.

Die Begeisterung unserer schwarzen Arbeitsgenossen zu erwecken und zu entzünden, damit sie sich der Verantwortung, die auf sie als einen Truppenteil des Weltproletariats fällt, bewußt werden, soll unsere besondere Pflicht sein. Wir sollen die weißen Arbeiter veranlassen, sich zu bemühen, die schwarzen Arbeitsgenossen, die mit ihnen in einem Unternehmen, in den Gruben, den Fabriken, Werken und Werkstätten beschäftigt sind, aufzuklären, zu organisieren und sie zur gemeinsamen Arbeit heranzuziehen, damit die sozialistische Republik Südafrikas durch die völlige Solidarität aller Arbeiter gegründet werden kann.

## *Der „Bund“ für die Sowjetmacht und für die III. Internationale.*

Der Allgemeine Jüdische Arbeiterverband (Bund) hat auf seiner XII. Konferenz eine Resolution über die gegenwärtige Lage und über die Aufgaben der Partei angenommen. Wir bringen hier Auszüge aus dieser Resolution, die sich auf das Verhältnis des „Bund“ zur Sowjetmacht und zur Kommunistischen Internationale beziehen:

1. Die elfte Konferenz des Bund hat sich auf den Boden der sozialen Revolution und der offiziellen Anerkennung der Sowjetmacht gestellt. Die Erfahrung des verflissenen Jahres hat diese Stellungnahme voll und ganz bestätigt....

7. Die Sozialistische Sowjetrepublik Rußland wird zum machtvollen Organisationsmittelpunkt der Weltrevolution. Das Sowjetsystem findet immer mehr Anerkennung unter dem Proletariat. Die Losungen der russischen Revolution werden zu Losungen des gesamten Weltproletariats. Der Sieg Sowjetrußlands wird Sache aller Arbeiter der Welt. Die Forderung der Arbeiter, sich nicht in die Angelegenheiten Sowjetrußlands einzumischen, die Blockade aufzuheben und Handelsbeziehungen mit Rußland anzuknüpfen, ertönt immer lauter in allen Ländern. Sie wird zur Losung bei Wahlkampagnen, zur Forderung, die bei wirtschaftlichen Streiks auf-

gestellt wird. Diese Bewegung nötigt die Regierungen, ihre kriegerischen Absichten in bezug auf Rußland aufzugeben; sie ist einer der machtvollen Faktoren, die zur Aufhebung der Blockade geführt haben.

Die XII. Konferenz des Bund stellt fest, daß die Kräfte der sozialen Revolution sich unter den Losungen der Oktoberrevolution zum Angriff auf das Kapital organisieren.

8. Nach zweijährigen, harträckigen, blutigen Kämpfen mit der Gegenrevolution innerhalb und außerhalb des Landes, bei denen es sich darum handelte, die politische Diktatur des Proletariats zu festigen, hat die letzte Periode Sowjetrußland den entscheidenden Sieg gebracht

9. Die Siege an den Fronten, die endgültige Vernichtung der Streitkräfte von Denikin, Koltshak und Judenitsch geben dem russischen Proletariat die Möglichkeit, ohne die Waffen niederzulegen, zugleich zum sozialistischen Aufbau zu schreiten. Neue und schwierige Aufgaben erstehen nunmehr dem Proletariat Rußlands: es hat die Volkswirtschaft wieder aufzurichten, die Produktivkräfte des Landes zu heben, die Grundlage der sozialen Revolution, die wirtschaftliche Diktatur des Proletariats zu festigen. Auf der Tagesordnung steht ein allseitiges Heranziehen aller werktätigen Massen zum Kampf an neuen Fronten, zum Kampf gegen den Verfall der Industrie und des Verkehrswesens, gegen Hunger, Epidemien, Unwissenheit, die alle zusammen eine riesige blutlose Arbeitsfront darstellen.

Die allmähliche Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht, die Durchführung einer eisernen Arbeitsdisziplin, die Erziehung der werktätigen Massen im Geist des kollektivistischen Schöpferturns sind jetzt die wichtigsten Tagesaufgaben, und die revolutionär-marxistische Organisation des jüdischen Proletariats, der „Bund“, steht vor der erhabenen, verantwortlichen Aufgabe, diese Prinzipien in den breiten Massen der jüdischen Arbeiter und in den noch größeren Massen des Kleinbürgertums von gestern durchzuführen, die zur produktiven Arbeit herangezogen werden müssen.

10. Die XII. Konferenz des Bund stellt fest, daß die Sowjetmacht im Lauf des verflossenen Jahres immer entschiedener und sicherer den Weg durchmessen hat, der allein imstande ist, den Sieg der Revolution zu sichern. Es ist dies der Weg der tatsächlichen Verständigung mit dem Dorf, die Einsetzung des Systems der Zwangsgetreidelieferung an Stelle von Requisitionen, die Einleitung eines regelrechten Warenaustausches mit dem Dorf, die Organisation technischer und materieller Unterstützung der Bauernschaft, Vorsicht in der Organisation von Sowjetwirtschaften und landwirtschaftlichen Kommunen, die Schaffung von ländlichen Sowjets und die Übergabe der Macht im Dorf in die Hände der mittelbegüterten und armen Bauernschaft. Es ist der Weg der systema-

tischen Hineinziehung der breiten Massen in den Prozeß des schöpferischen Sowjetaufbaus, die Verwandlung der Sowjets in lebendige Organe sowjetischen Schöpfertums, die Verbreiterung der Sowjetinstitutionen und die Durchführung einer wirkungsvollen Arbeiterkontrolle, die Anregung der breitesten Massen zur Selbsttätigkeit. Mit seiner ganzen Kraft muß der Bünd der Sowjetmacht auf diesem Wege beistehen, der bereits von der XI. Konferenz als der einzig richtige anerkannt wurde.

11. Der Bund muß mit Einsatz aller Kraft die Tendenz der Regierung unterstützen, sich immer mehr von dem System des Terrors loszusagen.

12. Gemeinsam mit der Sowjetmacht muß der Bund unerbittlich gegen den Bürokratismus, die Überhandnahme des Kanzleiwesens und die Willkür der Behörden ankämpfen, die in den einzelnen Orten so oft zu finden sind infolge Mangels an Kräften, der Notwendigkeit, die Arbeit vermittels bürgerlicher Fachleute zu bewerkstelligen und der Passivität der breiteren Bevölkerungsmassen.

13. Der Bund unterstützt die Verpflegungspolitik der Sowjetmacht und verurteilt auf das entschiedenste alle offenen und maskierten Versuche, den freien Handel weiterzuführen und ihn gutzuheißeln.

14. Die Erfahrungen des verflossenen Jahres überblickend, stellt die XII. Konferenz des Bund fest:

1. daß der Bund sich seit der XI. Konferenz prinzipiell auf den Boden des Kommunismus gestellt hat;

2. daß das Programm der Kommunistischen Partei, das zugleich das Programm der Sowjetmacht ist, der prinzipiellen Stellung des Bund entspricht;

3. daß die Bildung einer „einheitlichen sozialistischen Front“ mit den prinzipiellen Gegnern der Sowjetmacht, die das Proletariat seiner eigenen Macht entgegenstellen, ein Ding der Unmöglichkeit ist;

4. daß der Augenblick gekommen ist, wo der Bund seine offizielle Oppositionsstellung aufgeben und die Verantwortung für die Politik der Sowjetmacht übernehmen kann.

Die XII. Konferenz des Bund verurteilt jeglichen Versuch, eine besondere Internationale zu gründen.

Die Konferenz ist der Ansicht:

a) daß die III. Internationale nicht nur die kommunistischen Parteien, sondern überhaupt alle proletarischen Parteien in ihre Reihen aufnehmen soll, die endgültig mit der II. Internationale gebrochen und sich auf den Boden der sozialen Revolution, der revolutionären Klassentaktik und des Kampfes um die Diktatur gestellt haben;

b) daß Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Taktik und sogar in bezug auf Programm unter den einzelnen kommunistischen und sozialistischen Parteien, die im großen und ganzen auf dem Boden der

III. Kommunistischen Internationale stehen, Meinungsverschiedenheiten, welche die Existenz der betreffenden Parteien rechtfertigen, keinesfalls die Vereinigung dieser Parteien im Rahmen der III. Internationale hindern können;

c) da, wie die Konferenz feststellt, die III. Internationale im Lauf ihrer Existenz gezeigt hat, daß sie den Grundstein einer neuen Welttaktik legt, einer Taktik, welche die objektiven Umstände in jedem Lande in Betracht zieht, die realen Möglichkeiten entsprechend einschätzt, energisch gegen die anarchistisch-blanquistischen Tendenzen in der Arbeiterklasse ankämpft und die Grundsätze des revolutionären Marxismus durchführt;

d) da die III. Internationale sich offiziell bereit erklärt hat, mit jeder Partei in Verhandlung zu treten, die mit der II. Internationale gebrochen hat, und da sie sich ferner bereit erklärt, „mit der Erfahrung der proletarischen Massenbewegung in allen Ländern zu rechnen und die Plattform der III. Internationale auf der Grundlage der Theorie des Marxismus und der revolutionären Kampferfahrung in der ganzen Welt zu ändern und zu vervollständigen“;

da ferner für den auf prinzipiell-kommunistischer Grundlage stehenden Bund in dieser Frage von dem Zweifeln und Schwanken, das bei anderen Parteien ein Ergebnis ihrer Meinungsverschiedenheiten mit dem Kommunismus ist, keine Rede sein kann.

beschließt die XII. Konferenz des Bund, daß der Bund in Sowjetrußland in die III. Kommunistische Internationale eintritt, und fordert alle durch den imperialistischen und den Bürgerkrieg von ihm getrennten Teile des Bund auf, dem Beispiel des Bund in Sowjetrußland zu folgen.

---

## *Austritt der Menschewiki aus der II. Internationale.*

In der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets vom 20. April 1920 gab Martow die Erklärung ab, daß am 10. März 1920 das Zentralkomitee der Menschewikipartei eine Resolution in der Frage der Erneuerung der Internationale angenommen hat. Im Punkte 3 dieser Resolution heißt es:

„Als derartiges Zentrum, d. h. als einigendes Zentrum, kommt die II. Internationale nicht in Betracht, die eine kolossale geschichtliche Rolle in der vorhergehenden Epoche, in der Vorkriegszeit, in der Periode der organischen und ruhigen Entwicklung des Weltkapitalismus spielte, als vor den sozialistischen Parteien die Aufgabe stand, die Arbeitermassen zu erziehen, zu organisieren und ihren Klassenkampf auf dem Boden der von der

bürgerlichen Gesellschaft gegebenen Möglichkeiten zu leiten. Dieser II. Internationale ist von innen ein Todesstoß versetzt worden durch die Tatsache, daß im entscheidenden Augenblick der Proklamierung des Weltkrieges die führenden Parteien den Klassenkampfstandpunkt verließen und sich auf den Boden der Politik des sozialen Friedens begaben. In der letzten Zeit hat sie endgültig dadurch den Gnadenstoß erhalten, daß einige dieser Parteien trotz des offenbaren Bankrotts dieser Politik sich unfähig zeigten, zum revolutionären Klassenstandpunkt zurückzukehren, und fortfahren, sich an sie zu halten, wodurch sie zugleich eine Einigung derjenigen Parteien und Elemente unmöglich machen, die von der Erkenntnis des revolutionären Charakters der heutigen Epoche dazu gezwungen sind. Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, welches bereits im Mai 1919 den historischen Zusammenbruch der Zweiten Internationale konstatierte und die Versuche, sie auf dem Wege der mechanischen, rein äußerlichen Vereinigung von verschiedenartigen und unvereinbaren Elementen aufrecht zu erhalten, verurteilte, welches im vorigen Jahre, zu einer Zeit, wo sich noch alle revolutionär-sozialistischen Parteien außer den Kommunisten an ihr beteiligten, es für notwendig hielt, sich an der Berner und an den anderen Konferenzen nur zu informatorischen Zwecken zu beteiligen, ohne sich durch deren Beschlüsse zu binden, das Zentralkomitee beschließt nun mit Zustimmung der Parteikonferenz vom 10. März dieses Jahres, die organisatorische Verbindung mit den Überbleibseln der II. Internationale zu lösen. In bezug auf die Idee der deutschen Unabhängigen und der französischen Sozialisten betreffend die Einberufung einer Konferenz der revolutionären sozialistischen Parteien zwecks Schaffung des oben erwähnten internationalen Zentrums, erklärt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands ihre völlige Bereitwilligkeit, sowohl an der Vorbereitung dieser Konferenz, wie auch an dieser Konferenz selbst den regsten Anteil zu nehmen.“



# VON DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE



## *An die Proletarier aller Länder!*

Arbeiter aller Länder! Von neuem wird im Osten Blut vergossen, von neuem werden riesige Gebiete durch Kriegsoperationen verheert, von neuem sind die werktätigen Massen Rußlands, die nach Frieden lechzen, die danach begehren, an der Wiederherstellung und dem Wiederaufbau ihres Landes zu arbeiten, gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Der Krieg des kapitalistischen und gutsherrlichen Polen gegen Sowjetrußland unterbricht die friedliche aufbauende Arbeit, an die die Arbeiter und Bauern Rußlands gegangen sind, nachdem sie ihr Land, ihre Fabriken, ihre Freiheit gegen Koltschak, Denikin und Judenitsch behauptet haben.

Wer ist der Urheber dieser Verbrechen? Ihr wißt, daß die Sowjetregierung die Unabhängigkeit der polnischen Republik vom ersten Tage ihrer Entstehung an anerkannt hat. Ihr wißt, daß die Sowjetregierung zu wiederholten Malen der polnischen Regierung Friedensvorschläge gemacht hat. Ihr wißt, daß die Sowjetregierung, um das Blut der russischen und polnischen Arbeiter zu schonen, bereit war zu Zugeständnissen territorialer und ökonomischer Art, daß sie in der festen Ueberzeugung, daß die polnischen Arbeiter, die Verbündeten des russischen Proletariats, früher oder später die Macht ergreifen und jede Ungerechtigkeit beseitigen würden, bereit war, den polnischen regierenden Klassen vorläufig sogar Territorien abzutreten, die ihrer Bevölkerung nach nicht zu Polen gehören. Ihr wißt, daß sie bereit war, Friedensverhandlungen nicht nur in Warschau zu führen, sondern sogar in London oder Paris, den Hauptstädten der Regierungen, die mit den polnischen Gutsbesitzern und Kapitalisten verbunden sind. Polen hat auf den Vorschlag Sowjetrußlands, einen allgemeinen Waffenstillstand ab-



zuschließen und in Friedensverhandlungen einzutreten, mit einem verräterischen Angriff auf die Ukraine geantwortet, einem Angriff unter der Fahne der Wiederherstellung der Macht Petljuras, eines Abenteurers, der sich der Reihe nach den verbündeten Kapitalisten und dem deutschen Imperialismus verkauft hat und der, zu wiederholten Malen von den Arbeitern und Bauern der Ukraine gestürzt, sich jetzt den polnischen Gutsbesitzern, den uralten Unterdrückern des ukrainischen Volkes, zur Verfügung gestellt hat. Polen führt diesen Krieg, um das Land des ukrainischen Bauern zu rauben und es den polnischen Gutsbesitzern zu übergeben. Polen kämpft, um Sowjetrußland, das durch die Ueberfälle des verbündeten Kapitals ruiniert ist, eine ungeheure Kontribution aufzuerlegen.

Aber Urheber dieses Krieges sind nicht nur die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten. Urheber sind gleichzeitig auch die Regierungen der Entente. Sie sind es, die das weißgardistische Polen bewaffnet haben und es bewaffnen. Während sie mit Sowjetrußland die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen fortsetzen, haben sie zu gleicher Zeit die Hoffnung nicht aufgegeben, daß sie die Macht der Arbeiter und Bauern Rußlands brechen werden. Mit Hilfe des Handels hoffen sie Sowjetrußland von innen zu zersetzen. Aber zugleich gewinnt unter ihnen die Hoffnung Oberhand, daß es ihnen gelingen werde, im Augenblick, wenn wieder irgendwelche gegenrevolutionäre Kräfte gegen das Arbeiter- und Bauernrußland auftreten, das russische Proletariat und die russische Bauernherrschaft ins Joch zu spannen. Die französischen Kapitalisten haben nach Polen nicht nur eine ungeheure Menge Waffen geschickt, sondern auch 600 Offiziere (mit dem General Henri an der Spitze), die den polnischen Offizieren helfen sollen, Sowjetrußland zu zertrümmern. Die englische Regierung könnte durch einen Druck auf Polen, durch ein festes Wort: „Genug der Kriege, genug der Verheerungen, die ganze Welt braucht Rußland als Kornkammer und Rohstoffquelle“ — diesem Kriege Einhalt gebieten, aber die Regierung Lloyd Georges, die der Sowjetregierung Noten schickt, in denen sie an ihre Humanität appelliert und Amnestie für die russischen Gegenrevolutionäre in Archangelsk und in der Krim fordert, hat nicht einmal daran gedacht, Polen zu sagen, daß genug Blut und Tränen geflossen seien. Die polnischen Banditen haben der Regierung Lloyd Georges versprochen, ihr aus der von ihnen besetzten Ukraine die nötige Menge Korn und Rohstoffe

zu liefern, und das hat genügt, damit die Regierung Englands, die heuchlerisch die Verhandlungen über den Handel mit Sowjetrußland fortsetzt, dem weißen Polen in seinem Kampf gegen Sowjetrußland freie Hand läßt. Die italienische Regierung Nittis, die aus Furcht vor den revolutionären Massen beständig ihren Freundschaftsgefühlen für Rußland Ausdruck gibt, hat es nicht nur nicht gewagt, offen gegen den Krieg des weißgardistischen Polen zu protestieren, sondern schickt ihm über Oesterreich Waffen. Von der amerikanischen Regierung ganz zu schweigen. Amerikanische Flieger werfen Bomben auf die ukrainischen Städte. Die Urheber dieses Krieges sind die Regierungen aller Länder, die in größerem oder kleinerem Maße die polnischen Usurpatoren und Räuber unterstützen.

Arbeiter aller Länder! Sowjetrußland wird mit den schamlosen Banditen des polnischen Imperialismus ebenso fertig werden, wie es mit Judenitsch, Koltschak und Denikin fertig geworden ist, die von Euren Regierungen unterstützt wurden. Nach einigen leichten Siegen in der Ukraine werden die Polen den Zorn der Arbeiter- und Bauernmassen ganz Rußlands und den Zorn sogar der parteilosen Kreise fühlen müssen, die endlich gelernt haben, in der Sowjetregierung die Beschützerin der Unabhängigkeit des großen Landes zu sehen. Aber es handelt sich darum, wie lang dieser Krieg dauern wird, wieviel Verheerungen er noch mit sich bringen wird, wieviel Wunden er noch dem russischen werktätigen Volk schlagen wird. Von Euch, Arbeiter aller Länder, hängt es ab, daß dieser Krieg in kürzester Frist mit der Zerschmetterung der polnischen Kapitalisten und Gutsbesitzer endet.

Arbeiter der Munitionsfabriken Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas! Erzeugt nicht eine einzige Patrone, nicht ein Gewehr, nicht eine Kanone für Polen.

Transportarbeiter, Eisenbahner, Hafenarbeiter und Matrosen! Schickt für Polen weder Ausrüstung noch Lebensmittel ab, denn alles dieses dient dem Kriege gegen das Arbeiter- und Bauernrußland.

Arbeiter aller verbündeten Länder! Auf die Straßen hinaus! Veranstaltet Demonstrationen und Ausstände unter der Losung: „Nieder mit der Unterstützung des weißgardistischen Polen! Die Verbündeten müssen ihren Hund — die polnischen

**Kapitalisten und Gutsbesitzer — an die Kette legen und mit Sowjetrußland einen ehrlichen Frieden schließen“.**

**Arbeiter Deutschlands und Oesterreichs!** Ihr wißt, daß Sowjetrußland der Grundpfeiler der Weltrevolution ist, die allein Euch vom Joch Eurer eigenen Kapitalisten und von der Schlinge befreien kann, die der Frieden von Versailles und St. Germain Euch um den Hals geworfen hat. **Deutsche Eisenbahner!** Keine Züge aus Frankreich nach Polen durchlassen! **Deutsche Hafenarbeiter in Danzig!** Die für Polen bestimmten Schiffe nicht ausladen! **Oesterreichische Eisenbahner!** Nicht ein Zug aus Italien darf nach Polen durchgelassen werden!

**Arbeiter Rumäniens, Finnlands und Lettlands!** Eure weißen Regierungen, die durch Geheimverträge mit den polnischen Gutsbesitzern in Verbindung stehen, können auch Euch in diesen Krieg hineinziehen. Seid auf der Hut, spannt alle Kräfte an, um es nicht zuzulassen.

**Arbeiter Polens!** Euch, die Ihr durch dreißigjährigen Kampf mit dem russischen Proletariat verbunden seid, braucht man nicht viel über Eure Pflicht zu sagen; Ihr erfüllt sie im Lauf des ganzen Krieges, den Eure Kapitalisten und Gutsbesitzer mit dem Arbeiter- und Bauernrußland führen, dadurch, daß Ihr im Namen des Friedens mit Sowjetrußland Demonstrationen und Ausstände veranstaltet und in Eurem Kampfe tausend Opfer bringt. Mit Stolz sieht auf Euch die III. Internationale, zu deren Gründern Eure ruhmvollen Führer Rosa Luxemburg und Jan Tyszko zählen; die III. Internationale ist überzeugt, daß Ihr jetzt alle Kräfte anspannen werdet, um der Armee des weißen Polen in den Rücken zu fallen und gemeinsam mit den Arbeitern Rußlands den Sieg über die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten davonzutragen. Ihr wißt, daß Sowjetrußland Polen nicht Unterdrückung bringt, sondern nationale Freiheit, Befreiung von den Ketten des verbündeten Kapitals, Hilfe im Kampf gegen die eigenen Kapitalisten. Der Sieg des Arbeiter- und Bauernrußland wird der Sieg des polnischen Proletariats, des Bruders und Verbündeten der russischen Arbeiter und Bauern, sein. Zum Angriff, polnische Arbeiter! Unser letzter Kampf beginnt, der Tag ist nahe, an dem wir die Richter sein werden.

Nieder mit den polnischen Gutsbesitzern und Kapitalisten! Es lebe das Sowjetrußland der Arbeiter und Bauern! Nieder mit dem Kriege! Es lebe der Frieden zwischen den werktätigen Massen Polens und Rußlands! Nieder mit dem verbrecherischen Spiel der verbündeten Regierungen! Es lebe die internationale Revolution des Proletariats!

*Das Exekutivkomitee  
der Kommunistischen Internationale.*

*18. Mai 1920.*



## *An die Werktätigen aller Länder!*

Vom 18. bis zum 21. Mai 1920 tagte in Charkow, der Hauptstadt der Sowjetrepublik der ukrainischen Arbeiter und Bauern, der IV. Kongreß der Sowjets der Arbeiter, Bauern und Rotarmisten der Ukraine. Auf diesem Kongreß waren etwa 800 Delegierte anwesend, die viele Millionen werktätiger Bauern, Arbeiter und Rotarmisten der Ukraine vertraten. Die Hauptfrage, die auf diesem Kongreß zur Debatte stand, war selbstverständlich die Frage von dem niederträchtigen Krieg, den die polnische Bourgeoisie, angespornt von dem internationalen Kapital, der jungen Sowjetrepublik erklärt hat.

Der IV. Sowjetkongreß der Ukraine wandte sich mit einem Manifest, welches wir gleichzeitig funkentelegraphisch bekanntgegeben haben, an die Werktätigen der ganzen Welt.

Auf dem Kongreß war der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale anwesend, der im Namen aller Proletarier, die der Kommunistischen Internationale angehören, dem werktätigen Volk der Ukraine alle die Unterstützung in Aussicht stellte, auf die die arbeitenden Massen der Ukraine in ihrem gerechten Kriege gegen eine gierige Bande von Ausbeutern zu rechnen berechtigt sind. Wir sind überzeugt, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in dieser Frage die Meinung des Proletariats der ganzen Welt zum Ausdruck brachte, welches gegen die Intervention der Imperialisten seinen Kampf führt.

Der IV. Sowjetkongreß der Ukraine benutzt die Gelegenheit, um zu betonen, daß die Arbeiter und die werktätigen Bauern der Ukraine der Fahne der Kommunistischen Internationale treu sind. Die Kommunistische Internationale genießt unter dem werktätigen Volk der Ukraine ein unantastbares Ansehen. Nicht nur die Kommunistische Partei der Bolschewiki der Ukraine (K. P. U.), sondern auch alle anderen Parteien und Gruppen geben ihren Wunsch kund, der Kommunistischen Internationale anzugehören. Alle politischen Gruppen der Ukraine ohne Ausnahme haben ihre Mitgliedschaft mobilisiert und sie den Militärbehörden zum Schutz der Sowjetukraine gegen den Feldzug der polnischen Junker zur Verfügung gestellt. In das Zentralexekutivkomitee der Sowjetrepublik der Ukraine traten die Vertreter aller Parteien der Ukraine ein, ebenso wie das frühere Haupt der ukrainischen demokratischen Republik

W. Winnitschenko, der nun die Richtigkeit des Sowjetsystems erkannt hat. Alle Teilnehmer des Sowjetkongresses haben sich mobilisiert und den militärischen Behörden für Kriegszwecke im Kampf gegen die polnische weiße Armee zur Verfügung gestellt. Die Begeisterung des Kongresses bei Annahme aller dieser Resolutionen war unbeschreiblich.

Indem das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die Werktätigen aller Länder davon in Kenntnis setzt, ist es fest überzeugt, daß die Arbeiter aller Länder ihre Pflicht erfüllen und der ukrainischen Sowjetrepublik helfen werden, dem Ansturm der internationalen Bourgeoisie zu widerstehen.

*Das Exekutivkomitee  
der Kommunistischen Internationale.*

23. Mai 1920.

---

## *Offenes Schreiben an die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.*

**Genossen!**

Am 4. April 1920 wurde in Berlin auf Initiative einiger Gruppen der „linken“ Opposition ein Parteitag eröffnet, der sich als neue Partei, als die Kommunistische Arbeiterpartei proklamierte. Auf diesem Parteitag waren, wie seine Organisatoren behaupten, etwa 38 000 Mitglieder vertreten.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erfuhr von diesem Parteitag erst einige Wochen nachdem er stattgefunden hatte. Eine Benachrichtigung über den bevorstehenden Parteitag haben wir nicht erhalten. Die Erklärung der Organisatoren des Parteitages (siehe Protokolle dieses Parteitages), daß auf dem Parteitag ein Vertreter des Westeuropäischen Büros der Kommunistischen Internationale anwesend gewesen sei, ist nicht richtig.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat den Bericht der Vertreter Eures Parteivorstandes über die Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei entgegengenommen und

ihn in langer Diskussion unter Heranziehung des ganzen in Betracht kommenden Materials reiflich geprüft. Das Exekutivkomitee hat demnach auf Grund einer vollständigen Kenntnis der Tatsachen beschlossen, sich an Euch mit diesem Brief zu wenden, um Euch den Standpunkt auseinanderzusetzen, den das Exekutivkomitee zu den Streitfragen der deutschen Revolution einnimmt.

Wir wissen, daß die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands aus ehrlichen, revolutionär gesinnten Arbeitern besteht, wir wissen, daß diese Arbeiter vom heiligen Willen zum Kampf um die Befreiung des Proletariats erfüllt sind, wir wissen, daß sie tief überzeugt sind, auf dem Boden der Kommunistischen Internationale zu stehen. Wir wissen, daß unser Urteil über die Haltung der Kommunistischen Arbeiterpartei sie schmerzen wird.

Doch zum Unterschied von der II. Internationale betrachtet das leitende Organ der III. Internationale Konflikte innerhalb der einzelnen Parteien durchaus nicht vom Standpunkt der „Diplomatie“ und läßt sich nicht bloß von formell-organisatorischen Erwägungen leiten. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erblickt seine Aufgabe darin, der leitende politische Mittelpunkt für die Arbeiterbewegung aller Länder zu sein. Das Exekutivkomitee hält es auch im gegebenen Fall für seine Aufgabe, sich vollkommen offen über das Wesen jener Streitfragen und Probleme zu äußern, die durch die Spaltung der Kommunisten in Deutschland so akut geworden sind.

Wir sind durchaus nicht Anhänger der Einheit um jeden Preis. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale legt sich vollkommen Rechenschaft darüber ab, daß es Situationen gibt, wo es die heilige Pflicht eines Revolutionärs ist, diese oder jene Parteiorganisation zu spalten. Das sind die Fälle, wo die alte Parteiorganisation, der du früher angehört hast, den Interessen des Proletariats untreu geworden ist und das Proletariat den Weg des Verderbens führt. Die Organisatoren der neuen Kommunistischen Arbeiterpartei, die die Initiative der Spaltung der Kommunisten in Deutschland übernahmen, befanden sich unserer tiefsten Ueberzeugung nach **k e i n e s w e g s** in einer solchen Lage; im Gegenteil, jene Anschauungen, die die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands zum Unterschied von der alten Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) propagiert, bedeuten nach der Ansicht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ein **d i r e k t e s A b w e i c h e n v o m K o m m u n i s m u s** und werden unheilbringende Folgen für die neue Partei haben.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale will

damit durchaus nicht sagen, daß es in allen Einzelheiten absolut solidarisch ist mit der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), gegen welche die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands das Banner der Revolte erhoben hat. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale findet z. B. jene Motivierung völlig irrig, die die Zentrale des Spartakusbundes in ihrer bekannten Erklärung vom 21. März 1920 im Zusammenhang mit der damals entstandenen Frage über die Möglichkeit der Bildung einer sogenannten „rein sozialistischen“ Regierung gab. Es war ein Irrtum, zu erklären, daß eine solche „rein sozialistische“ Regierung eine Situation sichern könne, „wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte“.

Wir geben auch zu, daß die Zentrale des Spartakusbundes im Organisationskampf mit den Elementen der Opposition nicht immer genügend Ruhe und Umsicht an den Tag gelegt und dadurch einen Teil der Arbeiter in die Arme der anarcho-syndikalistischen Schreihäse getrieben hat. Wir müssen aber mit voller Bestimmtheit allen Mitgliedern der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklären, daß in allen jenen wichtigen prinzipiell-taktischen Problemen, die jetzt in Deutschland und auch in der gesamten Kommunistischen Internationale zu brennenden Tagesfragen geworden sind, nicht die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, sondern die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) im Recht ist.

Wir wollen diese Probleme der Reihe nach erörtern.

Die wichtigste Frage ist unseres Erachtens die Frage der Teilnahme der Kommunisten an den Gewerkschaften und an der Wahlkampagne der Betriebsräte.

Es handelt sich hier darum, ob der Kommunismus sich in Deutschland in eine von den Massen abgesonderte sektenartige Strömung verwandelt, die im besten Fall in das ausartet, was der verstorbene De-Leon in Amerika schuf, oder ob der deutsche Kommunismus sich mit der Massenbewegung der Arbeiter vereinen und sie von dem sie zersetzenden Opportunismus heilen kann.

Der Berliner Kongreß der Kommunistischen Arbeiterpartei hat in Deutschland offiziell die Parole des Austritts der deutschen Kommunisten aus den „freien“ Gewerkschaften bestätigt — jene Parole, die Fritz Wolffheim, H. Laufenberg, Schröder, Friedrich Wendel und einige andere Literaten ausgegeben haben.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale kann sich durchaus nicht mit dieser Parole einverstanden erklären.

Welche Beweisgründe führt der Berliner Kongreß der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands für die Parole des Aus-



tritts der Kommunisten aus den „freien“ Gewerkschaften an? Der Kongreß führt nur eine einzige — leider völlig ungenügende und unverständige — Begründung an: die „freien“ Gewerkschaften seien reformistische Verbände, die ein williges Werkzeug in den Händen der bürokratischen Führer bleiben.

Verweilen wir ausführlicher bei dieser Frage.

Die Mitgliederzahl der „freien“ Gewerkschaften Deutschlands wächst mit unerhörter Schnelligkeit. Von drei Millionen Mitgliedern, die die „freien“ Verbände zu Beginn des imperialistischen Krieges zählten, und von den anderthalb Millionen, bis zu welcher Ziffer die Mitgliederzahl der „freien“ Verbände während des Krieges gefallen war, ist die Mitgliederzahl dieser „freien“ Verbände jetzt bis auf fast 8 Millionen gestiegen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands strömen unaufhaltsam in die Verbände, da sie durch diese die Befriedigung einiger ihrer elementarsten wirtschaftlichen Forderungen erhoffen. Kann die Kommunistische Arbeiterpartei abseits von den Organisationen stehen, welchen fast die Mehrheit der gesamten Arbeiterklasse des in Frage kommenden Landes angehört? Unseres Erachtens **keinesfalls!**

Wir wissen sehr gut, daß die gegen die sogenannten „freien“ Verbände in Deutschland gerichteten Anklagen vollkommen berechtigt sind. Die „freien“ Verbände in Deutschland waren ebenso wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands während der vier Jahre des imperialistischen Krieges zweifellos eine Agentur der imperialistischen Bourgeoisie. Die Führer der „freien“ Verbände sind in den Augen aller kommunistisch gesinnten Arbeiter nichts anderes als Verräter des Sozialismus, bewußte Agenten des Kapitals unter den Arbeitern. Die Arbeiteraristokratie, die in diesen „freien“ Verbänden den Ton angibt und aus ihrer Mitte eine ganze Kaste der Arbeiterbürokratie mit ihren selbständigen halbbürgerlichen Interessen in den Vordergrund gerückt hat, ist das wichtigste Hindernis zum Siege der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie. Der gesamte Organisationsaufbau der jetzigen „freien“ Gewerkschaften ist vollkommen und unbedingt darauf gerichtet, die Durchschnittsmitglieder der Verbände rechtlos zu machen und alle Angelegenheiten der Willkür eines kleinen Häufleins der Gewerkschaftsbürokratie anheimzustellen. Alles dies trifft zu. Und nichtsdestoweniger ist die Parole „heraus aus den freien Gewerkschaften“ eine irri-  
ge Parole, die nur dazu dient, die uns verhaßten Gewerkschaftsbürokraten zu unterstützen.

Was können die Anhänger der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands den „freien“ Gewerkschaften, die etwa acht Millionen Mitglieder zählen, entgegenstellen? Sie haben die soge-

nannte Allgemeine Deutsche Arbeiterunion gegründet. Diesem Verband sind aber in ganz Deutschland nach der Aussage ihrer Organisatoren selbst insgesamt etwa 70 000 Mitglieder beigetreten. Und die Leiter dieses Verbandes führen die ganze Sache so, daß die Gefahr seiner Verwandlung in einen typischen, von den Massen losgelösten Sektiererverband, in eine tote Treibhausorganisation, die nicht fähig ist, sich mit den breiten Kreisen des Proletariats in Verbindung zu setzen, mit jedem Tage realer wird. Die sozialdemokratischen Führer der „freien“ Gewerkschaften haben ja ein Interesse daran, daß die vorgeschrittenen kommunistischen Arbeiter aus diesen Verbänden austreten und die Herren Legien, Sassenbach, Robert Schmidt u. a. „Gewerkschaftsführer“ als Alleinherrscher in den „freien“ Gewerkschaften zurücklassen.

Die „freien“ Gewerkschaften wie die ganze II. Internationale sind ein Produkt der ganzen friedlich-reformistischen Epoche, die in Deutschland mehr als ein Vierteljahrhundert dauerte, beginnend mit dem Fall des Sozialistengesetzes und abschließend 1914, mit dem Beginn des imperialistischen Krieges.

Die neue Epoche, die Epoche des erbitterten Klassenkampfes, der sich vor unseren Augen in einen Bürgerkrieg verwandelt, verwandelt auch die „freien“ Gewerkschaften in eine neue Organisation. Einige dieser „freien“ Verbände müssen wir direkt spalten, andere werden ganz oder in ihrer Mehrzahl selbst zu uns übergehen. Die entbrennende proletarische Revolution wird mit glühendem Eisen die opportunistischen Tendenzen aller Massenorganisationen der Arbeiter ausmerzen, darunter auch die der „freien“ Gewerkschaften, und diese Organisationen in einen Stützpunkt der Diktatur des Proletariats verwandeln.

Dieser Werdegang der Umwandlung der Gewerkschaften hat auch in Deutschland begonnen. Schon verjagen viele Gewerkschaften in Deutschland die sozialdemokratischen Führer und ersetzen ihre Leitungen durch Unabhängige, zum Teil auch durch Kommunisten. In den Massen der Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften hat bereits die lebhafteste Differenzierung eingesetzt, die mit jedem Tag den Einfluß des Kommunismus in den Gewerkschaften verstärken wird.

Gewiß, dieser Werdegang schreitet langsam fort, zu langsam, weit langsamer, als wir es wünschten. Die Masse der Durchschnittsmitglieder in den „freien“ Gewerkschaften soll durch ihre eigene Erfahrung alle Verrätereien der jetzigen Führer und die ganze Hilflosigkeit der sozialdemokratischen Taktik erkennen. Die Märzereignisse in Deutschland während des gegenrevolutionären Umsturzes von Kapp-Lüttwitz haben wiederum bewiesen, was für eine gi-

gantische Kraft die gegenwärtigen Gewerkschaften darstellen, welchen unverbesserlichen Schaden sie der Sache der proletarischen Revolution in jenem Augenblick zufügen, da sie der gelben Sozialdemokratie folgen, und was für eine große Kraft sie darstellen könnten, wenn es den Kommunisten gelingen würde, die Verbände dem Einfluß dieser Sozialdemokratie zu entreißen.

Der Gang der Ereignisse sorgt jedoch dafür, daß die Durchschnittsmitglieder der Gewerkschaften von ihrem Vertrauen zu der „alten“, „bewährten“ Taktik der Sozialdemokratie geheilt werden. Die Lehren des Lebens sind zu eindringlich. Es ist Sache der Kommunisten in Deutschland, die vor sich gehende Entwicklung zu erleichtern und zu beschleunigen. Das kann aber nur auf die Weise geschehen, daß man innerhalb der „freien“ Verbände bleibt, in diesen kommunistische Fraktionen — wenn anfangs auch nur kleine — bildet, aufs energischste an der laufenden alltäglichen Arbeit des Verbandes teilnimmt und den Bankrott der Herren Legien in dieser laufenden Arbeit auf Schritt und Tritt aufdeckt.

Aber gerade das wollen ja die Anhänger der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands nicht tun. Sie ziehen es vor, auf eine Organisation, der auf jeden Fall etwa 8 Millionen Mitglieder angehören, verächtlich zu verzichten. Sie vergessen, daß es weit leichter ist, die Parole „heraus aus den Gewerkschaften“ auszugeben, als in dieser oder jener Gewerkschaft eine wenn auch nur kleine kommunistische Fraktion zu bilden. Sie ersetzen eine ernste, schwierige revolutionäre Tat durch hohle Phrase. Die Kommunisten wären des Namens „Kommunisten“ unwürdig, wenn sie nicht geduldig und hartnäckig die von der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie demoralisierten Arbeiter umzuschulen verstünden. Diese Aufgabe erfordert aber, daß sie innerhalb der Verbände verbleiben und an jedem Beispiel des Verrats der Herren Sozialdemokraten den Durchschnittsmitgliedern der Gewerkschaften die Notwendigkeit illustrieren, die Gewerkschaften in neue Bahnen zu lenken.

Die russischen Kommunisten, deren Beispiel jetzt für die Arbeiter aller Länder eine so große Bedeutung hat, waren während einer Reihe von Jahren auch in der Minderheit in den Gewerkschaften. Auch nach der Februarrevolution 1917 bildeten die Bolschewiki noch immer die Minderheit in der russischen Gewerkschaftsbewegung. In den Jahren der Krise 1908—1911 fanden sich unter den russischen Bolschewiki ebenfalls Gruppen übermäßig „linker“ Genossen, die sich gegen die Arbeit in den Gewerkschaften, die damals den Menschewiki folgten, äußerten. Die Bolschewiki verachteten diese „linken“ Genossen als hohle Schreier. Und die Bolschewiki haben es verstanden, durch langwierige und

hartnäckige Arbeit innerhalb der Gewerkschaften sie allmählich zu erobern und auf unsere Seite zu bringen. Dasselbe müssen alle wahren Revolutionäre, müssen die deutschen kommunistischen Arbeiter jetzt tun.

Die gesamte Kommunistische Internationale ist äußerst interessiert daran, daß die deutschen Kommunisten keinen unverbesserlichen Fehler in der Gewerkschaftsfrage begehen. Gerade jetzt erlangt diese Frage eine tiefe internationale Bedeutung. Die II. Internationale, sofern von einer politischen Organisation der Arbeiterklasse die Rede ist, ist wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Die II. Internationale ist aber bestrebt, sich wieder aufzurichten, und zwar gestützt auf die Gewerkschaften. Die Amsterdamer internationale Vereinigung der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften ist eben eine weit ernstere Gegnerin der Kommunistischen Internationale als das Brüsseler Internationale Büro der II. Internationale. Wenn die II. Internationale noch irgendwie zeitweilig Revanche nehmen kann, so nur in dem Fall, wenn es ihr gelingt, ihren Einfluß auf die Gewerkschaften zu bewahren. Wenn die II. Internationale noch irgend einen Massenstützpunkt in der Arbeiterbewegung hat, so nur durch die Gewerkschaften, die wir noch nicht der II. Internationale abzurufen verstanden haben, die wir nicht dem zersetzenden Einfluß der Sozialdemokratie zu entreißen vermocht haben. Die Amsterdamer internationale Vereinigung der „freien“ Verbände ebenso zu zertrümmern, wie wir die Brüsseler II. Internationale zertrümmert haben, ist die wichtigste laufende Aufgabe der proletarischen Revolution. Die Bourgeoisie hält sich gegenwärtig nur noch durch die Ueberreste des Einflusses der II. Internationale an der Macht. Diese letzte aber hält sich nur noch durch die Ueberreste ihres Einflusses auf die „freien“ Gewerkschaften über Wasser. Ein Irrtum der Kommunisten auf diesem Gebiet kann nicht mehr und nicht weniger zur Folge haben als das Hinausziehen der Herrschaft der Bourgeoisie. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands hilft, ohne es natürlich selbst zu wünschen, der Bourgeoisie, ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse zu verlängern. Damit kann die Kommunistische Internationale sich keinenfalls aussöhnen.

Nicht Austritt aus den „freien“ Gewerkschaften, nicht verächtliches, aristokratisches Verzichten auf die Arbeit in denselben, sondern angespannte Arbeit innerhalb dieser Verbände, Bildung kommunistischer Fraktionen in den kleinsten Abteilungen eines jeden dieser Verbände, unermüdlicher Kampf gegen die Sozialdemokratie innerhalb dieser Ver-

bände, systematische hartnäckige Arbeit, um dieses letzte Werkzeug der Knechtung der Arbeiter den Händen der Agenten des Kapitals zu entreißen — das ist die Parole der Kommunistischen Internationale.

Die Unlust der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, an der Wahlkampagne der Betriebsräte teilzunehmen, scheint uns auch ein Irrtum zu sein, der die schwersten Folgen haben kann. In den Fällen, wo Ihr in Deutschland die Möglichkeit habt, auf eigenmächtige revolutionäre Weise außergesetzliche Industrieräte zu organisieren (so war die Lage der Dinge z. B. während der Kappwoche), in diesen Fällen ist es selbstverständlich notwendig, gerade solche außergewöhnliche Räte zu bilden. Es wäre aber unklug, die Teilnahme an den Wahlen zu den jetzigen Räten zu verweigern, wenn sie auf Grund des bekannten reaktionären Gesetzes vollzogen werden, das die Sozialdemokraten im Bund mit der Bourgeoisie durch ihre weiße Nationalversammlung eingeführt haben. Das Hauptsächlichste, was wir in Deutschland im Auge behalten sollen, ist folgendes: der geistige Einfluß des Kommunismus in Deutschland ist schon sehr bedeutend, der geistige Einfluß des Kommunismus ist auch in den Reihen der Partei der Unabhängigen sehr stark, die gezwungen sind, unsere Prinzipien sich zu eigen zu machen, unser Programm zu wiederholen. Aber der geistige Einfluß allein genügt nicht. Wir brauchen eine organisatorische Verkörperung unserer Ideen. Das ist die Hauptsache, an der es uns in dem jetzigen Deutschland mangelt. In organisatorischer Beziehung ist der deutsche Kommunismus noch äußerst schwach. Und gerade deshalb sind die deutschen Kommunisten verpflichtet, jede geringste Möglichkeit auszunutzen, um ihre Ideen organisatorisch zu festigen, um auch auf dem Boden der jetzigen Scheidemann-Gesetzlichkeit sich Organisationszellen zu schaffen.

Die russischen Kommunisten hatten unter der Herrschaft der Menschewki und Kerenski auch ihre illegalen Organisationen; aber sie benutzten jede „gesetzliche“ Möglichkeit, die das Regime Kerenskis darbot, um sich auch legale Zellen zu schaffen. Die russischen Revolutionäre weigerten sich unter dem Zaren nicht, auch das reaktionäre Gesetz über die Fabrikältesten auszunutzen. Ebenso müssen die deutschen Kommunisten jetzt handeln.

\*

Eine absolut irrtümliche Stellung hat der Berliner Kongreß der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands auch in der Frage

des Parlamentarismus eingenommen. Der Kongreß hat sich gegen jegliche Ausnutzung des Parlamentarismus in dem gegenwärtigen Deutschland geäußert. Und der Kongreß fand in seiner Begründung keinen einzigen ernstern Beweis außer der gewöhnlichen anarchistischen „Beweisführung“ zur Verteidigung dieser Entscheidung.

Die verstorbenen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg äußerten sich, wie bekannt, auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Jetzt ist auch einem Blinden klar, daß Liebknecht und Luxemburg recht hatten. Liebknecht und Luxemburg blieben aber selbstverständlich innerhalb ihrer Partei, trotzdem die Mehrheit der Partei sich gegen die Wahlen zur Nationalversammlung geäußert hatte. Wir sind der Meinung, daß auch jetzt die Frage des Parlamentarismus, die eine untergeordnete Rolle spielt, keinesfalls zum Objekt der Spaltung unter den Kommunisten werden darf. Wegen dieser einen Frage soll man sich nicht spalten. Da aber diese Frage in Deutschland einmal aufgerollt ist, so ist die Kommunistische Internationale genötigt, sich auch in dieser Frage aufs entschiedenste gegen jene Stellung zu äußern, die der Berliner Kongreß der Kommunistischen Arbeiterpartei eingenommen hat.

Die Kommunistische Partei Rußlands hat seit dem Beginn der Februarrevolution aufs aktivste an den städtischen Munizipalwahlen teilgenommen und hat dieser Arbeit eine große Bedeutung beigemessen. Die Kommunistische Partei Rußlands hat an den zweiten Wahlen zur Petrograder Stadtduma teilgenommen, die einige Wochen vor dem Oktoberaufstand stattfanden. Die Kommunistische Partei Rußlands hat auch noch an den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung teilgenommen, nachdem die Macht bereits von der Arbeiterklasse erobert war. Die russischen Bolschewiki haben in den Uebergangsjahren 1908—1911 völlig mit den „linken“, sogenannten „Otsowisten“ (Abberufern) gebrochen, die die Abberufung der Arbeiterdeputierten aus der zaristischen Duma forderten. Die russischen Bolschewiki hatten in der ultrareaktionären Reichsduma ihre Fraktion, die für den Protest gegen den imperialistischen Krieg vom Zaren zur Zwangsarbeit verurteilt wurde. In allen diesen Fällen hat die kommunistische Revolution in Rußland durch die Ausnutzung des Parlamentarismus nur gewonnen.

Einen außerordentlichen Nutzen brachte unserer Sache der ermordete Liebknecht in den Jahren 1914—1916 durch sein revolu-

tionäres Auftreten im deutschen Reichstag. Das kann kein einziger klassenbewußter Arbeiter Deutschlands verneinen. Ein gleiches Beispiel bot der schwedische Kommunist Höglund in Schweden, boten die bulgarischen und serbischen Bolschewiki in ihren Ländern. Die Ausnutzung des Parlamentarismus in dem gegenwärtigen Deutschland fürchten, heißt sich ein Armutszeugnis ausstellen. Ja, die alte reformistische Friedensepoche hat vorzugsweise Parlamentarier vom Typus Scheidemann geschaffen, d. h. Leute, für welche die Tribüne des Parlamentarismus zum Werkzeug des Kompromisses mit der Bourgeoisie und zum Betrug der Arbeiter diene. Die neue Epoche, die Epoche der proletarischen Revolution schafft Parlamentarier eines neuen Typus, deren bestes Muster der tote Karl Liebknecht war.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist nun in Deutschland gezwungen, halb illegal zu existieren. Jede Möglichkeit, legal ihre Ideen zu propagieren und insbesondere legal ihre kommunistischen Organisationen auszubauen, muß für die deutschen Kommunisten eine kolossale Bedeutung haben.

Die Kommunisten müssen unter der Klein- und Mittelbauernschaft Einfluß gewinnen. Die Kommunisten müssen um jeden Preis nicht nur unter dem industriellen Proletariat der Hauptstädte, sondern auch unter den werktätigen Massen der kleineren städtischen und halbstädtischen Mittelpunkte festen Fuß fassen. Die Eroberung der Munizipalorgane dieser Mittelpunkte (das soll uns nicht hindern, sie später auseinanderzujagen und durch Abteilungen der Sowjets zu ersetzen, wie es in Rußland der Fall war) kann unserer Partei in Deutschland die ernsteste Organisationsbasis schaffen. Und dem zu entsagen, wäre der Gipfel des Unverständs.

\* \* \*

Eine fernere Meinungsverschiedenheit zwischen der K. P. D. (Spartakusbund) und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands ist die Frage der Rolle der kommunistischen Partei überhaupt in der proletarischen Revolution. Und wiederum weicht die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands Schritt um Schritt von den Anschauungen des revolutionären Marxismus ab. Einer der geistigen Inspiratoren Eurer neuen Partei, Fritz Wolffheim, stellt in zahlreichen Artikeln und Broschüren den Verband der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) als M u s t e r für die deutschen kommunistischen Arbeiter auf. Und doch verneint dieser Verband der Industriearbeiter der Welt völlig

die Notwendigkeit der kommunistischen Partei für die Arbeiter und überhaupt die Notwendigkeit irgendeiner politischen Partei der Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Internationale meinte und meint, daß der Verband der Industriearbeiter der Welt im Vergleich mit den „freien“ sozialdemokratischen Verbänden ein Schritt vorwärts ist. Die Industrialisten wollen aufrichtig gegen die Bourgeoisie kämpfen. Die Kommunistische Internationale ist der Meinung, daß die Kommunisten sowohl an den „freien“ sozialdemokratischen Verbänden als auch an den Verbänden der I. W. W. teilnehmen sollen, um innerhalb dieser Verbände ihre kommunistische Propaganda zu betreiben, die Arbeiter zusammenzuschweißen und sie davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, sich unter das Banner der kommunistischen Partei zu stellen. Die Kommunistische Internationale sagt sich nicht los von der Zusammenarbeit mit den Industriearbeitern der Welt. Die Kommunistische Internationale wird aber selbstverständlich niemals mit der reaktionären Meinung einverstanden sein, daß die Arbeiterklasse überhaupt nicht der kommunistischen Partei bedürfe, daß jeglicher politischer Kampf ein Politikastertum sei, daß jeglicher Zentralismus in der Partei unvermeidlich zur Herrschaft einer Clique führe und die proletarische Revolution durch Bildung formloser allgemeiner Arbeiterverbände, die an dem politischen Kampf nicht teilnehmen und kein Programm haben, durchgeführt werden könne.

Gerade diesen Weg gehen aber die Führer und Inspiratoren der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Welchen Sinn hat die Erklärung Eures Berliner Parteitags der Kommunistischen Arbeiterpartei, daß dieser Parteitag eine Partei „nicht im überlieferten Sinne“ schaffe? Kein anderer Sinn kann darin gefunden werden als eine Konzession an die anarchistischen Vorurteile der Industrialisten.

Die Industrialisten, die Anarchisten und jene „linken“ Kommunisten, die ihnen folgen, verwirren hoffnungslos die Begriffe Partei und Klasse. Sie vergessen, daß die Partei die Vorhut der Arbeiterklasse, ihr vorgeschrittener Teil ist. Sie vergessen, daß die Aufgabe der klassenbewußten Vorkämpfer der Arbeiterklasse nicht das Herabsetzen ihrer Aufgaben auf das Begriffsniveau der „Masse“ mit ihren häufig vom Kapitalismus anerzogenen Vorurteilen ist, sondern das Erheben der Masse bis zum Niveau der entwickelten Vorhut. Sie vergessen, daß es unter den Arbeitern Hunderttausende von Leuten gab und gibt, die noch jetzt den gelben, christlichen, liberalen, klerikalen und verschiedenen anderen reaktionären Verbänden angehören, daß in der



Arbeiterklasse bis zum endgültigen Fall des Kapitalismus eine bedeutende reaktionäre Strömung unvermeidlich ist. Sie vergessen, daß die kommunistische Partei das Gehirn der Arbeiterklasse, ihr Generalstab ist, ohne welche der mächtige Feind — die Bourgeoisie — nicht besiegt werden kann.

Alles Gerede Wolffheims und seiner Freunde aus der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands gegen den Zentralismus, ihre gesamte Propaganda breiter „Autonomie“ der lokalen Ortsorganisationen beruht für die Intellektuellen auf einem typischen Unverständnis dafür, daß in der gegenwärtigen Epoche eiserne Zentralisation unseres Kampfes die erste Vorbedingung des Sieges ist. Umsonst redet man von der Diktatur des Proletariats, wenn man nicht versteht, daß diese Diktatur eine streng zentralisierte, aus einem Stück gegossene, durch ihre eiserne Disziplin starke kommunistische Arbeiterpartei voraussetzt, die nicht ihre unzähligen Feinde besiegen kann, wenn sie nicht vor allen Dingen in ihren eigenen Reihen eine militärische Disziplin einführt. Wir wollen nicht nur gegen die Bourgeoisie revoltieren. Wir wollen sie besiegen. Sie zu besiegen, ohne selbst militärisch organisiert zu sein, ist aber einfach unmöglich. Es ist höchste Zeit, dies zu verstehen.

Aus der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung ist bekannt, daß als Anhänger breiter „Autonomie“ der Ortsorganisationen, als Propagandisten der Prinzipien des Föderalismus innerhalb der Arbeiterpartei, als ewige Protestanten gegen den proletarischen Zentralismus immer gerade die Herren Menschewiki aufgetreten sind, d. h. die russischen Scheidemänner, die sich natürlich hinter ihrem Lamento über die „Selbstbetätigung“ der Arbeiter, über den nichtdemokratischen Geist der Führer, über den Aufbau der Partei „von unten“, über die Unantastbarkeit des Wahlprinzips usw. verschanzten. Die russischen Bolschewiki anerkannten damals, als die bolschewistische Partei illegal existieren mußte, das Prinzip der Kooptation in die leitenden Institutionen, denn es war unmöglich, die Arbeit anders auszuführen. Die russischen Bolschewiki vertraten zwei Jahrzehnte lang die Notwendigkeit einer aufs strengste zentralisierten Arbeiterpartei mit einem machtvollen leitenden Parteizentrum, dessen Weisungen absolut verpflichtend für alle sind und zu dem die gesamte Partei volles Vertrauen hegt — und das führten sie durch.

Die Kommunisten Deutschlands sind nun in eine besonders schwierige Lage geraten. Die Bourgeoisie hat diejenigen ihrer Führer ermordet, die das volle, ungeteilte Vertrauen der Arbeiter besaßen. Die Bourgeoisie wußte, was sie tat. Sie versetzte unsere

Partei in Deutschland dadurch in große Schwierigkeiten. Die kommunistischen Arbeiter Deutschlands sollen aber nicht selbst diese Schwierigkeiten vergessen. Eine neue Epoche gebiert neue Führer. Die aus den Tiefen der Arbeitermasse hervorgehenden Führer wachsen zusammen mit der Masse, zusammen mit dem Erstarken der proletarischen Revolution. Die Aufgabe jedes klassenbewußten Arbeiters in Deutschland ist — jene objektiven Schwierigkeiten zu verstehen und in Betracht zu ziehen, die der Schaffung einer machtvollen und streng zentralisierten kommunistischen Partei in Deutschland im Wege stehen. Die geringste falsche Wendung in dieser Frage, die geringste Konzession an die Anarchisten und Industrialisten in dieser Kardinalfrage über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution fügt der deutschen Arbeiterklasse unverbesserlichen Schaden zu.



Die „linken“ Phrasenhelden vom Typus Wolffheim und Laufenberg klagen die deutschen Kommunisten — die Spartakisten — gern dessen an, daß sie auf eine Verständigung mit der U. S. P. D. eingehen. Wir wollen auch diese Anklage analysieren. Aus dem Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das Euch hoffentlich bekannt ist, müßt Ihr wissen, wie wir uns den deutschen Unabhängigen gegenüber verhalten. Wir finden, daß die rechten Führer dieser Partei, die Herren Kautsky, Hilferding, Cohn, Crispian und Konsorten objektiv Verräter an der Sache der Arbeiter und die besten Gehilfen der Bourgeoisie sind. Wir halten den Kampf gegen diese Führer der Unabhängigen für eine äußerst dringliche und unaufschiebbare Angelegenheit. Zugleich wissen wir aber, und daß wißt auch Ihr, daß Hunderttausende von Arbeitern, die noch der U. S. P. D. angehören und dort bleiben, übrigens auch deshalb, weil die Reihen der deutschen Kommunisten gespalten sind, sich durchaus nicht von den kommunistischen Durchschnittsarbeitern unterscheiden. Diese Arbeiter, Mitglieder der U. S. P. D., sind ehrlich und aufrichtig für die Kommunistische Internationale und sind unsere morgigen Freunde. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat in dem erwähnten Schreiben eine ganze Reihe vollkommen konkreter und genauer Bedingungen angeführt, unter welchen man sich mit den Arbeitern, die jetzt der U. S. P. D. angehören, vereinen kann. In demselben Schreiben haben wir ganz genau darauf hingewiesen, welche Propaganda die deutschen Kommunisten in bezug auf die Unabhängigen zu führen haben.

Es fragt sich aber, ob man gegen die deutschen Kommunisten — die Spartakisten — deshalb eine besondere Anklage erheben kann, weil sie nach einer Annäherung mit den deutschen Unabhängigen streben. Sich den Arbeitern, die der U. S. P. D. angehören, zu nähern, ist die Pflicht der deutschen Kommunisten. Eine Verständigung mit jenen fast eine halbe Million zählenden Arbeitern zu erzielen, die in den Reihen der U. S. P. D. organisiert sind, die aber durch die Lehren des Lebens täglich mehr zu uns gestoßen werden, ist kein Opportunismus, sondern die wichtigste Aufgabe jedes ernstesten Kommunisten Deutschlands. Nur dann könnte man die deutschen Kommunisten — die Spartakisten — anklagen, wenn bewiesen wäre, daß sie in ihrem Bestreben, sich den Unabhängigen zu nähern, von den Grundsätzen des Kommunismus abgewichen seien und jenen Bedingungen zuwider gehandelt hätten, die das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in jenem Schreiben gestellt hat. Gerade das aber hat niemand zu beweisen versucht. Daher scheinen uns die Anklagen Laufenberg's mehr denn zweifelhaft, desselben Laufenberg's, der noch gestern Burgfrieden nicht nur mit den deutschen Unabhängigen, sondern auch mit der deutschen Bourgeoisie („revolutionären Burgfrieden“) propagierte.

• • •

Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands hat sich von der Kommunistischen Partei Deutschlands abgespalten, weil sie die Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands für opportunistisch hielt; gleichzeitig nahm sie bei ihrer Gründung in ihre Reihen Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim auf, die in ihrer ersten kommunistischen Adresse den Burgfrieden mit der Bourgeoisie befürworteten, falls diese die Räteregierung anerkenne, ohne daß sie vom Proletariat vorher zertrümmert und zermürbt worden sei. Sie haben in dieser ihrer Adresse von vornherein allen Bauern ohne Rücksicht auf die Größe ihres Grundbesitzes Wahlrechte einräumen wollen; diese Politik der Laufenberg und Wolffheim lief also auf die Errichtung einer Scheinräterepublik hinaus, denn eine wirkliche Räterepublik, eine wirkliche proletarische Diktatur läßt sich nur dann aufbauen, wenn das Proletariat im Bürgerkrieg die Bourgeoisie niedergedrungen hat. Fällt ihm die Macht in die Hände ohne diesen Kampf, so steht ihm dieser Kampf erst bevor. Wenn es auch vollkommen doktrinär wäre, auf die Macht zu verzichten, wenn sie ohne größere Kämpfe dem Proletariat in den Schoß fällt, so wäre die erste Pflicht der

Kommunistischen Partei in einem solchen Fall doch, das Proletariat zu warnen vor jedem Vertrauen zu den bürgerlichen Elementen, die seine Macht in Worten anerkennen. Die Laufenberg und Wolffheim machten es umgekehrt; sie suchten die Politik des Proletariats auf eine Scheinräterepublik einzustellen, und zwar, weil ihnen diese Scheinräterepublik, d. h. eine Koalition mit der nationalistischen Bourgeoisie und dem Offizierkorps, zum Zweck des Krieges mit der Entente notwendig war. Der Krieg gegen die Entente, das ist das A und O der Politik Laufenbergs und seiner Gesinnungsgenossen. Nun kann ein Krieg mit dem Ententekapitalismus eine Notwendigkeit für Rätedeutschland werden, falls die Entente Arbeiter im Fall des Sieges des Proletariats in Deutschland ihm nicht zeitig genug zu Hilfe kommen. Aber sollte dieser Krieg notwendig werden, so wird ihn das deutsche Proletariat erst recht zur Niederwerfung der deutschen Bourgeoisie nötig haben, denn die deutsche Bourgeoisie, die deutsche Gegenrevolution wird sich trotz aller Haßgesänge gegen Frankreich und England mit dem Ententekapital gegen das deutsche Proletariat verbinden. Laufenberg und Wolffheim verbreiten in ihrer Adresse das Gift der Illusion, als könne das deutsche Bürgertum aus nationalistischem Haß zum Verbündeten des Proletariats werden. Würde dieser Köhlerglaube das Proletariat betören, so würde es zum Kanonenfutter des deutschen Kapitals werden. Unter der Flagge der Scheinräterepublik würde das deutsche Kapital das Proletariat für den Krieg gegen die Entente mißbrauchen können, um dann jeden Schein abzustreifen und die kapitalistische Herrschaft von neuem offen aufzurichten. Der nationalistisch-kleinbürgerliche Standpunkt der Laufenberg und Wolffheim mußte sie naturgemäß zum Kampf gegen die Kommunistische Internationale führen. Wer Vertrauen zur eigenen Bourgeoisie hegt, muß Mißtrauen zum internationalen Proletariat, zur Internationale predigen, und so kam es, daß Wolffheim es wagen konnte, in dem Mitteilungsblatt Eurer Hamburger Organisation vom 6. März der Kommunistischen Internationale die unerhörtesten nationalistischen Vorwürfe zu machen. Die Berliner Organisation, an deren Spitze alle Eure jetzigen Führer stehen, wie Schröder, Jung, Wendel, hat nicht nur mit keinem Wort sich gegen die nationalistisch-gegenrevolutionäre Agitation der Laufenberg gewendet, sondern sie hat ihre Artikel in dem Berliner Organ abgedruckt, dem nationalistischen Gift Verbreitung unter der Berliner Arbeiterschaft verschafft. Euer Parteitag hat mit keinem Wort Stellung genommen gegen die Laufenberg und Wolffheim, er hat unter Geschrei gegen den Opportunismus der Kommunistischen Partei Deutschlands der Hamburger gegen-

revolutionären Gruppe seine Arme geöffnet; dadurch ermuntert, hat diese Gruppe die Maske abgeworfen. Im Namen der ganzen Bezirksorganisation Eurer Partei, im Namen der Konferenz Eures Nordbezirks gibt Laufenberg am 1. Mai ein neues Manifest aus: „Kommunismus gegen Spartakismus“. In diesem Renegatenmanifest erheben Laufenberg und Wolffheim gegen den Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, den Genossen Paul Levi, den Vorwurf, er habe im Oktober 1918, d. h. zur Zeit, wo die deutsche Armee noch unter den Kaiseradlern Wilhelms II. Nordfrankreich, Belgien, Polen, die Ukraine, Serbien unter der Fuchtel des deutschen Imperialismus hielt, aufgefordert, zu rebellieren. Im Stil der erbärmlichen Schmierfinken des deutschen Nationalismus war es Laufenberg und Wolffheim gestattet, im Namen einer ganzen Organisation Eurer Partei Paul Levi anzuklagen, er habe durch seine Agitation die deutsche Front erdolcht. Nach der Meinung dieser Eurer Mitglieder war es also nicht die Pflicht jedes Kommunisten, jedes revolutionären Arbeiters, die kaiserliche Armee zu zersetzen, dem deutschen Imperialismus dieses Mordwerkzeug aus der Hand zu schlagen, nur weil dies vorübergehend dem angelsächsischen Kapitalismus zum Sieg verhelfen konnte. Was Laufenberg und Wolffheim dem Spartakusbund zum Vorwurf machen, bildet sein Ruhmesblatt' in der Geschichte der Weltrevolution, wie es ein Ruhmesblatt der Kommunistischen Partei Rußlands ist, daß sie unter Aufgebot aller Kräfte die zaristische Armee zersetzt hat, obwohl dies nur um den Preis des momentanen Sieges des deutschen Imperialismus möglich war. Jeder Stein, den Eure Hamburger in dieser Frage gegen Paul Levi werfen, fällt auf die blutenden Leichen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die während des ganzen Krieges nichts anderes taten, als daß sie das deutsche Heer zersetzten, um durch die Fackel der deutschen Revolution die Arbeiter aller anderen Länder aus ihrem Schlaf zu erwecken. Der Feind steht im eigenen Lande — so war eins der ersten Manifeste betitelt, das Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an die deutschen Arbeiter richteten. Richtet Eure Gewehre gegen Eure Offiziere — rief Karl Liebknecht den deutschen Soldaten von der Tribüne des preußischen Landtags zu. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands nennt in ihrem Grundmanifest Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die großen Vorkämpfer des deutschen Proletariats und gleichzeitig erlaubt sie einem Laufenberg und einem Wolffheim ihr Andenken zu besudeln, ja, sie ladet diese Nationalisten zu Versammlungen in den Pharussälen ein.

Laufenberg und Wolffheim begnügen sich nicht damit, die Geburtsstunde der deutschen Revolution zu verfluchen, sie be-

gnügen sich nicht damit, das Grab Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu bespeien, sie waschen die blutbefleckten Hände des deutschen Kapitals und seiner Henker — der Noske, Lüttwitz, Märker, Watter oder wie das sozialdemokratisch-generalstäblerische Gesindel heißt, das im Blut des deutschen Proletariats wadet. Paul Levi und der Spartakusbund, das sind nach dem Anklageakt der Hamburger Staatsanwälte der Mörderzentralen die Hauptschuldigen des Bürgerkrieges in Deutschland. Nicht die deutsche Bourgeoisie hat die Fackel des Bürgerkrieges angezündet, um das deutsche Proletariat mit den Waffen in der Hand zu zwingen, für den kapitalistischen Profit zu frohnen. Nicht die Scheidemänner und Noske sind es, die zur Verteidigung des kapitalistischen Profits Minen auf Arbeiterviertel werfen, nicht die weißen deutschen Generäle sind es, die, geschlagen auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges, ihren Triumphzug durch die Städte Deutschlands halten, proletarische Frauen und Kinder mit Maschinengewehren vor sich hertreiben. Auf dem Spartakusbund, auf Paul Levi lastet diese Blutschuld — so bezeugen es der „Historiker“ Heinrich Laufenberg und sein Gesinnungsgenosse Fritz Wolffheim im Namen der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Wenn Ihr morgen zu Tausenden in den Humboldthain zu den Gräbern der Tausenden wehrlosen Opfer des weißen Schreckens wandern werdet, so vergeßt nicht von Euren roten Bannern die Anklagen gegen den deutschen Kapitalismus, die Anklagen gegen die Sozialdemokratie, gegen die Henker in Generalsuniform zu reißen. Sie sind doch an all dem Schrecklichen, was das deutsche Proletariat in den letzten anderthalb Jahren erlitten hat, vollkommen unschuldig. Nieder mit dem Spartakusbund, nieder mit Paul Levi — mit diesen Ausrufen geht zu den Gräbern Eurer Genossen, zu dem Grabe jenes jugendlichen Arbeiters, der auf dem Hof der Alexanderkaserne mit dem Ruf „Es lebe Spartakus“ auf den Lippen unter den Kugeln der Soldateska hinsank.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat Euren Delegierten erklärt, daß es Euch nicht als eine ernste revolutionäre Kommunistische Partei betrachten kann, solange Ihr dieses schamlose Besudeln der glorreichen Geschichte des deutschen Kommunismus zulaßt, solange Ihr Leute und Organisationen in Euren Reihen duldet, die die Prinzipien des Kommunismus mit Füßen treten. Eure Vertreter sahen sich genötigt, die Richtigkeit dieses Standpunktes der Kommunistischen Internationale voll und ganz anzuerkennen, sie sahen sich genötigt, protokollarisch eine Erklärung abzugeben, daß sie nach ihrer Wiederkehr nach Deutschland von Euch den Aus-

schluß Laufenbergs und Wolffheims fordern werden, wie der Organisationen, die sich zu diesem Standpunkt bekennen. Wir begrüßen dieses Erwachen des proletarischen Ehrgefühls und der proletarischen Einsicht Eurer Delegierten und erwarten bestimmt, daß Ihr ihre feierlich übernommenen Verpflichtungen erfüllt und Euch den Weg zur Kommunistischen Internationale freimacht.

Eure Vertreter haben noch eine andere Verpflichtung übernommen. Ihr habt eine selbständige Partei gegründet. Nun, Eurer Partei gehören Organisationen an, die jede Partei als reaktionäres, opportunistisches Gebilde ablehnen. So ist es zu lesen in der Resolution Eurer Dresdner Organisation vom 18. April, die von Rühle vorgeschlagen und von der Parteiversammlung angenommen wurde. Diese Resolution, angenommen zwei Wochen nach der Gründung Eurer Partei, richtet sich ebenso sehr gegen Eure Existenz als Partei wie gegen die Existenz der Kommunistischen Internationale. Wir haben Euren Delegierten offen erklärt, daß wir diesen Standpunkt für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale halten. Ein Kommunist, der gegen die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei auftritt, ähnelt einem Mann, der sich selber die rechte Hand abschneiden will. Es ist das größte Unglück der westeuropäischen Arbeiterklasse, daß sie ohne starke einheitliche schlagfertige revolutionäre Parteien in die Epoche der Weltrevolution eintritt. Eure Vertreter haben sich mit unseren Ausführungen einverstanden erklärt und sich zum Ausschluß Otto Rühles und der Organisationen, die sich auf seinen Standpunkt stellen, verpflichtet. Wir erwarten von Euch, daß Ihr dieser Verpflichtung nachkommt, Ihr müßt ihr nachkommen, wenn Ihr vor den internationalen Kongreß als kommunistische Partei treten wollt.

Wollt Ihr vor den internationalen kommunistischen Kongreß treten, wollt Ihr Eure Aufnahme in die kommunistische Familie erreichen — und wir wissen, daß Ihr das wollt, sonst hätte es doch keinen Sinn, Delegierte nach Moskau zu senden — so ist es eine selbstverständliche Vorbedingung, daß Ihr von vornherein erklärt, daß Ihr Euch den Beschlüssen des Kongresses der Kommunistischen Internationale unterwerft. Die Kommunistische Internationale hat endgültig mit der faulen Praxis der II. Internationale gebrochen, Parteien um sich zu sammeln, die in Wirklichkeit nicht zusammengehören. Die Kommunistische Internationale ist nicht ein Bündel von Parteien, die lose verbunden sind mit der Schleife allgemeiner Phrasen und Wünsche,

sie ist ein Kampfverband, und wer ihr angehören will, der muß nach den allgemeinen Regeln, die vom internationalen Kongreß bestimmt werden, handeln und sich ihnen unterwerfen.

\*  
\*  
\*

Noch eins können wir nicht mit Stillschweigen übergehen. Wir meinen jene vollkommen ungenierte, grobe, prinzipienlose Hetze gegen die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) und gegen einzelne hervorragende intellektuelle Führer der K. P. D., eine Hetze, die in den Spalten des Hamburger Organs der „linken“ Kommunisten und in anderen Veröffentlichungen der Anhänger der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands geführt wird.

Der Referent auf dem Berliner Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärte in seinem Bericht über die politische Lage und die Aufgaben der Partei mit Stolz: „Es ist das Wort gefallen, bei uns seien ja keine Intellektuellen, bei uns seien ja nur Arbeiter. Nun wohl, wir greifen dieses Wort auf und betrachten es als glückverheißend auch für die weitere Entwicklung“. (Wir zitieren das offizielle Protokoll, das uns zwei Delegierte des Berliner Parteitages mitgebracht haben.) Das Protokoll vermerkt hier „stürmischen Beifall“.

Dieser Standpunkt ist durchaus irrtümlich und demagogisch. Wir wissen, daß die Intellektuellen nicht überall durchaus in den Reihen der Kommunisten stehen und daß die Gefahr einer Überflutung der kommunistischen Partei mit Sprößlingen der bürgerlichen Intelligenz durchaus nicht vorhanden ist. Bloß einzelne, der Arbeiterklasse meist ergebene Intellektuelle helfen jetzt den Arbeitern für den Kommunismus kämpfen. Welchen Sinn hat es für klassenbewußte Proletarier, gegen diese Menschen zu hetzen?

Und wie es in solchen Fällen immer geschieht, wie es seinerzeit in Rußland der Fall war, sehen wir, daß an der Spitze dieser Hetze gegen die einzelnen Kommunisten gerade Intellektuelle stehen, — gerade ein Häuflein Intellektueller, das die kommunistische Bewegung in unrichtige Bahnen lenken will. Das ist auch bei Euch der Fall: typische schwankende Intellektuelle wie Laufenberg und Wolffheim stehen an der Spitze der Kampagne gegen die Parteiintellektuellen und treten gegen solche „Intellektuelle“ wie Klara Zetkin, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg auf.

Wir wiederholen, wir verteidigen durchaus nicht jeden Schritt der Zentrale des Spartakusbundes. Wir sind uns dessen bewußt, daß diese Zentrale so manchen Irrtum begangen hat. Wir halten



es für die Hauptschwäche dieser Zentrale, daß sie z. B. in der Frage der Teilnahme an den Gewerkschaften selbst zu lange geschwankt und keine bestimmte Stellung eingenommen hat. Wir anerkennen, daß es nicht Sache der Kommunisten ist, einen Kultus der „Führer“ zu schaffen. Wir wissen sehr wohl, daß eine ganze Generation der sogenannten „Führer“ schamlos die Sache der Arbeiterklasse verraten hat. Wir wissen, daß es Fälle gibt, wo der Kampf gegen die alten Führer zu einer absoluten Notwendigkeit wird, und wo es unmöglich ist, einen Schritt vorwärts zur Schaffung einer wirklichen proletarischen Bewegung zu tun, ohne diese Führer zu „enthronen“. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands hat uns aber bisher durch alle Programmklärungen, mit denen bekannt zu werden wir Gelegenheit hatten, nur davon überzeugt, daß ihr Kampf gegen den Spartakusbund nicht von diesen Erwägungen diktiert ist, sondern von einem bestimmten Schwanken nach der Seite der kleinbürgerlich-anarchistischen Politik.

\*  
•  
•

Wir haben Euch offen unsere Meinung gesagt, Genossen. Wir fügen Euch den Entwurf der Leitsätze über drei in Deutschland am meisten strittige Fragen bei (über den Parlamentarismus, über die Rolle der Kommunistischen Partei in dem proletarischen Umsturz, über die Gewerkschaften). Das sind die von dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gutgeheißenen Leitsätze, die dem bevorstehenden zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale vorgelegt werden.

Die Kinderkrankheiten des Kommunismus, die in Euren jetzigen Streitigkeiten in Deutschland eine so große Rolle spielen, werden auf dem bevorstehenden zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale erörtert werden. Dieser Kongreß wird einen Beschluß fassen, der für alle diejenigen verpflichtend ist, die der III. Internationale angehören wollen. Bis zum Kongreß schlagen wir Euch vor, unverzüglich ein Übereinkommen mit der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) zu treffen und ein provisorisches Organisationsbüro der beiden Zentralen zu bilden auf paritätischer Grundlage unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Die deutsche Arbeiterklasse durchlebt jetzt eine Zeit, wo jede Zerbröckelung der kommunistischen Kräfte ungeheure Gefahren für

den Kampf zur Folge haben kann. Wir sind verpflichtet, alles zu tun, was von uns abhängt, um die verderblichen Folgen der Spaltung abzuschwächen.

Unsere praktischen Vorschläge für Euch sind also folgende:

1. bestätigt unverzüglich die Erklärung der Delegierten Eurer Partei, daß Laufenberg, Wolfheim, Rühle sogleich aus Eurer Partei ausgeschlossen werden;

2. erklärt offiziell, was sich von selbst versteht: daß Ihr Euch unbedingt den Beschlüssen des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale unterordnet;

3. nimmt unseren Antrag betreffs der Organisation eines provisorischen Verständigungsbüros der Vertreter beider Zentralen unter unserem Vorsitz an, und

4. entsendet Eure Delegierten zum zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale am 15. Juli 1920.

Wir haben in diesem unserem offenen Schreiben an Euch, Arbeiter aus der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, den Finger in offene Wunden gelegt. Wir haben Euch offen unsere Meinung über die Streitfragen gesagt. Es gibt für uns keine „Neutralität“ im Kampf um den Sieg der Weltrevolution. Es gibt für uns kein „Ausland“, in das sich die Internationale nicht einmischen dürfte. Die Internationale ist das Vaterland der Arbeiter, so steht es in den von Rosa Luxemburg im Jahre 1915 geschriebenen Leitsätzen, die der Leitstern der besten revolutionären deutschen Arbeiter waren zu der Zeit, wo sie für das kapitalistische Vaterland auf den Schlachtfeldern bluteten. Wir sind überzeugt, daß jeder revolutionäre deutsche Arbeiter diese unsere offene Sprache begrüßen wird, wie er sich zu den hier dargelegten Gedanken auch stellen mag. Sorgt dafür, daß dieses unser Schreiben in Tausenden von Exemplaren in Eure Organisationen gelangt, daß es Gegenstand ernster Beratung Eurer Organisationen bildet, daß die öffentliche Meinung der Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands ihre Führer zwingt, jede Eigenliebe beiseite zu schieben und zu bedenken, was für Euch auf dem Spiel steht.

Ihr habt zu entscheiden, ob Ihr der Kommunistischen Internationale angehören werdet, auf die Millionen und Abermillionen Arbeiter von Finnland bis nach Südafrika, von Ostasien über Europa bis nach Kalifornien mit Liebe und Hoffnung schauen. Ihr habt zu entscheiden, ob Ihr Schulter an Schulter mit dieser wachsenden Millionenarmee kämpfend, Eure Banner mit Ruhm bedecken werdet. Nehmt diese Entscheidung nicht leicht. Fällt sie nach reiflicher Überlegung und wohlbegründeter Diskussion. Möge

unser brüderliches Schreiben dazu beitragen, die kommunistischen Arbeiter Deutschlands zu einer schlagfertigen Kampffront zu vereinigen.

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Einheit aller Kommunisten Deutschlands!

Es lebe Rätedeutschland!

Es lebe die Weltrevolution!

Mit kommunistischem Gruß

*Das Exekutivkomitee  
der Kommunistischen Internationale.*

*Moskau - Petersburg, den 2. Juni 1920.*

---

## *An den Parteivorstand der Unabhängigen Sozial- demokratie Deutschlands.*

Werte Genossen!

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale stellt mit Bedauern fest, daß der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ihr Schreiben vom 5. Februar 1920 unbeantwortet gelassen hat. Dieses Schreiben behandelte alle Streitfragen, die zwischen uns und der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands bestehen. Eine klare Antwort auf unsere Ausführungen würde ganz gewiß zur Klärung der Beziehungen des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zu der III. Internationale beigetragen haben.

Mehr noch als diese Unterlassung bedauert die Exekutive der Kommunistischen Internationale die Tatsache, daß der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie es für zulässig hielt, unser Schreiben an ihn den Mitgliedschaften vorzuenthalten. Das Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur Kommunistischen Internationale ist Sache nicht nur des Parteivorstandes, sondern der Million deutscher Arbeiter, die hinter der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen und auf deren energisches

Drängen der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie genötigt war, in Beziehungen zu uns zu treten. Für das wirkliche Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur Kommunistischen Internationale ist die Meinung der unabhängigen Arbeitermasse entscheidend, denn nicht das halbe Dutzend von Männern und Frauen, die im Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie sitzen, sondern die Million unabhängiger Arbeiter entscheidet durch ihre Taten, ob sie zur Kommunistischen Internationale gehört oder nicht. Wir sind überzeugt, daß es genügt, den unabhängigen Arbeitern den Sinn ihres eigenen Kampfes zum Bewußtsein zu bringen, damit sie sich bewußt für die Kommunistische Internationale entscheiden. Die Verheimlichung unseres Schreibens bedeutet also objektiv nichts anderes als den Versuch der Verschleppung der Entscheidung der U. S. P. D.-Massen in der Sache ihres Verhältnisses zur Kommunistischen Internationale. Jeder Versuch der Entschuldigung dieser Sabotage der Beschlüsse des Unabhängigen Leipziger Kongresses durch den Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie, die bisher in Ausführung des Parteitagsbeschlusses sich zur Absendung eines einzigen Briefes aufgeschwungen hat, mit äußeren Schwierigkeiten, mit dem Kapp-Putsch und den Wahlvorbereitungen wird zunichte gemacht durch die einfache Tatsache, daß für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse die Frage des internationalen Zusammenschlusses eine Lebensfrage ist. Ganz abgesehen davon aber hat die Veröffentlichung unseres Schreibens durch unser westeuropäisches Sekretariat bewiesen, daß eine technische Möglichkeit der Veröffentlichung vorhanden war.

Da uns der ernste Wille der großen Mehrheit der unabhängigen Arbeiter zum Eintritt in die Kommunistische Internationale bekannt ist, halten wir es für unsere Pflicht, ungeachtet der Hindernisse, die der Frage der internationalen Einigung des Proletariats seitens des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie gestellt werden, sie aufzufordern, ihre Vertreter nach Moskau zu entsenden, damit wir ihnen die Leitsätze der Exekutive der Kommunistischen Internationale über die taktischen Fragen des Kampfes um die Diktatur des Proletariats unterbreiten können und sie zur Klärung der Frage gelangen, welche Gründe den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Verzögerung ihres Anschlusses an die Kommunistische Internationale bewegen. Darn wird es die Sache der unabhängigen deutschen Arbeiter sein, zu entscheiden, ob sie mit dem Parteivorstand der U. S. P. D. oder mit der Exekutive der Kommunistischen Internationale einverstanden sind.

Unüberwindbare technische Schwierigkeiten stehen der Reise der Vertreter der U. S. P. D. nicht im Wege. Wenn es südafrikanischen, australischen, amerikanischen und deutschen Arbeitern, die oft fast auf eigene Hand zu uns gelangen, möglich ist, so werden auch die Vertreter einer Millionenpartei den Weg zu uns finden können, wenn sie ihn nur ernstlich suchen wollen.

Mit kommunistischem Gruß

*für die Exekutive  
der Kommunistischen Internationale  
Sekretär K. Radek.*

27. Mai 1920.

---

## *Die Kommunistische Internationale an die amerikanischen Genossen.*

*An die Zentralkomitees:*

- 1. Der Kommunistischen Partei Amerikas,*
- 2. der Kommunistischen Arbeiterpartei Amerikas*

Trotz des Wütens der amerikanischen Imperialisten, die bis zu 5000 Kommunisten jeden Tag verhaften ließen, wächst die kommunistische Bewegung in Amerika sehr schnell. Infolge entstandener Differenzen bildeten sich in Amerika vorübergehend zwei kommunistische Parteien. Beide Parteien sandten ihre Vertreter zum Exekutivkomitee. Nach eingehender Beratung über die Berichte der beiden Genossen arbeitete das Exekutivkomitee nachstehendes Schreiben aus.

Die Red.

**Werte Genossen!**

Aus den Berichten der Genossen, die aus Amerika gekommen sind, und die die beiden Strömungen des amerikanischen Kommunismus vertreten, hatte das Exekutivkomitee der Internationale die Möglichkeit, die Differenzen zwischen den amerikanischen Genossen kennen zu lernen, die Differenzen, die zur offenen Spaltung

und zur Bildung zweier kommunistischer Parteien geführt haben. Die Frage wurde in einer erweiterten Sitzung des Exekutivkomitees der Internationale behandelt, an der außer den Mitgliedern des Exekutivkomitees auch Vertreter der beiden Parteien Amerikas und der kommunistischen Organisationen Frankreichs, der Schweiz, Ungarns, Finnlands und Jugoslawiens anwesend waren. Als Ergebnis gelangte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zu folgenden Schlüssen:

Die Spaltung fügt der kommunistischen Bewegung in Amerika starken Schaden zu. Sie führt zur Verpulverung revolutionärer Kräfte, zu einem schädlichen Parallelismus, zu unnötigen Reibungen und zu einem nicht zu rechtfertigenden Aufwand von Kräften für den inneren Kampf. Und das zu einer Zeit, wo die Sammlung der Kräfte der amerikanischen Bourgeoisie in unerhörtem Maße gewachsen ist, wo sich der Klassenkampf mit jedem Tage mehr zuspitzt und unerhörte Opfer vom amerikanischen Proletariat fordert. Und das zu einer Zeit, wo sich im Zusammenhang mit dem unvermeidlichen Anwachsen der Weltrevolution vor der Arbeiterklasse Amerikas die größten Möglichkeiten und die glänzendsten Aussichten eröffnen.

Die sorgfältige Einsicht in das gesamte Material sowohl der einen wie der anderen Seite überzeugte uns, daß ernste programmatische Differenzen zwischen den beiden Parteien nicht bestehen. Es gibt gewisse Gegensätze in Organisationsfragen. Es gab einige Streitigkeiten über die Form des Bruches mit der alten sozialpatriotischen Partei. Das war aber alles.

Unter solchen Umständen hat die Spaltung nicht die mindeste Berechtigung und muß unter allen Umständen aus der Welt geschafft werden. Insofern beide Parteien auf dem Boden der Kommunistischen Internationale stehen — daran zu zweifeln haben wir gar keinen Anlaß — ist die Einigkeit der Partei nicht nur möglich, sondern unbedingt notwendig. Das Exekutivkomitee besteht mit aller Entschiedenheit auf der sofortigen Durchführung dieser Einigung.

Die Notwendigkeit der sofortigen Einigung wird auch noch durch den Umstand gebieterisch diktiert, daß beide Parteien gewissermaßen die verschiedenen Seiten der kommunistischen Bewegung in Amerika repräsentieren, wobei sie einander sehr gut ergänzen können. In der einen Partei (Kommunistische Partei Amerikas) blieben hauptsächlich ausländische, in den sog. „nationalen Föderationen“ vereinigte Elemente. Die andere (Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas) repräsentiert vorwiegend amerikanische oder englisch sprechende Elemente. Wenn die ersten mitunter in

theoretischer Hinsicht besser geschult und mit den Ueberlieferungen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse Rußlands enger verbunden sind, so stehen sie doch mit der Massenbewegung und den Massenorganisationen der amerikanischen Arbeiter, die allmählich den breiten Weg des Klassenkampfes betreten, weniger in Verbindung. Wenn die zweiten eine derartige theoretische Schule noch nicht durchgemacht haben, so haben sie dafür den kolossalen Vorzug, daß die kommunistische Partei durch sie viel leichter auf die breiten Massen der einheimischen amerikanischen Arbeiter zu wirken vermag, denen in den bevorstehenden entscheidenden Klassenkämpfen die wichtigste Rolle zufallen wird. Bei den einen ist die Propaganda, bei den anderen die Agitation besser organisiert.

Beide Parteien ergänzen einander somit ganz naturgemäß. Und nur auf dem Wege ihrer Vereinigung ist in Amerika die Schaffung einer starken kommunistischen Partei möglich, die zur Führerin der Massenbewegung in der herannahenden kommunistischen Revolution werden muß.

Zwecks einer möglichst schnellen Vereinigung schlägt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale den beiden Parteien vor, sofort einen gemeinsamen Kongreß einzuberufen, dessen Beschlüsse für beide Teile bindend sein sollen. Zur Vorbereitung und Einberufung des Kongresses wie auch zur Koordinierung der Arbeit der beiden Parteien bis zur völligen Vereinigung wird ein Organisationsbüro geschaffen, bestehend aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der beiden Parteien. Als Grundlage der Vereinigung müssen die Prinzipien dienen, die in den Richtlinien der Kommunistischen Internationale und in den Beschlüssen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale niedergelegt worden sind. Außerdem möchte das Exekutivkomitee noch auf folgendes hinweisen:

1. Die kommunistische Partei muß anstreben, in ihren Reihen alle Elemente zu vereinigen, die die Notwendigkeit der baldigen Eroberung der Macht und der Diktatur des Proletariats anerkennen. Es versteht sich von selbst, daß dieses Bekenntnis kein einfaches Lippenbekenntnis und nicht etwa nur rein theoretisch sein darf. Es muß in die Tat umgesetzt werden und verpflichtet einen jeden, der Parteimitglied sein will, zu einem selbstaufopfernden Kampf um den Sturz der Macht der Bourgeoisie und die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse. Bei Vorhandensein dieser Vorbedingung, bei Uebereinstimmig im Hauptsächlichen und Grundsätzlichen, erscheinen die Differenzen in anderen Fragen unwesentlich, wie z. B. in der Frage der Ausnutzung der parlamentarischen und der anderen le-

galen Möglichkeiten, in der Anwendung des einen oder des anderen Kampfmittels, betreffend die verschiedenen Organisationsformen. Derartige Differenzen sind in allen Ländern unvermeidlich, wo man an den Aufbau einer kommunistischen Partei aus Elementen schreitet, die eine verschiedene politische Vergangenheit haben (Linkssozialisten, die aus den Reihen der alten Parteien hervorgehen, Parteilose, die auf den Standpunkt des konsequenten Klassenkampfes übergehen, Anarchisten und Syndikalisten, die die Notwendigkeit der Ergreifung der Macht und der Diktatur des Proletariats erkennen usw.). Sich wegen dieser Differenzen, die nun, in der Epoche des unmittelbaren revolutionären Kampfes um die Macht, nur eine untergeordnete Bedeutung haben, zu spalten, ist absolut unzulässig. Das einzige, was die Partei bei Aufkommen von Differenzen von jeder Organisation und von jedem einzelnen Mitglied fordern muß, ist unbedingte Disziplin, unweigerliche Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Wenn bis zur Fassung irgendeines Beschlusses in den Reihen der Partei eine allseitige Diskussion der Frage notwendig und eine freie Kritik zulässig ist, so sind, nachdem der bindende Beschluß der Partei zustande gekommen ist, alle ihre Mitglieder, darunter auch diejenigen, die mit ihm nicht einverstanden waren, verpflichtet, ihn ohne jeglichen Vorbehalt durchzuführen. Einerseits — die größte Duldsamkeit gegenüber Andersdenkenden während der Diskussion, andererseits — Befolgung der strengsten Disziplin bei Durchführung der Parteibeschlüsse. Das sind die Grundbedingungen, ohne die die Schaffung einer starken Partei unmöglich ist.

2. Der völlige Bruch mit den alten sozialistischen Parteien (American Socialist Party und Socialist Labour Party) ist eine selbstverständliche Vorbedingung einer kommunistischen Partei. Diese Forderung bedeutet jedoch nicht, daß einzelne Genossen wie auch ganze Organisationen, die früher den alten Parteien angehörten, nicht in der Kommunistischen Partei Aufnahme finden können, sofern sie sich entschieden auf den Standpunkt des konsequenten Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats stellen. Die kommunistische Partei muß eine Massenorganisation und nicht ein enger geschlossener Zirkel sein. Das „Abgrenzen“ von nicht kommunistischen Elementen muß im Sinne des Abrückens von verstockten sozialverräterischen Elementen und von den Elementen des „Zentrums“ aus den alten Parteien aufgefaßt werden, unter keinen Umständen aber im Sinne eines sektiererischen Abstoßens von Arbeitern, die früher den alten Parteien angehörten und nun mit ihnen brechen. Die Pforten der kommunistischen Partei müssen für Proletarier weit geöffnet sein, mögen sie auch nicht alle Einzel-



heiten der kommunistischen Theorie sich zu eigen gemacht haben, wenn sie nur aufrichtig der proletarischen Revolution ergeben sind und den Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie in der Tat führen. Die kommunistische Partei wird für sie die beste Schule des Kommunismus sein.

3. Bisher wandten die amerikanischen Sozialisten des linken Flügels ihre Hauptaufmerksamkeit der Propaganda zu, und nach dieser Richtung hin leisteten sie wichtige Arbeit. Aber indem sie sich in einem mehr oder weniger engen Kreis von Gesinnungsgenossen einschlossen, standen sie dem laufenden Klassenkampf der proletarischen Massen fern, der sich in breitem Strom über das ganze Land ergoß. Sie spielten jedenfalls keine führende Rolle in den größten Zusammenstößen zwischen Kapital und Arbeit. Man muß dessen eingedenk sein, daß die Periode der entscheidenden Kämpfe beginnt. In ihren Reihen alle klassenbewußten und tatkräftigen Elemente der Arbeiterklasse vereinigend und die breiteste Massenagitation und die Propaganda der Ideen des Kommunismus entfaltend, muß die kommunistische Partei sich gleichzeitig zum Ziel machen, die Führerin des Klassenkampfes des Proletariats in allen seinen verschiedenartigen Formen zu werden, beginnend von den wirtschaftlichen Teilstreiks, Demonstrationen, Massenversammlungen, Wahlkämpfen, bis zu dem politischen Generalstreik, bis zu dem bewaffneten Aufstand des Proletariats. Die Hineinziehung von breiten Proletariatsmassen in den Strom des revolutionären Klassenkampfes — das ist die Hauptaufgabe der amerikanischen Kommunisten im gegenwärtigen Moment.

4. In jeder Weise den Spaltungsprozeß in der American Federation of Labour und anderen ihr nahestehenden zünftlerischen Gewerkschaften und deren Vereinigungen fördernd, muß die Partei die Herstellung von möglichst engen Beziehungen zu denjenigen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse anstreben, in denen die Tendenzen des industriellen Unionismus (I. W. W., „One big Union“, I. U. W., einzelne Verbände, die sich von der A. F. of L. abspalten) zum Ausdruck kommen. Die Partei muß im engsten Einvernehmen mit ihnen arbeiten, gleichzeitig ihre Vereinigung und die Schaffung von starken, vom Klassenbewußtsein durchdrungenen wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats anstreben. Die industriellen Verbände in ihrem täglichen Kampf für die unmittelbaren wirtschaftlichen Forderungen in jeder Weise unterstützend, muß die Partei die Erweiterung und Vertiefung dieses Kampfes, seine Verwandlung in einen Kampf für die revolutionären Ziele des Proletariats — für den Sturz der Bourgeoisie und die Vernichtung der kapitalistischen Ordnung — anstreben.

5. Die Partei muß neben den kommunistischen Parteilzellen die Bildung von Arbeiterbetriebsausschüssen („Betriebsräten“) in jeder Weise unterstützen, die einerseits als Basis zum alltäglichen wirtschaftlichen Kampf, andererseits als Schule des Vortrupps der Arbeiterklasse für die Verwaltung der Industrie bei Durchführung der Diktatur des Proletariats dienen können. Es versteht sich von selbst, daß diese Arbeiterausschüsse im engsten Einvernehmen mit den Organisationen des industriellen Unionismus arbeiten müssen.

6. Die Partei darf nicht ein Gemisch von selbständigen, autonomen „nationalen Föderationen“ darstellen. Die nationalen Föderationen haben eine wichtige geschichtliche Rolle in der sozialen Bewegung Amerikas gespielt (langjährige, systematische Opposition in den alten Parteien, Schaffung der Liga für sozialistische Propaganda, Organisierung des „linken Flügels“); aber in Zukunft werden (bei der schnellen Verschärfung und Erweiterung des Klassenkampfes und der maßlosen Komplizierung der vor dem Proletariat Amerikas stehenden Aufgaben) die nationalen Föderationen nur dann in der Lage sein, ihre Aufgabe zu erfüllen, wenn sie sich möglichst eng mit den Bruderorganisationen der amerikanischen Arbeiter verschmelzen. Das jähe Zerbrechen der geschichtlich überlieferten Organisationsformen ist selbstverständlich nicht wünschenswert, da es zu einer völligen Zerstörung der „nationalen Föderationen“, dieser unermüdlichen Propagandisten der kommunistischen Ideen in Amerika, führen würde. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale weist daher darauf hin, daß man bei Verwirklichung des vorgezeichneten Zieles, d. h. der völligen organisatorischen Verschmelzung der nationalen Föderationen mit den übrigen Teilen des amerikanischen Kommunismus, eine gewisse Vorsicht und Allmählichkeit walten lassen muß. Den nationalen Föderationen kann ihre Autonomie in Sachen der Propaganda in den betreffenden fremden Sprachen bewahrt bleiben. Aber auf dem Gebiet des wirtschaftlichen und politischen Kampfes müssen sie den leitenden Parteiorganen unterstellt werden. In Zeiten scharfer Kämpfe muß die Anwendung des allgemeinen Stimmrechts (Referendum) innerhalb der Partei auf das Mindestmaß herabgesetzt werden; es können jedenfalls Fragen, die ihrem Wesen nach eine schnelle Lösung fordern, nicht auf dem Wege der Urabstimmung gelöst werden. In der Zwischenzeit zwischen den Kongressen muß das Exekutivkomitee der Partei die vollen Machtbefugnisse besitzen.

7. Die immer zunehmenden Verfolgungen der Kommunisten in Amerika stellen die Frage der illegalen Arbeit auf die Tagesordnung. Der Kongreß der Kommunistischen Internationale im

März 1919 hat sich zu dieser Frage klar genug geäußert. Die illegale Arbeit ist notwendig, denn die bürgerlichen „Demokratien“ in der ganzen Welt schaffen tatsächlich den Belagerungszustand für die kommunistischen Arbeiter. Vor 2 bis 3 Jahren schien den englischen Genossen die Idee, in einem so „freien“ Lande wie England illegal zu arbeiten, lächerlich. Nun haben die englischen revolutionären Arbeiter gelernt, auch illegale Arbeit zu leisten. Dasselbe geschah auch in Deutschland, wo die „sozialdemokratischen“ Henker, — Noske, Scheidemann und Konsorten — versuchen, die mächtige kommunistische Bewegung der deutschen Arbeiter in die Illegalität zu bannen. Man muß lernen, die legale Arbeit mit der illegalen zu kombinieren. Man muß einen jeden Fußbreit der legalen Möglichkeiten ausnutzen. Zu gleicher Zeit muß man lernen, auch illegale Flugblätter herauszugeben, illegale Zirkel zu versammeln, im Notfall illegale Betriebsräte zu schaffen, eine illegale Zentraleitung zu haben usw.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ist überzeugt, daß Ihr Euch den vor Euch stehenden verantwortlichen Aufgaben gewachsen zeigt. Von den Erfolgen des Kommunismus in Amerika hängt der Sieg des internationalen Proletariats ab.

Mit kommunistischem Gruß

*Das Exekutivkomitee  
der Kommunistischen Internationale.*

---

## *An den Kongreß der Norwegischen Sozialistischen Partei.*

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale begrüßt den II. Kongreß der norwegischen Arbeiterpartei, die sich bewußt auf den Boden der Kommunistischen Internationale gestellt hat.

Die norwegische Partei ist als proletarische Massenorganisation, die auf dem Wege des inneren Kampfes die Illusionen der Demokratie und des Reformismus überwunden hat, zur Kommunistischen

Internationale gekommen. Die norwegische Arbeiterklasse hat dadurch bewiesen, daß sie für die große geschichtliche Aufgabe, die vor dem internationalen Proletariat steht, bereits reif ist — für die Aufgabe des Kampfes nicht um die Verbesserung des Kapitalismus, sondern um dessen Vernichtung. Wann der Augenblick des entscheidenden Kampfes für das Proletariat des kleinen Norwegens kommt, ist unbestimmt. Die Aufgabe der kommunistischen Partei besteht nicht darin, die Revolution künstlich zu „machen“, sondern darin, die fortgeschrittenen Arbeiter vorzubereiten, damit sie durch ihren entschiedenen Kampf, durch Vertiefung und Erweiterung des Klassenkampfes die Revolution beschleunigen, damit sie imstande sind, in dieser Revolution das Ruder fest in ihren Händen zu halten. Zur Erreichung dieses Zieles sind die Kommunisten verpflichtet, die kommunistischen Ideen in den Organisationen durchzuführen, in denen sich das Proletariat zusammenschließt, sie sind verpflichtet, eine einheitliche geschlossene, disziplinierte kommunistische Partei zu schaffen, die den Kampf des Proletariats anführend, an seiner Spitze stehend, imstande ist, ihm die Ueberzeugung einzuflößen, daß der Kommunismus der Leitstern der Arbeiterklasse ist. Wenn die kommunistische Partei nur dieser Aufgabe gewachsen ist, so kann sie versichert sein, daß die Revolution sie nicht überrumpeln wird, daß sie alles getan hat, was ein Vortrupp des Proletariats am Vorabend der Entscheidungsschlacht zu leisten vermag.

Wir sind fest überzeugt, daß unsere norwegischen Genossen imstande sein werden, die vor ihnen stehenden Aufgaben zu lösen, denn sie bilden eine kommunistische proletarische Massenorganisation. Der Streik vom 17. August, bei dem das norwegische Proletariat in der Tat seine Solidarität mit dem russischen Proletariat bekundete, liefert den besten Beweis dafür, daß die norwegischen Genossen nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat Internationalisten sind. Das werden sie aber noch mehr als einmal zu beweisen haben.

Der Kampf der internationalen Revolution mit der internationalen Gegenrevolution spitzt sich mit jedem Tage immer mehr zu. Die Gegenrevolution der Alliierten, die den Boden unter ihren Füßen schwinden sieht, bereitet die Zermalmung der russischen Revolution vor. Trotz des völligen Mißlingens aller ihrer Versuche, das Rußland der Gutsbesitzer und Kapitalisten wieder aufzurichten, hat sie Polen in den Kampf gegen Sowjetrußland geworfen und bereitet vielleicht Schläge von Finnland, Litauen und Rumänien aus vor. Arbeiter Norwegens, Eure Pflicht ist es jetzt, zu verhindern, daß auch nur eine einzige Tonne Nahrungsmittel aus Norwegen

arbeiten nach Polen, Lettland und Finnland gesandt wird! Eure Pflicht ist es, keinen einzigen Wagen Munition nach Finnland durchzulassen.

Norwegische Seeleute, Ihr kommt in allen Häfen der Welt mit Euren englischen Kollegen zusammen — weist sie darauf hin, welche erbärmliche Rolle sie spielen, indem sie der englischen Bourgeoisie helfen, die Revolution in allen Ländern zu erdrosseln. Norwegische Seeleute, Ihr habt schon manches Mal Opfer für die Kommunistische Internationale gebracht, seid überall Vertreter ihrer Ideen; mag in Euren Unterhaltungen mit den englischen Matrosen der Name Rußland, der Name des revolutionären Deutschland, der Name des revolutionären Irland, der Name des unterdrückten Indiens, und des unter englischem Joch stöhnenden Aegyptens, immer auf Euren Lippen sein. Mag dorthin, wohin ein norwegischer Seemann kommt, gleichzeitig ein Wort der Wahrheit, ein Wort von der III. Internationale gelangen.

Das norwegische Proletariat ist nur ein geringer Teil des Proletariats Europas, aber durch sein Klassenbewußtsein, durch seine Geschlossenheit und dank der geographischen Lage seines Landes vermag es in der Entwicklung der Weltrevolution eine große Rolle zu spielen. Wir sind überzeugt, daß Ihr alles tun werdet, um den Namen eines Kampftrupps der Kommunistischen Internationale zu verdienen.

Es lebe das norwegische kommunistische Proletariat!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

*Das Exekutivkomitee  
der Kommunistischen Internationale.*

22. Mai 1920.

---

---



## *Die Internationale der kommunistischen Jugend.*

### *Der Berliner Kongreß der Jugendinternationale.*

#### I.

1. Der erste internationale Kongreß der sozialistischen Jugendorganisationen fand 1907 in Stuttgart statt. Er trat in der Epoche der „friedlichen“ Entwicklung des Kapitalismus zusammen. Doch der Kongreß verstand es, sogar für jene Epoche ein revolutionäres Programm der internationalen proletarischen Jugendbewegung aufzustellen. Die Grundlagen der Jugendbewegung in ihrer ersten Periode von 1886 (der Gründung der ersten Organisation der Jugendgarde in Gent) bis 1907 bestanden in dem Kampf gegen den Militarismus und in aktiver Teilnahme der Jugend an dem politischen Leben der Arbeiterklasse. Der Stuttgarter Kongreß wurde zu einer Zeit abgehalten, als die Jugendorganisationen noch recht schwach waren (die stärksten Organisationen bestanden in Belgien, das 1909 123 Organisationen mit etwa 8000 Mitgliedern aufwies, und in Schweden, wo die Jugendverbände im April 1907 etwa 17 000 Mitglieder zählten). Sie standen noch stark unter dem Einfluß anarchistischer und syndikalistischer Tendenzen, deren Niederringung einen verzweifelten Kampf von seiten der revolutionär-sozialistischen Elemente der Bewegung erforderte. Trotz alledem aber waren die Jugendorganisationen revolutionär gestimmt. Es waren keineswegs spießbürgerliche Beamte einer Partei- oder Gewerkschaftsbürokratie, die aus ihnen hervorgingen, sondern revolutionäre Sozialisten voll flammendem Enthusiasmus.

Leider aber sollten die Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses nie zur Tat werden. Seit 1907 machte sich nämlich erst in Deutschland, dann auch in den meisten anderen Ländern Europas eine neue Erscheinung bemerkbar: die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften, die mit der Gründung der Jugendverbände absolut nichts zu schaffen hatten, ja, sie öfters sogar verfolgten (wie in Oesterreich und in der Schweiz), ent-

brannten plötzlich in heißer Liebe zu der „unerfahrenen Jugend“ und beschlossen, sie in „richtige Bahnen“ zu lenken. Die Apostel des Opportunismus mit Schulz an der Spitze, denen der revolutionäre Geist der selbständigen Jugendorganisationen einen unliebsamen Schrecken einjagte, stellten das liberale, „erzieherische“ Prinzip auf, daß die Jugend sich nicht mit Politik zu befassen habe. Im „Interesse der Sozialdemokratie“ wurde darauf der Popanz des Anarchismus der Jugend an die Wand gemalt. Hatte man die jugendlichen Proletarier also theoretisch zu hilflosen Kindern gestempelt, so machte man sich nunmehr daran, die selbständigen Jugendverbände aufzulösen und an ihrer Stelle „Jugendausschüsse“ aus Vertretern der Partei und der Gewerkschaften einzusetzen. Die deutsche Sozialdemokratie handelte, in rührendem Einvernehmen mit § 17 des Reichsvereinsgesetzes, demzufolge politische Jugendorganisationen verboten sind, und auch mit der deutschen Polizei, die diesem Gesetz vermittels Kerkerstrafe, Säbel und Knute Geltung verschaffte. Die neuen „Jugendausschüsse“ gingen mit aller Gründlichkeit an die Aufgabe, der Jugend die Politik aus dem Kopf zu treiben. Sie verwandelten die deutsche Jugendbewegung in einen Verband für Kultur und Sport mit einem gewissen sozialistischen Anhauch.

Nur wenigen Organisationen der proletarischen Jugend gelang es, ihre Selbständigkeit zu wahren und ihre politische Tätigkeit weiterzuführen. Der 1910 nach Kopenhagen einberufene II. Kongreß der Jugendinternationale verlief daher farblos und unbemerkt. Der Kongreß bestätigte Liebknechts Stuttgarter Leitsätze über den Antimilitarismus und die Leitsätze der Genossin Roland-Holst über die sozialistische Erziehung. Aber der Kongreß konnte sich nicht zur Erklärung aufschwingen, daß die Jugendorganisationen für ihre Unabhängigkeit von der opportunistischen Sozialdemokratie kämpfen muß. Vielmehr wurde auf Antrag Dannebergs — den der Kongreß zum Sekretär der Jugendinternationale wählte — eine klägliche Resolution zugunsten der „Zusammenarbeit der sozialistischen Jugendverbände mit den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften“ angenommen.

2. Die nächste internationale Konferenz der sozialistischen Jugendverbände erfolgte 1912 unmittelbar nach dem Kongreß der II. Internationale. Die einzige Frage, die zur Erörterung gelangte, war das Verhalten der Jugendorganisationen im Fall eines Weltkrieges. Die Konferenz begnügte sich damit, sich den Resolutionen des Kongresses der erwachsenen Sozialisten anzuschließen.

Darauf entbrannte der Weltkrieg, und der Plan, im August 1914 gleichzeitig mit dem Kongreß der II. Internationale einen Kongreß der Jugendinternationale abzuhalten, wurde zu Wasser. Der Sekretär der Jugendinternationale Danneberg, der sich in Wien befand, rührte keinen Finger, um die internationalen Beziehungen der Jugendorganisationen wiederherzustellen. Auf die Initiative der schweizerischen, italienischen und schwedi-

schen Genossen hin wurde im April 1915 (unter Umgehung Danneberg's) die Berner Konferenz der Jugendverbände einberufen. Hier waren hauptsächlich die neutralen Staaten vertreten. Skandinavien und die Schweiz spielten die führende Rolle. Die Zentralaussschüsse der französischen und österreichischen Organisationen faßten darauf den Beschluß, die Konferenz zu beschicken. Deutschland war bloß durch drei südliche Städte vertreten, die sich von ihrem Zentralaussschuß losgelöst hatten. Die Berner Konferenz der Jugendinternationale war zweifellos von revolutionärer Bedeutung. Zu einer Zeit, wo die Sache der Arbeiterklasse von der internationalen Sozialdemokratie verraten und verkauft wurde, ertönte durch ganz Europa die Stimme der proletarischen Jugend, die sich gegen das imperialistische Gemetzel und den Sozialpatriotismus erhob. Die Konferenz forderte die Organisationen aller Länder zu aktivem politischem Kampf auf. Sie verkündete die volle Unabhängigkeit der Jugendbewegung und setzte einen „internationalen Jugendtag“ fest, einen Tag des Kampfes gegen den Militarismus und den Verrat seitens der Sozialisten, des Kampfes für den Kommunismus und den Klassenkampf. Dieser Jugendtag wurde im Herbst jedes Jahres in den meisten Ländern abgehalten. Zum internationalen Sekretär wählte die Konferenz den Genossen Münzenberg.

Als die Berner Konferenz stattfand, wurde Zimmerwald eben erst ausgebaut. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den linken und rechten Zimmerwaldern hatten noch keine klare Form angenommen. Begreiflicherweise waren die Beschlüsse der Konferenz daher auch nicht auf eine kommunistische Revolution und eine weitere Abstufung in der Arbeiterbewegung eingestellt.

Zugleich beging die Konferenz einen anderen Riesenfehler, indem sie in bezug auf den Kampf gegen den Krieg die kautskyanische Losung der allgemeinen „Abrüstung“ auswarf in der irrigen Meinung, daß diese Losung revolutionär sei und unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durchgeführt werden könne.

Seitdem hielt das aus fünf Mitgliedern bestehende Büro der Jugendinternationale alljährlich Sitzungen ab. Je mehr der Krieg sich entwickelte und je revolutionärer die Arbeiter aller Länder wurden, desto bestimmter stellte das Büro sich auf rein kommunistischen Boden. Dieselbe Richtung schlug auch die von Münzenberg redigierte Vierteljahrsschrift „Die Jugendinternationale“ ein.

3. 1919 begannen die Geburtswehen des Berliner Kongresses. Das Züricher Sekretariat der Jugendinternationale berief den Kongreß in Basel ein und zur gleichen Zeit setzte das Zentralkomitee des russischen kommunistischen Jugendverbandes den Kongreß in Moskau an. Es erfolgte eine Verständigung der beiden Kongreßorganisatoren mit den ungarischen Genossen, und der Kongreß wurde nach Budapest verlegt. Allein die kritische Lage der ungarischen Räterepublik veranlaßte die Organisatoren, Wien zum



Ort des Kongresses zu bestimmen. Dort sollte er dann auch am 25. August beginnen. Aber es stellten sich verschiedene Hindernisse in den Weg. Zum angesetzten Zeitpunkt fanden sich bloß Vertreter aus Rußland, Polen, Oesterreich, Italien, Deutschland und Ungarn in Wien ein. Auf einer Beratung dieser Delegierten wurde ein temporärer Ausschuß aus fünf Mitgliedern gewählt, der beauftragt wurde, alles für den Kongreß vorzubereiten und ihn in kürzester Frist in Deutschland einzuberufen. Diesem Komitee, das sich aus Vertretern verschiedener Länder zusammensetzte, gelang es denn auch, unter ungeheuren Schwierigkeiten Vertreter von 14 Jugendorganisationen in Berlin zu versammeln, wo der Kongreß der Jugendinternationale endlich zwischen dem 20. und 26. November abgehalten wurde.

Nach der Mitgliederzahl der vertretenen Jugendorganisationen ist der Berliner Kongreß der Jugendinternationale der größte aller internationalen Jugendkongresse. Es nahmen angesehene Führer des Sozialismus teil. Die Mehrzahl der Delegierten waren zwar junge Arbeiter, deren Namen den breiten internationalen Kreisen unbekannt sind. Jedoch zum Unterschied vom Stuttgarter Kongreß standen hinter dem Berliner Kongreß Massenorganisationen der proletarischen Jugend, die eine harte Schule revolutionären Kampfes durchgemacht hatten. Schon deshalb allein werden die Beschlüsse des Berliner Kongresses einen ungeheuren Einfluß auf die gesamte Jugendbewegung der Welt ausüben.

## II.

1. Die vom Berliner Kongreß der Jugendinternationale gefaßten Beschlüsse sind nicht aus den Fingern gezogen, nicht aus der Luft gegriffen. Sie wurden jahrelang in den Ländern erörtert. Die Hauptsache aber ist, daß sie durch den praktischen Kampf der Jugendverbände in der ganzen Welt vorbereitet wurden. Deshalb will ich an der Hand der Berichte der Kongreßmitglieder und anderen Materials, das teils der Presse, teils Briefen und Privatgesprächen entnommen ist, eingehend bei der Lage der Jugendbewegung in den verschiedenen Ländern verweilen.

Den größten Einfluß besaßen auf dem Berliner Kongreß Rußland und Deutschland. Nicht allein deshalb, weil der Kongreß hauptsächlich von ihnen vorbereitet wurde, sondern auch weil die Jugendorganisationen in diesen beiden Ländern im Zusammenhang mit ihrer ausgeprägt revolutionären Bewegung am stärksten sind. Daher ist auch die Lage der russischen und deutschen Jugendbewegung von größtem Interesse für uns.

2. Der Kommunistische Jugendverband Rußlands besteht erst seit anderthalb Jahren als gesamtrussische Organisation. Bis zum ersten Kongreß im Oktober 1916, auf dem 175 Delegierte 22 000 organisierte Mitglieder vertraten, war die Bewegung zerstreut und unorganisiert. Die stärksten Organisationen bestanden in Petersburg und Moskau (bereits seit dem

Sommer 1917). Zur Zeit des zweiten Gesamtrussischen Kongresses des Jugendverbandes (Oktober 1919) zählte die Organisation bereits 95 000 Mitglieder. Gegenwärtig aber beträgt die Mitgliederzahl etwa 250 000 Personen, die in 3129 Organisationen zusammengeschlossen sind. Diese rasche Entwicklung der russischen Jugendbewegung findet ihre Erklärung begrifflicherweise in den günstigen Bedingungen der proletarischen Diktatur.

Im allgemeinen stellt der Kommunistische Jugendverband Rußlands sich die gleichen Aufgaben wie die westeuropäischen Organisationen, seine Arbeit aber schlägt eine andere Richtung ein. Bislang war seine Hauptaufmerksamkeit auf den Bürgerkrieg gerichtet. Seine besten Kräfte sandte er als rote Offiziere, Agitatoren, freiwillige Soldaten und Sanitäre an die Front. Seine gesamte Propaganda in Wort und Schrift war der Losung untergeordnet: „Alles für den Sieg über die Gegenrevolution“. Nun, da Sowjetrußland zum friedlichen Aufbau der sozialistischen Produktion übergeht, wird die Vorbereitung von einsichtigen, praktischen Kräften zur Wiederaufrichtung der Volkswirtschaft und zur Bekämpfung des wirtschaftlichen Verfalls zur Hauptaufgabe des Verbandes. Zugleich aber verstärkt der Verband in der einsetzenden ruhigeren Zeit seine Tätigkeit in bezug auf den Ausbau der sozialistischen Schule und der Umgestaltung der Arbeit der Minderjährigen. Es ist für die Jugendbewegung in Rußland bezeichnend, daß außer den kommunistischen keinerlei Jugendorganisationen bestehen.

3. Bedeutend schwieriger ist die Arbeit, die der „Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands“ zufällt. Diese Organisation wurde im Januar 1916 auf einer Konferenz von Oppositionsgruppen der alten sozialdemokratischen „Arbeiterjugend“ in Jena gegründet. Sie erklärte dem Sozialpatriotismus und dem Schwanken des „Zentrums“ den Krieg. Als Grundprinzip des Organisationsaufbaus stellte sie die Losung auf: „Erst Klarheit, dann Mehrheit“. Der Taufvater des neuen Verbandes war Karl Liebknecht. Sein revolutionärer Enthusiasmus und sein geistiger Einfluß treten im ganzen Vorgehen der „Freien sozialistischen Jugend“ zutage. Während des Krieges kämpfte sie unter seiner Leitung gegen den Imperialismus und Militarismus, obgleich sie infolge der Repressalien des Kaiserregimes nur illegal arbeiten konnte. Sie bereitete eine große Anzahl zukünftiger Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands vor. In unausgesetztem, harten Kampfe gegen die religiösen und bürgerlichen Jugendvereine und auch gegen die Scheidemannsche „Arbeiterjugend“ dehnte sie ihren Einfluß über die breitesten Massen der proletarischen Jugend aus.

Bis zum Oktober 1918 gab es in Berlin und einigen anderen Zentren besondere Jugendgruppen, die sich den Unabhängigen angeschlossen hatten. Im Oktober 1918 aber erfolgte nach beiderseitigen Zugeständnissen auf der gesamtdeutschen Konferenz in Berlin eine Verschmelzung der beiden Organisationen, wobei die Unabhängigen in dem Verbands der „Freien Sozial-

listischen Jugend“ einen starken, wenn auch nicht überwiegenden Einfluß behielten. Zu gleicher Zeit war die „Freie Sozialistische Jugend“ bis zur Ausscheidung der „Spartakusgruppe“ aus der Partei der Unabhängigen mit der letzteren organisatorisch verknüpft.

Die Novemberrevolution, an der die Arbeiterjugend wärmsten Anteil nahm, eröffnete der „Freien Sozialistischen Jugend“ die weitesten Aussichten. Tausende von erprobten, treuen Genossen kehrten von der Front und aus den Gefängnissen zurück. Legale Arbeit wurde möglich. Die revolutionäre Begeisterung, welche die Arbeiterklasse ergriff, führte der Organisation neue Massen jugendlicher Proletarier zu. Der Zentralausschuß „Die Junge Garde“ herauszugeben.

Mit der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1918 entstand für die deutsche Jugendorganisation die Frage, wie sie sich zu den sozialistischen Parteien zu stellen habe. Auf ihrer Reichskonferenz im Februar 1919 erkannte die „Freie Sozialistische Jugend“ die Kommunistische Partei Deutschlands als die einzige wahrhaft revolutionäre an. Auf der Konferenz in Weimar im Oktober 1919 schloß sie sich endgültig dem Programm des „Spartakusbundes“ an. Zu gleicher Zeit lösten sich im Prozeß der alltäglichen Arbeit die letzten Beziehungen zur Unabhängigen Partei. Von größter praktischer Bedeutung waren für unsere Organisationen bei diesen Beziehungen die von den Unabhängigen geleisteten finanziellen Unterstützungen. Die „Freie Sozialistische Jugend“ wurde in voller Uebereinstimmung mit ihrer gesamten vorausgegangenen Tätigkeit zur kommunistischen Organisation, ohne dabei ihre Unabhängigkeit in bezug auf Politik und Organisation einzubüßen.

Dieser Umstand veranlaßte die wenigen unabhängigen Elemente, die noch in der Organisation verblieben waren, aus der „Freien Sozialistischen Jugend“ auszutreten. Der Bruch erfolgte auf der letzten Konferenz in Weimar, als sich 30 Personen aus der Zahl mehrerer hundert Delegierter lösten. Diese Gruppen, die sich von der Organisation getrennt hatten, bildeten unter der Fahne der „sozialistischen Parteilosigkeit“ einen neuen Verband der „Proletarischen Jugend“, der tatsächlich von den Unabhängigen am Gängelband geführt wird. Angesichts der revolutionären Stimmung, die unter der proletarischen Jugend Deutschlands herrscht, und dem starken Zug nach links in der Unabhängigen Partei, können wir der neuen Organisation ein baldiges Ende voraussagen.

Die Reaktion in Deutschland, geführt von dem Sozialdemokraten Noske, hat die Zentralorgane der „Freien Sozialistischen Jugend“ wiederum in die Illegalität getrieben. Auch viele lokale Organisationen des Verbandes sind zu halblegaler Existenz gezwungen. Doch ungeachtet der neuen Hindernisse nimmt der Verband der „Freien Sozialistischen Jugend“ an Kraft immer mehr zu. Er besitzt einen starken Organisationsapparat, der

sämtliche Gebiete Deutschlands umspannt. Sein Zentralorgan „Die Junge Garde“ (das seit September 1919 illegal erscheint) wird in 40 000 Exemplaren herausgegeben. Die „Freie Sozialistische Jugend“ gründet Abteilungen in den Fabriken und Werken, organisiert die Schuljugend und beginnt auf dem ilachen Lande zu arbeiten. Immer stärker wird das Band, das sie mit der Kommunistischen Partei verknüpft.

4. In Deutsch-Oesterreich liegen die Dinge etwas schlimmer. Der von Danneberg geführte alte „Verband Jugendlicher Arbeiter“ nahm während der ganzen Dauer des Krieges den Standpunkt des sozialistischen Zentrums ein. Während er einerseits in bezug auf die Verteidigung des teuren Vaterlandes loyal seine Pflicht tat, „trauerte“ er andererseits über die „fürchterlichen Leiden, die über das Volk hereingebrochen waren“. Diese heuchlerische Stellung schwächte die Kraft der Opposition. Aber die letztere verschaffte sich dennoch Geltung und gewann soweit festen Fuß, daß die Sozialdemokraten sich 1917 genötigt sahen, sie aus dem Verband auszuschließen. Zahlenmäßig schwach, arbeitete diese Opposition bis Oktober 1918 illegal an der Vorbereitung des Bodens für die Kommunistische Partei und den Kommunistischen Jugendverband. Erst nach dem Sturz der Habsburgmonarchie konnte der „Kommunistische Verband der proletarischen Jugend Deutsch-Oesterreichs“ gegründet werden. Sein erster Kongreß wurde im August 1919 abgehalten. Die Schwäche des Verbandes erklärt sich nicht nur aus der Jugend der Bewegung selbst, sondern hauptsächlich dadurch, daß der Verband seit den ersten Tagen seiner Tätigkeit seine besten Kräfte der im Ausbau befindlichen Kommunistischen Partei zur Verfügung stellte. Auch kann der Verband infolge der allgemeinen Bedingungen seiner Tätigkeit der Arbeiterjugend keine so vorzüglichen Bildungsmöglichkeiten bieten wie der sozialdemokratische Verband.

Seit dem I. Kongreß des Kommunistischen Verbandes Oesterreichs macht sich in seiner Tätigkeit ein bestimmter Umschwung bemerkbar. Seine Organisationen in der Provinz wachsen zusehends. Die Zahl seiner Mitglieder vergrößert sich (zum November betrug sie etwa tausend). Das vierzehntägig erscheinende Organ des Verbandes „Die Kommunistische Jugend“ verbessert unablässig seinen Inhalt und vergrößert seinen Absatz. Zum 7. November, 7. September (dem internationalen Jugendtag) und 15. Januar (dem Tage Liebknichts) erschienen Sonderausgaben in 4—5000 Exemplaren. Vor kurzem nahm der Verband an dem Streik der Handwerkerlehrlinge teil, sein Vorsitzender, Gen. Richard Schüller, wurde deswegen verhaftet. Im Vergleich mit dem deutschen Verband hat die österreichische Jugend den Vorzug, völlig legal arbeiten zu können, was aber natürlich Verhaftungen und Erschießungen von demonstrierenden Arbeitern nicht ausschließt. Leider ist die österreichische Jugend im Gegensatz zur tschechischen stark von „putschistischen“ Stimmungen angesteckt. Dieser

Umstand führte zu Zwistigkeiten zwischen dem Jugendverband und der Kommunistischen Partei, die diese „Kinderkrankheit“ nun glücklich überwunden hat. Es ist zu hoffen, daß der österreichische Jugendverband es den kommunistischen Organisationen Mitteleuropas nachtun und seiner Taktik eine geradere Richtung geben wird. Die Revolutionierung des österreichischen Proletariats, die durch die unablässig, katastrophenhait zunehmende Zerrüttung beschleunigt wird, die Spaltung, die im sozialdemokratischen Verband zu erwarten ist, die Besserung der Tätigkeit des Kommunistischen Jugendverbandes, die Unterstützung seitens der Jugend-Internationale leisten Gewähr dafür, daß unsere Bewegung in Oesterreich schon in nächster Zukunft zu rascher Entfaltung gelangen wird.

Nächst Deutschland und Rußland ist die kommunistische Jugendbewegung besonders stark in Italien und in Schweden entwickelt.

5. Die italienische Organisation der sozialistischen Jugend ist ohne jeden Bruch einmütig in das kommunistische Lager übergegangen. Dank dem Umstand, daß es hier keine großen Meinungsverschiedenheiten und auch keinen Kampf mit den Erwachsenen gab (in den anderen Ländern wurde der Kampf hauptsächlich durch die Zwistigkeiten zwischen dem revolutionären Verband und der opportunistischen Partei hervorgerufen), konnte die italienische Organisation sich während des Weltkrieges erhalten und nach Abschluß des Krieges, in der Epoche der Weltrevolution eine ungewöhnlich starke Tätigkeit entwickeln. Zweifellos tragen die revolutionäre Stimmung des italienischen Proletariats und das Elend der Bauernschaft und der Intellektuellen erheblich dazu bei. Während des Krieges stand der italienische Jugendverband ebenso wie die Partei auf streng internationaler Grundlage. Mehr als einmal mußte er hierfür grausame Repressalien seitens der italienischen Regierung erdulden. Die Ausweisung des Genossen Schweide, der Märtyrertod Marinozzis und hunderte anderer Beispiele der „Zivillicherheit“ der italienischen Regierung liefern den klaren Beweis von dem Heldenmut unserer italienischen Genossen.

Die russische Revolution rief unter der italienischen Jugend große Begeisterung hervor. Als die Delegierten Kerenskis Italien bereisten, organisierte die Jugend eine Obstruktion und empfing die Delegierten in Versammlungen mit dem Ausruf „Es lebe Lenin!“ Die Idee der Sowjetmacht und der III. Internationale wurde zum Schwerpunkt der Agitation des italienischen Jugendverbandes. Nach Abschluß des Krieges begann die Organisation rasch zu wachsen. Zum November 1919 zählte sie bereits etwa 30 000 Mitglieder; ihre Wochenschrift „Avantguardia“ erschien in 25 000 Exemplaren. Den letzten Nachrichten zufolge ist die Mitgliedschaft des italienischen Verbandes jetzt bis auf 40 000 gestiegen. Die Organisation begann sich schnell über alle Winkel Italiens zu verbreiten. In den einzelnen Provinzen wurden örtliche Kongresse abgehalten.

Eine weitgehende Tätigkeit entfaltet der italienische Verband auch

im Heer, wo er geheime Soldatenräte gründet. Innerhalb des Verbandes geht eine Vorbereitung zum Ausbau der Roten Garde vor sich.

Der italienische Verband beteiligte sich stets tatkräftig an der Herstellung fester internationaler Bande unter der Jugend aller Länder (z. B. Beteiligung an der Einberufung der Berner Konferenz im Jahre 1915; Heranziehung der spanischen und griechischen Jugend in die Jugendinternationale usw.).

Gegenwärtig ist der italienische Verband bestrebt, die im Lauf des letzten Jahres aufgenommene Masse neuer Mitglieder zu assimilieren.

6. Ebenso erfolgreich wie im heißen Italien entfaltet die Jugendbewegung sich auch im kalten Schweden. In diesem Lande hat der sozialdemokratische Jugendverband sich bedingungslos auf den Boden der Kommunistischen Internationale gestellt (offiziell geschah es im Juni 1919). Während des Krieges war der Verband die einzige revolutionär-sozialistische Organisation in Schweden, die gegen den Opportunismus der Brantingschen Sozialdemokratie ankämpfte. Wenngleich der schwedische Verband auch manchen Fehltritt beging (wie in bezug auf die Abrüstungsfrage usw.), so hat er doch bis zum heutigen Tage die ruhmreichen Überlieferungen des antimilitaristischen Kampfes hochgehalten. 1914—18 trug er dazu bei, einen Krieg zwischen Schweden und Norwegen zu verhindern; mit Erfolg hinderte er die Tätigkeit der schwedischen Aktivisten. In der ersten Periode seiner Entwicklung hatte der Verband einen harten Kampf mit den „Jungsozialisten“ (Anarchosyndikalisten) durchzumachen, die sich vom Verband losgelöst hatten. Jetzt aber stellen die Jungsozialisten ein elendes Häuflein dar. Während des Krieges und auch jetzt liegt der Schwerpunkt der Arbeit des Verbandes im Kampf mit den Sozialpatrioten. Aus diesem Kampf wuchs die junge schwedische linkssozialistische Partei hervor. Ihre Führer mit unserem ruhmreichen Genossen Höglund an der Spitze sind Zöglinge des Jugendverbandes, der jetzt die Hauptstütze der Partei bildet. Der Verband weist nicht die geringsten Spuren des humanistischen Zentrums (Lindhagen u. a.) auf, das leider noch immer einen, wenn auch nicht großen, Einfluß in der neuen Partei besitzt.

Die Mitgliederzahl des schwedischen Verbandes ist von 18 717 im Jahre 1917 auf 30 000 im Jahre 1920 gestiegen. Sein ganz vorzügliches Organ „Stormklockan“ erscheint allwöchentlich in 25 000 Exemplaren. Der Verband, der gemeinsam mit der linkssozialistischen Partei eine eigene Druckerei, genannt „Vorwärts“, besitzt, entwickelt eine eifrige Verlagstätigkeit und schickt Hunderttausende Bücher, Broschüren, Aufrufe, Flugblätter und Plakate in die Welt, wobei er der allseitigen Beleuchtung des Lebens in Sowjetrußland besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Die mündliche Agitation des Verbandes ist musterhaft organisiert. Seine roten Kraftwagen, roten Boote, die periodischen Agitationsreisen der hervorragendsten Führer der schwedischen kommunistischen Bewegung — das

alles kann den Jugendorganisationen aller Länder als Vorbild dienen. Besondere Aufmerksamkeit schenkt der schwedische Verband der Arbeit im Heer, denn er hat seiner antimilitaristischen Taktik schon längst die richtige Wendung gegeben.

Der schwedische Verband nahm überaus warmen Anteil an der Gründung der Kommunistischen Jugendinternationale. Er besitzt einen riesigen (und durchaus heilsamen) Einfluß auf die Jugendbewegung Dänemarks und Norwegens und auch auf die skandinavische Vereinigung der Jugendverbände.

7. In Norwegen führt die Jugendbewegung seit 1907 einen Kampf gegen die opportunistischen Elemente der Arbeiterpartei. Dieser Kampf spitzte sich nach der Oktoberrevolution besonders stark zu und führte im Frühjahr 1918 zum Übergang der gesamten Norwegischen Sozialistischen Partei in das Lager der Kommunistischen Internationale. In gleicher Weise arbeitet der norwegische Verband durch seine besonderen, nach Industriezweigen organisierten Klubs auch in den Gewerkschaften. Der auf Agitation in der bürgerlichen Partei fußende antimilitaristische Kampf wird mit besonderer Energie geführt. Konferenzen revolutionärer Soldaten werden einberufen; die letzte derartige Konferenz fand Anfang Februar 1920 statt. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist bereits bis auf 12 000 gestiegen. Der Verband besitzt 70 Abteilungen, die in 20 Bezirken konzentriert sind. Das Wochenblatt des Verbandes, „Der Klassenkampf“, erscheint in 8 000 Exemplaren in einem Umfang von acht großen Seiten. Die Agitationstätigkeit des Verbandes, insbesondere seine Verteidigung Sowjetrußlands und der Kommunistischen Jugendinternationale verläuft mit gutem Erfolg.

8. Die Jugendbewegung in Dänemark ist schwächer entwickelt. Infolge der allgemeinen Sachlage im Lande, entfaltete der sozialdemokratische Jugendverband sich bedeutend langsamer in kommunistischer Richtung. Erst im Oktober 1919 löste sich eine starke linksstehende Gruppe von der alten Sozialdemokratie los und gründete gemeinsam mit den früher organisierten revolutionär-sozialistischen Parteien eine neue linkssozialistische Partei, die zur Kommunistischen Internationale gehört. Zur selben Zeit trat auch der sozialdemokratische Jugendverband aus der alten Partei aus. Innere Streitigkeiten zwischen der sozialpatriotischen Minderheit und der revolutionären Mehrheit behinderten die Organisationsarbeit des Verbandes erheblich. Im Februar 1920 verließen die Sozialpatrioten den Verband. Dank diesem Umstand wird es dem Verband nun zweifellos leichter sein, die breiten Massen der Jugend zu organisieren, obgleich er seine besten Kräfte (die Genossen Christiansen, Helberg, Erwig und andere) jetzt der neuen Partei abtreten muß. Der sozialdemokratische Verband Dänemarks zählt heute etwa 10 000 Mitglieder; er gibt ein Organ, den „Vorwärts“ heraus, der halbmonatlich erscheint.

9. In durchaus unvollendetem Entwicklungsstadium befindet sich die

Jugendbewegung in Frankreich. Die sozialistische Jugendorganisation war durch den Krieg arg geschwächt worden. Ihr Nationalausschuß vertrat den Standpunkt der „Vaterlandsverteidigung“. Aber die Opposition im Verband selbst wuchs rasch, besonders im Seinedepartement. Je mehr die revolutionären Ereignisse in Europa sich entwickelten, desto mehr rückte auch die Jugendorganisation nach links. Gegenwärtig wird das Nationalkomitee von den „linken“ Longuetisten beherrscht. Die Organisationen des Verbandes im Departement Seine, Marseille u. a. haben sich bereits zugunsten der III. Internationale ausgesprochen. Der Streit zwischen der geringfügigen Mehrheit der Longuetisten und der bedeutenden kommunistischen Minderheit dreht sich um die Organisationsfrage: „Für oder wider die Autonomie der Jugend?“, d. h. gegen die Befreiung der proletarischen Jugend von der Vormundschaft des Zentrums und für ihren Zusammenschluß unter dem Banner des Kommunismus. Wir können mit Sicherheit voraussagen, daß die jetzige Minderheit sich schon in nächster Zukunft in eine Mehrheit verwandeln wird.

Andererseits hat auch die syndikalistische Jugendorganisation, die sich während des Krieges ebenfalls wenig bemerkbar machte, auf ihrem Kongreß im September 1919 beschlossen, der Dritten Internationale beizutreten. Aber diese Organisation weist noch viel syndikalistische Konfusion auf, wie z. B. die Anerkennung des Neomalthusianismus als eines „revolutionären Mittels“.

Gegenwärtig neigen beide Organisationen zu einer Vereinigung unter kommunistischem Banner. Die Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale unterstützt diese Tendenz. Nach der Pariser „Humanité“ zu urteilen, veranstalten die beiden Organisationen schon jetzt gemeinsame Versammlungen.

Auf dem Berliner Kongreß war Frankreich ausschließlich aus technischen Gründen nicht vertreten. Die sozialistische Jugendorganisation ließ dem Kongreß einen eingehenden Bericht zugehen, aus welchem unter anderem ersichtlich ist, daß die französischen Genossen die Beschlüsse der internationalen Kongresse für sich als bindend erachten.

10. Gleichfalls aus technischen Gründen konnte der Delegierte der amerikanischen „Sozialistischen Jugendliga“, der bereits bis Stockholm gekommen war, sich nicht zum Kongreß einstellen. Diese kleine amerikanische Organisation blieb auch während des Krieges der Internationale treu. Ihr Vorsitzender, Gen. William Cruze, wurde von dem Chicagoer Gericht zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Nachdem er das Gefängnis verlassen hatte, stellte er sich in die Zentrumsgruppe der alten sozialistischen Partei. Daher kam es alsbald zwischen ihm und der immer mehr revolutionär werdenden Organisation zu einem Zusammenstoß. Die sozialistische Jugendliga wählte darauf den auf revolutionärem Boden stehenden Gen. Oliver Carlson zu ihrem Vorsitzenden, während die Partei



Cruze für diesen Posten aufstellte. Cruze behielt das Presseorgan der Jugend in seinen Händen.

Die grundlegende Streitfrage in der Partei war die Stellungnahme zu der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei. Der im Dezember 1919 einberufene Kongreß, der diese wichtige Frage lösen sollte, wurde von der amerikanischen Polizei gesprengt. Wir sind überzeugt, daß die amerikanische Jugendorganisation sich in nächster Zukunft der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Jugendinternationale anschließen wird. Die Beilegung der Streitigkeiten in der Liga selbst und die wachsende revolutionäre Stimmung unter dem Proletariat stellen eine rasche Entwicklung des amerikanischen Jugendverbandes in Aussicht, der jetzt bloß 6000 Mitglieder zählt.

11. In England entstand die Jugendorganisation erst Ende 1919. Bis dahin hatte es nur sozialistische Sonntagsschulen für Kinder reiferen Alters gegeben. Später wurde in Glasgow eine Jugendorganisation gegründet, die sich die marxistische Erziehung ihrer Mitglieder zur Aufgabe machte. Ihre Arbeit war eigentlich eine Fortsetzung der Tätigkeit der Sonntagsschulen. Der neue Verband, der ganz England umspannt, erinnert schon an die Jugendverbände des Festlandes. Zum Vorsitzenden der Organisation wurde Hodge gewählt, ein angesehenen Führer der Grubenarbeiter, der sich besonders im Kampf um die Nationalisierung der Bergwerke hervorgetan hat. Leider haben wir das politische Credo der neuen Organisation bis jetzt noch nicht feststellen können.

12. In Ungarn hat die Gegenrevolution den Jugendverband völlig zertrümmert. Zahlreiche Mitglieder des Verbandes sind erschossen worden oder schmachten in Gefängnissen. Nur ein kleiner Teil konnte nach Oesterreich auswandern, von wo aus die ungarische Jugend ihre Tätigkeit vermittleils kleiner illegaler Gruppen jugendlicher Kommunisten unter unsagbar schwierigen Bedingungen allmählich wieder aufnimmt. Bis zum Sturz der Räterepublik zählte der Verband etwa 120 000 Mitglieder und nahm warmen Anteil an der Verteidigung der Republik und dem Räteausbau. Besondere Aufmerksamkeit widmete er der Umgestaltung der Arbeit der Minderjährigen und der Schulerziehung.

13. Die kleine sozialistische Jugendorganisation der Schweiz führte während des Krieges insbesondere in der Frage der „Vaterlandsverteidigung“ einen revolutionär-sozialistischen Kampf gegen den Opportunismus und das Zentrum. Nach der Zerstörung der Züricher Abteilung und des Zentralausschusses des Verbandes im November 1917, der die Sistierung des Blattes „Die freie Jugend“ und die Ausweisung des Gen. Münzenberg folgten, war die schweizerische Organisation recht schwach. Hierzu trugen auch die Streitigkeiten in dem Verband selbst bei, die im Zusammenhang mit der Gründung der ultrarevolutionären „Kommunistischen Partei“ und der unentschlossenen Taktik der linksstehenden sozialdemokratischen

Gruppe entstanden. Diese Streitigkeiten lenkten den Verband von seinen unmittelbaren Aufgaben ab, d. h. von der Organisation und kommunistischen Erziehung der breiten Massen der proletarischen Jugend. Gegenwärtig bessert sich die Lage im schweizerischen Jugendverband. In Basel erscheint das Blatt „Die neue Jugend“. Die Haupttätigkeit wird nun auf das Gebiet der Organisation übertragen. Der Kampf zwischen dem Verband, der seinem Wesen nach kommunistisch ist, und der sozialdemokratischen Partei hat sich wiederum zugespitzt. Der Zentralaussschuß der Partei hat erklärt, er werde den Verband nur unter der Bedingung unterstützen, daß er seine politische Tätigkeit aufgebe und sich anstandslos der Partei unterordne. Natürlich hat die Jugend diese Forderungen auf das entschiedenste zurückgewiesen.

14. Die belgischen „Jugendgarden“, die auf die langjährige Tradition eines revolutionären antimilitaristischen Kampfes zurückblicken und während der deutschen Okkupation eine illegale internationalistische Tätigkeit ausübten, stehen jetzt auf dem Boden des Kommunismus. Ihre in Brüssel erscheinende Zeitschrift „Sozialisme“ steht auf dem Boden der kommunistischen Internationale. Die „Jugendgarden“ boykottierten die letzten Parlamentswahlen; die sozialistische Partei schickt sich an, sie hierfür aus ihren Reihen auszuschließen.

15. In Holland besteht außer dem von der opportunistischen Partei eingesetzten Jugendkomitee (das nach dem Vorbild der deutschen „Arbeiterjugend“ organisiert ist) schon seit langem eine revolutionäre Organisation, die sich „Zaer“ nennt, Hand in Hand mit der kommunistischen Partei Hollands arbeitet und die Zeitschrift „Der junge Sozialist“ herausgibt. Während des Krieges entstand eine revolutionär-syndikalistische Organisation der intellektuellen Jugend, die sich aller Wahrscheinlichkeit nach in Bälde mit dem „Zaer“ vereinigen wird. Wir halten es für unsere Pflicht, an dieser Stelle des Ablebens des angesehenen Führers der holländischen revolutionären Jugend, des Gen. Van-Amstel, zu gedenken. Sein Tod verhinderte die holländische Organisation an der Beschickung des Berliner Kongresses.

16. Die Jugendorganisation Spaniens (5 000 Personen) ging Ende 1919 in vollem Bestande zur Position der kommunistischen Internationale über. Die Madrider Organisation, die gegen 1500 Mitglieder zählt, arbeitete schon früher in dieser Richtung.

17. In Portugal gibt es vorläufig nur eine syndikalistische Jugendorganisation, über die uns keine genauen Angaben vorliegen.

18. Unter den Balkanorganisationen steht der sozialistische Verband Rumäniens, der 6000 Mitglieder aufweist und das zweimal im Monat (in 4000 Exemplaren) erscheinende Blatt „Der jugendliche Sozialist“ herausgibt, an erster Stelle. Bis jetzt arbeitet der Verband mit der rumänischen sozialistischen Partei, die er nach links zu ziehen bestrebt ist. Die

Frage der Stellungnahme zur Kommunistischen Internationale hat die Jugend Rumäniens noch nicht gelöst, obgleich es keinem Zweifel unterliegt, daß der linke Flügel das Übergewicht besitzt. Der bulgarische kommunistische Jugendverband entwickelt, nach seinem Organ „Mladenska Prawda“ zu urteilen, eine weitgehende Tätigkeit. In Serbien wurde die sozialistische Jugendbewegung durch den Krieg zerstört. Gegenwärtig wird dort ein kommunistischer Verband organisiert, der bereits 2000 Mitglieder geworben hat. Über die griechischen Jugendgruppen in Athen und Saloniki, die während des Krieges internationalistische Propaganda trieben, haben wir fast gar keine Nachrichten.

19. Die tschechische Organisation beschloß vor kurzem, der Kommunistischen Internationale beizutreten. Sie unterstützt den linken Flügel der Partei in seinem Kampf gegen die Opportunisten und das Zentrum. Die Organisation gibt ein Blatt, genannt „Der junge Sozialist“, heraus.

20. In Polen besitzt die kommunistische Jugendorganisation trotz polizeilicher Verfolgungen ihre Klubs in Warschau, Lodz, Dombrowo und anderen Industriezentren des Landes.

### III.

1. Die Tagesordnung des Berliner Kongresses wurde bereits im letzten Heft der „Kommunistischen Internationale“ angeführt.

Nach der Begrüßung und den Berichten der Delegierten der verschiedenen Länder folgte der Bericht des Vertreters der III. Internationale über die politische Lage.

Die Leitsätze des Berichts, welche die Beschlüsse des I. Kongresses der Kommunistischen Internationale in gemeinverständlicher Form darlegten, riefen keine besonderen Debatten hervor. In bezug auf die grundlegenden Fragen aber (die proletarische Diktatur, die Sowjetmacht, den roten Terror, den Kampf gegen das Zentrum usw.) war der Kongreß sich ganz einig. Die Anerkennung aller Beschlüsse des ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale durch die Jugendinternationale wurde einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, den ersten Punkt des Programms der Kommunistischen Jugendinternationale als Resolution zum Bericht über die politische Lage anzusehen.

Die Erörterung des Programms, dessen Entwurf das Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands ausgearbeitet hatte, bildete den Mittelpunkt der Kongreßtätigkeit und rief die lebhaftesten Debatten hervor.

In der Frage des Parlamentarismus sprach der Kongreß sich einstimmig dafür aus, daß der Parlamentarismus zu revolutionären Zwecken ausgenutzt werde; die Beteiligung an den Wahlen müsse jedesmal von den

Nationalorganisationen beschlossen werden, jenachdem die zeitlichen und örtlichen Bedingungen es erforderten. So habe die schweizerische Jugendorganisation ganz recht gehabt, als sie sich weigerte, die sozialdemokratische Wählerliste zu unterstützen, in der Sozialisten vor Greulich bis zu — Platten figurierten. Auch die belgische „Junge Garde“ habe richtig gehandelt, als sie die Wahlen boykottierte, weil es keine kommunistischen Kandidaten gab.

Die Hauptaufgabe der Jugendverbände besteht jetzt im politischen Kampf und in der Vorbereitung von Hunderttausenden junger proletarischer Kämpfer, während des Kampfes. Der alte Streit zwischen den sozialpatriotischen und kautskyanischen Jugendorganisationen (oder den Organisationen der Greise mit langem Bart, aber „jugendlicher Seele“) einerseits und den kommunistischen Verbänden andererseits, ist nun zu Ende. „Die Jugend soll sich nicht mit Politik befassen. Das ist Sache der Erwachsenen. Die Jugendverbände haben ausschließlich theoretisch-erzieherische Aufgaben. Sie dürfen sich keineswegs in parteipolitische Streitfragen einmischen“ — das ist die Ideologie der Sozialpatrioten und der Zentrums männer, welche die Jugend bevormunden wollten. Die Losung der jugendlichen Kommunisten aber lautet: „Die Jugend ist der revolutionärste Teil des Proletariats, die Vorhut im Kampf für den Kommunismus. Der Kampf selbst ist die beste, unersetzbare Methode ihrer kommunistischen Erziehung.“

2. Eng verknüpft mit der Frage des politischen Kampfes der Jugendverbände ist die Frage ihrer kulturellen und aufklärenden Tätigkeit.

Einige Genossen widersetzten sich auf das bestimmteste der Ausdehnung der aufklärenden Tätigkeit unserer Organisationen in der Richtung der „nichtsozialen“ Wissenschaften und Künste. Sie betrachten diese Arbeit jetzt als Luxus.

Die österreichischen und rumänischen Genossen behaupteten, es sei eine unzulässige Verschwendung von Zeit, Kraft und Mitteln, da diese doch auf das eine konzentriert werden müßten: auf den Sturz des Kapitalismus.

Der Kongreß stellte sich aber auf einen anderen Standpunkt. Unmittelbar nach dem Sturz des Kapitalismus folge eine Epoche der proletarischen Diktatur und des sozialistischen Aufbaus, in welcher gebildete Mitarbeiter unbedingt notwendig seien. Um dem Kommunismus zum vollen Sieg zu verhelfen, müsse die Arbeiterklasse sich jede Art von Wissen aneignen und es vom allgemeinen Gesichtswinkel der marxistischen Lehre aus verarbeiten. Zudem machte sich unter der Jugend ein starkes Streben nach Wissen bemerkbar. Geben wir ihr dieses Wissen nicht, so wird sie es in den bürgerlichen und sozialpatriotischen Organisationen suchen. Natürlich sei es lächerlich, von kulturell-aufklärender Arbeit zu sprechen, wenn in den Straßen ein Barrikadenkampf vor sich gehe. Jedoch in den

Zwischenpausen zwischen den Kämpfen gäbe es Zeiten, die man ausnutzen müsse, um das Klassenbewußtsein der jugendlichen Streiter zu vertiefen.

3. Der gleiche Streit über „Luxus“ entstand auch bei Erörterung der Rolle der körperlichen Erziehung in den Jugendverbänden. Hier wurde außerdem auf die Gefahr hingewiesen, daß unsere Organisationen in Sportvereine ausarten könnten. Der Kongreß aber stellte sich in dieser Frage auf den Standpunkt, daß es notwendig sei, das Element der körperlichen Erziehung in die Jugendverbände hineinzubringen. Erstens deshalb, weil sie bestrebt sind, durch und durch harmonisch gestaltete, nicht nur geistig, sondern auch körperlich starke Menschen zu erziehen. Zweitens, weil der körperliche Zustand der Mitglieder unserer Organisationen unter den überaus schweren Bedingungen der Tätigkeit in den bürgerlichen Ländern (Gefängnisse, Folter, illegale Existenz) für die gesamte Bewegung von ausschlaggebender praktischer Bedeutung ist. Drittens, weil die Jugend einen starken Hang zum Sport zeigt und die Bourgeoisie durch geschickte Ausnutzung dieses Umstandes die Jugend durch den Sport zu national-chauvinistischer Ideologie führt (die Boy-Scouts). Ferner kann der Sport uns als Mittel dienen, um die breiten Massen der Jugend für unsere Reihen und folglich auch für ernste politische Arbeit zu gewinnen.

Fast ganz ohne Debatte wurde der Punkt über den wirtschaftlichen Kampf der Jugendverbände angenommen, d. h. über die Tätigkeit zum Schutz der Arbeit der Minderjährigen vor kapitalistischer Ausbeutung und die Umgestaltung dieser Arbeit auf sozialistischer Grundlage nach dem Sturz des Kapitalismus.

4. Der Beschluß, der hinsichtlich einer der wichtigsten Fragen der Jugendbewegung, der Frage des Militarismus und seiner Bekämpfung, gefaßt wurde, zeigt, wie stark die Jugendbewegung in den letzten Jahren geistig gewachsen ist. Noch auf der Berner Konferenz im Jahre 1915 wurde die Losung der „allgemeinen Abrüstung“ angenommen, die besonders bei Kautsky, Wilson und leider — bei den skandinavischen Jugendorganisationen hoch in Ehren stand. Der Berliner Kongreß hat diese Losung des liberalen Pazifismus nunmehr endgültig verworfen. Die Erfahrung des Versailler Friedens sowie der russischen, ungarischen und deutschen Revolutionen hat klar gezeigt, daß die Bourgeoisie für künftige imperialistische Kriege und zur Unterdrückung des sich erhebenden Proletariats Waffen braucht, und daß es deshalb die reinste Utopie ist, auf die Vernichtung der Waffenmacht zu rechnen, ohne den bürgerlichen Staat aus der Welt zu schaffen. Es ist daher Aufgabe des Proletariats, auf einen bewaffneten Aufstand und die proletarische Diktatur hinzuwirken, d. h. rote Garden und rote Armeen vorzubereiten. Der sogenannte prinzipielle Antimilitarismus fand auch keinen einzigen Wortführer auf dem Berliner Kongreß.

Über die Stellungnahme der kommunistischen Jugend zu den Sozial-

patrioten und dem Zentrum sowie zu den Jugendorganisationen, die zu den letzteren hinneigen, kann kein Zweifel bestehen. Unerbittlich muß die Jugend gegen sie ankämpfen, ihren Verrat ans Tageslicht ziehen, ihre schönrednerischen Worte darüber, daß ihr eine selbständige Rolle im Aufbau der Weltkultur gehöre usw., aufdecken, Worte, hinter welchen sie ihren niederträchtigen Verrat an der proletarischen Revolution zu verbergen suchen.

5. Bedeutend schwieriger ist die Frage der Stellungnahme des kommunistischen Jugendverbandes zur Kommunistischen Internationale und zu den einzelnen kommunistischen Parteien. Über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit dieser beiden Organisationen, ihrer engsten Verknüpfung kann kein Zweifel bestehen. Strittig aber ist die Frage ihrer Beziehungen hinsichtlich der Organisation, die Frage einer gewissen „Arbeitseinteilung“ zwischen ihnen, die unbedingt erforderlich ist. In dieser Hinsicht stellte der Kongreß zwei führende Grundsätze auf: 1. Die Jugendorganisationen sind keine politischen Parteien, sie nehmen das Programm der kommunistischen Parteien ihrer Länder an; 2. die Jugendorganisationen müssen selbständig sein. Jedoch schließt diese Selbständigkeit keineswegs eine Organisationsverbindung mit der Partei aus. Eine solche Verbindung ist notwendig, wie schon das Programm der Kommunistischen Jugendinternationale ausführt.

Der am meisten strittige Punkt des Programms war die Frage der gegenseitigen Organisationsbeziehungen der Jugendinternationale und der Kommunistischen Internationale der Erwachsenen. Die Minderheit des Kongresses vertrat die Ansicht, daß die Jugendinternationale in bezug auf die Kommunistische Internationale eine „gleichberechtigte, brüderliche Organisation“ sei. In ihren Ausführungen berief sie sich auf die revolutionäre Überlieferung der Selbständigkeit der Jugendbewegung und auf die größere Autorität und Tatkraft einer von den Erwachsenen völlig unabhängigen Vereinigung der proletarischen Jugend. Die Mehrheit des Kongresses, die in der Jugendinternationale „einen Teil der Kommunistischen Internationale“ sah, ging vom Grundsatz der gegenwärtigen kommunistischen Bewegung, dem Zentralismus, aus. Hierin besteht eben ein Hauptunterschied zwischen der III. und II. Internationale. Dieses Prinzip würde umgestoßen werden, wenn die Jugend, die Frauen, jede Gewerkschaft usw., die ihre internationalen Verbindungen besitzen, diese völlig unabhängig von der Kommunistischen Internationale ausbauen würden. Es versteht sich, daß die Einverleibung der Jugendinternationale in die Kommunistische Internationale, die die Anerkennung der politischen Führerschaft ihrer Kongresse und ihres Exekutivorgans bedeutet, die Jugendinternationale keineswegs ihrer Selbständigkeit in bezug auf Organisations-, Agitations- und Propagandaarbeit und hinsichtlich der freien Erörterung

der wichtigsten prinzipiellen und taktischen Fragen der Weltrevolution heraubt.

6. Bis vor kurzem bestanden in vielen Ländern einzelne sozialistische und kommunistische Studentenverbände und hier und da auch Verbände von Zöglingen der Mittelschulen. Einige unter ihnen, wie z. B. die Gruppe der Pariser Studenten, haben sich im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und durch ihre warme Unterstützung Sowjetrußlands hervorgetan. Der Kongreß mußte zu ihnen Stellung nehmen, umso mehr, da für Dezember ein internationaler Kongreß von Studentenorganisationen in Genf angesetzt war. In seinem Beschluß, der die Notwendigkeit besonderer Organisationen der lernenden Jugend hervorhebt, wurde der Kongreß von folgenden Grundsätzen geleitet: 1. der Abgrund, der die geistigen von den physischen Arbeitern trennt, muß überbrückt werden; 2. die Heranziehung der intellektuellen Kommunisten zur Arbeit unter der proletarischen Jugend ist durchaus wünschenswert; 3. das Monopol, die Schulfrage zu erörtern, das die jugendlichen Intellektuellen für sich in Anspruch nehmen, muß als schädlich aufgehoben und die breiten Massen der Arbeiterjugend müssen hierzu herangezogen werden.

Die Lösung der Frage über die Leitung besonderer Gruppen der Intellektuellen im Rahmen der allgemeinen Jugendorganisationen überließ der Kongreß den nationalen Verbänden, die dieses Problem je nach den Arbeitsbedingungen im einen oder anderen Lande entscheiden müssen.

Wir können mit Genugtuung feststellen, daß der internationale Kongreß der kommunistischen Studentenorganisationen (Genf, Dezember 1919) sich mit dem Gesichtspunkt unseres Kongresses einverstanden erklärt hat.

7. Die Statuten der Jugendinternationale riefen fast gar keine Debatten hervor. Der leitende Grundsatz der Statuten ist die Zentralisation der Jugendbewegung der Welt, die Übertragung großer Vollmacht und noch größerer Verpflichtungen auf das Exekutivorgan. Von Wichtigkeit ist der Beschluß, daß „in jedem Lande nur eine einzige Organisation Mitglied der Kommunistischen Jugendinternationale sein kann“. Dieses stellt die nicht zum Kongreß geladenen Mitglieder der österreichischen sozialdemokratischen und der deutschen unabhängigen Jugendorganisationen vor das Dilemma, sich entweder mit den kommunistischen Verbänden, und zwar auf der Grundlage des revolutionären Programms der letzteren, zu vereinen, oder aber ganz ohne internationale Beziehungen zu bleiben, denn vorläufig gibt es nur eine Jugendinternationale. Dieser Bewegung wird viel dazu beitragen, den Zwiespalt in diesen Organisationen zu verschärfen. Die Statuten, die von den zur Jugendinternationale gehörenden Organisationen die Anerkennung des Berliner Programms fordern, stellen zugleich die Forderung auf, daß der Bestand der Internationale einheitlich sein soll, da sonst aktiver Kampf unmöglich ist.

Ohne Debatte wurde das Manifest des Kongresses an die Arbeiterjugend aller Länder angenommen. (Es ist in Heft 9 der „Kommunistischen Internationale“ abgedruckt.) Das Manifest ergab sich als natürliche Schlußfolgerung aus dem angenommenen Programm.

Nach Erörterung einer Reihe kleiner, jedoch wichtiger Fragen, die im kurzen Bericht in Heft 9 der „Kommunistischen Internationale“ angeführt sind, wählte der Kongreß einen Vollzugsausschuß aus fünf Genossen. Der Ausschuß besitzt unbedingte Autorität für die Ortsorganisationen und ist durchaus arbeitsfähig. Er arbeitet nun schon fünf Monate unter den denkbar schwierigsten illegalen Bedingungen und hat sich der ihm vom Kongreß auferlegten verantwortungsvollen Aufgaben vollkommen würdig erwiesen.

Die Kommunistische Jugendinternationale ist eine der größten, ältesten und bestbewährtesten Organisationen der III. Internationale. Sie steht in der Schwarmlinie der revolutionären Kämpfe der Gegenwart, sie ist eine der Grundlagen des sozialistischen Gesellschaftsaufbaus und eine der besten Garantien seines Erfolges in der nahen Zukunft.

*Casár Schätzkin.*





# Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution.

## Eugen Leviné.

(Hingerichtet in München am 6. Juni 1919)

Ob Russe oder Deutscher und wo geboren? Ich wußte es nicht, und eine Frage nach seinem Wie und Woher rief er nicht auf. Wäre sie gestellt, er hätte vielleicht gelächelt und den Fragenden wahrscheinlich vergessen. Revolutionär, nicht programmatisch, Mensch, Geburt und wandelnde Mitte einer Geburt, die Höhe der Menschheit heißt. Bolschewik und Mitglied der kommunistischen Partei Deutschlands, des Spartabundes. Einer jener Revolutionäre, die im Parteikreis nicht das Band einer engen Organisation sehen, die dies Band sehen und wissen als das, was es ist, die dehnbare sammelnde Güte, fähig ob seines Wesens die Menschheit einmal gütig zu binden und zu banden und innerhalb dieses Erdball umspannenden Bodens das große gute Herz der gelösten Menschheit schlagen zu lassen.

Auf der Reichskonferenz lernte ich ihn kennen. Das geistreiche stille Gesicht des Orientalen, des Juden aus dem Geschlecht der Christen, die keine andere Religion haben als die der Liebe und der Hilfe. Er spricht wenig, war Nationalökonom, Doktor, hatte in Deutschland studiert, promoviert, so viel ich weiß. Der Lösung der Agrarfrage, der Kollektivwirtschaft ländlicher Industrie galt sein ausgesprochenes Interesse. Darüber referierte er in der Konferenz und suchte, begeistert von der Notwendigkeit, diese Fragen in den Vordergrund des allgemeinen Interesses zu schieben. Ich war mit ihm zusammen am Silvester und Neujahr, abends nach der aufreibenden Arbeit der Konferenz. Wir sprachen über Kommunismus, über seine psychologischen Gesetze, über ihn als elementares geschichtliches Ereignis und als kosmischen Bestandteil der ewigen materiellen Ordnung und ihres Wandels. Frei, vollkommen frei war er von der bürgerlichen Rückständigkeit des Hasses. „Sie wird sich selbst zur Einsicht zwingen“, gab er mir einmal zur Antwort auf meine Frage nach seinem Verhältnis zur Bourgeoisie. Im Februar sah ich ihn wieder in Berlin. Wir sprachen ganze Vormittage und Nachmittage miteinander, tauschten Erlebnisse aus, er die traurigen der Berliner Januartage, ich meine Bremer. Entsetzt waren wir beide über das, was der dem andern bot, entsetzt über die ungeheuerliche Entstellung, die beider Erlebnisse durch die Konjunktur einer drakonisch herrschenden Partei erfahren hatten und erfuhren. Wir trennten uns, haben uns nie verabredet. In München im März sahen wir uns wieder. Man hatte ihn hin-

geschickt, die Redaktion der Münchener „Roten Fahne“ zu übernehmen. Aus der Schar der verschiedenartigsten, aber alle gesund bayrisch aussehenden Gesichtern der Mitglieder des bayrischen Rätekongresses leuchtete mir sein blasses, ausgearbeitetes, nervös gewordenes Gesicht entgegen. Er war nur Zuschauer dieses ersten Rätekongresses in München, wie ich. Er litt wie ich unter der trostlosen Zerfahrenheit dieses Rätekongresses, unter dem widrigen Schauspiel einer kläglichen parteipolitischen Eifersucht und Konjunktur, das die Mehrheitssozialisten zu Provokateuren des Rätegedankens werden ließ und den rechten Flügel der Unabhängigen zu Kompromißlern mit dem im Schatten seiner Angst noch existierenden bayrischen Landtag.

Wir waren täglich zusammen. Er suchte mich zur Arbeit zu zwingen. Ich konnte nicht, war zu sehr erschüttert. Er wohl auch, trotzdem arbeitete er wie ein Verzweifelter. Morgens holte er mich aus dem Hotel ab. Und einmal nahm er mich beiseite, sprach sein Innerstes aus und fragte die lapidare Frage: „Sagen Sie, finden Sie nicht auch, daß die Revolution in München einen etwas operettenhaften Einschlag hat?“ — Und doch folgte er ihren Spuren mit der glühenden Begeisterung des vom Sittlichen der Bewegung Getriebenen, folgte ihren Spuren dahin, wohin die reinen ausgeprägten Zeichen der proletarischen Revolution wiesen. Er ging unter die Arbeiter, das Proletariat, das ihn umfing als seiner Sache stillen begeistertsten Kämpfer. Ich hörte noch ein Referat von ihm in einer Vertrauensleuteversammlung der Münchener Ortsgruppe der K. P. D. Mit beherrschter naiver Eindringlichkeit suchte er die Versammlung zu dem Werk einer revolutionären Organisation zu bestimmen. Suchte die Revolution überhaupt erst zu organisieren. Ich entsinne mich fast wörtlich der Einleitung seines Referats. „Ich habe den Eindruck“, so fing er an, „als legte man in München zu viel Wert auf die große Politik, als beschäftigte man sich zu sehr mit der Frage einer großen Zukunft und vernachlässigte darüber das gegenwärtig Notwendige, das dazu bestimmt ist, jede Zukunft einmal zu tragen. Gewiß, wir stehen auf dem Boden des Räteystems, für uns gibt es nur diese Form der wirtschaftlich-politischen Organisation, aber wir haben die Voraussetzungen erst noch zu schaffen, die dies System als das einzige gewährleistet. Diese Voraussetzungen bestehen noch nicht, und wenn der Genosse Lewin im bayrischen Rätekongreß die Forderung nach dem Räteystem erhebt, und grundsätzlich vertritt, so ist er doch wohl mit mir der Meinung, daß die Proklamation einer bayrischen Räterepublik unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen im Reich ein Wahnsinn ist und wahn sinnige Folgen haben müßte. Die im Augenblick bestehende wirtschaftliche Lage ist auch die Grundlage unserer revolutionären Politik. Auf der wirtschaftlichen Lage haben wir unsere Streitkräfte zu sammeln, um



*Eugen Leviné-Nissen*



unsere politischen Schläge zu führen. Wir haben die revolutionäre Organisation der Arbeiter zu betreiben. Wir haben Arbeiterräte zu bilden aus den Betriebsräten der arbeitenden Arbeiterschaft und der Fülle der Arbeitslosen, um diesen Arbeiterräten einmal die moralisch-materielle und zum andern die ideal-moralische Stoßkraft zu sichern.“ Er ging dann näher auf die Organisation dieser Arbeiterräte ein, auf das Wahlreglement und den Wahlmodus, streifte die Gleichgültigkeit und Praxis ihrer Zusammensetzung aus Mitgliedern der drei politischen Arbeiterparteien, indem er auf die Werkätigkeit der Zeit im Sinne kommunistischer Propaganda hinwies. Warnte. Warnte vor Uebereilung und nannte das Bekenntnis der Münchener Mehrheitssozialisten zum Räte-system und die bayrische Politik das gefährlichste Bremsen am rollenden Rad der Revolution. — Er blieb in München. Er hat versucht, sich mit seiner ganzen Kraft der nahen Katastrophe entgegenzustemmen. Die anfängliche Zurückhaltung der Kommunisten bei den letzten Ereignissen war sicher sein Werk. Aber sein Werk war es auch, daß, als in München der Kompromiß der mehrheitssozialistisch-unabhängigen Räteregierung auseinanderfiel und die Anarchie drohte, die Kommunisten in die Bresche sprangen, um die Geschichte der Revolution vor der Tragik jener Anarchie zu bewahren. Er trat von seinen Aemtern zurück, als der Versuch, die Katastrophe zu bremsen, verbrecherisch gewesen wäre. Er wäre geflohen, hätte er es gekonnt. Er hielt es für nicht nützlich, und für unmoralisch, die unausbleiblichen Rückschläge der revolutionären Bewegung zu Opferfesten einer bestialischen Rache werden zu lassen, zu Orgien eines irrsinnigen Hasses, der bereits außerhalb der Grenzen des Leidenschaftlichen liegt. Sie fingen ihn, ihn, den gefährlichsten Münchener Kommunisten. Gefährlich, weil er revolutionär den Sinn für die Logik der Revolution besaß wie der Seltenen einer, weil er zu organisieren vermochte, unverrückbar festhielt am Ziel der proletarischen Revolution und sich von ihm leiten ließ. Am gefährlichsten, weil ihn die Treue des revolutionären Proletariats stimmte, da er gut war, ein Mensch, ein Mensch mit der verschwenderischen Fülle aus dem Herzen quellender Güte, die sein Gehirn, jeden Gedanken speiste mit dem Willen der guten Tat. So mußte er das Gericht einer bestialischen Fron auf sich ziehen, der Brauchbarste bis zuletzt. Wurde er erschossen, der Wut einer brutalen Rache geopfert, die ihr Gericht in erbarmungsloser, gnadenloser Zukunft findet. Ermordet. Ein Kommunist. Warum nicht. Ein Bolschewik. Natürlich. So viel Leviné, der Prachtvollen einer, dem die Welt Heimat war, der keine Landesgrenzen kannte, den das Werk der proletarischen Weltrevolution, die wie Götter ihre eigenen Kinder frißt, zu ihrem Werk bestimmte als der Guten Besten, als den keuschesten Zeugen ihres befreienden Willens.

*Ludwig Bäumer.*

# BIBLIOGRAPHIE

## „Kommunismus“

*Zeitschrift der Kommunistischen Internationale  
für die Länder Südosteuropas. Wien. Heft 1-2, 1920.*

Die in Wien unter oben angegebenem Titel herausgegebene vortreffliche Zeitschrift bringt sehr viel interessantes Material über das Anwachsen der kommunistischen Bewegung in Oesterreich, Polen und anderen Ländern, wie auch Nachrichten über die internationale Bewegung und Artikel über Ungarn, Deutschland, über die allgemeinen Aufgaben, die Taktik usw. An einem Mangel, der bereits bei einer flüchtigen Durchsicht in die Augen sticht, kann man nicht vorbeigehen. Das sind die unzweideutigen Merkmale der „Kinderkrankheit des Kommunismus, des Radikalismus“, an der die Zeitschrift leidet und der ich eine eben in Petersburg erschienene kleine Broschüre widmete.

Auf drei Merkmale dieser Krankheit in der vortrefflichen Zeitschrift „Kommunismus“ möchte ich sofort kurz hinweisen. In der Nr. 6 (v. 1. III. 1920) ist ein Artikel des Genossen G. L. „Zur Frage des Parlamentarismus“ abgedruckt, den die Redaktion als Diskussionsartikel bezeichnet und von dem auch der Gen. B. K., der Verfasser des Artikels „Die Durchführung des Parlamentsboykotts“ (Nr. 18. v. 8. V. 1920), direkt abrückt (glücklicherweise) er erklärt, daß er den in jenem Artikel entwickelten Standpunkt nicht teilte.

Der Artikel von G. L. ist sehr radikal und sehr schlecht. Der Marxismus ist hier rein äußerlich aufgefaßt, der Unterschied der Offensiv- und Defensivtaktik ist rein erfunden; eine reale Untersuchung von genau definierten geschichtlichen Situationen fehlt, das Allerwesentlichste (die Notwendigkeit, alle Arbeitsgebiete und Institutionen, wo die Bourgeoisie ihren Einfluß auf die Massen geltend macht, zu erobern und erobern zu lernen usw.) ist nicht in Betracht gezogen.

In Nr. 14 (17. IV. 1920) kritisiert der Gen. B. K. in einem Artikel „Die Ereignisse in Deutschland“ die Erklärung der Zentrale der K. P. D.

(Spartakusbund) vom 21. III. 1920, welche auch ich in meiner oben genannten Broschüre kritisiere. Die Art unserer Kritik ist aber von Grund aus verschieden. Der Genosse B. K. übt Kritik auf Grund von Zitaten aus Marx, die sich auf eine der heutigen unähnliche Situation beziehen, er lehnt die Taktik der Zentrale der K. P. D. vollständig ab und drückt sich um die Hauptsache herum. Er drückt sich um das herum, worin der wahre Kern, die lebendige Seele des Marxismus besteht — die reale Untersuchung der realen Situation. Wenn die Mehrzahl der städtischen Arbeiter von den Scheidemännern zu den Kautskyanern übergegangen ist und innerhalb der kautskyanischen (von einer richtigen revolutionären Taktik „Unabhängigen“) Partei fortführt, von deren rechten Flügel zum linken, d. h. in Wirklichkeit zum Kommunismus überzugehen, wenn die Dinge so stehen, ist es dann zulässig, die Aufgabe der Wertung von Übergangs-Kompromißmaßnahmen solchen Arbeitern gegenüber mit einer Handbewegung zu erledigen? Ist es zulässig, die Erfahrung der Bolschewiki nicht in Betracht zu ziehen, die im April und Mai 1917 im wesentlichen gerade die Politik des Kompromisses durchführten, als sie erklärten: Die provisorische Regierung (Lwow, Miljukow, Kerenski u. a.) einfach zu stürzen, ist nicht möglich, den hinter ihr stehen noch die Arbeiter in den Sowjets, man muß anfangs den Umschwung der Anschauungen der Mehrheit oder eines beträchtlichen Teils herbeiführen.

Ich meine, — es ist unzulässig.

Der oben genannte Artikel des Genossen B. K. in Nr. 18 des „Kommunismus“ deckt endlich besonders grell, anschaulich und glücklich seinen Fehler auf, der in der Sympathie für die Taktik des Parlamentsboykotts im heutigen Europa besteht. Denn der Verfasser, indem er von dem „syndikalistischen Boykott“, von dem „passiven“ Boykott abrückt und einen besonderen — „aktiven“ — (Oho, wie „radikal“!..) Boykott erfindet, zeigt dadurch wunderbar deutlich die ganze Tiefe der Fehler seiner Gedankengänge.

„Der aktive Boykott bedeutet, — schreibt der Verfasser — daß die Kommunistische Partei sich nicht mit der Ausgabe der Parole gegen die Beteiligung an den Wahlen begnügt, sondern im Interesse der Durchführung des Boykotts eine ebenso ausgedehnte revolutionäre Agitation entfaltet, als ob sie in die Wahlen eingetreten wäre und ihre Agitation und Aktion auf die Gewinnung einer möglichst hohen Zahl von Proletarierstimmen eingestellt hätte. (Seite 552.)

Das ist eine Perle. Das wird die Antiparlamentarier besser zurückstoßen, wie irgend eine Kritik. Einen „aktiven“ Boykott erfinden „als ob“ wir uns an den Wahlen beteiligt hätten!! Die Massen der unaufgeklärten und halbaufgeklärten Arbeiter und Bauern beteiligen sich allen Ernstes an den Wahlen, denn sie halten noch an den bürgerlich-demokratischen Vorurteilen fest, sie sind noch im Banne dieser Vorurteile. Und wir, anstatt

diesen unaufgeklärten (wenn auch mitunter „hochkultivierten“) Kleinbürgern zu helfen, diese ihre Vorurteile auf Grund der eigenen Erfahrungen zu überwinden, werden die Beteiligung am Parlament meiden, werden uns mit der Erfindung einer Taktik unterhalten, in der nichts vom alltäglichen, bürgerlichen Übel enthalten ist!!

Bravo, bravo, Genosse B. K.! Durch Ihre Verteidigung des Antiparlamentarismus werden Sie helfen, diese Dummheit eher aus der Welt zu schaffen, als ich mit meiner Kritik.

*N. Lenin.*

12. VI. 1920.

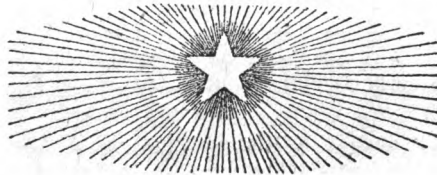
---

Im Staatsverlag ist in diesen Tagen ein neues Buch erschienen:

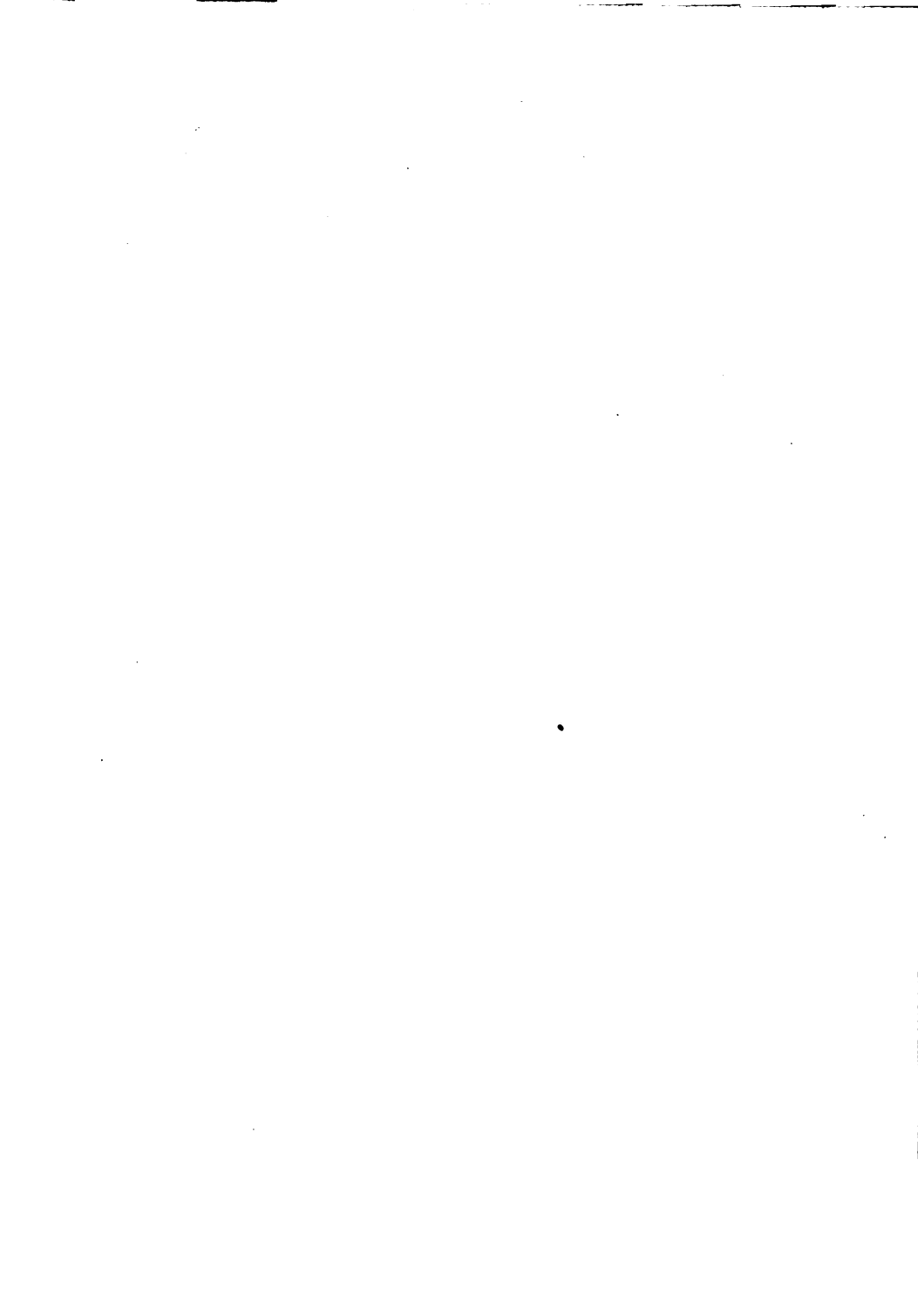
**N. Lenin.** Die Kinderkrankheit des Radikalismus innerhalb des Kommunismus. Petersburg. 1920. 110 Seiten. Preis 40 Rubel.

Das Buch soll bald auch in deutscher und französischer Übersetzung erscheinen.

In den nächsten Tagen erscheint in Petersburg in russischer, deutscher und französischer Sprache ein neues Buch des Gen. **L. Trotzki** „Terrorismus und Kommunismus“, „Anti-Kautsky“.









Karl Marx

**KARL MARX**

Diese Photographie von Karl Marx ist von dem Gen. N. Rjasanow im Archiv des russischen Volkswirtschaftlers Nikolai —on gefunden worden. Vermutlich wurde beabsichtigt das Bild in der ersten russischen Ausgabe des „Kapital“ zu bringen, was die russische Zensur jedoch verhinderte.